



Alter Chor der ehemaligen Klosterkirche von Sankt Magdalenen in Straßburg im Elsaß.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 27. BERLIN, DEN 2. APRIL 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen.

Von Dr.-Ing. Albert Hofmann. (Fortsetzung.)



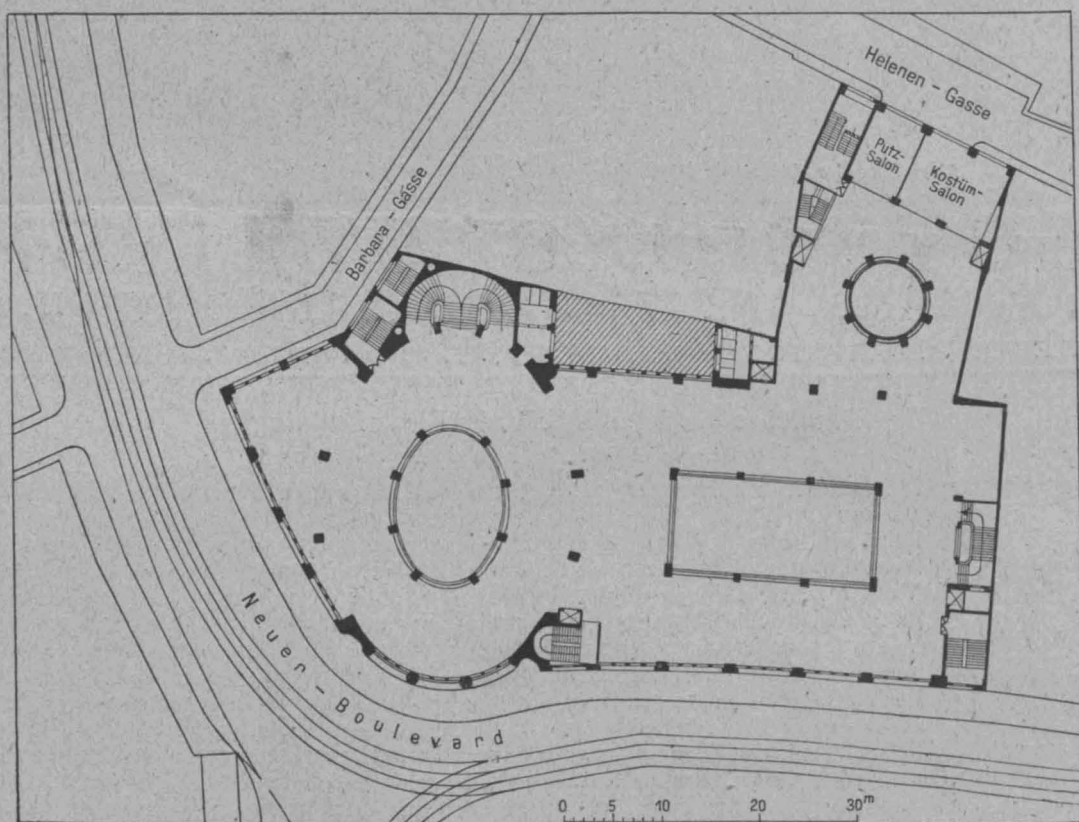
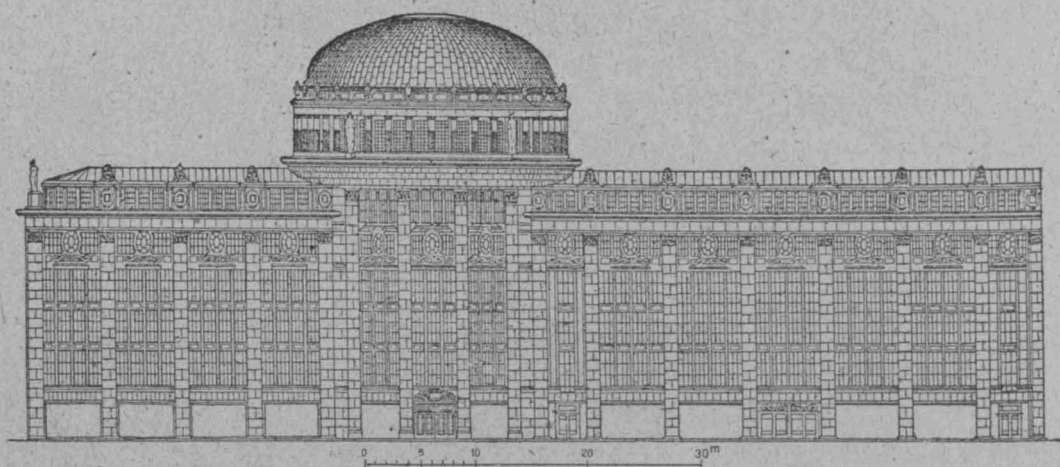
Die französische Verwaltung hatte auf das Stadtbild keinen wesentlichen Einfluß, da die Stadt ihren Festungscharakter beibehielt. Vauban schuf eine neue Befestigung und seit 1720 wurden die Vauban'schen Werke noch stark vermehrt. Die Spuren des neuen Besitzers zeigten sich in der Hauptsache in der Erbauung von Ka-

sernen, Lazaretten, Adelspalästen und Regierungsgebäuden. Neben den deutschen Charakter der Stadt traten die Werke der französischen Barockkunst, ohne aber den deutschen Charakter zu überwältigen. Straßburg wurde zum Mittelpunkt der elsässischen Gesellschaft, der Ritterschaft wie des Klerus. Die glanzvolle Hofhaltung und die offene Gastfreundschaft der edlen Geschlechter des Landes und der gesellschaftliche Ehrgeiz der Vorsteher der reichen geistlichen Stifte und Klöster waren willkommene Veranlassung, sich in Straßburg stattliche Absteige-Quartiere zu erbauen und selbst weltliche Kirchenfürsten aus dem Reich dahin zu ziehen, aber das Alles veränderte den Charakter des Stadtbildes nicht wesentlich. Das geschah erst nach der Wiedervereinigung des Landes und der Stadt mit dem Deutschen Reich. Nun wird aus der immerhin bescheideneren Hauptstadt eines französischen Departements, die unter der Einschnürung durch die Festungswerke seufzt, die

Hauptstadt eines ganzen Landes, der Reichslande. Die Bevölkerung nahm schnell zu; sie stieg von rd. 85 000 Seelen des Jahres 1866 auf etwa 125 000 der ersten Jahre des letzten Jahrzehntes des vorigen Jahrhunderts. Ein starkes Baubedürfnis stellte sich ein, das sich aber weniger in der inneren Stadt befriedigen ließ. Hier handelte es sich in der Hauptsache darum, die durch die Belagerung zerstörten Häuserzüge der Stein-, der Kronenburger- und der Weißthurm-Straße wieder aufzubauen. Eine Bauentwicklung der Stadt, die ihrem neuen Charakter entsprach, konnte nur auf neuem Gelände vor sich gehen und erst eintreten, als die alten Festungswerke mit Stadtumwallung gefallen waren. Eine Stadterweiterung war in der Richtung nach Norden geplant. Es entstanden der Kaiser-Platz mit seinen Monumentalbauten und seiner Umgebung, es entstand die Gruppe der Universitätsgebäude, es entstand auch der neue Hauptbahnhof, kurzum, es entstanden eine Erweiterung und eine Bautätigkeit, die den Flächeninhalt der Stadt auf das Dreifache, von 232 auf 618 ha vergrößerten. Es ist hier nicht der Ort, auf den neuen Bebauungsplan einzugehen, an dem neben dem damaligen Stadtbaumeister von Straßburg Conrath August Orth aus Berlin, Baumeister aus Karlsruhe, Kreyssig aus Mainz, Leins aus Stuttgart und Andreas Meyer aus Hamburg beteiligt waren. Es genüge, zu sagen, daß sich das gesamte Interesse aller Kreise damals auf die Neustadt richtete. An die Altstadt, in der die Wohnungsdichtigkeit trotz

der Stadterweiterung mehr und mehr zunahm, dachte man noch nicht. Dieser brachte erst das neue Jahrhundert eine durchgreifende Umgestaltung durch die Anlage des in unserem Plan (Nr. 26;) dargestellten neuen Straßenzuges von der Kirche Alt Sankt Peter bis zum Metzger-Tor. Es hatten sich allmählich im Kern der Stadt Wohnzustände eingestellt, welche weder mit dem französischen Gesetz vom 13. April 1850 noch mit einem jährlichen Sanierungsfond von 120 000 M. bekämpft werden konnten. Es mußte daher zu einer durchgreifenden Maßregel geschritten werden, um einem Stadtteil zu Hilfe zu kommen, in dem noch bis zum Beginn des 20.

bürgerstand des alten Straßburg wohnte, während die zahllosen und engen Hinterhäuser und die Wohnhäuser an den engen, schmalen, durch über gebaute Stockwerke fast lichtlosen Gäßchen von kinderreichen Arbeiter-Familien bevölkert waren. Die grauenhaften Zustände dieses Proletariates hatten schon vor hundert Jahren einen Straßburger Bürgermeister veranlaßt, einen Plan aufzustellen, nach welchem durch einen groß angelegten Straßendurchbruch Luft, Licht, Ordnung und Gesundheit geschaffen werden sollten. Er fand aber damals noch kein Verständnis für seine Absichten und so mußte denn das Jahr 1907 herankommen, bis die Stadt-

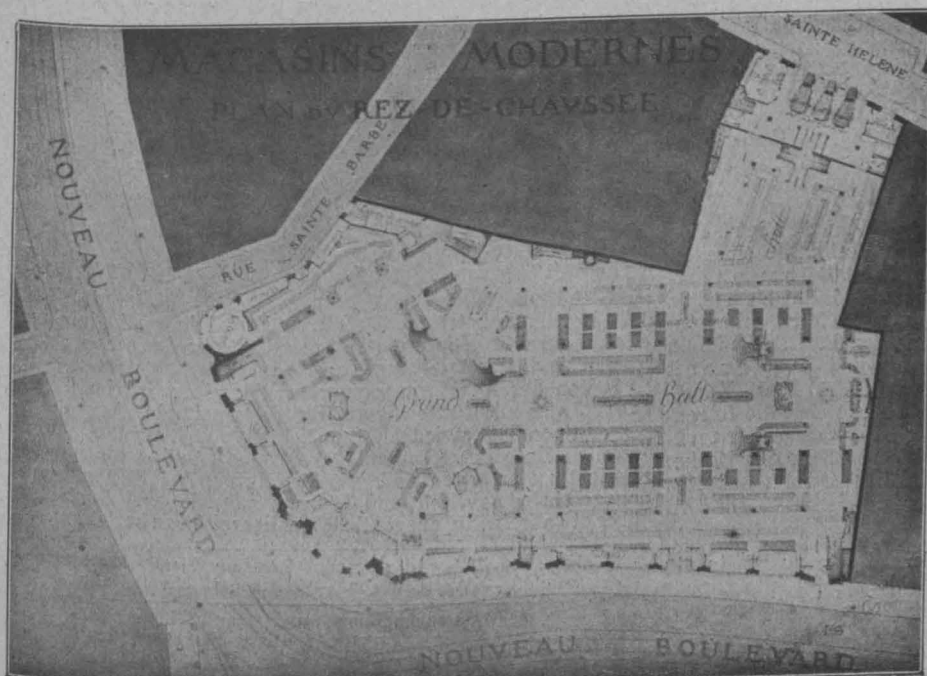
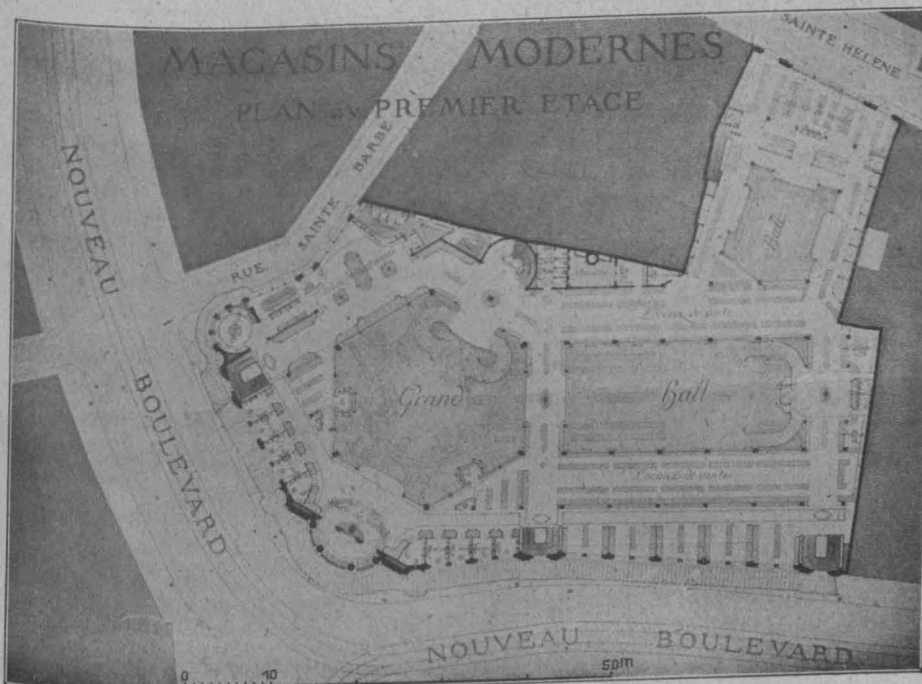


Mit dem I. Preis ausgezeichnete Entwurf für das Warenhaus „Modern“ in Straßburg von Hermann Billing in Karlsruhe.

Jahrhunderts die gleichen Zustände herrschten, wie im ausgehenden Mittelalter. Denn verheerende Brände hatten in ihm nicht stattgefunden und konnten daher nicht zu einer Erneuerung führen. In den verschiedenen Belagerungen, die Straßburg auszuhalten hatte, war er merkwürdig verschont geblieben. So stellten sich denn mit einer stets dichter werdenden Bevölkerung Zustände ein, die allen Grundsätzen der öffentlichen Gesundheitspflege Hohn sprachen. Es war hier in verstärktem Maße die Wahrnehmung aus anderen großen Städten mit mittelalterlichem Ursprung zu machen, daß in den Vorderhäusern der breiteren Gassen der Klein-

verwaltung von Straßburg eine Summe von 12 Mill. M. bewilligte zu dem Straßendurchbruch, den unsere Lageplanskizze S. 135 zeigt. Zugleich wurde mit Unterstützung der Gemeinde eine Bank zur Beschaffung zweiter und dritter Hypotheken gegründet, um die Bebauung des neuen Boulevards nach Kräften zu erleichtern.

Dieser neue Boulevard beginnt bei dem Platz von Alt Sankt Peter, auf den der ganze vom neuen Hauptbahnhof nach der Innenstadt flutende Verkehr sich zusammen drängt. In einer Breite von 18 m zieht er vorbei an der Kirche Alt Sankt Peter, geht von dort, zwischen der Kinderspiel-Gasse und der Lang-Straße durchbre-



chend, über den Gerber-Graben und zieht vorbei an der Großen Stadel-Gasse nach dem Kleber-Platz, dem Mittelpunkt des Straßburger Verkehrslebens. Er berührt jedoch den Platz nur an seiner Südwest-Ecke, um sich dann aus der West-Ost-Richtung in scharfem Bogen nach Südsüdost zu wenden, um nun auf der verbreiterten Nikolaus-Brücke die Ill zu überschreiten. Der Straßenzug gewinnt darauf nach Durchbrechung des Goldgießens und des Metzgergießens das alte Festungs-Gelände bei der Wall-Straße, vereinigt sich mit der vom Metzger-Tor kommenden Hauptverkehrsstraße und überschreitet mit dieser die Brücke des Umleitungs-Kanales, um nach Straßburgs größtem Vorort Neudorf zu leiten. Mit diesem Zug frißt sich der neue Boulevard durch den verwickeltesten Gassenknäuel der Altstadt, nicht nur auf der Strecke zwischen Ill und Kleber-Platz und schließt einen dumpfen Stadtteil auf, ein Viertel der schlimmsten Armut und des blassesten Elends. Aber er vernichtet nichts architektonisch Wertvolles; wo aber dennoch alte Kunstarbeiten der Steinbildhauerei, der Schmiedekunst, der Holzschnitzerei der neuen Straße weichen mußten, wurden sie in die städtischen Sammlungen aufgenommen.

Es liegt nun auf der Hand, daß eine solche Unternehmung, mit der immerhin ein großes geschäftliches Wagnis verbunden war, nicht von der Stadt Straßburg allein unternommen werden konnte, trotzdem die Lage des neuen Straßenzuges eine unverkennbar günstige ist und so das Wagnis schon an sich erheblich entlastete. Sie sicherte sich die Mitwirkung der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft in Mannheim. Zunächst erwarb die Stadt aus den schon genannten Mitteln von 12 Mill. M. 126 Häuser mit einer Fläche von 39535^{qm} um den Preis von 10023560 Mark. Während der Arbeiten ist dieser Besitz noch erheblich vergrößert worden. Die Stadt erwarb nicht nur die neue Straßenfläche,

Mit dem I. Preis ausgezeichneten
Entwurf für das Warenhaus
„Modern“ in Straßburg von
Alexandre Marcel in Paris.

sondern auch das zur Bebauung notwendige und geeignete Gelände zu beiden Seiten der Straße. Bei der Wiederverwertung nun trat die Bank in Mitwirkung. Sie erwarb zunächst von der Stadt ein Gelände von 8500 qm für 4,5 Mill. M. und verwertete dasselbe als Bauauftrag der Stadt; sie wirkte auch bei dem Wiederverkauf des weiteren Geländes mit. Am Gewinn waren beide Teile beteiligt. Die Durchführung des geschäftlichen Teiles ging unter Mitwirkung der Bank verhältnismäßig schnell, sodaß vor Beendigung der Abbrucharbeiten das verfügbare Gelände nahezu vergeben war. Straßburger Firmen und große industrielle Unternehmungen, aber auch fremdes Kapital, zögerten nicht, sich an dem neuen Straßenzug anzusiedeln.

Bei der Wiederverwertung des Geländes spielte auch das Erbbaurecht eine gewisse Rolle. Es wurde auf 65 Jahre verliehen; nach Ablauf dieser Zeit wird die Stadt Straßburg Eigentümerin des auf dem betreffenden Gelände errichteten Gebäudes. Der Erbbauszins beträgt zwischen 2—5 %, die Kosten für den Bodenerwerb fallen fort und es bleiben nur die Verzinsung und Amortisation des Bauwerkes in dem Zeitraum von 65 Jahren.

Nun hat im geschäftlich wertvollsten Teil des neuen Straßenzuges, in dem Boulevard-Teil, der auf unserem Lageplan S. 135 genauer dargestellt ist, gegenüber der südwestlichen Ecke des Kleber-Platzes das Kaufhaus „Modern“ sich angekauft, und hier einen Neubau errichtet. Damit war auch Straßburg in die Reihe der deutschen Großstädte eingetreten, die ein großes, den Anforderungen der Neuzeit entsprechendes und nach Pariser Vorbild gestaltetes Warenhaus besitzen. Das Gelände liegt an der Biegung des neuen Straßenzuges von Ost nach Süd, wird durch den neuen Boulevard, die Barbara- und die Helenen-Gasse begrenzt und besitzt bei unregelmäßiger Gestalt eine Fläche von 3100 qm. Nach einer Verständigung zwischen der Stadtverwaltung und dem Aufsichtsrat der Warenhaus-Gesellschaft sollte zur Erlangung geeigneter Entwürfe ein engerer Wettbewerb unter Straßburger Architekten ausgeschrieben werden, zu dem auf besondere Einladung 3 deutsche und, da an dem Unternehmen französisches Kapital stark beteiligt ist, 3 namhafte französische Architekten zur Teilnahme aufgefordert wurden. Die 3 besonders eingeladenen deutschen Architekten waren Hermann Billing in Karlsruhe, Wilhelm Kreis in

Düsseldorf und Bruno Schmitz in Charlottenburg; die 3 französischen Architekten waren Alexandre Marcel, B. Chaussemiche und A. Guilbert in Paris. Naturgemäß mußte auch das Preisgericht paritätisch zusammen gesetzt sein; es bestand aus den Hrn. Theodor Fischer in München, Ludwig Hoffmann in Berlin, sowie Pascal und Laloux vom „Institut“ in Paris. Kreis und Schmitz lehnten die Teilnahme am Wettbewerb ab aus Gründen, die sich später nicht als zutreffend erwiesen.

Aus den Bedingungen des Wettbewerbes ist als ein bemerkenswerter Umstand zu erwähnen, daß mit Rücksicht auf den Blick von der Plattform des Münsters aus die Durchbildung eine derartige sein sollte, daß das Bild der Altstadt keine Einbuße erleide. Die Fassade am neuen Boulevard sollte in echtem Material ausgeführt werden und das moderne Warenhaus in charakteristischer Erscheinung zum Ausdruck bringen. Ein Stil war nicht vorgeschrieben. Das Gebäude sollte aus Untergeschoß, Erdgeschoß, 4 Stockwerken bis zum Hauptgesims und 2 Dachgeschossen bestehen. Die größte zulässige Höhe des Gebäudes durfte bis Oberkante Hauptgesims am neuen Boulevard 20 m, an den Nebenstraßen 13 m nicht überschreiten. Auf vollkommene Schaufenster-Anlage und Tagesbelichtung war besonderer Wert zu legen.

Es liefen 23 Entwürfe ein: So paritätisch und salomonisch wie die Einladungen zum Wettbewerb und die Zusammensetzung des Preisgerichtes waren, so salomonisch war auch die Entscheidung des letzteren. Es bildete aus dem I. und dem II. Preis zwei gleiche I. Preise und verlieh diese den Hrn. Herm. Billing und Alexandre Marcel, deren Entwürfe wir S. 138 und 139 darstellen. Den II. Preis errangen die Architekten Müller & Mossler in Straßburg, den III. Preis der Architekt B. Chaussemiche in Paris und den IV. Preis Berninger & Krafft in Straßburg. Angekauft wurden ein Entwurf eines Straßburger und der des eingeladenen dritten französischen Architekten. Ein Auftrag zur Bauausführung ging aus diesem Wettbewerb nicht hervor; es wurde vielmehr ein zweiter Wettbewerb unter den beiden mit Preisen bedachten Straßburger Firmen veranstaltet, der den Architekten Berninger & Kraft den Auftrag zur Ausführung brachte.

(Fortsetzung folgt.)

Wettbewerbe.

Das Preisausschreiben zur Erlangung künstlerischer Entwürfe für Erinnerungsmarken an die deutsche Nationalversammlung hat 4682 Entwürfe gebracht. Aus Groß-Berlin wurden etwa 250, aus München etwa 200, aus Dresden und Düsseldorf je 150 Entwürfe gesandt. Das aus 14 Mitgliedern bestehende Preisgericht, das aus Vertretern des Ministeriums, Künstlern und Mitgliedern der Nationalversammlung bestand, ist in folgender Weise vorgegangen: Zunächst hat ein, nur aus den ausübenden Künstlern bestehender Ausschuß die Entwürfe für die engere Wahl ausgesucht. Aus diesen auserwählten 182 Entwürfen sind dann vom Preisgericht zunächst 28 Entwürfe preisgekrönt und 17 zum Ankauf empfohlen worden. Das Preisgericht hat sich hierauf mit der Frage befaßt, welche Entwürfe als Marken ausgeführt werden sollen. Es erhielten je einen I. Preis von 2000 M.: Ernst Böhm in Charlottenburg, Willi Schmidt in München und Georg A. Matthey in Berlin. Je einen II. Preis in Höhe von 1500 M. erhielten: Ernst Böhm in Charlottenburg, Hugo Frank in Stuttgart und Lili Schultz in München. Je einen III. Preis von 1000 M. erhielten: Willi Schmidt in München, Professor E. R. Weiß in Berlin, Georg A. Matthey in Berlin und Hugo Frank in Stuttgart, während der IV. Preis zu je 500 M. 16 Künstlern zugesprochen wurde. Zur Ausführung sind die folgenden Entwürfe empfohlen: 10-Pfennig-Marke: Hugo Frank-Stuttgart, eine secessionistische Eiche; 15-Pfennig-Marke: Ernst Böhm-Charlottenburg, ein Eichenstumpf, aus dem junge Triebe ausschlagen; 25-Pfennig-Marke: Georg A. Matthey-Berlin, ein Bauhandwerker. —

Wettbewerb der Akademie der Künste zu Berlin um den Großen Staatspreis auf dem Gebiet der Architektur für das Jahr 1919. Zu diesem Wettbewerb sind einzureichen: a) selbständig durchgeführte Entwürfe von größeren Bauten, die ausgeführt oder für die Ausführung gedacht sind,

und aus denen ein sicherer Schluß auf die künstlerische und praktische Befähigung des Bewerbers gezogen werden kann. Perspektiven sind obligatorisch. b) Photographien des Inneren und des Äußeren derartiger Gebäude, die durch Grundrisse und Schnitte erläutert sind, sind zulässig. Die Arbeiten nebst Bewerbung sind entweder bei der Akademie der Künste zu Berlin oder den Kunstakademien zu Düsseldorf, Königsberg und Cassel, oder dem Stadel'schen Kunstinstitut zu Frankfurt a. M. einzuliefern.

Als spätester Einlieferungstermin gilt bei der Akademie der Künste zu Berlin W 8, Pariser Platz 4, der 1. Okt. 1919, bei den übrigen Stellen der 1. Sept. 1919. Der Bewerbung ist u. a. beizufügen: 1. eine ausführliche Lebensbeschreibung des Bewerbers, aus welcher auch der Gang seiner künstlerischen Ausbildung ersichtlich ist, nebst den Zeugnissen über die letztere, 2. Zeugnisse darüber, daß der Bewerber ein Preuße ist, und daß er am 1. Oktober 1919 das 35. Lebensjahr nicht überschritten hat, 3. die schriftliche Versicherung an Eidesstatt, daß die Arbeiten vom Bewerber selbständig entworfen sind.

Der Preis beträgt 3300 Mk. und wird in zwei gleichen Raten gezahlt. Die erste Hälfte erhält der Preisträger sogleich nach der Zuerkennung, die zweite nach 6 Monaten.

Von der Ausführung einer Studienreise wird in diesem Jahr mit Rücksicht auf die Zeitumstände abgesehen. Der Stipendiat ist jedoch verpflichtet, vor Auszahlung der zweiten Rate der Akademie über seine Studien eingehend Bericht zu erstatten und seit Verleihung des Stipendiums ausgeführte Arbeiten und Skizzen vorzulegen. Auch ist über etwa freiwillig ausgeführte Studienreisen zu berichten.

Inhalt: Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen. (Fortsetzung.) — Wettbewerbe. — Wirtschaftliche Beilage. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.

WIRTSCHAFTLICHE ***** BEILAGE. *****

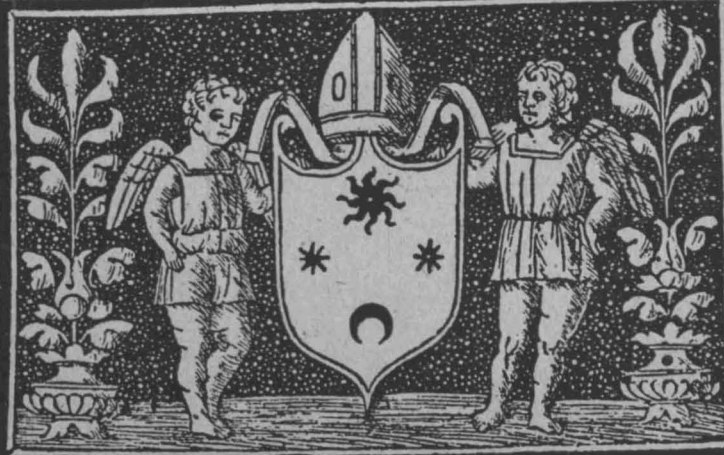
Rechtsfragen.

(Entscheidungen des Reichsgerichtes.)

Nichterfüllung eines Bauvertrages und Schadenersatz-Pflicht des Unternehmers. Bei Bauarbeiten für Behörden ist es dem Unternehmer dringend anzuraten, die ihm vorgeschriebenen Bedingungen genau einzuhalten, will er nicht unter Umständen empfindliche Nachteile erleiden. Dabei ist zu be-

achten, daß der rechtzeitige Beginn der Arbeiten und die rechtzeitige Bereitstellung der erforderlichen Materialien eine Vertragspflicht des Unternehmers sind, der möglicherweise größere Bedeutung zukommen kann, als der Pflicht der Bauverwaltung, einen geeigneten Platz zur Lagerung der Materialien anzuweisen, eine Pflicht, die nach Befinden nur als Nebenleistung des Bauherrn anzusehen ist und deren Verletzung den Unternehmer deshalb nicht ohne Weiteres berechtigt, die Ausführung der Arbeiten zu verweigern oder von Tragung der durch die Nichtanweisung des Lagerplatzes entstandenen Mehrkosten seitens des Bauherrn abhängig zu machen. In diesem Sinn ist kürzlich der folgende Streitfall entschieden worden:

Der Zimmermeister E. in Stuttgart hat durch Vertrag vom 18. Sept./10. Okt. 1916 einen Teil der Zimmerarbeiten zum Neubau des Empfangsgebäudes des Stuttgarter Hauptbahnhofes (das Aufschlagen des Daches) übertragen erhalten. In den Vertragsbedingungen war vorgesehen, daß die Arbeit im November ausgeführt werden könne und daß der Unternehmer sich das erforderliche Holz sofort zu beschaffen habe; die Anweisung der Plätze für die Lagerung der Materialien hatte durch die Bauleitung zu geschehen. Bereits am 31. Aug. 1914, also schon vor endgültigem Abschluß des Vertrages, war E. von der Eisenbahndirektion zur Beschaffung des nötigen Holzes aufgefordert worden. E. hat darauf auch, wie er behauptet, mit 2 Firmen Holzlieferungsverträge abgeschlossen, die aber wieder rückgängig gemacht worden seien, weil E. das Holz nicht lagern könne, da die Bauleitung sein Ersuchen um Anweisung eines Lagerplatzes abgelehnt habe, da ein solcher nicht verfügbar sei. Im November konnte die Arbeit noch nicht, wie vorgesehen war, ausgeführt werden, da der Bau etwas im Rückstand war. Im Dezember teilte die Bauleitung dem E. dann mit, die eiserne Dachkonstruktion sei nun so weit vorgeschritten, daß er am 2. Januar mit dem Aufschlagen des Daches beginnen müsse, er solle dafür sorgen, daß zu diesem Zeitpunkt das Holz auf dem Anschlußgleis sei. Nachdem sich E. mit seinen Holzlieferanten wieder in Verbindung gesetzt hatte, teilte er der Eisenbahndirektion mit, er könne das Holz jetzt nicht mehr zu dem billigen



Preis erhalten wie im September, und fragte an, ob die Eisenbahndirektion die Mehrkosten übernehmen wolle, da der höhere Holzpreis ja nur deshalb aufgewendet werden müsse, weil ihm die Bauleitung entgegen dem Vertrag im September keinen Lagerplatz angewiesen habe. Das lehnte die Eisenbahndirektion ab, setzte vielmehr dem E. eine Frist zum Beginn der Arbeiten, entzog ihm nach deren fruchtlosem Ablauf, den Vertragsbedingungen entsprechend, die Arbeiten und ließ sie von einem anderen Unternehmer ausführen, dem sie 5000 M. mehr zahlen mußte. Diesen Mehrbetrag verlangt der Eisenbahnfiskus mit der vorliegenden Klage von E. als Schadenersatz erstattet, weil er seine Vertragspflichten nicht erfüllt habe.

Landgericht und Oberlandesgericht Stuttgart gaben der Klage statt und verurteilten den Beklagten zur Zahlung der 5000 M. Das Oberlandesgericht führt aus, daß der Beklagte die Ausführung seiner Vertragsleistung zu Unrecht davon abhängig gemacht habe, daß der Kläger die Mehrkosten für Anschaffung des Holzes trage. Zu dieser Forderung eines Preisaufschlages sei der Beklagte nicht berechtigt gewesen. Das Gegenstück für die Verpflichtung des Beklagten, das Holz rechtzeitig zu beschaffen, sei aller-

dings die Stellung eines Lagerplatzes durch die Bauverwaltung gewesen. Aber aus dem Vertragsinhalt gehe hervor, daß der Kläger auf die rechtzeitige Beschaffung des Holzes ganz besonderen Wert gelegt habe. Es sei deshalb nach Sinn und Zweck des Vertrages ausgeschlossen, daß der Beklagte, wenn der Kläger mit der verhältnismäßig geringfügigen Pflicht zur Beschaffung des Lagerplatzes in Verzug geriet, hieraus das Recht für sich herleiten könnte, die rechtzeitige Anschaffung des Holzes zu unterlassen. Er sei vielmehr verpflichtet gewesen, dann selbst für anderweite Lagerung des Holzes zu sorgen, und er hätte dann gegebenenfalls die Lagerkosten von dem Kläger erstattet verlangen können. Die beiderseitigen Vertragspflichten, deren Verletzung in Frage komme, seien keineswegs gleich gewesen, sondern die Anschaffung des Holzes, von der der Beginn der Arbeiten abhing, sei ungleich wichtiger gewesen als die Anweisung eines Lagerplatzes.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und die von dem Beklagten versuchte Revision zurückgewiesen. (Aktenzeichen: VII. 235/18. — Urteil des Reichsgerichtes vom 13. Dezember 1918.) —

K. M.-L.

Arbeiten der preußischen Wasserbauverwaltung als Notstandsarbeiten der nächsten Zeit.

(Schluß aus No. 23.)

Lfd. Nr.	Ausführende Behörde	Bezeichnung des Baues	Art der Arbeiten	Ungefähre Höhe der noch anzuwendenden Baukosten (i. allg. nach Friedenspreisen) Mark	Bemerkungen
14	Oberpräs. Magdeburg (Elbsirom-Bauverwaltung)	Hochwasserregulierungs-Entwurf der Elbe km 380 583	Abgrabungen und Auffüllung von Schlenken	2 700 000	—
15	Kanalbau-Direktion Essen	Rhein-Herne-Kanal, zweite Mündung in den Rhein bei Ruhrort, sowie Lippekanal Datteln-Hamm-Lippekanal Wesel-Datteln und Hamm-Lippstadt	Erd- und Uferarbeiten, Vorflutanlagen, Beschaffung von Geräten Erd- und Dichtungsarbeiten, Brücken mit eisernen Ueberbauten	17 500 000 62 000 000	—
16	Reg.-Präsident Wiesbaden	Kraftwerke an den Staustufen bei Mainkur und Kesselstadt a. M. Fortführung der Main-Kanalisation oberhalb Offenbachs Zweite Schleuse bei Kostheim	Fertigstellung der Hoch- und Tiefbauten Wehrbauten und Räumung des Fahrwassers Erd-, Ramm-, Maurer-, Pflaster- und Eisenarbeiten	1 000 000 2 600 000 1 000 000	—
17	Reg.-Präsident Potsdam	Main- und Lahnunterhaltung Unterhaltung der Wasserstraßen Ausbau d. Spree i. Wasserbauamt Beeskow Ausbau der Spree-Oder-Wasserstraße von Gr.-Tränke bis Fürstenberg a. d. O. Vertiefung der Ruppiner Wasserstraßen Erweiterung des Plauer Kanals Neue Staustufe in der oberen Havel (Schorfheider Schleuse) Alte Spandauer Schleuse	Unterhaltungsarbeiten Baggerungen, Erdarbeiten, Unterhaltung der Geräte Baggerungen, Uferwerke, Kahnschleuse bei Leibsch Bagger- und Erdarbeiten, Uferbefestigungen, Zementplatten Bagger- und Erdarbeiten Erd- und Uferarbeiten Wohnhaus, Durchstich, Schleuse und Wehr Unterfahren der Kammerwände und dergl.	350 000 293 000 237 000 474 000 17 000 388 000 166 000 63 000	Auch für Eigenbetrieb geeignet Z.T. auch Eigenbetrieb geeignet — Auch für Eigenbetrieb geeignet wie vor wie vor
18	Polizei-Präsident Berlin	Unterhaltung der Berliner Wasserstraßen	Baggerungen, Erdarbeiten, Unterhaltung der Geräte	65 000	Z.T. auch Eigenbetrieb geeignet
19	Reg.-Präsident Merseburg	Unterhaltung der Saale und Unstrut	Baggerungen, Uferwerke, Unterhaltung der Geräte	39 000	Auch für Eigenbetrieb geeignet
20	Oberpräsident Hannover (Wasserstraßen-Direktion)	Diemel-Sammelbecken Bauhof in Minden Talsperre bei Hemfurth Erweiterter Ausbau der Weser von Minden bis Bremen, Versuchsbauten an oberer Weser und Aller Befestigung der domänen- und forstfiskalischen Weserufer zwischen Stolzenau und Hemelingen Gewöhnliche Unterhaltung der Weser	Aufräumarbeiten, Erd-aushub usw. Bau von Werkstattegebäuden Wegebauten Bagger- u sonstige Strombauarbeiten Uferbauten Bagger- und Strombauarbeiten Erdarbeiten	2 090 000 397 000 1 255 000 3 889 000 152 000 1 174 000 799 000	— — wie vor wie vor wie vor wie vor wie vor
21	Ob.-Präs. Münster i. W. (Dortmund-Ems-Kanalverwaltung)	Unterhaltung des Dortmund-Ems-Kanals	Bau von Dienstwohnungen Erd- und Pflasterarbeiten	106 000 790 000	— wie vor
22	Reg.-Präsident Aurich	Landgewinnungsarbeiten westlich des Emdener Außenhafens Bau des zweiten Borsumer Sieles Erhöhung des Fußbodens in den Kaischuppen am Emdener Außenhafen	Erd-, Busch- und Pflasterarbeiten Hauptsächlich Erdarbeiten Erd- und Zimmerarbeiten	195 000 80 000 37 000	wie vor — —

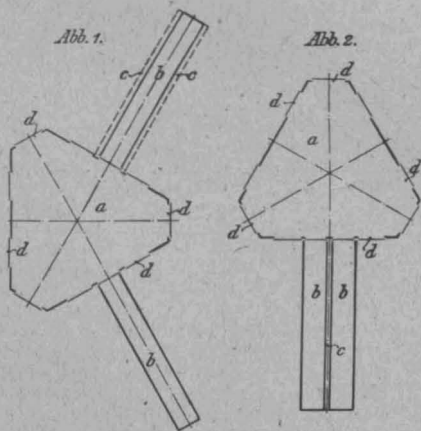
Lfde. Nr.	Ausführende Behörde	Bezeichnung des Baues	Art der Arbeiten	Ungefähre Höhe der noch aufzuwendenden Baukosten (i. alg. nach Friedenspreisen)	Bemerkungen
				Mark	
22	Reg.-Präsident Aurich	Bau einer Lahnung in der Fischerhalbe bei Borkum	Busch- und Pflasterarbeiten	271 000	Auch f. Eigenbetr. geeignet.
		Unterhaltung der Seebauten im Bezirk Emden	Instandsetzung der Bauwerke und Geräte	1 480 000	wie vor
		Unterhaltung der Seebauten im Bezirk Norden	Instandsetzung der Bauwerke und Geräte	255 000	wie vor
		Unterhaltung der Binnenwasserstraßen	Bauwerke und Uferbefestigungen	341 000	wie vor
23	Ober-Präsid. Koblenz (Rheinstrombauverwaltung)	Erweiterung des Hochwasserprofils des Rheins bei Wesel	Erdarbeiten	300 000	—
24	Polizeipräsident Berlin	Unterhaltung des Rheins bei Coblenz	gewöhnliche Unterhaltung	600 000	wie vor
		Baggerungen in den Berliner Wasserstraßen	Erdarbeiten	277 000	—
		Ausbesserung von Sandsteinquadern im Landwehrkanal u. a. O.	Steinmetz- und Maurerarbeiten	295 000	—
25	Reg.-Präsident Potsdam	Neubau der Stadtbrücke in Storkow	Maurer- u. Zimmerarbeiten	41 000	—
		Ausbaggerung der neuen Dosse	Erdarbeiten	60 000	—
		Sperrdamm an der Vorstadtschleuse in Brandenburg	Zunächst Erdarbeiten	100 000	—
26	Reg.-Präsident Stade	Straßen und Gleise im Fischereihafen Geestmünde	Erd-, Pflaster- und Gleisarbeiten	356 000	—
27	Reg.-Präsident Aurich	Verlängerung des Dünschutzwerkes Norderney	Erd-, Beton- und Pflasterarbeiten	380 000	—
		Ausbau des Emdener Hafens durch Verlegen von Gleisen und Herstellung eines kleinen Beckens	Erdarbeiten und Uferbefestigungen	500 000	—
28	Reg.-Präsident Lüneburg	Uferwerk an der Elbe, Wasserbauamt Harburg	Stackarbeiten	300 000	—
		Kaimauer am Treidelweg in Harburg	Zimmer-, Maurer- und Erdarbeiten	96 000	—
		Liegehafen für das Wasserbauamt Harburg	Bagger-, Ramm- und Zimmerarbeiten	125 000	—
		Erweiterung des Dienstgebäudes des Wasserbauamtes Harburg	Erd-, Maurer-, Zimmer- und Hochbauarbeiten	55 000	—

Von der Wasserbauverwaltung geplante Bauten, für welche die Bewilligung der erforderlichen Mittel noch aussteht.

1	Oberpräs. Hannover (Abteilung für Vorarbeiten)	Bau des Mittellandkanals von Hannover bis Peine, mit Zweigkanal nach Hiltesheim	Zunächst Erdarbeiten	49 000 000	—
2	Oberpräs. Münster i. W. (Dortmund-Ems-Kanalverwaltung)	Bau der dritten Schleuse bei Münster	Erd-, Maurer- usw. Arbeiten	4 000 000	—
3	Reg.-Präsident Potsdam	Verteilerung des Ihlekanals	Zunächst Erdarbeiten	25 000 000	—
		Ausbau des Oder-Spree-Kanals	Erd- und Schleusenarbeiten	18 000 000	—

Technische Mitteilungen.

Luftschiffhafen mit Schleusenraum. Um die gefährliche Ein- und Ausfahrt der Luftschiffe in die verschiedenen Hallen des Hafens bei jeder Windrichtung zu sichern und dabei doch die Hallen selbst in Lichtweite und Toröffnungen in den geringst zulässigen Abmessungen halten zu können, schlägt Reg.-Baumstr. Rich. Sonntag, Berlin (D. R. P. 299 784) die Anwendung eines feststehenden, vollständig gedeckten, allseitig abschließbaren und mit radial anschließenden Einzelhallen versehenen Schleusenraumes vor, von solcher Grundrißform und solcher Zahl und Lage der Einfahrtstore, daß ein Luftschiff in beliebiger Richtung ein- und ausfahren kann und daß die Einzelhallen je einem Tor gerade gegenüber liegen. Die Abbildungen 1 und 2 veranschaulichen zwei Anwendungsformen. Schleuse a hat in beiden Fällen 6-eckigen Grundriß und 9 Toröffnungen d für beliebige Fahrtrichtungen. In Abbildung 2 sind aber 2 anschließende Hallen b eng neben einander liegend angeordnet, wobei zwischen die Hallen Nebenräume c eingeschoben werden können. In Abb. 1 schließen bei sonst gleicher Anordnung die 2 Hallen getrennt an. Es können dann für gewöhnlich 2, im Notfall 3 Schiffe im Hafen Platz finden, davon 1 im Schleusenraum. Letztere



Anordnung greift z. B. Platz, wenn nur 1 Fahrtschiff und mehrere Ersatzschiffe bereit gehalten werden sollen. Mit Rücksicht auf Kriegs- und Feuersgefahr wird man in der Anhäufung von Luftschiffen an einer Stelle im Allgem. nicht weiter gehen. Jedenfalls sind bisher in der Praxis größere Anforderungen noch nicht gestellt worden, doch können auch noch mehrere Hallen angegliedert werden. Die Grundrißform der Schleuse kann übrigens auch kreisförmig sein, Bedingung ist nur, daß die angegliederten Längshallen jeweils zwischen 2 Einfahrtstoren liegen und ihre Einmündung in den Hafen einem Einfahrtstor unmittelbar gegenüber liegt. Benutzt das Luftschiff zur Einfahrt eines der neben der anschließenden Halle liegenden Tore, so genießt es dabei Windschutz durch die Halle. In die Halle fährt es dann aus dem Schleusenraum, der vorher geschlossen wurde, ganz geschützt ein. Der Hallendurchschnitt kann demnach schließlich auf das äußerste eingeschränkt werden.

Personal-Nachrichten.

Baden. Dem Ob.-Bauinsp. Fr. Meythaler in Karlsruhe ist unter Ernennung zum Brt. die Stelle eines Kollegial-Mitgl. bei der Ob.-Dir. des W.- und Straßenbaues übertragen. Der Ob.-Bauinsp. Markstahler bei der Gen.-Dir. der Eisenb. ist zum Vorst. der Bahnbauinsp. 2 in Freiburg ernannt; dem Ob.-Bauinsp. Schnitzspahn ist die Stelle des Vorst. der Bahnbauinsp. 3 Karlsruhe übertragen und der Bauinsp. Meeß ist wieder als 2. Beamter der Eisenb.-Verw. angestellt.

Der Reg.-Bmstr. Wohlgemuth aus Mannheim ist in den staatl. Dienst übernommen.

Der Geh. Ob.-Brt. Stolz, Koll.-Mitgl. der Ob.-Dir. des W.- und Straßenbaues ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Preußen. Der Ob.-Brt. Johs. Herr in Halle a. S. ist zum Präs. der Eisenb.-Dir. das. ernannt.

Dem Brt. Roy in Breslau ist die Stelle des Vorst. des Wasserbauamtes (Oderstrombauverw.) übertragen. — Der Reg.-Bmstr. Konrad Lehmann vom Gen.-Konsulat in Konstantinopel ist der Min.-Baukomm. in Berlin überwiesen.

Versetzt sind die Reg.-Bmstr.: Dr.-Ing. Wege in Fritzlar nach Aschersleben, Hildebrand in Charlottenburg nach Königs-

berg i. Pr., Dr.-Ing. Kallmorgen in Hohensalza nach Wilhelmshaven, Seering in Bonn nach Krotoschin, Lessing in Neidenburg nach Hannover, Weyrauch in Neumark nach Witten, Suhr in Hoyerswerda nach Eckernförde, Le Blanc in Kulm nach Eitorf, Waade in Arnberg nach Bromberg, Kuhn in Züllichau nach Neukölln; — v. Zychlinski in Bromberg nach Georgenfelde und Bischoff in Bevergern nach Meppen; Dr.-Ing. Scheibner in Essen nach Remscheid und Mylius in Berlin nach Bonn, Albrecht in Breslau nach Hannover, Dr. Teubert in Datteln nach Potsdam, Berg in Emden nach Langenfeld, Repke in Danzig nach Potsdam und Le Blanc in Hanau nach Schwedt a. O.

Der Bt. Bosold in Bromberg ist zur Uebernahme der Geschäfte des Hausfideikommiß-Bauamtes nach Breslau versetzt.

Dem Reg.-Bmstr. Frank in Oppeln ist die Verw. des Mel.-Bauamtes I das. übertragen; der Reg.-Bmstr. Erhardt in Erfurt ist nach Merseburg versetzt zur Verw. des Mel.-Bauamtes das. und der Reg.-Bmstr. Otto Ohlendorf aus Kiel ist dem Mel.-Bauamt I in Düsseldorf überwiesen.

Versetzt sind: der Reg.-u. Bt. Weber in Osnabrück als Vorst. des Eisenb.-Masch.-Amtes nach Ostrowo; — die Reg.-Bmstr. Eichert in Worms zur Eisenb.-Dir. nach Mainz und Kummell in Polch zur Dir. nach Cassel, Walbaum in Ostrowo als Vorst. eines Werkst.-Amtes bei der Eisenb.-Hauptwerkst. nach Schneidemühl; — die Reg.-Bmstr. Lipkow in Ahlen zur Eisenb.-Dir. nach Hannover, Grohnert in Münster zum Betr.-Amt nach Aachen, Freyß in Aachen als Vorst. der Eisenb.-Baubt. nach Rheinbach, Paul Wilke in Bebra, desgl. nach Höchst a. M. und Paul Werner in Wongrowitz in den Bez. der Dir. Kattowitz, — Hentschel (M.) in Berlin als Abnahmebeamter nach Görlitz, Heinr. Schumacher in Paderborn, desgl. nach Stettin und Hoepner in Hannover zur Eisenb.-Dir. nach Halle a. S.

Zur Beschäftigung überwiesen sind die Reg.-Bmstr.: Wiener der Elbstrom-Bauverw. in Magdeburg, Bernh. Schumacher der Reg. in Königsberg i. Pr., Dr.-Ing. Heinz Voigt der Wasserstr.-Dir. in Hannover, Schuppan dem Polizeipräs. in Berlin und Wagner der Reg. in Aurich; — Währendorf (M.) in Hannover dem Eisenb.-Zentralamt als Abnahmebeamter mit dem Wohnsitze in Hannover und Hempel, bisher Abnahmebeamter, in den Bez. der Eisenb.-Dir. Hannover.

Dem Reg.-Bmstr. Peter Klein in Bremen ist die nachges. Entlass. aus dem Staatsdienst erteilt.

Sachsen. Dem Reg.-Bfhr. Reinhold beim Landbauamt Plauen ist das Ritterkreuz II. Kl. des Albrechts-Ordens mit Schw. verliehen. Der Reg.-Bfhr. Martin beim Landbauamt Plauen erhielt die Friedrich August-Medaille in Bronze.

Der Arch. Dr.-Ing. Mannewitz ist als Lehrer an den Techn. Staatslehranst. in Chemnitz angestellt und der Bt. Prof. Wagner an dens. Anst. ist in den Ruhestand getreten.

Der Reg.-Bmstr. Pirl bei der Elektrizitätsverwaltung ist zum planm. Reg.-Bmstr. ernannt.

Versetzt sind die Bauamt. Albrecht im Fin.-Min. als Vorst. des neu erricht. Neubauamtes Techn. Staatslehranst. nach Chemnitz und Berger in Dresden zum Neubauamt Landhausumbau.

Der Reg.-Bmstr. Dungen in Dresden ist auf Ansuchen ausgeschieden.

Der Bauamt. Dr.-Ing. Fr. Aug. Beyer in Leipzig ist zum ord. Prof. für Statik der Baukonstruktionen an der Techn. Hochschule in Dresden ernannt.

Der Bt. Prof. Aug. Viehweger, früher an der staatl. Bau-schule in Leipzig, und der Bt. Osk. Auster, Stadtbtr. in Zittau, sind gestorben.

Württemberg. Der Abt.-Ing. Sautter in Pforzheim ist zur Eisenb.-Bausekt. Klosterreichenbach versetzt.

Der Prof. Dr.-Ing. Flechter an der Techn. Hochschule in Stuttgart ist zum Mitgl. des Konservatoriums für vaterländ. Kunst- und Altertumsdenkmäler in Angelegenheiten der Baudenkmäler berufen.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Arch. G. im Felde. (Gewährung von Baukosten-Zuschüssen aus Reichsmitteln.) Die Gewährung von Baukosten-Zuschüssen aus Reichsmitteln beruht auf Bestimmungen des Bundesrates vom 31. Oktober 1918, die u. a. in „Deutsche Bauzeitung“ 1918 Seite 434 und 439 veröffentlicht sind. Danach können solche sowohl an Gemeinden, wie gemeinnützige Bauvereinigungen und private Unternehmer gegeben werden, sofern diese die an die Gewährung geknüpften Bedingungen für sich und ihre Rechtsnachfolger übernehmen und durch grundbuchliche Eintragung sicher stellen. Diese Bedingungen werden an der betr. Stelle genau angegeben. Zunächst ist Voraussetzung, daß es sich um Gebiete handelt, in denen ein dringendes Bedürfnis an Klein- und Mittelwohnungen für die städt. und ländliche Bevölkerung besteht. Sie werden ferner nur gewährt für Wohnungen, die nach Größe, Anordnung, Raumzahl, Raumhöhe und Ausstattung den örtlichen Bedürfnissen der minderbemittelten Bevölkerung auch des Mittelstandes, insbesondere denjenigen kinderreicher Familien ihrer Bevölkerungskreise entsprechen. Das Reich trägt ferner nur die Hälfte der zur Ab-bürdung der Baukosten-Übertreibung erforderlichen Zuschüsse, wobei vorausgesetzt ist, daß der betr. Bundesstaat oder die betr. Gemeinde, oder beide zusammen, die andere Hälfte übernehmen. Die Verpflichtungen, die der Bauherr übernimmt, sind teils dauernder Art, teils auf 10 Jahre bindend, doch ist Befreiung durch Rückzahlung eines entsprechenden Teiles des Baukostenzuschusses unt. Umst. später möglich. Im Einzelnen muß auf die Verordnung selbst verwiesen werden. —

Hrn. Arch. P. in Goldap. (Verpflichtung des Architekten zur Abgabe von Akten an den Bauherrn.) Ihre Anfrage, ob Sie verpflichtet sind, dem Bauherrn von Ihnen angelegte und bearbeitete Akten zu übergeben, nachdem dieser den Auftrag infolge Ihrer Einziehung zum Militärdienst an einen

anderen Architekten abgegeben hat, läßt sich nicht allgemein mit einem kurzen „Ja“ oder „Nein“ beantworten. Befand sich der Auftrag überhaupt erst im Stadium des Entwurfes und sind Sie für diesen honoriert, so haben Sie nach der Geb.-O. § 1, 16 dem Auftraggeber auf Verlangen eine Ausfertigung des Entwurfes — d. h. Zeichnungen, Kostenanschlag, etwaigen Erläuterungsbericht — zweifellos zu übergeben (d. h. nicht die Originale, es kann auch eine Kopie sein). Befand sich der Bau im Stadium der Ausführung und sind Sie für die von Ihnen geleistete Teilarbeit honoriert, so haben Sie gleichfalls die Unterlagen abzugeben, die zur geregelten Fortführung des Baues erforderlich sind, aber nicht mehr, d. h. also z. B. die Verträge mit den Unternehmern, etwa schon vorhandene Aufmessungen usw., dagegen nicht etwa die Ergebnisse von Submissionen und dergl. Wo die Grenze Ihrer Verpflichtung aufhört, wird sich nur im Einzelfall bestimmen lassen. —

Hrn. Arch. Gr. in Wilmersdorf. (Ermäßigung der baupolizeilichen Vorschriften für Kleinhauseinsiedlungen und Baukostenzuschüsse). Zu 1. Für Kleinhausebauten und -Siedlungen bestehen allerdings wesentliche baupolizeiliche Erleichterungen, die sich auch auf die Stärke der Mauern beziehen. Die näheren Bestimmungen sind für Preußen enthalten im Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 26. März 17, dessen wichtigste Bestimmungen Sie u. a. in unserem „Deutschen Baukalendar“ 1918, Teil I, abgedruckt finden.

Zu 2. Mit den „Normen für Bauwesen“ meinen Sie jedenfalls die vom „Normenausschuß der Deutschen Industrie“, Ausschuß für Bauwesen, aufgestellten Typen und Normen für Türen, Fenster, Balkendecken usw. Behördliche Anerkennung genießen sie natürlich noch nicht. Sie sind unmittelbar vom Ausschuß, dessen Geschäftsstelle sich im Hause des Vereins deutscher Ingenieure, Berlin, befindet, sowie vom Verlag der Bauwelt zu beziehen.

Zu 3. Die staatlichen Baukostenzuschüsse sind abhängig davon, daß es sich um Bezirke handelt, in denen ein Wohnungsmangel herrscht, sowie davon, daß die betr. Bauten den Ansprüchen der minderbemittelten Bevölkerung oder auch des Mittelstandes entsprechen. Vergl. die Bestimmungen des Bundesrats vom 31. Oktober 1918, die Sie vom Verlag Ernst & Sohn, Berlin W. 66, jedenfalls beziehen können. Danach werden Sie selbst beurteilen, ob in Ihrem Falle Zuschüsse zu erwarten sind. (Siehe auch die vorstehende Antwort an G.) —

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Zur Anfrage in No. 23 vom 19. März 1919: 1. Kitt für Sauer-kohl-Bottiche. Wasserbeständige Kitt gibt es viele; säure-fest sind die folgenden:

a) Steinkohlenasche wird feingestoßen, in geschmolzenen Schwefel eingetragen und gut durchgerührt.

b) 100 Teile Schwefel, 2 Teile Talg und 2 Teile Harz (Kolo-phonium) werden geschmolzen, bis die Masse bei brauner Farbe sirupdick ist; dann wird feineres Glaspulver zugesetzt, bis das Ganze einen weichen Teig bildet. Die zu kittenden Gegenstände werden nach Weichheit erwärmt, und der Kitt selbst wird sehr warm angewandt.

c) 1 Teil fein pulverisierter Braunkstein und 1 Teil feines Mehl von fettem Ton, innig vermengt, werden mit Wasserglas-Lösung von 30° Bé. zu mortelähnlichem Gemisch angerührt. Die Kittstellen werden vorteilhaft von Zeit zu Zeit mit Wasserglas überpinselt.

d) Feingeriebener Asbest mit konzentriertem Wasserglas angerührt.

e) 1 Teil feines Asbestpulver mit 1/2 Teil gutem Portlandzement werden sorgfältig gemengt und mit Wasserglas (35° Bé.) bis zur Teigbeschaffenheit angerührt.

f) Fein geverlute Bleiglätte bis zur Teigbeschaffenheit gut mit Glycerin angerührt; wird steinhart.

Man kann jetzt nur diejenigen Kittte anwenden, zu denen sich die Stoffe auch wirklich beschaffen lassen. Ich habe mit den unter d) und f) genannten gute Erfahrungen gemacht, weil absolut säurefest. —

Literatur über Steinholz ist kaum vorhanden; ich empfehle „Spelz, A., Die modernen Baumaterialien und Baumethoden 1910“. Fugenloser Steinholzfußboden und Xylolith-Platten bestehen in der Hauptsache aus Sägespänen, deren Bindemittel Magnesiakitt (gebrannte Magnesia in 30 % Chlormagnesiumlösung) ist. Jede Fabrik gibt ihrem Erzeugnis einen besonderen Namen. B. in H.

2. Rissige Steinholzfußböden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Bewegungen der Eisenbetondecken die Bruchigkeit der Fußböden verursacht haben, namentlich falls diese nicht durch Sandschichten von den Decken isoliert sind. Näher aber liegt der Gedanke, daß Ausführung und Materialien der schadhaf gewordenen Fußböden nicht tadellos waren. Auch Benutzungsart, Baufeuchtigkeit, Erschütterungen der Gebäude oder Bauteile usw. sprechen dabei mit. Zuerst müßte die Frage gelöst werden: Wie geht es zu, daß die anderen Böden gut geblieben sind? Ein Ausbessern von Steinholzfußböden ist nicht zu empfehlen. Ich rate zur Neuausführung, zumal Steinholz-böden fugen- und staubfrei sind. Vorausgehen müßte eine örtliche Untersuchung. Ich habe solche Böden in verschiedensten Räumen ausführen lassen und zwar stets mit gutem Erfolg. Ing. B.

Anfragen an den Leserkreis.

1. Kann man durch Berkefeldfilter eisenhaltiges Wasser, welches zur Wäsche nicht gebraucht werden kann, so reinigen, daß es zur Wäsche brauchbar wird? Woher sind diese Filter jetzt zu beziehen?

2. Es soll im zweiten Obergeschoß eines Wohnhauses in einem gedeelten Raum eine Waschküche errichtet werden. Wie ist dieser Holzfußboden wasserdicht zu machen? Steinholzfußboden auf Dielen hat sich bei anderen Gelegenheiten nicht bewährt; Zink-ausschlag mit Lattenrost wird ungeheuer teuer, der Lattenrost ist unbequem. — O. E. in Spr.



Alte Stadtmauer hinter der Magdalenen-Kirche. Im Hintergrund das katholische Vereinshaus.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 28. BERLIN, DEN 5. APRIL 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND. FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen.

Von Dr.-Ing. Albert Hofmann.

(Fortsetzung.) Hierzu die Abbildungen Seite 149, sowie eine Bildbeilage.



o wie nun schon die ganze Veranstaltung für dieses Warenhaus bezeichnend war für die damaligen politischen Beziehungen zwischen dem Elsaß und Frankreich — es handelt sich um das Jahr 1912 —, so ist es auch das Urteil des Preisgerichtes. Dieses hat darauf verzichtet und mußte es auch wohl, deutsche und fran-

zösische Baukunst gegen einander abzuwägen, da in beiden zwei nationale Kunstanschauungen zum Ausdruck kommen, die sich unmöglich mit einander messen oder an einander abwägen lassen. Denn so unvergleichbar und unvereinbar wie die germanische und die keltische Weltanschauung sind es diese beiden Kunstanschauungen. Das hat auch das Preisgericht in der Beurteilung der beiden mit dem I. Preis gekrönten Entwürfe zum Ausdruck gebracht. Das Urteil sagt über den Entwurf von Hermann Billig: „Gute allgemeine Anlage, ovale Halle, die zu billigen ist trotz eines sehr ungünstig angeordneten Stützpunktes; der Eingang zum Warenhaus an guter Stelle, ein zweites Atrium mit guten Beziehungen zum ersten. Einfache und ruhige Auffassung der Fassaden, vortrefflich angepaßt dem Verlauf der Straße, aber in ihrer Starrheit nicht dem Charakter des Gebäudes entsprechend. Die ungeheure Kuppel, die sich auf ihren Stützpunkten nicht tragen zu können scheint, bringt einen ungünstigen Eindruck hervor.“ Von dem Entwurf Marcel's sagt das Urteil:

„Die allgemeine Anlage wird bestimmt durch eine sechseckige Halle in guter Verbindung mit einer zweiten Halle, mit ausgezeichnet gewählten Plätzen für die Haupttreppen. Sehr guter Eingang. Die Verlegung von zwei Nebentreppen hinter die Raumteile neben dem Eingang ergibt eine Einheit und Einfachheit der Anlage, die jedoch durch verwickelte Dachlösungen den Fassaden schädlich ist, deren Verbindungen und Beziehungen aber scharfsinnig erfaßt sind. Im Ganzen, ein ausgezeichnete Entwurf, in dem alle Teile sehr angemessen beleuchtet und bequem für den Verkauf sind.“

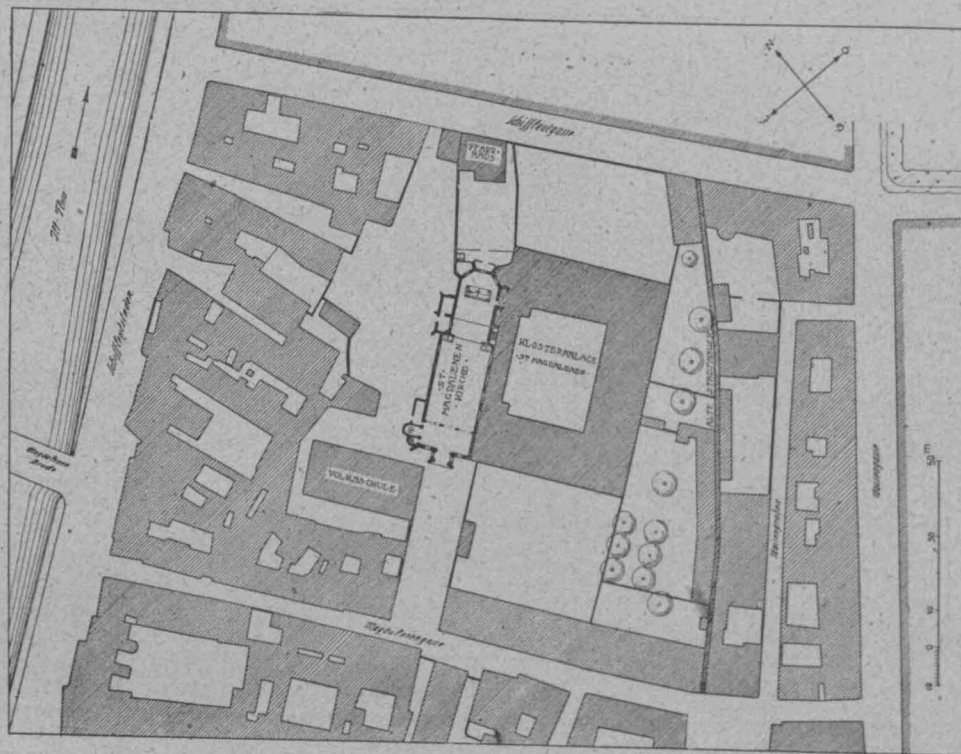
Man wird dieses Urteil, das ein Hinneigen zur französischen Auffassung nicht verkennen läßt, dem aber die deutschen Preisrichter ihre Zustimmung gegeben haben, erst dann richtig zu würdigen in der Lage sein, wenn man weiß, wie die französische Baukunst der Wende des Jahrhunderts sonst beurteilt wurde. Die Besucher der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900 haben die „Ausgeburten des Zeichenstiftes“, die „Schöpfungen überquellender Phantasie“ kennen gelernt, welche die letzte Zeit in Paris, namentlich die Jahre nach der Weltausstellung, hervorgebracht hatten. Man hat es mit dem verglichen, was in Deutschland „die Blüte einer neuzeitlichen wie neuartigen Baukunst maienreif gemacht hat“, mit den Werken, „die nicht dem Stift, sondern dem Kopf und dem Herzen entstammen, einen großen Gesamt-Kompositionsgedanken und eine treffende Individualisierung des Bauwerk-Charakters geben“, von dem jenseits der Grenze aus neuerer Zeit nichts zu sehen sei. So sicher dort viel mehr Abstoßen-

des, Rohes und Unrechtes mit unterlaufe, so sicher wachse unter dem Unkraut die deutsche Baukunst als die in Zukunft führende auf. Weder die Eroberung neuer Stockwerke noch die Verwendung der neuesten Baukonstruktionen, wie des amerikanischen Eisenskelettbaues mit Haustein-Umkleidung, des Eisenbetonbaues, noch die Zulassung von Eisenkonstruktionen ohne Feuer-schutz, noch endlich der Wandel der Anschauungen in

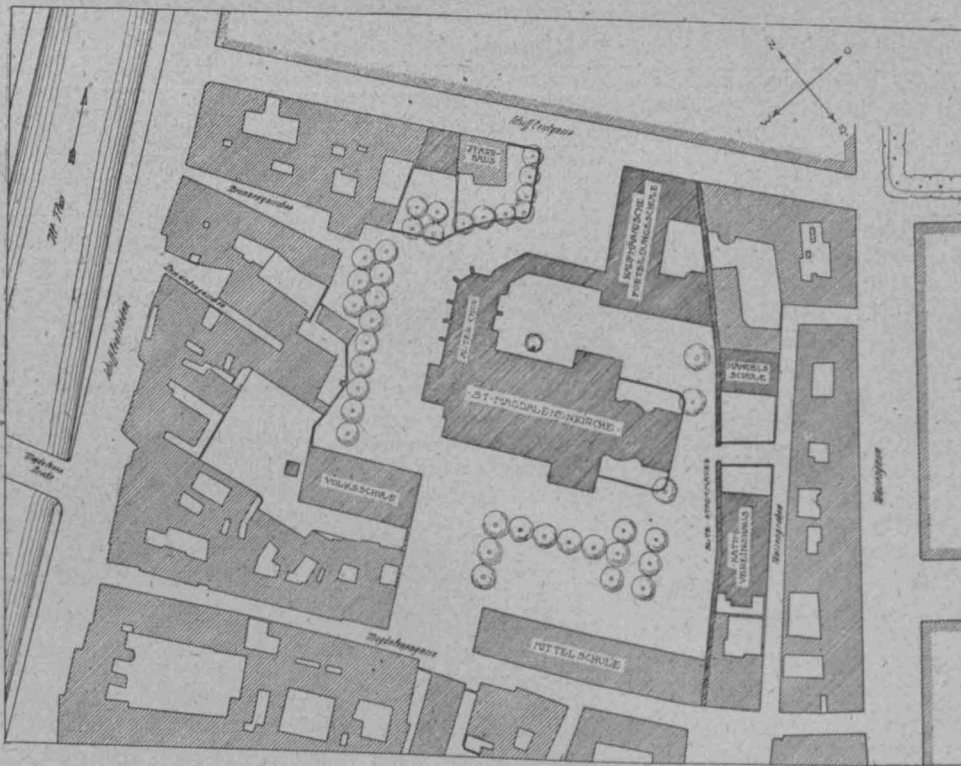
Der Durchbruch des neuen Boulevards durch die dicht bewohnten und volkreichsten Teile des alten Straßburg hat nun eine Wohnungs-Fürsorge im Gefolge gehabt, der die Stadt Straßburg ihre Mitwirkung und Förderung nicht versagen konnte. Es entstand durch die „Gemeinnützige Baugenossenschaft“ unter Beihilfe der Stadt Straßburg die Gartenstadt Stockfeld, in der zunächst 420 Wohnungen in Aussicht genommen waren.

Die aufgewendeten Mittel waren für die damaligen Verhältnisse recht beträchtliche, sie gingen in viele Millionen und es fehlte nicht an Stimmen, welche die Stadtverwaltung glaubten angesichts der Finanznot, in der sich die Stadt befand, warnen zu müssen. Aber der Plan fand trotz der weiten Entfernung der Gartenstadt vom Mittelpunkt Straßburgs Anklang in der Bevölkerung und die Stadtverwaltung selbst auch trug sich mit der Zuversicht, daß die Regulierung des Oberrheines und der damit verbundene Ausbau des Hafens von Straßburg ihr Mittel zuführen müßten, durch welche sich die großen Ausgaben rechtfertigen ließen.

In der Mitte des ersten Jahrzehntes unseres Jahrhunderts trat eine neue, große, in ihrer Art von den bisherigen gänzlich verschiedene Aufgabe des Hochbaues an die Stadtbauverwaltung heran, die zugleich sehr viel architektonische Eigenart in sich bergen konnte. In der Nacht vom 6. Aug. 1904 wurde die Magdalenen-Kirche in Straßburg mit samt der anschließenden Kloster-Anlage plötzlich durch einen gewaltigen Brand von Grund aus zerstört. Die Anlage lag südöstlich vom Münster und am Jll-Fluß, östlich der Metzger-Straße und ist auf unserem Lageplan S. 135 verzeichnet. Unter den Bauten geistlicher Körperschaften, die im Mittelalter in Straßburg sehr zahlreich waren, hatte die Reformation stark aufgeräumt. Der evangelische Magistrat ließ sie entweder ganz abtragen und beseitigen, oder



Lageplan des St. Magdalenen-Klosters und Umgebung vor dem Brand 1904.



Lageplan der neuen St. Magdalenen-Kirche mit Umgebung 1916. Architekt: Stadtbaurat Fritz Beblo.

Malerei, Bildnerei, Mode und äußeren Lebensformen habe in Paris eine keimkräftige neue Baukunst entstehen lassen.

Für dieses Urteil ist auch der hier besprochene Wettbewerb eine Bestätigung.

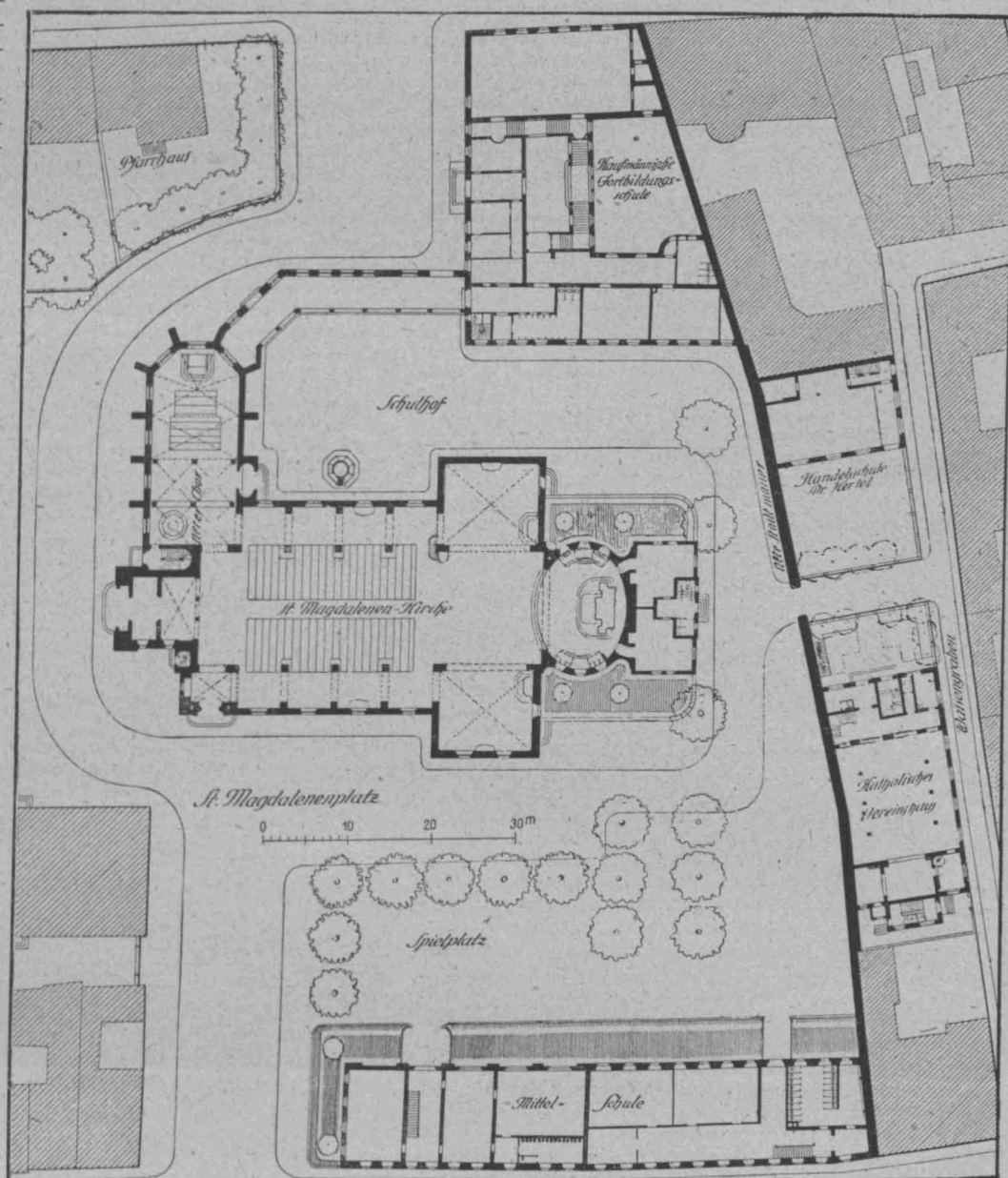
Das ist die Vorgeschichte des Warenhauses „Modern“ in Straßburg, zugleich ein Symptom deutsch-französischer Politik der letzten Jahre vor dem großen Krieg.

für andere Zwecke in so weitgehendem Maß umbauen, daß die ursprüngliche Anlage nicht mehr zu erkennen war. Die folgenden Jahrhunderte, namentlich die Zeiten der Revolution, setzten das Zerstörungswerk fort, sodaß nur geringe Reste der reichen mittelalterlichen Bautätigkeit auf diesem Gebiet noch erhalten sind. So verschwanden ganz oder fast ganz das Kloster St. Clara auf dem Roßmarkt, das Antonier-Kloster in der Regenbogen-Gasse,

das Katharinen-Kloster, das Margareten-Kloster, das Barfüßer-Kloster auf dem Kleber-Platz, dessen Chornoch bis 1765, das Dominikaner- oder Prediger-Kloster, das 1860 durch Brand zugrunde ging usw. Nur bescheidene Reste sind noch erhalten vom Wilhelmer-Kloster in der Hamen-Gasse, von den Stiftsgebäuden von Jung St. Peter und von dem Kloster St. Johann im grünen Wörth am Schlachthaus-Platz, das Kaiser Maximilian I. als Absteige-Quartier benutzte, wenn er Straßburg besuchte.

Verschwunden ist auch der „Bruderhof“ hinter dem Münster, ein Bau des Christoph Feiertag aus der Wende des 16. zum 17. Jahrhundert, der als „herrlich und gewaltig“ gerühmt wurde. Gut erhalten hatten sich nur das Franziskaner-Kloster in der Franziskaner- und Regenbogen-Gasse, das jedoch mit Kirche erst in der Mitte des XVIII. Jahrhunderts entstand, und das Magdalenen-Kloster in dem Viertel zwischen Magdalenen-Gasse, Waisen-Gasse, Schifflaut-Gasse u. Schifflaut-Staden. Es war im ausgehenden XV. Jahrhundert, 1476 als Kloster der „Reuerinnen“ begründet und lag in stiller Abgeschiedenheit hart an der zinnengekrönten, mittelalterlichen Stadtmauer, von der an dieser Stelle noch bedeutende Reste erhalten sind, von welcher die Kopfabbildung zu No. 26 und die Kopfabbildung dieser Nummer ein anschauliches Bild geben. Der Lageplan S. 146 oben zeigt die Klosteranlage vor dem Brand inmitten des geschlossenen Bauviertels und deutet auch noch den Verlauf der alten Stadtmauer an. Das Kloster umschloß einen stattlichen inneren Hof, die Kirche gliederte sich ihr westlich an. Abgesehen von der veränderten inneren Einteilung hatte das Gebäude seinen ursprünglichen Charakter trefflich bewahrt. Die Bauanlage war sparsam und schlicht in den Architekturformen in verputztem Backstein aufgeführt. Die Schmuckformen beschränkten sich auf ein schönes spätgotisches Maßwerk der Fenster, auf einen bescheidenen Giebelreiter über dem Westgiebel der Kirche, auf eine Gedenktafel von 1606 mit Renaissance-Ornamenten und auf ein Glasgemälde aus dem Anfang des XVII. Jahrhunderts, einen Zug von Waisenkindern darstellend, sowie auf Bilder im alten Chor, die verschiedenen waren in ihrer Darstellung, wie im Kunstwert und ihrer Entstehungszeit. Vor allem aber waren wertvoll die alten Chorfenster-Verglasungen, die zur Zeit des Brandes noch wohl erhalten waren und nach Mitteilungen des Hrn. Stadtbtr. Fritz Beblo, vor-

mals in Straßburg, „zu den besten Werken der mit dem Ausgang der Gotik zu besonderer Pracht und Vollen- dung gesteigerten Kunst der Glasmalerei“ zählten. Der unwiederbringliche Verlust dieses wertvollen Besitzes war weitaus das größte Opfer jener verhängnisvollen Brandnacht. Das Innere der Kirche und seine Ausstattung hatten wiederholt durchgreifende Veränderungen erfahren, zeigten also nicht mehr den ursprünglichen Zustand. Während das einschiffige Langhaus der Kirche eine verputzte Balkendecke besitzt, war der im Achteck geschlossene Chor überwölbt und im Äußeren durch Strebpfeiler belebt. Den Gewölben ist es zu verdanken, daß der Chor beim Brand weniger



Die neue Magdalenen-Kirche in Straßburg und die sie umgebenden neuen Baugruppen.
Architekt: Stadtbaurat Fritz Beblo.

gelitten hatte, wie die übrigen Teile der Anlage und beim Wiederaufbau mit in Rechnung gezogen werden konnte. Früher waren die unter den Kirchenfenstern gelegenen Wandnischen mit figürlichen Darstellungen geschmückt. Beim Abbruch des Langhauses wurde ein größeres Bild des Ecce homo aus dem Jahr 1482 unter dem Verputz entdeckt, abgelöst und in eine der Chornischen wieder eingefügt. Von einer anderen Darstellung, Tod der Maria, wurde ein Bruchstück gefunden und dem Altertums-Museum überwiesen. Das Kloster diente seit dem Jahre 1835 als städtisches Waisenhaus für etwa 200 Pfleglinge im Alter von 7—18 Jahren. Die Knaben im Alter von 14—18 Jahren hatten nur noch Wohnung in der Anstalt, aber

keine Verpflegung mehr; die Mädchen jedoch wurden bis zum Alter von 18 Jahren hier verpflegt, in den Hausarbeiten unterrichtet und zum Gesindedienst erzogen.

Durch den Brand war diese Anstalt ihrem praktischen Zweck entzogen. Es trat daher an die Stadtverwaltung von Straßburg die Aufgabe heran, die Anstalt nebst der Kirche wieder aufzubauen und auch die gesamte Umgebung neu zu gestalten. Aus den Forderungen des Stadtbildes von Straßburg und aus den örtlichen Ueberlieferungen heraus ergab sich hier eine Bauaufgabe von größter Bedeutung und von nicht minder

großer künstlerischer Anziehungskraft. Die Stadtverwaltung entschloß sich daher 1908, die schöne Aufgabe zum Gegenstand eines öffentlichen Wettbewerbes zu machen, dem dann im folgenden Jahr, 1909, ein zweiter, beschränkter Wettbewerb folgte. Bei diesem sprach sich das Preisgericht für den Entwurf des Stadtbaurates Fritz Behlo in Straßburg aus, der von der Stadtverwaltung auch zur Ausführung angenommen wurde. Die Ausführung fand in den Jahren 1912—1916 statt; das aus ihr hervor gegangene schöne Werk soll im Folgenden eine kurze Darstellung finden. — (Fortsetzung folgt).

Die kurländischen Häfen.

Von Marinebaurat Böckemann in Wilhelmshaven. (Schluß aus No. 25.)

Irotz des Wandels durch die Zeiten, vom Deutschen Ordensstaat zum selbständigen Herzogtum — 1562 — durch Besetzungen durch Schweden 1658, 1701, durch Polen und Russen 1794, durch Preußen im Gefolge Napoleons 1812, blieb der Charakter der Oberschichten, Gutsbesitzer, der wissenschaftlich Gebildeten (Pfarrer, Aerzte, Rechtsanwälte) und Kaufleute gut deutsch, der Wurzel und der Höhe der deutschen Kultur umso bewußter, als die sie umgebenden Letten wohl den Uebertritt zum Protestantismus mit gemacht, aber deutsche Sprache und Sitte nicht angenommen hatten. Für die Pflege des Deutschtums, besonders der deutschen Schulen, und für die wirtschaftliche Unterstützung bedürftiger Deutschen wurden reichliche Mittel aus freiwilligen Sammlungen unter den Deutschen flüssig gemacht. Wir haben in Kurland ein typisches deutsches Kolonialland. Die kleine erobernde Oberschicht bewahrte ihre höhere Kultur, und führte Jahrhunderte lang das unterworfene Volk, ohne es sich anzugleichen, ja ohne ihm die Sprache aufzuzwingen. In allem Sturm und Drang wußten die Kurländer sich ihre Rechte, besonders die der Selbstverwaltung und der deutschen Sprache, zu erhalten. Im Äußeren zeigt sich der deutsche Charakter in der Anlage der Ortschaften und Gebäude (Guts- und Wohnhäuser, öffentliche Plätze, Kirchen und Theater).

Die Bedürfnisse des Herzogtums, das bei 27 286 qkm, von denen 25 % Ackerland, 30 % Wiese, 33 % Wald und 13 % Unland sind, und das nur von rd. 700 000 Einwohnern, von denen 8,2 % Deutsche, gegen 1,7 % Russen, die übrigen Letten sind, also von 25 Einwohnern auf 1 qkm bewohnt wird*), sind nicht erheblich und würden allein die starke Entwicklung der Häfen Libau und Windau nicht bedingt haben. Der östliche Teil des Landes hat überdies näheren Zugang zur See über die Hauptstadt Mitau nach Riga und der Durchgangsverkehr nach Westeuropa wendete sich zur eisenbahnlosen Zeit dem nächst erreichbaren Hafen zu. Kurland ist ein rein land- und forstwirtschaftlich entwickeltes Land, das auch eine industrielle Entwicklung nicht zu erwarten hat bei dem völligen Mangel an eigenen Bodenschätzen und -kräften und bei den großen Entfernungen der nächsten Gebiete mit solchen. Landgüter und Gesinde (Bauerngehöfte) bilden daher die Besiedelung des Landes, von einander durch weite Strecken Land und Forst getrennt. Städtebildungen sind selten, nur Libau, Mitau, Goldingen und Windau haben etwas Städtecharakter, davon Mitau den einer kleinen deutschen Residenzstadt, die übrigen Städtchen sind nur Dörferchen.

Der Wert dieser beiden kurländischen Häfen als südlichste und westlichste Häfen Rußlands konnte ohne Eisenbahn-Anschluß nicht zur vollen Geltung kommen. Die Lage gewährt ihnen aber den Vorzug voller Eisfreiheit, da selbst bei ungünstigen Wintern sich die Zeit der Schwierigkeiten mit Eis auf wenige Tage beschränkt**), die durch rechtzeitiges Eingreifen von Eisbrechern gänzlich vermieden werden können. Es handelt sich nur um die Frosttage, an denen durch anhaltende Westwinde das Treibeis an die Küste und in die Häfen zusammen getrieben wird. Beim Drehen des Windes wird das Abtreiben des Eises unterstützt durch die ausgehende Strömung der in den Häfen und in dem Libau-See oder in der Windau durch den Westwind aufgestauten Wassermassen. Dabei ist die Wirkung des Libau-Sees nicht geringer, als die Strömung aus der Windau, weil sich bei der großen Fläche des Sees eine sehr erhebliche Wassermenge — für je 1 cm Stau etwa 400 000 cbm — anstaut, und je nach der Schnelligkeit, mit der der Wind

umgeht, zum Spülen und Hinausführen des Eises aus dem Hafenkanal nutzbar wird. In den abgeschlossenen Becken hält sich das Eis natürlich länger und muß fortdauernd gebrochen werden, wenn der Verkehr in ihnen aufrecht erhalten werden soll. Alle nördlicheren Häfen müssen die Schifffahrt für längere Zeit gänzlich einstellen, weil sich auch durch nachhaltigen Eisbrecherdienst bei der Stärke der Eisbildung eine freie Rinne nicht dauernd offen halten läßt. Die Folge ist, daß während der kältesten Wintermonate der Verkehr sich auf die nördlicheren Häfen beschränken muß, sodaß sich selbst für Güter, die einen anderen Hafen schneller erreichen können, der Sicherheit der Verfrachtung wegen der weitere Weg zum eisfreien Hafen lohnt. Durch eine geschickte Eisenbahnfracht- und Hafengebühren-Politik läßt sich diese Bewegung leicht unterstützen.

Der Eisenbahn-Anschluß ermöglichte dann später, die günstige Lage Libau's und Windau's als südlichste und westlichste Häfen Rußlands auszunutzen und den Verkehr dieser Häfen zu entwickeln. Libau wurde 1870 an die reichen Kornländer der Ukraine durch die Bahn Libau-Romny (westlich von Kiew) angeschlossen, Windau erhielt erst 1902 die Verbindung mit Riga und wurde dadurch zu einer westlichen Endigung der Sibirischen Bahn. Entsprechend dem Wirtschaftszustand des Hinterlandes ist die Ausfuhr auf landwirtschaftliche Erzeugnisse (Getreide, Holz, Teer, gesalzenes Schweinefleisch, Eier, Butter) angewiesen, während als Einfuhr fehlende Erzeugnisse (Heringe, Steinkohle, Salz, Früchte und Industrie-Artikel, Maschinen, künstliche Düngstoffe) vorwiegen. Die Werte der Ein- und Ausfuhr gehen aus folgender Tabelle hervor:

Umfang und Wert der Ein- und Ausfuhr in den Häfen Windau und Libau.

Gegenstand	Windau		Libau		Bemerkungen
Einwohner					Die mitgeteilten Zahlen sind der liebenswürdigen Vermittlung des deutsch. Konsuls, Hrn. Seligmann in Libau, zu verdanken.
1897	7132		64500		
1913	rd. 30 000		rd. 95 000		
Ausfuhr	Rubel	Pud	Rubel	Pud	Rubel in Mill. Pud (1 Pud = 0,41 kg) in Hundert-tausenden
1901	2,44		61,41		
1905	26,16	18,70	53,37		
1910	69,89	43,04	52,55	46,13	
1913	74,63	24,75	48,65	32,79	
Einfuhr	Rubel	Pud	Rubel	Pud	
1901	0,06		25,03		
1905	8,88	2,38	13,79		
1910	14,09	4,84	24,40	22,61	
1913	18,78	7,22	33,56	47,70	
Gesamthandel	Rubel	Pud	Rubel	Pud	
1901	2,50		86,44		
1905	35,04	21,08	67,16		
1910	83,98	47,88	76,95	68,74	
1913	93,41	31,97	82,21	80,49	
Schiffe	Anzahl	Reg.-To.	Anzahl	Reg.-To.	Reg.-To. (1 Reg.-To. = 2832 cbm) in Tausenden
1905	512	303,4	1736	767,0	
1910	844	624,9	1597	899,6	
1913	608	450,5	1738	1070,6	

Der größte Teil dieses Verkehrs ist für Kurland Durchgangsverkehr nach und von den inneren Provinzen des alten Rußland.

Aus Libau entwickelte sich eine ständig wachsende Auswanderung, die bis 1906 etwa 15—20 Tausend Personen jährlich betrug, nach Einrichtung direkter Dampferlinien nach Amerika von Libau aus stieg die Zahl 1907 auf rd. 57 000.

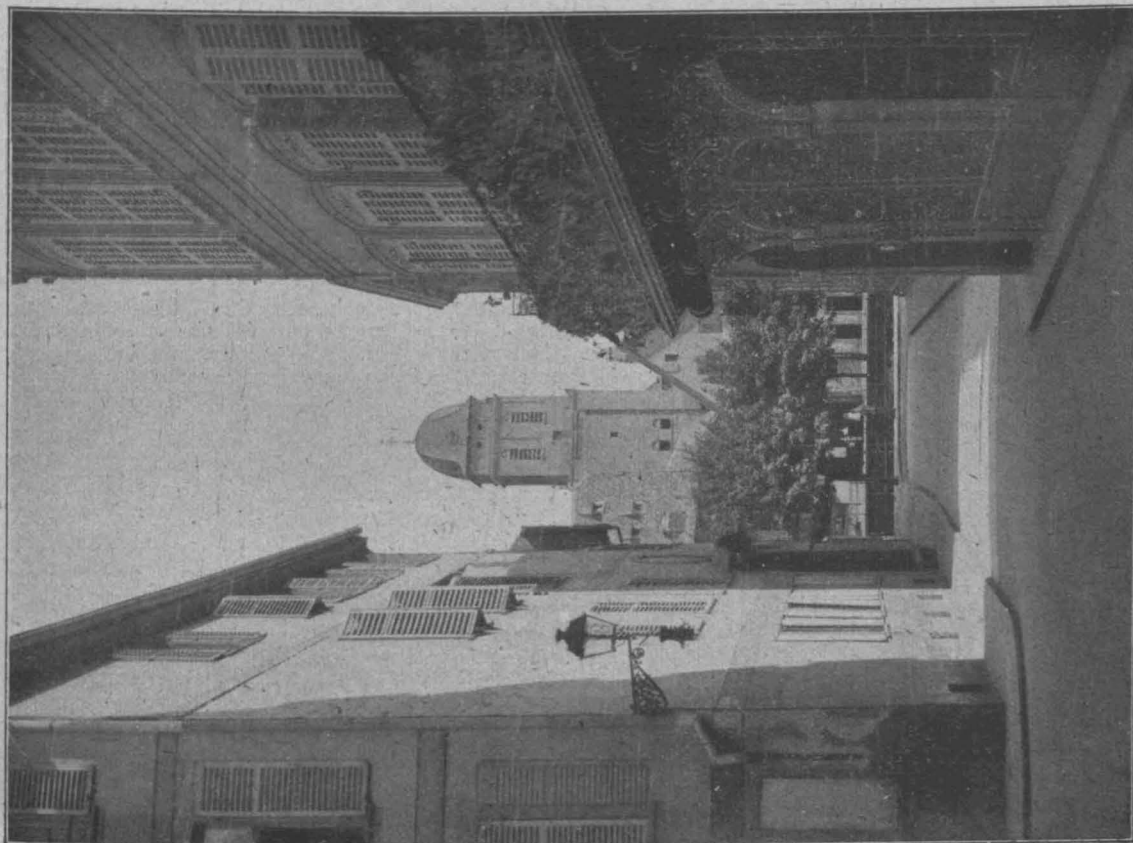
Die unbedeutenden Industrien Kurlands schließen sich an die Land- und Forstwirtschaft an, nur in Libau findet sich auf Grund der günstigen Hafenverhältnisse ein Ansatz

*) Zum Vergleich: Ostpreußen 37 000 qkm, 2 Mill. Einw., 55 Einw./qkm, 55 % Ackerland, 15 % Wiese, 18 % Wald, 9 % Unland. Königr. Preußen 348 702 qkm, 37 Mill. Einw., 107 Einw./qkm, 50 % Ackerland, 15 % Wiese, 24 % Wald, 10 % Unland.

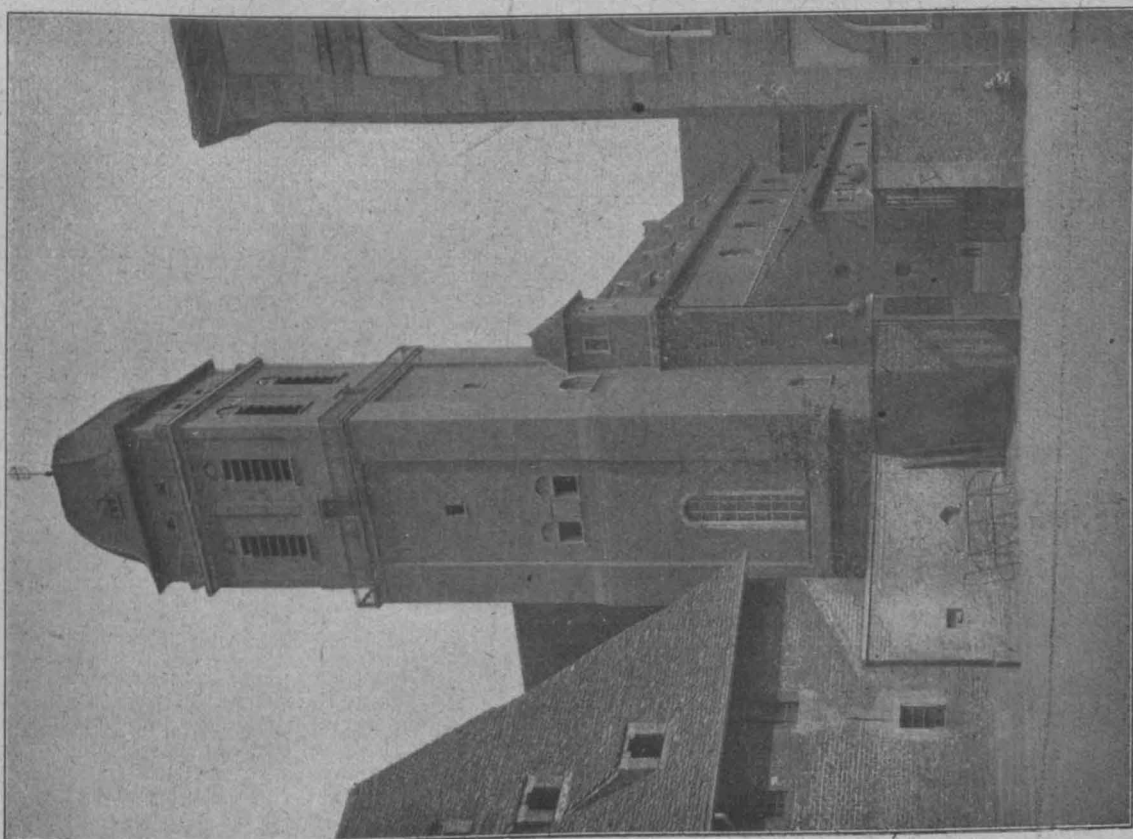
**) Dieselben Verhältnisse als nördlichster eisfreier Hafen haben s. Zt. auch die Entwicklung Tsingtau so außerordentlich begünstigt.

zu weiterem Ausbau. Eine Drahtfabrik mit Hüttenwerk, eine Oelfabrik mit Erzeugung von Kunstbutter und eine Anilinfabrik sind die Hauptvertreter dieser mit eingeführten Rohstoffen und ausländischem Kapital und fremder Intelligenz betriebenen Werke.

nen künstlichen Anlagen lassen es notwendig erscheinen, diesen Häfen ihren Anteil an der Versorgung des weiteren Hinterlandes zu erhalten, auch wenn dieses durch neue Staatenbildungen an der Küste von der See abgeschlossen wird. Es treten hier dann Fragen allgemeiner Natur auf,



Blick auf den Turm von der Schreiberstüb - Gasse jenseits des Jül-Flusses, hinter dem Münster.



Nordseite der Kirche mit Glockenturm, rechts das alte Schulhaus. Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen.

Noch sind die Verhältnisse im Osten im Fluß und über die politische Gestaltung läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Es wird in jedem Fall von den handelspolitischen Abmachungen abhängen, wie weit die Häfen Kurlands auch fernerhin als Ein- und Ausfuhr der östlichen Staaten werden dienen können. Die natürliche Lage und die geschaff-

die auch bei anderen von der See ausgeschlossenen Staaten im Lauf der letzten Jahre aufgeworfen sind, z. B. Schweiz, Serbien. Bei der Notwendigkeit, für das Hinterland Zugänge zur See zu erhalten und der politischen Zweckmäßigkeit, diesen Wunsch zu erfüllen, dürfte es erwägenswert sein, die Häfen mit zwischenstaatlichen Freihafenge-

bieten auszustatten, die in unmittelbarem Verkehr mit dem Hinterland gewisse Eisenbahn- und Zollvergünstigungen genießen. Natürlich kämen für solche Vergünstigungen des Durchgangsverkehres nicht allein die Kurländischen Häfen

in Frage, sondern auch den nördlichen preußischen Häfen könnte diese Möglichkeit der Verkehrserweiterung zugute kommen, soweit ihre natürliche Lage günstige Aussichten für das Heranziehen dieses Verkehrs bietet. —

Das zukünftige Schnellbahn-Netz von Groß-Berlin.

Nach einem Vortrag auf dem Schinkelfest des „Architekten-Vereins“ zu Berlin am 13. März 1919 vom verkehrstechnischen Oberbeamten des „Zweckverbandes Groß-Berlin“ Prof. Dr.-Ing. Erich Giese.



edner verweist einleitend darauf, daß die 1909 erschienene Denkschrift des aus Mitgliedern des Berliner „Architekten-Vereins“ und der „Vereinigung Berliner Architekten“ gebildeten „Architekten-Ausschusses Groß-Berlin“ die erste Anregung zu einer Zusammenfassung und zum Wettbewerb für Grundlinien zu einem Bebauungsplan für Groß-Berlin gegeben habe, in dem auch die Verkehrsfragen Berücksichtigung fanden. 1912 wurde dann der „Zweckverband Groß-Berlin“ geschaffen, dessen Mängel Redner nicht erörtern will, der aber doch auch einige Erfolge aufzuweisen habe, die Redner im Einzelnen anführt. (Z. B. Erwerbung von Dauerwaldflächen, einheitliche Straßenbahntarife, Verbesserung von Bebauungsplänen usw.) Daß die Schaffung einer einheitlichen Gemeinde Groß-Berlin jetzt bevorsteht, ist bekannt. Es ist daher eine zeitgemäße Aufgabe, Betrachtungen anzustellen, wie das zukünftige Schnellbahnnetz dieser Großgemeinde gestaltet werden muß, um deren Entwicklung zu fördern und die Bedürfnisse des Wohnens zu befriedigen.

Das Gebiet des „Zweckverbandes Groß-Berlin“ ist aber ein zu großes und auch wirtschaftlich zu wenig einheitliches, um für dieses die Frage einheitlich behandeln zu können. Die Gebiete von Groß-Wien, Groß-Paris, Groß-London und auch Groß-New-York sind wesentlich kleiner. Der Oberbeamte des Zweckverbandes für das Siedlungswesen, Brl. F. Beuster, schlägt eine Begrenzung auf den Umfang von rd. 20 km Durchmesser vor, Redner schneidet für sein einheitliches Schnellbahnnetz eine Fläche von 29 km Länge in westöstlicher, 22 km in nordsüdlicher Richtung heraus, d. s. rd. 650 qkm. Er untersucht dann an der Hand graphischer Darstellungen das Verhältnis zwischen dem Anwachsen der Bevölkerung und dem Personen-Verkehr auf den verschiedenen Verkehrsmitteln, die jetzige und voraussichtliche spätere Verteilung der Bevölkerung auf die Gesamtfläche, die Verteilung des Verkehrs auf die verschiedenen Verkehrsmittel und die Verkehrsdichte auf den wichtigsten Strecken. Auf der bezeichneten Fläche wohnten 1914 schon 3,8 Millionen Menschen ($1\frac{1}{2}$ der gesamten Zweckverbands-Bevölkerung). Seit 1893 hat eine Verdoppelung stattgefunden. Die jährliche Zunahme betrug vor dem Krieg rd. 90 000. Redner setzt diese Zahl auf rd. 70 000 herab (was unter den heutigen Verhältnissen noch reichlich hoch gegriffen erscheint) und kommt damit für das Jahr 2000 zu einer Bevölkerungsziffer von rd. 10 Millionen Seelen. Der Personenverkehr hat sich aber im gleichen Zeitraum mehr als verdreifacht, von 211 auf 1290 Millionen Fahrgäste jährlich. Mit weiterem Ahwachsen muß gerechnet werden. Vom Gesamtverkehr entfielen 1910 auf die elektrischen Straßenbahnen in Groß-Berlin 50 %, auf Dampfbahnen (Stadt- und Ringbahn und Vorortbahn) 32 %, auf den Omnibusverkehr 13 %, sodaß nur 5 % für den Verkehr der eigentlichen Stadtschnellbahnen verblieben. Diese umfassen zur Zeit nur 37,5 km fertiger Bahnen, während 19,7 km der städtischen Nordsüd-Bahn und der AEG-Bahn im Bau sind. In Paris, London, New-York ist das Verhältnis ein wesentlich anderes, es entfallen dort auf den Schnellbahnverkehr zwischen 16—40 %. Wir sind eben in der Entwicklung unserer Stadtschnellbahnen um mehr als ein Jahrzehnt zurück geblieben. Während London schon lange seine Untergrundbahn hat, wurde von 1872—1882 erst die Stadt- und Ringbahn erbaut, 1896 wurde schließlich nach längerer Vorgeschiebe mit der Hochbahn begonnen und 1902 deren alte Hauptstrecke ganz eröffnet. Mit dem Entwurf eines Schnellbahnnetzes haben sich dann zunächst die Teilnehmer am Wettbewerb Groß-Berlin, dann die Stadt Berlin (Geh. Brl. Stadtbtr. K r a u s e) und die Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft (Brl. Dir. B u s s e) befaßt. Ein zusammenfassender Entwurf für das ganze erwähnte Gebiet, der den Bau von rd. 118 km weiteren Schnellbahnen vorsieht, hat nun der Redner im Auftrag des Zweckverbandes aufgestellt. Denn nur mit einer wesentlichen Erweiterung des Schnellbahnnetzes kann den Verkehrsnoten abgeholfen werden, da einerseits eine erhebliche Steigerung des sich auf der Straße bewegend Massenverkehrs mit Omnibus und Straßenbahn mit Rücksicht auf die Ueberlastung mancher Straßenstrecken nicht mehr möglich ist und für den Verkehr weit hinaus diese Verkehrsmittel zu langsam sind.

Von den schematischen Anordnungen eines Schnellbahnnetzes, wie sie von Petersen, Schimpff, Cauer aufgestellt sind, schließt sich der Plan mehr dem Cauer'schen Gedanken der diagonalen Linienführung an, wie er auch schon in den jetzt bestehenden und im Bau befindlichen Linien zum Ausdruck kommt, und nun zu vollen Durchmesser-Linien mit einfacher Gabelung in den Außenbezirken durchgebildet erscheint. Die ebenfalls erforderlichen Ringlinien werden in dem Entwurf noch nicht berührt, da man ihre Durchführung der späteren Entwicklung überlassen muß und kann. Redner fordert namentlich den beschleunigten Ausbau der Schnellbahnen im Norden und Osten von Berlin, unter diesen vor allem der Linien durch die Frankfurter Allee nach Lichtenberg und Friedrichsfelde und der Linie durch die Greifswalder-Straße nach Weißensee. Letztere soll später einen Teil der jetzt am Nollendorf-Platz endenden Schöneberger Schnellbahn bilden, deren Weiterführung über den Magdeburger- und Potsdamer-Platz durch die Linden nach dem Alexander-Platz als notwendig bezeichnet wird. Vor allem müsse durch diese Bahn der Potsdamer-Platz selbst berührt werden. Auch die von der Stadt Berlin geplante Bahn von Moabit nach Treptow durch die Leipziger-Straße ist als wichtiges Glied in den Plan aufgenommen, vor allem aber auch die Bahnverbindung vom Wannsee-Bahnhof zum Stettiner-Bahnhof zum unmittelbaren Übergang der von Süden und Norden kommenden Vorortzüge. Die technischen Schwierigkeiten sind zu überwinden. Für die Bahnen ist dabei eine solche Tiefenlage gedacht, daß ein Umbau des städtischen Kanalnetzes nicht erforderlich wird; im Gegensatz zu unseren bisherigen Untergrundbahnen.

Im Stadt-Inneren sind natürlich nur Untergrundbahnen möglich, in den Außenbezirken dagegen Einschnittbahnen in den Straßenzügen und Dammbahnen auf dem Hintergelände der Baublöcke. Es sind dafür Lösungen gefunden, die auch in ästhetischer Beziehung befriedigen können. Das Gesamtnetz dieser Bahnen einschl. der schon vorhandenen und im Ausbau befindlichen würde sich dann auf 175 km belaufen, davon mehr als die Hälfte in Form von Untergrundbahnen. Die Kosten würden allerdings sehr erhebliche, vor allem auf einzelnen Linien. Während die alten Untergrundbahnen im Stadt-Inneren etwa 8,7 Mill. M. für 1 km gekostet haben, würde sich beispielsweise die Verbindung Potsdamer Bahnhof-Stettiner Bahnhof auf rd. 15 Mill. Mark, die Untergrundbahn im Zug der Linden auf rd. 12 Mill. Mark für 1 km stellen. Nach Friedenspreisen würde das gesamte Netz gegen 753 Mill. M. Anlagekosten für die Strecke erfordern, dazu rd. 174 Mill. M. für Betriebsmittel, Kraftwerke usw. Nimmt man den Ausführungspreis mit Rücksicht auf die lange Dauer, innerhalb deren sich die Ausführung vollziehen würde, nur um 30 % höher an, so ergeben sich im Ganzen rd. 1,2 Milliarden M. Die davon bereits verbauten oder auch schon festgelegten Kapitalien belaufen sich auf rd. 217 Mill. M.

Redner verbreitet sich dann noch weiter über die Beförderungsmöglichkeiten auf diesen neuen Linien — die er bei voller Ausnutzung mit 1700 Millionen Fahrgästen jährlich, d. i. das 15fache der Schnellbahnleistung von 1918, bemißt — ferner über eine möglichst einfache Betriebsführung, Tarifgemeinschaft, Klasseneinteilung usw. zu möglichst zweckmäßiger Ausnutzung des ganzen Netzes. Dieses muß in seiner Wirkung noch durch Schnellstraßenbahnen, über deren Ausgestaltung sich Redner schon früher an anderer Stelle verbreitet hat*, unterstützt werden, um das weite Maschennetz der Schnellbahnen noch zu unterteilen.

Wie die gewaltigen Mittel beschafft werden sollen und wie überhaupt die Durchführung des Unternehmens sich vollziehen soll, darüber will sich Redner jetzt nicht weiter auslassen. Die Möglichkeit einer weiträumigen Besiedelung des ausgedehnten Gebietes von Groß-Berlin ist aber nur dann gegeben, wenn es mit einem System von Schnellbahnen überzogen wird. Diese Möglichkeit offen zu halten ist nur bei rechtzeitiger Festlegung eines einheitlichen Planes denkbar. Aus diesem Grund ist der Entwurf aufgestellt, der in einer besonderen Denkschrift des Zweckverbandes demnächst veröffentlicht werden soll. —

Fr. E.

*) Vergleiche „Deutsche Bauztg.“ Jahrg. 1918, S. 141.

Vermischtes.

Die einheitliche Gestaltung des Straßenbildes. Ueber die Beteiligung der Architekten an der einheitlichen Gestaltung des Straßenbildes hat der „Architekten-Verein zu Berlin“ an die Magistrate von Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln, Spandau und Lichtenberg unter dem 7. März 1919 eine Eingabe gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

„Die in den einzelnen Gemeinden von Groß-Berlin erlassenen Ortsstatute gegen Verunstaltung des Ortsbildes haben sich als überaus segensreich erwiesen. Sie sind jedoch nur auf mehr oder weniger geringe Teile der Gemeindegebiete ausgedehnt und können daher nicht verhindern, daß die anderen Ortsteile nach wie vor ohne Hinzuziehung geschulter Architekten aufgeteilt und bebaut werden, und daß damit große Ortsteile der Verunstaltung anheimfallen.

Um diesem Uebelstand abzuhelfen, bietet das neue Wohnungsgesetz vom 28. März 1918 wenigstens im gewissen Umfang eine günstige Handhabe, von der indessen bisher wenig oder gar nicht Gebrauch gemacht ist. Nach Artikel IV § 1 dieses Gesetzes kann durch die Bauordnung die „einheitliche Gestaltung des Straßenbildes“ unter Berücksichtigung des Denkmal- und Heimatschutzes geregelt werden.

Wenn dieses Gesetz sogar die Möglichkeit bietet, die Gestaltung ganzer Straßenzüge nach einheitlich aufgestellten Entwürfen zu erzwingen, so würde selbst für die minderwertigsten Ortsteile wenigstens so viel erreicht werden müssen, daß nicht durch verunstaltende Bauteile, Formen oder Farben ein häßlicher Gesamteindruck hervorgerufen wird, der die einheitliche Gestaltung gefährdet.

Eine solche Baupolizei-Verordnung würde den gesetzlichen Boden schaffen, daß die Baupolizei in Fragen der äußeren Formgebung eingreifen darf, sie würde aber zur Folge haben, daß den einzelnen Baupolizeiamttern eine Anzahl von Gutachtern beigelegt wird, die zu jedem Baugesuch sich in künstlerischer Beziehung zu äußern hätten. In strittigen oder ganz besonders wichtigen Fällen würde der für das Ortsstatut eingesetzte Ausschuß zur Beratung der Bauvorlagen in Anspruch genommen werden können.

Es versteht sich von selbst, daß die einzusetzenden Gutachter vorwiegend aus der Reihe der künstlerisch befähigten und künstlerisch tätigen Architekten genommen werden müßten, und daß bei ihrer Auswahl auf Kenntnis der

betreffenden Stadtteile und auf Urteilsfähigkeit in städtebaulichen Fragen Gewicht zu legen wäre.

Die Gutachter müssen in solcher Zahl vorhanden sein, daß kein Bauherr vorher weiß, wessen Urteil herangezogen wird. Alljährlich würde ein Teil, etwa $\frac{1}{3}$, ausscheiden und durch Zu- oder Wiederwahl ersetzt werden.

Die selbstverständlich angemessen zu vergütende Tätigkeit müßte in jedem Fall im Rahmen gutachtlicher Äußerung bleiben. Eine Umarbeitung oder Neubearbeitung der Entwürfe seitens der Gutachter wäre auszuschließen.

Der A. V. B. sieht es nicht als seine Aufgabe an, schon jetzt eingehende Vorschläge bezüglich des Wortlautes der zu beantragenden Baupolizei-Verordnung und wegen der Einsetzung der Gutachter zu machen, bittet aber, seinen Vorschlag wohlwollend zu prüfen und ihm zur Aussprache über Einzelheiten Gelegenheit zu geben. Er würde auch weiter bereit sein, eine größere Zahl von geeigneten Architekten namhaft zu machen.“ —

Techniker als Bürgermeister. In Bernburg (Anhalt), einer Stadt von 35 000 Einwohnern mit starker Industrie ist ohne Ausschreibung der Stelle der Erste Stadtrat und Baurat Gothe aus Cöthen einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung ($\frac{3}{5}$ Sozialdemokraten) zum Bürgermeister gewählt worden (in Anhalt haben die Städte nur einen Bürgermeister). G. war bisher schon der erste und einzige Techniker in Anhalt, der nicht nur vollberechtigtes Magistratsmitglied, sondern auch als „Erster“ Stadtrat (zweiter Bürgermeister) — und zwar in Cöthen — tätig war. G. ist 47 Jahre alt und Regierungsbaumeister vom Jahr 1899 (Berlin). —

Die Stadt Unna in Westfalen hat ihren bewährten Stadtbaumeister Krieger nahezu einstimmig zum zweiten Bürgermeister gewählt. —

Öffentliche Ausschreibung zur Besetzung der Vorstandsstellen für das städtische Hochbauamt und das Tiefbauamt in München. Die Seite 136 berührte Denkschrift des Oberbürgermeisters Dr. v. Borscht in München über die Reorganisation des städtischen Bauwesens hat die Billigung der zuständigen Stellen gefunden, so daß die öffentliche Ausschreibung der Vorstandsstellen für das städtische Hochbauamt und das Tiefbauamt in München im Magistrat der Landeshauptstadt unter dem 19. März 1919 mit Bewerbungsfrist zum 12. April d. J. erfolgt ist. Die Inhaber der

Wilhelm Cremer †.

Am Abend des 28. März 1919 ist in Berlin der Architekt Wilhelm Cremer, Geheimer Baurat und Professor, mit Richard Wolfenstein zu der Firma Cremer & Wolfenstein verbunden, nach längerem Krankenlager im Alter von bald 74 Jahren verschieden. Mit ihm scheidet wieder einer der Künstler aus dem preußischen Bauleben der wilhelminischen Periode aus, die nach Wiedererrichtung des Reiches nach einem Ausdruck für die künstlerische Baukultur einer an Reichtum des Werdens sich förmlich überstürzenden Zeit suchten. Was Kayser & von Großheim, Ende & Böckmann, Gropius & Schmieden, Kyllmann & Heyden, Ebe & Benda und eine Reihe einzeln schaffender Baukünstler im neuen Preußen des neuen Reiches nach dem Friedensschluß des Jahres 1871 an künstlerischen Werten für eine neue Baukunst, welche die nachschinkelsche Periode der fünfziger und sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ablösen sollte, geschaffen haben, fand durch die nicht wesentlich jüngeren, aber später zusammengekommenen Architekten Cremer und Wolfenstein eine Fortsetzung und, wenn man will, eine Ueberleitung in die Auffassung der Zeit der ersten beiden Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts. Denn das ist das Merkwürdige im Schaffen dieser beiden Baukünstler, das sich im übrigen meist in persönlich getrennter Bearbeitung der einzelnen Bauaufgaben vollzog, daß sie, wie die älteren, bereits erloschenen ersten Baufirmen ihre Kunst vom Zeitgeist leiten ließen, sich der Zeitströmung hingaben und aus beiden die Anregungen zogen, die sie zu einer eigenartig sachlichen, formal vornehmen, bisweilen monumentalen, an Aufwand künstlerischer Ausdrucksmittel nicht immer zurückhaltenden, oft von warmer persönlicher Färbung durchdrungenen und durch reizvolle Einfälle idyllischer Natur belebten Auffassung in der Behandlung der verschiedenen Bauaufgaben führten. So entstand ein Lebenswerk von seltenem Reichtum des Eindruckes, von vielseitigstem Charakter der einzelnen baulichen Vorwürfe, zwar nicht beseelt von innerer Harmonie, das verhinderten schon die Charaktere der beiden Baukünstler, von denen Cremer der kühlere, mehr verstandesmäßig erwägende war, aber doch von einem inneren Gehalt, der berechtigt, den Verstorbenen in der Reihe der preußischen Baukünstler zu nennen, die man stets als Träger einer großen Ueberlieferung bezeichnen wird.

In der Unterrichts-Anstalt des damaligen königlichen Kunstgewerbe-Museums in Berlin hatten sich die beiden Künstler gefunden, an der sie als Lehrer wirkten; Cremer lange Jahre hindurch und später auch noch an der Technischen Hochschule in Charlottenburg als Privatdozent für den inneren Ausbau der Gebäude. Der zweite Wettbewerb um Entwürfe für das deutsche Reichstags-Gebäude in Berlin hatte sie zusammen geführt. Ihr Entwurf wurde mit dem II. Preis gekrönt, eine Auszeichnung, die zur Folge hatte, daß sie sich im Jahre 1882 zur gemeinsamen Ausübung der baukünstlerischen Tätigkeit verbanden. Es war der Auftakt zu einer 38jährigen Zusammenarbeit, die in das Werden Berlins zur Weltstadt fiel und durch zahlreiche Siege in Wettbewerben gefördert und gestützt wurde, die aber durch den Krieg einen vorläufigen, durch den Tod Cremers vermutlich einen dauernden Abschluß gefunden hat. Was in dieser langen Zeit von beinahe vier Jahrzehnten an städtischen und ländlichen Miet- und Wohngebäuden, an stolzen Handelspalästen, an großen Verwaltungsgebäuden, an gemeinnützigen Anlagen, an Schulanstalten und Kultgebäuden, an anderen privaten und öffentlichen Bauten in Berlin, in Hamburg, in Hannover, in Königsberg, in Posen, an den Punkten, an denen der Weltverkehr brandet, oder auf dem Lande und im Gebirge, wo die Stille des Lebens herrscht, entstanden ist, das ist als Ganzes genommen eine Arbeitsleistung von größtem Eindruck. Die Geschichtsschreibung wird Veranlassung haben, den Namen Cremers stets da zu nennen, wo die Beeinflusser der Kunstentwicklung der Gegenwart als Merksteine an Wendeabschnitten genannt werden müssen.

Wilhelm Cremer war am 15. November 1845 in Cöln a. Rh. geboren und machte seine Studien zunächst an der Provinzial-Gewerbeschule daselbst, die er 1862 verließ. Darauf war er 5 Jahre auf dem Büro des Stadtbaumeisters Jul. Raschdorff in Cöln tätig und machte 1867 sein Maurermeister-Examen. Seit April 1868 bezog er als Eleve die kgl. Bauakademie in Berlin und arbeitete gleichzeitig auf dem Büro von Aug. Orth. Später war er als Lehrer an der Unterrichts-Anstalt des kgl. Kunstgewerbe-Museums in Berlin tätig und setzte diese Tätigkeit noch lange Jahre fort, als er sich schon mit Wolfenstein zu gemeinsamer Tätigkeit verbunden hatte. Cremer war Mitglied der preußischen Akademie des Bauwesens in Berlin und spielte im städtischen Verwaltungsleben Berlins eine Rolle. — —H.—

beiden Stellen sind stimmberechtigte Mitglieder des Stadtmagistrates, jedoch nur „in Gegenständen ihres Wirkungskreises“. Wegen Festsetzung des Titels, Gehaltes und der Einrechnung einer anderwärts zugebrachten Dienstzeit behält sich der Magistrat Vereinbarung mit den zu berufenden Bewerbern vor. Bedingung für die Uebertragung der Stellen sind bestandene Staatsprüfung für Hoch- oder Tiefbau und der Nachweis der praktischen Befähigung für das Amt. Gesuche sind mit Lebenslauf, Zeugnissen, auch über Gesundheit, und Angabe der Gehaltsansprüche zu belegen. —

Oeffentliche Bekanntgabe von Baugenehmigungen. Die öffentliche Bekanntgabe von Baugenehmigungen ist im Reich nur von einigen Baupolizeiamt und Polizeipräsidien eingeführt. Von den meisten Bauämtern wird die Bekanntgabe verweigert mit der Begründung, daß durch dieselbe die auswärtigen Baufirmen, Baustoff-Lieferanten und Bauhandwerker auf die Arbeits- und Lieferungs-Möglichkeiten aufmerksam gemacht und zum Wettbewerb mit den einheimischen Firmen herausgefordert würden. Gegen diese Begründung ist Folgendes zu sagen: Die Bekanntgabe der genehmigten Bauten liegt im öffentlichen Interesse. An den Neubauten der verschiedensten Art sind tatsächlich nicht nur die einheimischen Baugeschäfte und Baulieferanten interessiert, sondern auch auswärtige Firmen, vor allen Dingen solche, die mit irgend einer neuen Bauart, Baukonstruktion, mit einem neuartigen Baustoff, einer neuen Bauweise aufwarten. Wir sind indessen weit entfernt davon, zu sagen, daß die Veröffentlichung der Baugenehmigungen im Interesse dieser Firmen wünschenswert sei, aber wir behaupten, daß sie im Interesse der einheimischen Baulustigen liegt. Wie sollen die Bauherren zu rechter Zeit mit einer Neuerung auf dem Gebiet des Bauwesens bekannt werden, wenn den betreffenden Firmen die Vorbedingung für das Angebot, nämlich das Adressenmaterial, fehlt.

Verzeichnisse, wie sie das Polizeipräsidium Schöneberg-Wilmersdorf allwöchentlich an die Interessenten abgibt und in denen Baustelle, Art der Bauausführung, Name und Wohnung des Bauherrn und der bauleitende Architekt angegeben werden, beanspruchen leider nur ein lokales Interesse. Sie kommen für die große Allgemeinheit nicht in Frage. Wollte jede Baupolizei-Behörde sich auf die Abgabe solcher Verzeichnisse einlassen, so würde sie die ganze Kraft eines Beamten dafür in Dienst stellen müssen. Auf diesem Weg kommt man also dem Zweck kaum näher. Richtiger erscheint schon die Zuhilfenahme der baugewerblichen Fachpresse. Am besten würde man dem Wunsch nach öffentlicher Bekanntgabe der Baugenehmigungen vielleicht gerecht durch folgende Weise: Die Baupolizei-Behörden reichen allwöchentlich — gemäß Verfügung des Reichswirtschaftsamtes oder des Ministeriums des Inneren — beim Reichsarbeitsamt Verzeichnisse der genehmigten Bauten ein; das Reichsarbeitsamt sammelt und ordnet dieselben und gibt sie an die baugewerblichen Fachzeitschriften zwecks Veröffentlichung weiter. Durch allwöchentliche Bekanntgabe der genehmigten Bauten bliebe die Öffentlichkeit über den Stand der Bautätigkeit im ganzen Reich laufend unterrichtet. Die vom Reichsarbeitsamt geführten Statistiken über die Bewegung auf dem Baumarkt erhielten dadurch ein völlig einwandfreies Material, abgesehen davon, daß die statistischen Arbeiten erleichtert und beträchtlich vermindert würden. Infolgedessen läge die öffentliche Bekanntgabe dieser Baugenehmigungen in erster Linie im Interesse des Reichsarbeitsamtes. Vielleicht ist es zweckmäßig, das Reichsarbeitsamt für die Sache zu interessieren. —

Wohnungs-Politik in Zittau in Sachsen. Mit einem groß angelegten Plan zur Bekämpfung der Wohnungsnot tritt den „Dresd. Nachr.“ zufolge Oberbürgermeister Dr. Külz an die städtischen Körperschaften von Zittau in einer Denkschrift heran. U. A. soll, um die Schwierigkeiten zur Beschaffung des Baukapitales und zweitstelliger Hypotheken zu beseitigen, die städtische Sparkasse Hypothekendarlehen auf Wohnhäuser bis 80 % des Wertes gewähren. Die Häuser müssen bis 1. Oktober 1920 bezugsfertig hergestellt sein, und der Wert jedes Hauses darf einschließlich des Grunderwerbes 80 000 M. nicht übersteigen. Der Verteuerung des Baugrundes soll dadurch entgegen gewirkt werden, daß die Stadt für die erste Zeit nach dem Krieg das Bauland für Wohnhäuser zu keinem höheren Preis verkauft, als er am Ende des Jahres 1913 angemessen gewesen ist. An einen und denselben Bauherren dürfen aber nicht mehr als zwei Baustellen verkauft werden. Die Denkschrift sieht noch die Errichtung von Kleinwohnhäusern auf städtische Kosten und den Bau von Wohnungen für Angestellte vor. Zu letzterem Zweck sollen insgesamt 600 000 Mark bewilligt werden, die zu 90 % durch Hypotheken der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten und 10 % aus anderen Anleihemitteln gedeckt werden sollen. —

Die Baupreise in England. Der Sheffielder Sonderberichterstat der „Times“ macht seinem Blatt bemerkenswerte Angaben über Baupläne englischer Bergwerksgesellschaften und die Preise schlüsselfertiger Arbeiterhäuser. Unter Anderem beschreibt er die Kolonie Rossington, die vor etwa sechs Jahren in Angriff genommen wurde und von deren 1600 Häusern bis jetzt 500 vollendet sind. Auf dem Plan sind Kirche, drei Kapellen, öffentliche Bäder, Versammlungsraum, Schulen, Gemäldegalerie, Geschäftszentrum, Hotel und Ledigenheim vorgesehen. Die Wohnhäuser werden in zwei Typen erbaut, deren erster ein Zweifamilienhaus darstellt. Das Erdgeschoß enthält ein Wohnzimmer (15 Fuß 6 Zoll auf 12 Fuß), gute Stube (11 Fuß 6 Zoll auf 10 Fuß), Küche (9 Fuß auf 8 Fuß), außerdem Badezimmer, Speisekammer, Kohlenraum und andere Nebengasse. Das Obergeschoß nehmen vier geräumige Schlafzimmer ein. Das Einfamilienhaus (Typ 2) zeigt im Erdgeschoß die gleiche Einrichtung, dagegen enthält das Obergeschoß nur drei Schlafzimmer. Vor dem Kriege kosteten die Häuser nach Typ 1 255 Lstrl., nach Typ 2 186 Lstrl. Jetzt stellen sie sich auf 500 Lstrl. und 420 Lstrl. Gemäß der ursprünglichen Bestimmung wurden sie in 40 Jahren Eigentum der Bewohner, und die Gesellschaft bezahlte bis dahin alle Grundsteuern, Ausbesserungen und Versicherungsprämien. Nach einer Erklärung der Direktion ist das aber infolge der Teuerung nicht mehr möglich. Es werden Beihilfen der Regierungs- und Lokalbehörden verlangt, die ganz der Tilgung unseres verlorenen Bauaufwandes entsprechen. —

Jahrbuch der bayerischen „Landesstelle für Gewässerkunde“. In der bayerischen Presse wird der Wunsch nach Weitererscheinens des vom früheren „Hydrotechnischen Büro“ herausgegebenen Jahrbuches ausgesprochen. Professor Franz Kreuter in München führt dazu Folgendes aus:

Das Hydrotechnische Büro, jetzt „Landesstelle für Gewässerkunde“, hat in nunmehr 20 jähriger, emsiger Tätigkeit umfassende Beobachtungen angestellt und gesammelt über die Niederschlag- und Abflußverhältnisse Bayerns und hat diesen für das gesamte Ingenieurwesen wissenschaftlich wie praktisch gleich wertvollen Stoff seit Jahren unter der Leitung des Ministerialrates Dr.-Ing. Julius v. Hensel regelmäßig in einem stattlichen Jahrbuch herausgegeben, welchem auch gelegentlich besondere wasserbauwissenschaftliche Abhandlungen sich anschlossen.

Seit 1916 stockt die Herausgabe dieses wichtigen Quellenwerkes, und sein ferneres Erscheinen ist durch die unverhältnismäßige Steigerung der Papier- und Druckkosten in Frage gestellt. Die vorhandenen Mittel werden vielleicht sogar zur regelmäßigen und vollständigen Fortsetzung der Beobachtungen kaum ausreichen, wenn es so weiter geht.

Es liegt in der Natur derartiger Arbeiten, daß eine Unterbrechung sich nicht wieder anknüpfen läßt und möglicherweise alles Vorangegangene entwertet, während im Gegenteil solche Beobachtungsreihen stetig an Wert gewinnen, je länger sie in einem Zug fortgeführt werden. Die Frucht zwanzigjähriger Mühe steht auf dem Spiel. Es ist Pflicht der Regierung, diesem unwiederbringlichen Verlust vorzubeugen und die 15 000 bis 20 000 M., welche jährlich als Zuschuß zu den vorhandenen Mitteln zur gedeihlichen Fortführung des Werkes erforderlich sein dürften, weiter zu gewähren. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung eines Bildes zur Bekämpfung des Bolschewismus erläßt die „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus“ für deutsche Künstler und Laien. Es soll das Motiv des Bildes der Nationalgalerie in Berlin „Die Jagd nach dem Glück“ von Rud. Henneberg den neuen Darstellungen zugrunde gelegt werden. Unter den Preisrichtern befinden sich Dir. Dr. von Falke, Prof. Emil Döpler d. J., Architekt F. Dressler und der Graphiker Growald in Berlin. —

Wettbewerb betr. Behauungspläne für ein Gelände in Heilbronn. In einem zur Erlangung von Behauungsplänen für ein dem Heilbronner Wohnungsverein A.-G. gehöriges 360 ar großes Grundstück war ein engerer Wettbewerb unter Heilbronner und Stuttgarter Architekten ausgeschrieben worden. Es handelte sich um rund 250 Kleinwohnungen. Als gleichwertige Sieger gingen hervor: Architekt Fred Schott, Regierungs-Baumeister in Heilbronn, sowie Architekt Steigleder in Stuttgart. —

Inhalt: Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen. (Fortsetzung.) — Die kurländischen Häfen. (Schluß.) — Das zukünftige Schnellbahn-Netz von Groß-Berlin. — Vermischtes. — Wilhelm Cremer †. — Wettbewerbe. —

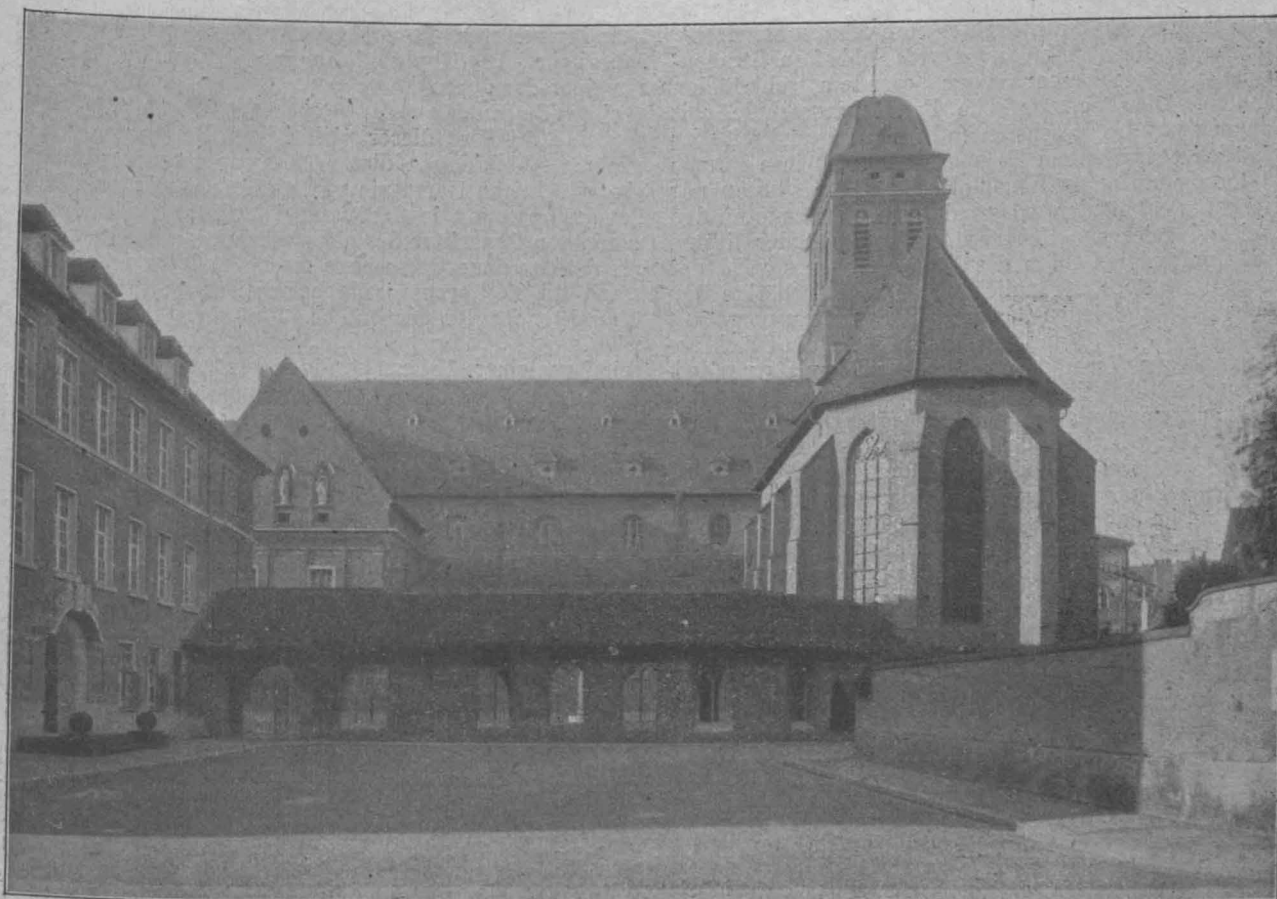
Bildbeilage: Die neue Magdalenen-Kirche zu Straßburg i. E.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, v. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hoffmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin



AULICHES DER **
 LETZTEN ZEIT AUS
 ** ELSASS-LOTH-
 RINGEN. *****
 DIE NEUE MAGDA-
 LENEN-KIRCHE ZU
 STRASSBURG I.E.
 ** ARCHITEKT:**
 STADTBAURAT
 * FRITZ BEBLO *
 IN STRASSBURG
 ** HOCHALTAR**
 ALTARBILD VON
 XAVER DIETRICH
 * IN MÜNCHEN. *

=== DEUTSCHE ===
 * BAUZEITUNG *
 53. JAHRGANG 1919.
 ***** NO. 28. *****



Neubau der Magdalenen-Kirche in Straßburg i. E. Kaufmännische Fortbildungsschule mit Verbindungsgang zum alten Chor.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 29. BERLIN, DEN 9. APRIL 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen.

Von Dr.-Ing. Albert Hofmann. (Fortsetzung.) Hierzu die Abbildungen Seite 155.



Der obere Lageplan auf S. 146 zeigt den Zustand der alten Klosteranlage und ihrer Umgebung vor dem Brand. An die eigentliche Klosteranlage schließt sich nordwestlich, mit der Hauptachse von Südwest nach Nordost, die Klosterkirche St. Magdalenen eng an. Nordöstlich vom Chor liegt das Pfarrhaus an der Schifflaut-Gasse.

Der Zugang zur Kirche ist von der Magdalenen-Gasse. An diesem Zugang liegt eine Volksschule als Mauerkörper auf rechteckigem Grundriß, ein schweres Bauwerk aus der Mitte des XIX. Jahrhunderts, das beim Brand erhalten geblieben ist; leider, darf man wohl sagen, denn sein Dasein verhinderte eine Grundriß-Entwicklung der neuen Kirche im Sinn der alten. Es ist das hauptsächlich aus dem Grund beklagt worden, als das neue Gotteshaus, den Bedürfnissen der über die Stadterweiterung weit ausgedehnten Gemeinde entsprechend, wesentlich größere Abmessungen erhalten mußte, als die alte Kirche sie besaß. Der bauliche Zustand des alten Chores war nach der Katastrophe noch ein so guter, daß er die Wiederherstellung des Chores gestattete. Der Chor wurde dem Neubau der Kirche als Kapelle angegliedert. Ein Glockenturm von starker Wirkung bildet heute das Verbindungsglied zwischen dem alten Kirchenchor und dem Neubau der Kirche. Durch diesen wurde aus der bisherigen Südwest-Nordost-Achse eine das Straßenviertel beherrschende Nordwest-Südost-Achse.

Während die nordwestliche Hälfte des Straßenviertels von den baulichen Um- und Neugestaltungen kaum berührt wurde — nur kleine Baulichkeiten sind entfernt und Baumpflanzungen vorgenommen worden, sind die Umgestaltungen auf der südwestlichen Hälfte sehr weitgehende. Von der Schifflaut- wie von der Magdalenen-Gasse her sind breite Zugänge zur neuen Kirche und den ihr angegliederten Baugruppen geschaffen worden. Wie die Grundrisse S. 147 zeigen, hat das neue Gotteshaus drei Schiffe erhalten und verläuft senkrecht zur Achse des alten Chores. Ein breit entwickeltes Querschiff führte zur Ausbildung einer stattlichen Vierung, auf die folgend die Kirche durch einen auf elliptischem Grundriß entwickelten Chor abgeschlossen wird. An den Chor gliedern sich Sakristei und andere Nebenräume an. Durch einen bedeckten Gang oder eine Wandelhalle aus Resten des ehemaligen Klosterbaues errichtet, der nordöstlich der Kirche einen Schulhof einschließt, ist eine Verbindung hergestellt mit einem Neubau: der kaufmännischen Fortbildungsschule, die bis zur Schifflaut-Gasse reicht und südöstlich an die alte Stadtmauer sich anlehnt. Diese alte sehr malerische Stadtmauer, die an den Köpfen der Nummern 26 u. 28 dargestellt ist, ist ein hochbedeutsamer Rest des mittelalterlichen Straßburg und durch merkwürdige Zufälle in diesem Häusergeviert besonders gut erhalten. Sie in die Wirkung der neuen Baugruppen einzubeziehen war für den Architekten nicht nur eine Pflicht der künstlerischen Pietät, sondern ergab sich ihm auch als ein willkommenes Mittel künstlerischer Bereicherung der Straßen- und Platzbilder. An sie wurden

Schulen und ein katholisches Vereinshaus angelehnt, Bauwerke, die sich in dieser vom lebhaften Straßenverkehr abgeschlossenen Lage besonders wohl fühlen mußten. Die kaufmännische Fortbildungsschule, mit Eingang vom neu geschaffenen Durchgang und mit sehr stattlich entwickeltem Treppenhause, reiht ihre Räume U-förmig um einen Innenhof so, daß auf diesen nur Nebenräume münden, während die Haupträume an den drei frei gelegenen Schauseiten des Gebäudes liegen. Auf der anderen Seite des Häusergeviertes wird der langgestreckte, ursprünglich zum Kloster gehörige Bau längs der Magdalenen-Gasse zur Mittelschule umgebaut und hergerichtet. Von ihm wird am Kopf ein Stück abgetrennt zur Verbreiterung des Kirchenplatzes. Zwischen der Mittelschule und der Kirche wurde ein Spielplatz mit Baumpflanzungen angelegt. Der Platz dient zugleich der bestehenden Volksschule als Spiel- und Schulhof. Der Platz wird im Süden durch die mittelalterliche Stadtbefestigung und das über diese Mauer ragende, im Jahr 1913 erbaute Vereinshaus abgeschlossen. Vom Waisengraben aus lehnt sich noch eine kleine Privat-Handelsschule an die Stadtmauer an. Zwischen dieser Handelsschule und dem katholischen Vereinshaus wurde vom Waisengraben her ein Zugang zum Kirchenplatz, jetzt St. Magdalenen-Platz genannt, geschaffen und zu diesem Zweck die Stadtmauer durchbrochen. In den Durchbruch wurde in geschickter Weise ein Rundbogen-Portal eingesetzt, das von einem durch

Brand zerstörten alten Haus der Renaissance gewonnen wurde. Die Kopfabbildungen der Nummern 26 und 28 zeigen das durch diesen guten Gedanken entstandene anziehende Bild.

Das Äußere dieser vielseitigen Baugruppe zeigt, wie die Abbildungen dieser Nummer erkennen lassen, eine glückliche Harmonie und eine nicht minder glückliche Einpassung in das Stadtbild. Entsprechend dem schlichten Charakter des alten wiederhergestellten Chores, ist das neue Gotteshaus streng und ohne viel Aufwand an Bauformen aufgebaut. Der vorherrschende Charakter ist der der Fläche. Die Einzelheiten haben, wie die Abbildungen S. 155 erkennen lassen, die Eigenschaften einer lebenswürdigen Frührenaissance. In kraftvoller Entwicklung und durchaus eigenartiger Form steigt der neue Turm in die Lüfte, glücklich zwischen dem alten Chor und dem neuen Gotteshaus vermittelnd. Daß er charakteristisch auch im Stadtbild steht und dieses bereichert, ergibt der Blick auf den Turm aus der Schreiberstüb-Gasse jenseits des Ill-Flusses, hinter dem Münster (S. 149).

Die Gebäudegruppe ist als Putzbau mit dunkelbraun getönten Flächen erstellt. Für die architektonischen Gliederungen, die Gewände und den Sockel wurden hellgraue Vogesen-Sandsteine verwendet. Die Dächer sind mit altelsässischen Biberschwänzen eingedeckt. Die Wirkung der Gebäude liegt hauptsächlich in der großen Flächenbehandlung. — (Fortsetzung folgt.)

Die Sozialisierung und das Bauwesen.



ine Ausführung des „Schwäb. Merkur“ über „die Sozialisierung in Württemberg“ läßt erkennen, in welcher umfassenden Weise bei den bisher schon bestehenden und den kommenden Sozialisierungen im Deutschen Reich das Bauwesen beteiligt ist. Es deuten die Ausführungen zugleich darauf hin, welche Bedeutung in Zukunft die Beteiligung des Technikers in der staatlichen, der städtischen und der gesellschaftlichen Verwaltung haben wird und welche Stellung ihm daher im Gegensatz zu dem bisherigen Brauch eingeräumt werden muß, soll seine Tätigkeit eine für die Allgemeinheit nützliche und erfolgreiche werden. Wir entnehmen den Ausführungen, soweit das Technische und das Bauwesen berührt werden, das Folgende:

Bereits in den Leitsätzen, die das Württembergische Arbeitsministerium im Januar zur Frage der Sozialisierung veröffentlicht hat, ist darauf hingewiesen, daß die praktische Durchführung der Sozialisierung einzelner Wirtschaftszweige auf örtlicher oder bundesstaatlicher Grundlage nur möglich ist, soweit es sich um Monopolbetriebe von örtlicher oder bundesstaatlicher Bedeutung handelt. Damit wurde ausgesprochen, daß eine planmäßige Durchführung der Sozialisierung an sich nur denkbar ist, wenn das Reich bestimmte Grundsätze und Richtlinien aufstellt, um die erforderlichen gesetzgeberischen Vorlagen seitens des Reiches vorbereiten und durchführen zu können. Bei den Arbeiten, die die Württembergische Sozialisierungskommission bereits in Angriff genommen hat, hat sich dann auch sofort gezeigt, daß innerhalb des württembergischen Staatsgebietes die Wirtschaftszweige, die ohne vorbereitende gesetzgeberische Maßnahmen des Reiches bearbeitet werden können, nicht gerade sehr zahlreich sind. Man muß sich dabei vor allem auch daran erinnern, daß grundlegende Einrichtungen unseres Wirtschaftslebens längst sozialisiert sind. Württemberg war einer der ersten Bundesstaaten, der von Anfang an bei der Schaffung des Eisenbahnwesens Staatseisenbahnen gebaut hat. Daneben sind auch gerade die wichtigsten Einrichtungen des Verkehrslebens. Post, Telegraphie, Fernsprechkverkehr, Dampfschiffahrt auf dem Bodensee in den Händen des Staates. Zwischen diesen und anderen öffentlichrechtlichen Korporationen hat sich im Straßenbauwesen längst eine Arbeitsteilung herausgebildet. Andere wichtige Zweige des Wirtschaftslebens von allgemeiner Bedeutung sind im Besitz oder unter der ausschlaggebenden Verwaltung der Gemeinden. Hier ist vor allen Dingen neben den städtischen Straßenbahnen, Schlachthäusern, Lagerhäusern, Bädern u. a. zu nennen die Versorgung mit Trink- und Nutzwasser, bei der ja auch die verschiedenen Gemeindeverbände (Abwasserversorgung) das Zusammenarbeiten von Stadt und

Gemeinden (Landeswasserversorgung) von außerordentlich hoher Bedeutung sind. Besonders wichtig sind dann auch die Einrichtungen auf dem Gebiet der Gas- und Elektrizitätsversorgung, die ebenfalls bereits heute in sehr weitem Umfang durch Gemeinden oder Gemeindeverbände (Stuttgart, andere württembergische Städte) erfolgt. Erforderlich ist — wozu die notwendigen Vorarbeiten im Ministerium des Inneren im Gange sind — eine einheitliche Zusammenfassung aller im Lande vorhandenen Elektrizitätswerke und planmäßige Ausnützung der vorhandenen Kraftquellen, insbesondere auch der Wasserkraft.

Die Gebäudebrandversicherung ist verstaatlicht, während eine Sozialisierung der übrigen Versicherungszweige mit wenigen Ausnahmen nur einheitlich für das Reich geschehen kann.

Soweit es im Rahmen der bundesstaatlichen Selbständigkeit möglich ist, sind andere Fragen in Angriff genommen. Ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der fideikommissarischen Bindung von Grund und Boden ist fertig gestellt. Im Zusammenhang damit wird die Frage der Schaffung eines Vorkaufsrechtes für Grund und Boden zugunsten von Staat und Gemeinden bei ländlichem oder städtischem Besitz bearbeitet. Denn nur wenn die Städte im Besitz großer Grundflächen sind, können sie die Entwicklung ihres Bau- und Wohnungswesens auf eine gesunde Grundlage stellen. Die Sicherung des Besitzes der Heilquellen zugunsten der Gesamtheit wird erstrebt, während durch die Gesetzgebung die übrigen Bodenschätze, wie Erzlager und Oelschiefer, zugunsten des Staates bereits gesichert sind. Die Gemeinden werden angewiesen werden, Betriebe von allgemeiner Bedeutung, soweit sie noch Privatbesitz sind, wie Gaswerke, Innungsschlachthäuser u. a., in den Gemeindebesitz zu überführen. Auf dem Gebiet des Bauwesens sind weitgehende Eingriffe seitens des Staates und der Gemeinden in die Regelung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt und dem Baumarkt teils durchgeführt, teils in Aussicht genommen.

Das deutsche Wirtschaftsleben muß als eine große Einheit betrachtet werden, an deren ungestörten Aufrechterhaltung gerade auch das württembergische Wirtschaftsleben in hervorragendem Maße interessiert ist. Soweit diese Tatsache ein selbständiges Vorgehen gestattet, hat die Sozialisierungskommission mit ihren Arbeiten wohl alle diejenigen Gebiete in Angriff genommen, bei denen Württemberg selbständig vorgehen kann. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß es sich bei der Durchführung auf den einzelnen Wirtschaftsgebieten um höchst verwickelte und schwierige Rechtsverhältnisse handelt, deren Aenderung nicht ohne umfassende gesetzgeberische Maßnahmen möglich ist. —

Vermischtes.

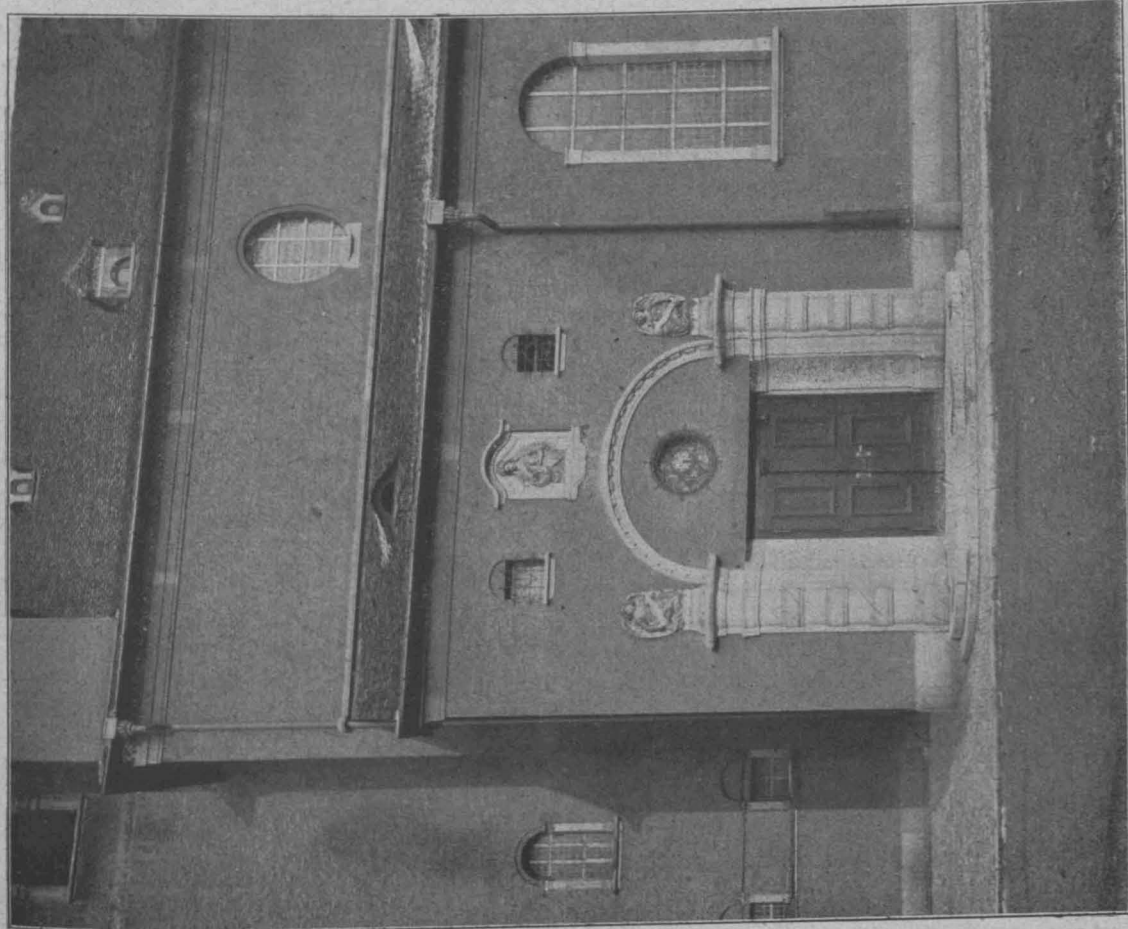
Stand der Elektrisierung der preußischen Staatsbahnen
Anfang März 1919. (Nach Angaben des Wirl. Geh. Ober-

baurates Wittfeldt vom Ministerium für öffentliche Arbeiten in Berlin.)

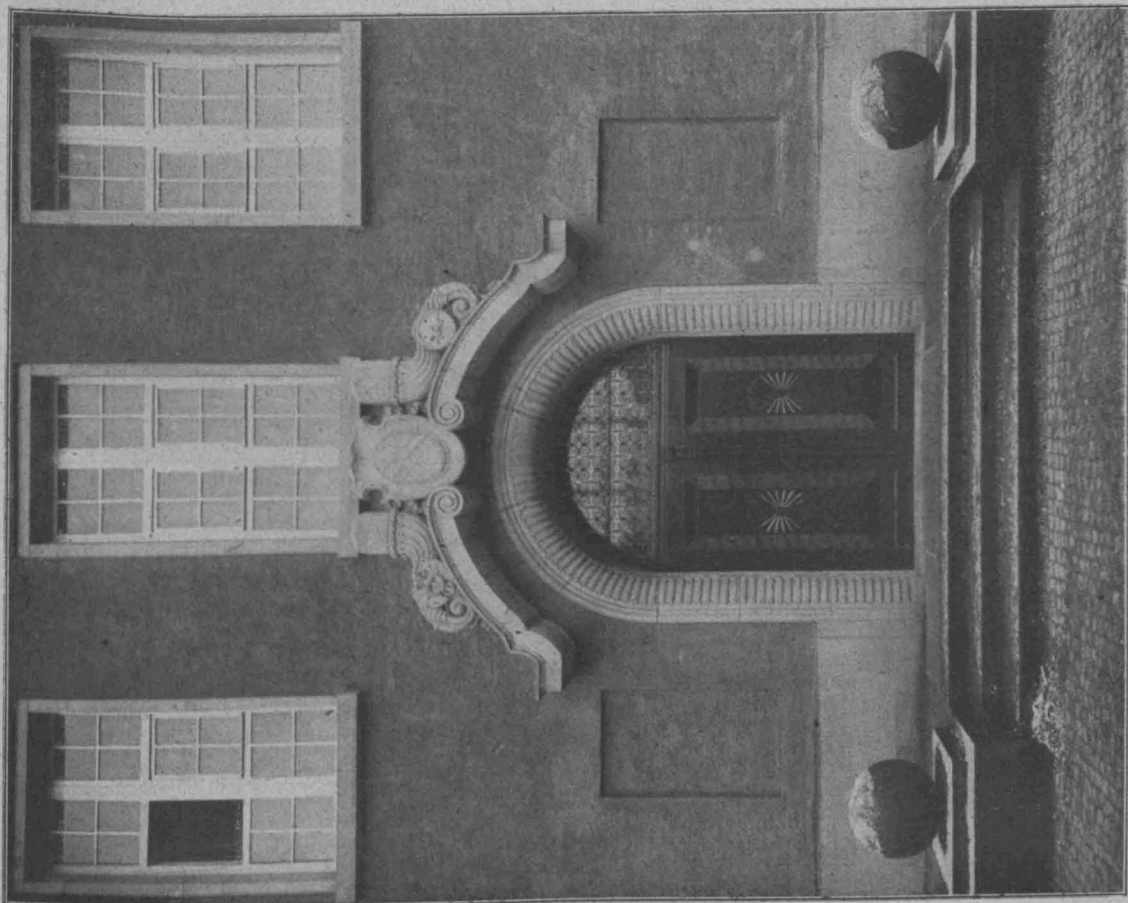
Die preußische Eisenbahnverwaltung hat sich seit etwa

20 Jahren mit der elektrischen Zugförderung beschäftigt. Sie erkannte darin von vornherein eine Betriebsform, die grundsätzlich geeignet erschien, durch ihre Vorzüge —

zur Zugförderung, Ersparnis an Unterhaltungskosten und persönlichen Ausgaben, Erhöhung der Jahresleistung der Triebfahrzeuge, praktisch unbegrenzte Leistungsfähigkeit



Südportal der neuen Magdalenen-Kirche in Straßburg i. E.
Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen.



Neue Kaufmännische Fortbildungsschule in Straßburg i. E. Eingangsportal.
Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen.

gute Ausnutzung der Brennstoffe, Verwendbarkeit heiztechnisch minderwertiger Brennstoffe (aschenreiche Steinkohle, Braunkohle, Torf, Abfallbrennstoffe) und der Wasserkräfte

der Triebfahrzeuge — mit der Zeit den Dampfbetrieb zu ersetzen.

Zunächst wurde nach der am meisten zweckmäßigen

Form des Betriebstromes gesucht. Nach sorgfältigen Vorarbeiten, u. A.: Einrichtung elektrischen Betriebes auf der Anhalter Vorortbahn und auf der Strecke Johannisthal—Spindlersfeld (vortübergehend), Blankenese—Ohlsdorf, Dessau—Bitterfeld, wurde dafür endgültig einfacher Wechselstrom mit 16 2/3 Perioden bei 15 000 Volt Leerlaufspannung im Fahrdrabt gewählt. Mit Ausnahme Italiens sind alle europäischen Länder, die elektrische Zugförderung in größerem Umfang planen, hierin gefolgt. Vor etwa acht Jahren wurde inzwischen den Staatseisenbahn-Verwaltungen von Preußen, Bayern und Baden ein verbindliches Abkommen geschlossen, worin diese und noch andere wichtige Einzelheiten ein für allemal festgelegt worden sind. Sachsen und auch die übrigen Einzelstaaten werden sich diesem Abkommen ohne Zweifel anschließen, wenn sie dazu angeregt werden. Die Grundlage für die Vereinigung der zukünftigen elektrischen Bahnnetze Deutschlands wäre dadurch geschaffen. Bekanntlich hat dann die preußische Eisenbahnverwaltung die Einrichtung elektrischer Zugförderung auf der Strecke Magdeburg—Leipzig—Halle und der schlesischen Gebirgsbahn (Lauban—Königszell mit südlichen Abzweigungen) in Angriff genommen. Der Krieg hat diese Arbeit unterbrochen. Sie ist im November vorigen Jahres wieder aufgenommen worden und soll so gefördert werden, daß der Betrieb auf beiden Strecken etwa Mitte 1920 in dem ursprünglich geplanten Umfang möglich sein wird. Eine bei Kriegsausbruch bereits vollendete Teilstrecke der schlesischen Gebirgsbahn konnte die ganze Kriegszeit hindurch betrieben werden, wodurch es möglich wurde, die Einrichtungen zur Erzeugung und Verteilung der elektrischen Arbeit — darunter eine Fernleitung mit 80 000 Volt Leerlaufspannung — und eine Anzahl neuer Lokomotivformen von ungewöhnlich hoher Leistung — bis zu 3000 PS. — gründlich zu erproben.

Schon bei den vorerwähnten beiden Strecken ist daran gedacht worden, aus den Brennstoffen Düngesalze und Teer-erzeugnisse herauszuholen und die Kraftwerke, die durch den Eisenbahnbetrieb allein nur mäßig ausgenutzt werden, durch Abgabe elektrischer Arbeit für andere Zwecke (Landesversorgung, Herstellung chemischer und metallurgischer Erzeugnisse in angegliederten Nebenbetrieben) auf hohe Jahresbetriebsstunden zu bringen. Damals waren die Hilfsmittel hierzu noch zu wenig entwickelt. In der Kriegszeit ist das nachgeholt worden, sodaß die Verwirklichung jener Gedanken heute möglich ist. Das soll unter Nutzung der neuesten Erfahrungen (Urteer-Erzeugung) erstmalig bei dem zunächst auszuführenden elektrischen Betrieb auf dem Berliner Stadtring und Vorortbahn geschehen, zu dessen Vorbereitung der frühere Landtag seinerzeit 25 Mill. M. bewilligt hatte. Bei den elektrischen Lokomotiven wird gegenwärtig mit Erfolg daran gearbeitet, die Anzahl der Grundformen auf einige wenige (3—4) zu vermindern und diese so zu gestalten, daß sie geringe Unterhaltungskosten, einfache Wirtschaftseinrichtungen und große Jahresleistungen ergeben. Um die Betriebsspitzen der Kraftwerke zu vermindern, wird geplant, auf den elektrischen Strecken eine Anzahl für die Kraftwerksbelastung ungünstig liegender Züge mit Oellokomotiven (Diesel-Lokomotiven oder dergl.) zu befördern, die das bei der Vergasung fallende Treiböl verarbeiten. Militärisch ist das bedeutsam, weil dadurch für einen erheblichen Teil (etwa 1/5) des gesamten Lokomotivbestandes Freizügigkeit gewahrt bleibt.

Die Schwierigkeiten, die anfänglich der Landesversorgung aus Eisenbahnkraftwerken wegen der besonderen Stromform des Bahnbetriebes entgegen standen, sind inzwischen beseitigt worden (Gleichrichter, Bergmann-Einanker-Umformer). Auch ist es gelungen, gegen Störung und Gefährdung der Telegraphenleitungen Abhilfe zu finden. Der allgemeinen Einführung der elektrischen Zugförderung bietet sich heute kein technisches Hindernis mehr. Wirtschaftlich würde sie außerordentliche Vorteile bringen

und in nicht geringem Maß zur Milderung der wirtschaftlichen Nöte Deutschlands beitragen. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben der Wiener Technischen Hochschule, für welches die Mittel aus der „Karoline und Guido Krafft-Stiftung“ bereit gestellt sind, wird mit Frist zum 2. Januar 1920 für alle Personen erlassen, die an einer deutschen technischen Hochschule Oesterreichs als ordentliche Hörer eingeschrieben waren oder sind. Es handelt sich um 3 Aufgaben, von denen die erste maschinen-technischer Art ist (Preise 1500 und 1000 K.); die zweite betrifft Vorschläge über die Anlage und Einrichtung eines baukonstruktiven Versuchsfeldes, in welchem die wissenschaftliche Erforschung baukonstruktiver Fragen an der Techn. Hochschule betrieben werden soll (Preise 1500 und 1000 K.); die dritte schließlich hat zweckentsprechende Gesichtspunkte und Entwürfe für den Bau eines großen Hörsales für Experimentaltchemie mit 500 Plätzen zum Gegenstand (Preise 1000 und 500 K.). Das Preisrichterkollegium setzt sich aus Professoren der einschlägigen Fachgebiete zusammen, die im Ausschreiben namentlich genannt sind. Bedingungen vom Rektorat der Wiener Technischen Hochschule. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung eines Teilbebauungsplanes von Crimmitschau wird vom Stadtrat unter den in Sachsen lebenden oder geborenen Architekten zum 20. Juni 1919 erlassen. 3 Preise von 3000, 2250 und 1500 M.; für den Ankauf zweier nicht preisgekrönter Entwürfe stehen zunächst 1000 M. zur Verfügung; der Rat behält sich jedoch vor, noch 3 weitere Entwürfe für je 500 M. anzukaufen. Im Preisgericht die Hrn. Geh. Bt. Dr.-Ing. h. c. K. Schmidt in Dresden, Stadtr. Bähring in Leipzig, Finanz- und Bt. Koch in Zwickau, Bt. Rohleder in Chemnitz, Bt. Ehnert in Dresden und Stadtbaur. Richter in Crimmitschau. Unter den Stellvertretern Finanz- und Bt. Kramer in Dresden. Unterlagen gegen 15 M., die zurück erstattet werden, durch das Stadtbauamt in Crimmitschau.

Es handelt sich um die Absicht der Stadtgemeinde Crimmitschau, die König Friedrich August-Straße bis zur Thieme-Straße durchzuführen und hierüber einen Teilbebauungsplan aufzustellen. Im Plangebiet soll auch eine Stelle für die Errichtung eines Stadtbades in Aussicht genommen werden. —

Chronik.

Die Einrichtung eines großen Volkstheaters in der Jahrhunderthalle in Breslau ist durch deren Erbauer, Stadtbaurat Berg in Breslau, angeregt worden. Die Halle, die eine gute Akustik hat, im Inneren aber noch der dekorativen Vervollendung harret, soll durch Einbauten im großen Kuppelraum zu einem Amphitheater im antiken Sinn ausgestaltet werden, das ermöglicht, Massenaufführungen vor einer großen Zuhörerschaft in der Art der in Berlin im Zirkus stattgehabten großen Aufführungen antiker Dramen mit dem antiken Sprecherchor, aber auch Aufführungen späterer und auch moderner dramatischer Werke zu veranstalten. Die Einrichtung würde auch großen schlesischen Musikfesten dienen können. Die wirtschaftliche Durchführung des Gedankens soll in erster Linie in Verbindung mit der Stadt Breslau erfolgen. —

Neubau eines Bankgebäudes in Königsberg i. Preußen. Die Creditgesellschaft e. G. m. u. H. in Königsberg in Pr. beabsichtigt, das neu erworbene Grundstück Brodanken-Straße 23, Ecke Hof-Gasse, zu einem Bankgebäude mit moderner Tresoranlage nach den Plänen des Architekten Georg Peter in Königsberg in Pr. umzubauen. —

Inhalt: Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen. (Fortsetzung.) — Die Sozialisierung und das Bauwesen. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. — Josef Durm †. — Vereinsmitteilungen. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei, Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Josef Durm †.

In der Nacht zum 3. April 1919 ist in Karlsruhe nach kurzer, schwerer Krankheit der Geheime Rat Dr. phil. h. c. und Dr.-Ing. h. c. Josef Durm, Professor an der Technischen Hochschule Fridericiana in Karlsruhe und vormals badischer Oberbaudirektor, im hohen Alter von über 82 Lebensjahren heimgegangen. Was der Verstorbene als Künstler und Forscher, als Lehrer und Gelehrter nicht nur seinem engeren Heimatlande Baden und dem ganzen südwestlichen Deutschland, was er dem Deutschen Reich und der europäischen Kulturwelt war, ist aus Anlaß seines achtzigsten Geburtstages an dieser Stelle ausgeführt worden. Er war ein Liebling der Götter und die Gnade des Schicksals hatte ihn bis zu den kurzen Tagen der Krankheit mit freudiger Schaffenslust und voller körperlicher Rüstigkeit beliehen. Seiner werden wir in treuer Verehrung bis in die fernsten Zeiten gedenken. —

Versammlungen und Berichte.



Württembergischer Verein für Baukunde.
Am 1. März 1919 fand seit 1913 zum ersten Mal wieder eine Hauptversammlung statt. Als Leiter begrüßte Hr. Ob.-Brt. Euting die Versammelten, insbesondere die Kriegsteilnehmer. Er betonte dann, daß die wichtigste Aufgabe der heutigen Versammlung in der Wahl des neuen Vorstandes bestehe, die nur durch den Ausbruch des Krieges und zuletzt noch durch die Wirren im November bisher verhindert worden sei. Redner sprach den Wunsch aus, der heutige Tag möge ein Markstein zu zukünftiger reger Vereinstätigkeit werden. Alsdann erteilte er Hrn. Brt. Feil das Wort für den Jahresbericht. Dieser gedachte zunächst in tiefer Trauer der während des Krieges dahingegangenen 27 Vereinsmitglieder, wovon 8 vor dem Feind geblieben waren, darunter zwei im hohen Alter von über 60 Jahren; der Verein erhob sich zu deren Ehrung von den Sitzen. Infolge Austrittes von 12 Mitgliedern während des Krieges betrug die Mitgliederzahl am 1. Okt. 1918 337, davon 202 in Stuttgart, 135 auswärts. Die Tätigkeit des Vereins — der nach Einziehung des Vorsitzenden zu Beginn des Krieges in dankenswerter Weise durch den früheren Vorsitzenden Hrn. Brt. Feil geleitet worden ist — war infolge des Krieges naturgemäß beschränkt, trotzdem fanden zwölf Versammlungen und Besichtigungen, z. T. gemeinsam mit dem „Verein Deutscher Ingenieure“ statt. Seit der Staatsumwälzung wirkte der Verein in wiederholten Aussprachen mit dem neubegründeten „Verband der Technischen Vereine“, der alle Fachkreise umfaßt, zusammen, wodurch eine nähere Fühlungnahme und ein gegenseitiges Entgegenkommen erreicht wurden. An den Jahresbericht schloß sich der Bericht über den Kassenstand und den Hilfsfonds an. Alsdann wurden die Neuwahlen vorgenommen, aus denen als Vorstand Hr. Ob.-Brt. Kuhn hervorging. Dieser dankte für seine Wahl und betonte, daß es in der jetzigen Zeit der Gärung besonders schwierig sei, den Verein zu leiten.

daß man aber den Mut nicht sinken lassen dürfe, da die Techniker gewohnt seien nicht einzureißen, sondern aufzubauen. Die anschließende Ausschlußwahl ergab als ordentliche Mitglieder die Hrn.: Stadtr. Maier, Ob.-Brt. Euting, Reg.-Bmstr. Storz, Brt. Hofacker, Brt. M. Mayer, Ob.-Brt. Kräutle, Reg.-Bmstr. Dollinger, Brt. Nägele, als Ersatzmänner: Geh. Rat Leibbrand, Dir. Lörcher, Reg.-Bmstr. Lang. Schön früher waren als Vertreter des Vereins bestimmt worden: für den Rat geistiger Arbeiter Hr. Bt. Feil, für den Bürgerrat Hr. Bt. Hofacker und für den „Verband technischer Vereine“ neben dem jeweiligen Vorsitzenden noch Bürgermstr. Sigloch. — Ein vorgesehener Bericht von Bt. M. Mayer über die Tätigkeit des „Verbandes deutscher Arch.- u. Ing.-Vereine“ während des Krieges mußte wegen der vorgerückten Zeit zurückgestellt werden. Dagegen wurde noch die von Hrn. Bt. Woltz veranstaltete Ausstellung schöner Aquarelle aus allen Teilen des Landes, die teils schon älteren Ursprungs waren, teils erst während des Krieges entstanden sind, eifrig besichtigt. —

W.

Im Polytechnischen Verein in München sprach am 17. Febr. 1919 Hr. Dr.-Ing. Anton Macholl in München über „Untergrundbahnen“.

Die Verkehrsnöte und die Ueberfüllung der Straßenbahnen in den Großstädten das Zeichen für die Notwendigkeit des Baues von Schnellbahnen. In Deutschland sind es erst zwei Städte, die solche besitzen, Berlin und Hamburg, aber es kommen trotz des unglücklichen Ausgangs des Krieges, der ja schließlich unsere Weiterentwicklung nicht völlig unterbinden kann, noch weitere deutsche Großstädte dafür in Betracht und zwar München, Leipzig und Cöln. Die durch Schnellbahnen zu erzielende Verbesserung der Wohnverhältnisse wird in den nächsten Jahren dabei Ausschlag gebend sein. Der frühere Streit, ob Hoch- oder Untergrundbahnen gebaut werden sollen, ist heute durch die Praxis so ziemlich zugunsten der Untergrundbahnen entschieden, da wir uns zum Glück nicht mehr an amerikanische Verhältnisse und Vorbilder halten. Der Streit dreht sich hauptsächlich um die Kosten- und Rentabilitätsfrage, aber auch diese ist heute im Sinn der Untergrundbahnen als gelöst zu betrachten. Darüber, daß für München, wo künstlerisch-architektonische Gesichtspunkte stets und mit Recht in den Vordergrund gerückt werden, eine Hochbahn überhaupt nicht in Frage kommt, ist kein Zweifel.

Freilich spielen die Baukosten eine entscheidende Rolle, denn sie betragen 75—80 % der Gesamtkosten des Unternehmens; daher ist die größtmögliche Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit bei der Bauausführung insbesondere auf den langen Strecken des normalen Tunnels von größter Wichtigkeit. Die in den letzten Jahren erprobten Hilfsmittel und Methoden gestatten nun eine solche Ausnützung der Materialien, sowie eine solche Vereinfachung, Verbilligung und Beschleunigung des Baues, das bei richtiger Linienführung und Tarifbildung die Rentabilität dieses idealen Verkehrsmittels längst nicht mehr in Frage gestellt ist, denn die mit beträchtlichen Kosten erbauten Untergrundbahnen in Berlin, Hamburg und Paris verzinsen sich schon seit Jahren mit 5½ und 6 %, was für ein in solchem Maße der Allgemeinheit dienendes Verkehrsunternehmen als ausreichend anzusehen ist, insbesondere da heute — im Gegensatz zu früher — solche Unternehmungen nicht mehr von Privatgesellschaften, sondern von den Stadtverwaltungen selbst ausgeführt werden und höchstensfalls für den Betrieb ein gemischt-wirtschaftliches Vorgehen in Frage kommt. Die nur von Privatgesellschaften ausgeführten und betriebenen amerikanischen Hochbahnen und auch die Londoner Tiefbahnen, die „Tubes“, haben sich bisher nicht genügend rentiert.

Redner ging dann auf die verschiedenartigen Profilgestaltungen und Baumethoden einer größeren Anzahl ausgeführter und geplanter Untergrundbahnen ein, die durch eine Reihe interessanter Lichtbilder veranschaulicht wurden und beleuchtete deren Vorzüge und Nachteile. An Hand der kilometrischen und der Gesamtkosten einiger Bahnen konnte man sich ein Bild von den Summen machen, die hier in Betracht kommen. Zum Schluß seiner anregenden Ausführungen gab der Vortragende der Hoffnung Ausdruck, daß auch in München in absehbarer Zeit der Bau einer Untergrundbahn in Angriff genommen werden könne.

Dem Vortrag folgte eine anregende Besprechung, in der eingehend die Frage erörtert wurde, ob die Errichtung einer Untergrundbahn für München in der nächsten Zeit zweckmäßig und ausführbar sei, wie sich die ungefähren Kosten hierfür belaufen würden, ob und was für eine Rentabilität zu erwarten sei und wie die Linienführung erfolgen könne. Die Ansichten über diese Fragen waren weit auseinander gehend, jedoch zeigte sich, welches hohe Interesse die Frage der Erbauung einer Untergrundbahn in München hat.

An der Aussprache beteiligten sich die Hrn. Geh. Bt. von Miller, Rechtsrat Dr. Helmreich, Ministerialrat von Völcker und Gemeindebevollmächtigter Rechtsanwalt Dr. Strauß. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg. (Schluß aus Nr. 25.) Bei seinen Mitteilungen über die Ausführung von Wohlfahrtsbauten in der Vers. v. 27. April 1917 berührte Hr. Martens auch das Wirtschaftsgebäude für die Alsterdorfer Anstalten. Er führte darüber aus: Da die Anstalten zwar eine eigene Brunnenanlage besaßen, deren Wasserbehälter aber nicht den genügenden Druck hatten, um überall die nötige Wassermenge den verschiedenen Gebäuden zuführen zu können, so wurde als mit dem Wirtschaftsgebäude zusammenhängender Bauteil ein Wasserturm mit zwei Behältern von 42 und 25 cbm Inhalt errichtet.

Das Gebäude ist als Rohbau mit roten Backsteinen hergestellt; es liegt auf der höchsten Geländestelle der Anstalten und enthält als Hauptraum die etwa 160 qm große und 7 m hohe Küche, deren Wände 2 m hoch mit Wandplatten bekleidet sind. In der Küche stehen sechs Nickelkochtöpfe von 400—500 l Inhalt mit Emaillemantel-Bekleidung, an den Wänden einerseits fünf Nickelkochtöpfe von 10—35 l Inhalt auf einer Granitbank und andererseits ein Etagenbratofen sowie eine Wärmplatte. Ein großer freistehender Gasherd dient zur Braten- und Essensbereitung. Durch getrennte mit Glasverschluß versehene Schalteröffnungen werden die Speisen an die männliche und an die weibliche Abteilung der Anstalten abgegeben. Außer Aufwaschküche, Gemüseputzraum, Kartoffelschäl-, Geschirr- und Eßraum für das Personal befinden sich im Keller noch verschiedene Vorratsräume, während im ersten Obergeschoß die Wohnzimmer nebst Bad für die Angestellten und ein Wäscheraum untergebracht sind. Im Dachboden sind noch Magazinräume für viele Materialien und für Gegenstände, die in den Anstalten hergestellt werden, vorhanden.

Die Dampfkesselanlage zum Betrieb der Wäscherei, der Dampfkochtöpfe sowie der Maschinen für die elektrische Lichtzentrale befinden sich in dem ehemaligen Küchengebäude, das einem durchgreifenden Umbau unterzogen wurde.

Zu einem dritten Bauwerk übergehend, bespricht der Redner die ebenfalls unter seiner Leitung ausgeführten Erweiterungsbauten des in Hamburg gelegenen Marien-Krankenhauses.

Das Anstaltsgebäude wird durch die Alfred-Straße geteilt und liegt wegen der es nahezu einschließenden Bahn- und Straßenanlagen recht unvorteilhaft. Ein Tunnel unter der Alfred-Straße vermittelt jetzt den unmittelbaren Verkehr zwischen dem östlich dieser Straße belegenen, 1882 von Martin Haller errichteten Altbau und dem westlich belegenen, 1889 von Brettschneider errichteten Krankenhaus, Karlsbau genannt. Im östlichen Anstaltsteil wurde die ehemalige Kapelle zu einem zweiten Operationsraum und ein neuer Flügelanbau, mit dem Bahndamm gleichlaufend, hergestellt. Dieser Anbau enthält im Keller Vorratsräume, in dem darüber liegenden halb eingesenkten Geschoß eine neue große Küchenanlage, im Erdgeschoß zwei große Wohn- und Eßräume für die Schwestern und hierüber die in romanischem Stil eingerichtete Kapelle mit Orgelempore.

Auf dem westlichen Anstaltsteil, an den „Karlsbau“ anschließend, wurde ein großer Erweiterungsbau für innere Krankheiten errichtet, dessen Grundfläche größer als die des vorgenannten Baues ist. Im „Karlsbau“ wurden die Krankenräume im Erdgeschoß zum Teil entfernt und an ihrer Stelle Zimmer für die Aerzte, ferner Untersuchungs- und Zimmer für Röntgenaufnahmen usw. eingerichtet. Der anschließende Erweiterungsbau ist viergeschössig und enthält acht Krankensäle von je 120 qm und sechs Säle von je etwa 100 qm Größe, ferner acht Teeküchen, mehrere Baderäume, etwa 50 Einzelkranken Zimmer und außerdem Räume für die Krankenaufnahmen, für die Apotheke und für Dampf- und Heißluftbäder. Zwölf Liegebalkone von je 10 qm und zwei von je 125 qm Größe stehen den Kranken zur Verfügung. Zur Krankentransport dienen zwei elektrische „Stiegler“-Fahrstühle.

Mit diesem Erweiterungsbau durch einen Tunnel verbunden, liegt weiter westlich das Wäschereigebäude nebst einem Maschinen- und Kesselhaus mit 38 m hohem Schornstein. Hier befindet sich auch die Fern-Warmwasserbereitung für sämtliche westlich der Alfred-Straße belegenen Bauten und ferner die Zentrale für elektrische Beleuchtung nebst Akkumulatorenbatterie. Vier Dampfkessel von je acht Atmosphären Höchstdruck sind für die Betätigung sämtlicher Anlagen vorgesehen. Als Zufluß für diese Kessel war zunächst nur eine Wasserleitung von der Straße vorhanden; um nun aber auch bei Rohrbruch oder dergleichen den Betrieb aufrecht erhalten zu können, wurde ein 85 cbm fassender Wasserbehälter unterirdisch eingebaut.

Der zur Betreibung der Küche erforderliche Dampf hat einen Weg von etwa 60 m zurückzulegen; die Rohrleitung dafür ist teilweise im Fußboden und teilweise an den Decken im Gebäude, im Tunnel an der Seitenwand befestigt. Die Küche enthält fünf Dampfkochtöpfe von je 400 l Inhalt für die Bereitung von Suppen, Kartoffeln, Gemüse und Fleisch, ferner einen Dampfkochtopf mit sechs Kipptöpfen von 50, 40 und 30 l Inhalt, einen Etagenbratofen mit sechs Bratöfen, einen freistehenden großen Gasherd, einen Trockenschrank für Tücher, einen fünf Meter langen Wärmtisch, zwei Kaffeekochmaschinen von 400 und 80 l Inhalt, eine Teekochmaschine und einen Milchkochapparat von je 125 l Inhalt. Außerdem sind elektrisch betriebene Maschinen zum Kartoffelschälen und -quetschen, Fleischschneiden, Kaffeemahlen und Gemüserreiben aufgestellt. In der sogenannten kalten Küche stehen ebenfalls elektrisch angetriebene Maschinen zum Fleisch- und Brotschneiden. In der Aufwaschküche sind vier große Doppelaufwaschtische von Duranummetall aufgestellt. Eine eigene Kühlanlage zur Konservierung von Eßwaren, Milch usw. ist neu erbaut worden. Um beim Reinigen der großen Dampfkochtöpfe das Spritzen des Wassers beim Stürzen auf den unter dem Ablaufhahn befindlichen Sielrost zu vermeiden, sind unter diesen Töpfen drehbare mit oberen Trichtern versehene Ablaufrohre angebracht und dadurch wurde ein unmittelbarer Abfluß in die Sielleitungen erreicht.

Diese Kücheneinrichtung ist ebenso wie die der Alsterdorfer Anstalten von der Firma A. Voß sen. in Sarstedt geliefert; die Heizungsanlage lieferte die Firma Rud. Otto Meyer in Hamburg.

Redner hebt noch als beachtenswert hervor, daß in derartigen Anstalten Doppelfenster und Doppeltüren und diese sowohl bei den Zimmerverbindungen wie auch bei den Fluren unbedingt notwendig sind. Die Doppeltüren nach den Fluren genügen aber namentlich bei massivem Fußbodenbelag nicht, um den Kranken die erforderliche Ruhe zu verschaffen; es sollten außerdem zur Schalldämpfung alle Flüre in der Mitte mit einem 1 m breiten Linoleumstreifen so belegt werden, daß seine Oberkante bündig mit den übrigen Platten liegt. Bei Flurkreuzungen sind aus gleichem Grunde auch die Ecken mit Linoleum zu belegen, da sonst immer von dem Streifen heruntergetreten wird. Ferner sollte zur Vermeidung von Verletzungen das Ueberragen der Leitungshähne bei den Badewannen größtmöglich beschränkt und die Hähne für Duscheneinrichtungen nicht unmittelbar unter diesen, sondern seitwärts davon angebracht werden, damit der diese Hähne Bedienende hierbei nicht naßgespritzt wird. Die Wannen in den Baderäumen sollten stets, wenn nicht ganz frei, so doch derartig aufgestellt werden, daß die Längsseiten frei senkrecht zur Wand und nicht mit dieser gleichlaufend dicht an sie herangestellt stehen.

Das Marien-Krankenhaus mit seinen 840 Betten ist das größte Privatkrankenhaus in Hamburg; zurzeit stehen in den verschiedenen hamburgischen Krankenanstalten und Krankenhäusern rund 10 500 Betten für Kranke zur Verfügung.

Dem Beifall der Anwesenden schließt sich der Vorsitzende mit dankenden Worten an.

Versammlung am 5. Okt. 1917. Vors.: Hr. Zinnow, anwesend 25 Pers.

Hr. Himmler berichtet über die von der deutschen Gruppe des „Mitteleuropäischen Verbandes Akademischer Ingenieur-Vereine“ ausgehenden Bestrebungen zur Schaffung von Ingenieurkammern. Die Angelegenheit ist im Vorstand eingehend besprochen worden, der zu dem Ergebnis gekommen ist, daß vom Architekten- und Ingenieur-Verein diesen Bestrebungen entgegen zu treten sein dürfte. Da Hr. Dr.-Ing. Bubendey in der Versammlung erklärt, daß er bereit sei, in einer der nächsten Sitzungen über diese äußerst wichtige Frage dem Verein eine zusammenhängende Darstellung zu geben, beschließt die Versammlung, vorläufig von einer Beschlußfassung Abstand zu nehmen.

Eine Anfrage des „Architekten- und Ingenieur-Vereins“ zu Bremen über die Stellungnahme des Hamburger Architekten und Ingenieur-Vereins in der Frage von Schaffung technischer Verwaltungskammern usw. wird dem Vorstand zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Hierauf nimmt Hr. Bendixen das Wort und berichtet über die Arbeiten des Ausschusses zur Prüfung der Frage der besseren Ausgestaltung der Hinterhöfen und Hinterfronten von Etagenhausblöcken. Wir berichten darüber gesondert.

Reicher Beifall lohnte den Redner für die interessanten Ausführungen.

Die im Anschluß hieran von Hrn. Faulwasser vorgetragenen Mitteilungen über die Vorgeschichte des Hamburger Architekten-Vereins finden gleichfalls vollsten Beifall der Versammlung. Der Architekten-

Verein vom Jahr 1842 hat nur kurze Zeit bestanden, da er ohne festen Zusammenhalt durch Satzungen und ohne äußeres Band lediglich zur Besprechung technischer Fragen im Kreise geselliger Unterhaltung zusammen kam. Ein fester organisierter Sammelpunkt Hamburger Techniker wurde erst mit dem zweiten Architekten- und Ingenieur-Verein geschaffen, zu dem 1855 eine Reihe junger Techniker zusammen traten. Aber auch er dauerte nur 2 Jahre. Die Mitglieder erkannten bald, daß der Anschluß der älteren Architekten an diesen Verein schwer zu erreichen sein werde. Hastedt und Andere betrieben die Gründung eines neuen Vereins, ein Plan, den Franz Georg Stammann mit großer Wärme aufnahm.

Im März 1859 waren die Vorverhandlungen so weit gediehen, daß eine Anzahl Herren für die Gründung des neuen Vereins zusammentraten, dessen Entstehungsgeschichte sich in der Festschrift von 1884 mitgeteilt findet. Aus einer Rede des Obergeringens Meyers bei diesem Anlaß geht hervor, daß damals die Leitung vieler Baufragen auf längere Zeit in die Hände englischer Ingenieure geraten war, die, mit fremden Lebensanschauungen nach Deutschland kommend, den Anschluß an die hiesige aufstrebende Fachgenossenschaft keineswegs suchten, im Gegenteil ihre Oberhand benutzten, um den Einfluß der Einheimischen mehr und mehr abzuschütteln. Aber diese Zeit schuf große technische Werke, denen die Anerkennung nicht versagt werden kann und war für die Technik in Hamburg und für die hamburgischen Fachgenossen nicht verloren. Sie war vielmehr ein guter Lehrmeister und stärkte bei alt und jung das Bewußtsein der Unzulänglichkeit des Einzelnen.

So war der Boden für die Gründung des neuen Vereins in jeder Weise vorbereitet, der frühere Verein ist zum großen Teil in dem neuen aufgegangen, wobei rühmend hervorgehoben werden muß, daß er auch seinen Besitzstand und vor allem seine im Aufblühen begriffene Bibliothek dem letzteren vermacht hat, sodaß diese Bücher den Grundstock der jetzigen Bibliothek bilden.

Ein „Verband bayerischer Regierungs-Baumeister“ ist in München ins Leben getreten zur Wahrung wirtschaftlicher und fachlicher Interessen, in enger Fühlungnahme mit den übrigen bayerischen technischen Verbänden. Auch alle Staatsbaupraktikanten gehören dem Verband an. Im Einzelnen hat sich dieser zur Aufgabe gemacht:

1. Eine beruflichen Forderungen entsprechende Umgestaltung des Hochschulstudiums.
2. Reform des ersten Ausbildungs-Abschnittes des jungen Diplomingenieurs vor der Ablegung des Regierungs-Baumeister-Examens.
3. Ausbau des zweiten Ausbildungs-Abschnittes, sowie des Staatsexamens selbst.
4. Vertretung aller wirtschaftlichen und fachlichen Interessen und Forderungen gegenüber Regierung, Behörden, Gemeinden, Verbänden, Firmen und Öffentlichkeit.
5. Einheitliche Stellenvermittlung auf breiter Grundlage, in Fühlungnahme mit den übrigen techn. Verbänden.
6. Sorge für die berufliche Weiterbildung der Mitglieder nach dem Staatsexamen.
7. Unterstützung der Mitglieder bei wissenschaftlichen Arbeiten.
8. Herausgabe einer Sammlung von Flugschriften und Veröffentlichungen, sowie von in Aussicht genommenen wissenschaftlichen Arbeiten des Verbandes.

Zur Verwirklichung dieser Ziele sollen außer der Vorstandschaft 3 Ausschüsse tätig sein:

a) Einem Werbeausschuß obliegen: die Fühlungnahme mit Staats- und Gemeindebehörden, Firmen und Öffentlichkeit, durch Presse, Fachzeitschriften, Vorträge und öffentliche Versammlungen, die Aufrechterhaltung der Verbindung mit allen auswärtigen Vertretern und Förderern des Verbandes, ferner die Sammlung statistischen Materials für die fachliche Berufsorganisation und nicht zuletzt die Erwirkung neuer Arbeitsgebiete.

b) Ein Stellenvermittlungs-Ausschuß hat sich als Aufgabe gesetzt, in Fühlung mit den übrigen Technikerverbänden, mit Staats- und Gemeindebehörden, mit auswärtigen und einheimischen Großfirmen und Konsulaten, durch ein gleichmäßig verteiltes Netz von Bezirks-Verbindungsmännern unterstützt, eine einheitliche Stellenvermittlung zu organisieren.

c) Ein wissenschaftlicher Ausschuß, dessen Zusammensetzung, im Gegensatz zu den vorhergehenden, erst bevorsteht, soll sich mit der Aus- und Weiterbildung der Mitglieder befassen, durch Hinweis auf geeignete Ausbildungsmöglichkeiten, durch Beratung bei wissenschaftlichen Studien und durch Veranstaltung von Vorträgen, Führungen, Kursen und Konkurrenzen in Verbindung mit Hochschulen, Fachschulen und Fachverbänden. Ferner soll dieser Ausschuß wissenschaftliches Material für die Gebiete der Baustatistik, der Systematik der Erfahrungssammlung, sowie des einschlägigen Rechtswesens sammeln und

verarbeiten, und weiter durch Herausgabe von Flugschriften und Veröffentlichungen tätig sein.

Zur Zeit wird eine eingehende Denkschrift ausgearbeitet, die die Hauptfragen und Forderungen des Verbandes behandelt.

Alle Regierungsbaumeister und Baupraktikanten Bayerns, die von dem neuen Verband noch keine Zurschrift erhalten haben, werden um Angabe ihrer Adressen gebeten. Gleichzeitig wird an alle einstigen Regierungs-Baumeister, die sich jetzt in höheren Staats- und Gemeindestellen befinden, die Bitte gerichtet, als fördernde Mitglieder, für die ein Jahresbeitrag nicht vorgesehen ist, dem Verband beizutreten. Einigkeit tut not! Es handelt sich um tiefgehende und weittragende Fragen des Regierungs-Baumeister-Standes, die nur durch straffen Zusammenschluß und gemeinsame Arbeit gelöst werden können, die aber auf alle Fälle gelöst werden müssen, wenn nicht der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands auch für die Mehrzahl der Regierungs-Baumeister ein Berufsleiden mit sich bringen soll.

Schriftsachen und Anfragen sind zu richten an die Adresse des Verbandes in München, Theresienstraße 18. —

Die Gründung einer Organisation der bildenden Künstler Badens. Die seit 2 Jahren von einigen badischen Künstlern betriebenen Bemühungen eines Zusammenschlusses der bildenden Künstler Badens wurden in einer Mitte Januar 1919 in Karlsruhe abgehaltenen Versammlung von Erfolg gekrönt. Es kam zur endgültigen Bildung der Organisation der bildenden Künstler Badens, der sofort über 100 bildende Künstler und Künstlerinnen beitraten. Die Versammlung nahm ein Programm an, in welchem die Gesichtspunkte für die künftige Leitung der Kunstinstitute und Kunsteinrichtungen und für die Hebung der Kunst in Baden niedergelegt sind. Ferner enthält das Programm besondere Punkte über die wirtschaftlichen Grundlagen, über die Fühlungnahme mit den Behörden und Ausstellungsleitungen. Die neue Organisation will ferner Mißstände im Jurywesen, im Kunsthandel, im Sammlerwesen usw. beheben. Der Vorstand und die Arbeitskommissionen bestehen aus den Hrn. Grimm, Wolf, Göbel, Hausmann, Segewitz, Gebhardt, Albiker, Vetter, Moser, Pfefferle, Eichrodt, Egler und Fr. Kropf. Die Organisation fordert alle noch nicht angeschlossenen bildenden Künstler auf, beizutreten. Anmeldungen erbeten an den Schriftführer Hans Hausmann in Karlsruhe, Lessingstr. 47. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Frankfurt a. M. Am 28. März 1919 fanden sich die Mitglieder samt ihren Damen am Märchenbrunnen des Schauspielhauses ein, einem in karrarischen Marmor meisterhaft ausgeführten, mit Waserkünsteln versehenen Kunstwerk des Bildhauers Prof. Hausmann. Die Führung hatte Hr. Reg.-Bmstr. Lion, der als Stadtverordneter zugleich den Magistrat vertrat, übernommen. Die Mitglieder begaben sich in den Bühnen- und Zuschauerraum des Schauspielhauses zur Besichtigung von dessen Bühnen-Einrichtungen. Im Betrieb wurde die Drehbühne samt dem Rundhorizont vorgeführt, dem unter lebhaftem Beifall die Erklärung der Bühnen-Beleuchtungs-Einrichtungen mit den Wirkungen des elektrischen Lichtes in verschiedenen Farben folgte.

Ein Teil der Vereinsmitglieder begab sich von hier nach dem Gebäude der Frankfurter Universität, um daselbst die naturhistorischen und besonders die biologischen Sammlungen des Senckenberg-Museums zu besichtigen. —

Gerstner.

Verein für die Geschichte Dresdens. „Verschwundene Bauschönheiten Dresdens“ behandelte kürzlich Geh. Hofrat Prof. Dr. Bruck. Die Erweiterung der Städte und die veränderten Verkehrsverhältnisse bedingen mehr und mehr die Veränderung des schönen, alten Stadtbildes, der Platzanlagen und Straßenzüge. Mit Bedauern hat man in den letzten Jahrzehnten manches wertvolle und schöne Bauwerk verschwinden sehen müssen, dessen Erhaltung teils möglich, teils aber auch unmöglich war. Ein Verzeichnis solcher Bauten weist 105 auf; durch Abbildungen und Zeichnungen sind sie im „Archiv für Denkmalpflege Sachsens“ für Studienzwecke erhalten. Alte Straßenzüge, Platzanlagen, kunstgeschichtlich wertvolle Bauten befinden sich in den heutigen Großstädten im mittelsten alten Stadtkern, der durch die Entwicklung zur Großstadt lediglich zum Geschäftsviertel wurde. Dadurch mußte manches wertvolle Bauwerk fallen oder für Geschäftszwecke stark umgebaut werden. Es soll dabei dem Grundsatz Rechnung getragen werden, nicht ohne dringende Notwendigkeit das Alte zu vernichten und wenn es geschehen muß, den Neubau nur einen feinfühlenden und besonders vorgebildeten Baukünstler aufführen zu lassen, damit an Stelle des schönen ehrwürdigen Alten ein schönes Neues gesetzt werde. Die Aufsicht über die im Land vorhandenen Kunstden-

mäler und die Erteilung von Ratschlägen zu ihrem Schutz ist Aufgabe des 1894 als eine besondere Behörde errichteten „Landesamtes für Denkmalpflege“, vom „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“ und vom „Verein für Geschichte Dresdens“ durch seinen Ausschuß für Denkmalpflege auf das regste unterstützt. Der Tätigkeit dieses Ausschusses ist die Erhaltung des Turmes der alten Kirche zu Leuben, des Napoleonzimmers im Marcolini-Palais (Stadtkrankenhaus), sowie der beiden Wandbrunnen am Neustädter Markt, die Entfernung häßlicher und aufdringlicher Reklame-Tafeln besonders an der Friedrich-August-Brücke zu danken. Durch Herstellung eines Verzeichnisses baulicher Denkmäler und Altertümer in Dresden und in den Orten der Amtshauptmannschaften Dresden-Alt- und -Neustadt unterstützte der Ausschuß die Behörden. An Lichtbildern wurden die Erfolge der Denkmalpflege, sowie die verschwundenen wertvollen Bauwerke in einer Auswahl gezeigt. Die Schönheit des Altmarktes in seiner saarartigen Geschlossenheit an der Hand von Stichen Canaletto sowie einzelne Häuser und besonders die Drei-Erker-Ecke Altmarkt-Schloß-Straße-Wilsdruffer Straße, das Rathaus, die alte und neue Löwen-Apotheke waren Zeugnisse für die Denkmalpflege. Von verschwundenen Bauten wurden unter anderen die alte Marien-Apotheke, das Eckhaus See-Straße, das Haus Ecke Schösser-Gasse mit der Figur des heiligen Nikolaus, jetzt Warenhaus Herzfeld, gezeigt. An anderen Straßen waren die leider abgebrochenen Adels-Häuser Zeugen verschwundener Bauschönheiten, wie das Brühl'sche Palais in der Schieß-Gasse, das Fürstenberg'sche Palais mit dem Charonschen-Haus und dem Brühl'schen Palais an der Augustus-Straße, an deren Stelle Wallots Monumentalbau des Ständehauses steht. Das Schönbürg'sche, das Boxberg-Palais und das Prinz Max-Palais an der Ostra-Allee, zumteil auch mit Innen-Ansichten gezeigt, waren Beispiele großer Geschmacks- und Kunstentwicklung, deren Beseitigung nicht nötig gewesen wäre, wenn der Gedanke des Denkmal- und Heimatschutzes zwischen 1880 und 1890 so verbreitet gewesen wäre wie heute. Solche Beispiele dürften zur Verbreitung der Einsicht beitragen, daß es auch eine ernste Pflicht unseres Geschlechtes und seiner Nachkommen ist, die Schöpfungen der Vorfahren zu hüten, zu pflegen und zu erhalten, solange es geht. —

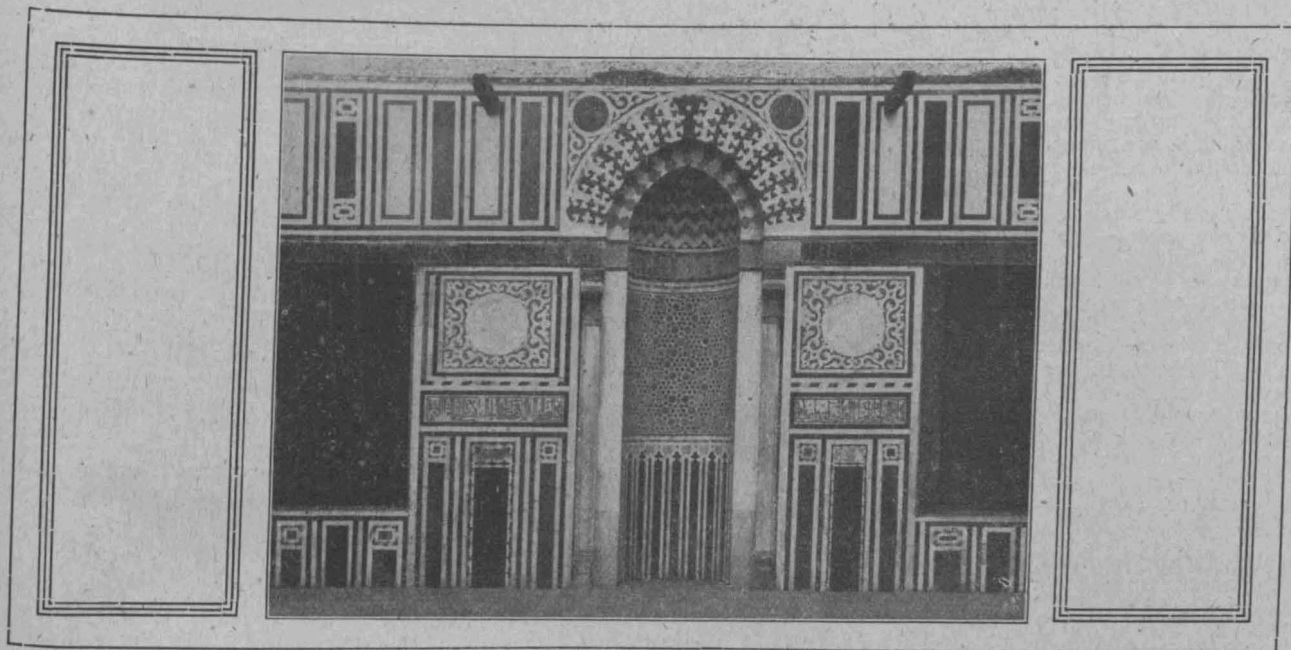
Badischer Architekten- und Ingenieur-Verein. Der Verein beschäftigte sich in seiner Februar-Sitzung 1919 mit zwei Anträgen von besonderer Bedeutung. Der eine betrifft die Zukunft der badischen Schlösser, der andere die Verbesserung des privaten Bauwesens.

Es ist allgemein bekannt, welchen Schatz der badische Staat in seinen Schloßanlagen besitzt. Die Schlösser in Heidelberg, Schwetzingen, Bruchsal, Karlsruhe, Rastatt sind uns eine liebe Erinnerung, ein Stück Heimat, ohne diese wäre unser Land viel ärmer an Kunst- und Kulturwerten. In der Erhaltung dieser architektonischen Werke hat der badische Staat bis heute Hervorragendes geleistet. Zweck der Stellungnahme des Vereins soll sein, daß die Kunstschätze auch für die Zukunft dem deutschen Volk und vor allem der engeren Heimat in einer Weise erhalten und zugänglich gemacht werden sollen, wie es der hohen Bedeutung der Anlagen entspricht.

Der zweite Antrag betrifft die Verbesserung des privaten Bauwesens. Ueber die im letzten halben Jahrhundert betätigte Art des Häuserbaus sind wohl alle beteiligten Fachleute, wie auch die Allgemeinheit nicht befriedigt; die Klagen über unrichtige Maßnahmen im Städtebau, unschöne Straßenzüge, mangelhafte Wohnungen, schlechte Lage des Baugewerbes nehmen einen breiten Raum ein in vielen Erörterungen. Entsprechend unserer heutigen Lage muß und kann Vieles zur Gesundung unseres Bauwesens geschehen. Eine Umarbeitung der Bauordnungen, Neuorganisation der Wohnungsherstellung unter Zuziehung des Privatarchitektenstandes für die vorliegenden Aufgaben und dergl., sind Hauptfragen für unsere Zukunft. Der Antrag führt hierzu u. a. aus:

Der Fachmann ist die berufene Persönlichkeit, in der Umwertung der Dinge gehört zu werden. Es müssen neue, gangbare Wege gefunden werden, die den heutigen und zukünftigen Verhältnissen Rechnung tragen. Andererseits muß gewarnt werden vor Verschwendung von Arbeitskraft und Materialien für unsolide Ausführungen. Die Qualitätsarbeit ist unbedingt hochzuhalten, sie ist es, die uns Deutsche wieder einer besseren Zukunft entgegen führen wird. Bei dem Mangel an Rohmaterial und der günstigen Lage der anderen Industrieländer können wir uns nur durch die techn. und künstlerische Hebung unserer Erzeugnisse behaupten.

Zur Prüfung und weiteren Bearbeitung dieser beiden Anträge wurde eine Kommission von Architekten und Ingenieuren gewählt, welche ihren Bericht im Verein zur Genehmigung vorlegen wird. —



Moschee El-Ashar in Kairo. Teilansicht vom Inneren. (Eine Kibla).

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 30. BERLIN, DEN 12. APRIL 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Das Damaszener Haus.*)

Mit den Völkern sind ihre Sprache, Sitten und Wohnstätten gewandert, haben in fremden Gegenden Wurzel geschlagen, sich den klimatischen Bedingungen angepaßt und gemäß den neuen technischen Voraussetzungen verändert, bis sich eine lebensfähige Form heraus gebildet hat. So hat auch das Damaszener Haus seine Verwandten in Aegypten, wo in der Sprache dieselben Bezeichnungen für dieselben Räume bewahrt sind, und in Südspanien, wo der Patio — arabisch Saha — die Erinnerung an die Höfe von Damaskus weckt.

Als das Kalifat von Cordoba sich 756 vom Kalifat von Damaskus schied, war das Mittelländische Meer ein Binnen-see des Islam und half dadurch, Verkehr und Gedanken-Austausch zwischen Ost und West und Nord und Süd zu steigern. Die Form, unter der uns heute das Damaszener Haus erscheint, dürfte schon in jener Zeit geprägt sein — eine Form, die ihre Daseinsberechtigung und Zweckmäßigkeit dadurch bewiesen hat, daß sie Jahrhunderte lang bestehen blieb und allen Anforderungen gerecht geworden ist. Merkwürdigerweise hat sie sich nur in Damaskus erhalten, während sie in den anderen syrischen Städten z. T. unter europäischem Einfluß verschwunden ist. In Palästina ist aus technischen und völkischen Gründen eine andere Lösung des Wohnhauses unter dem Einfluß des Kuppelbaues gefunden worden.

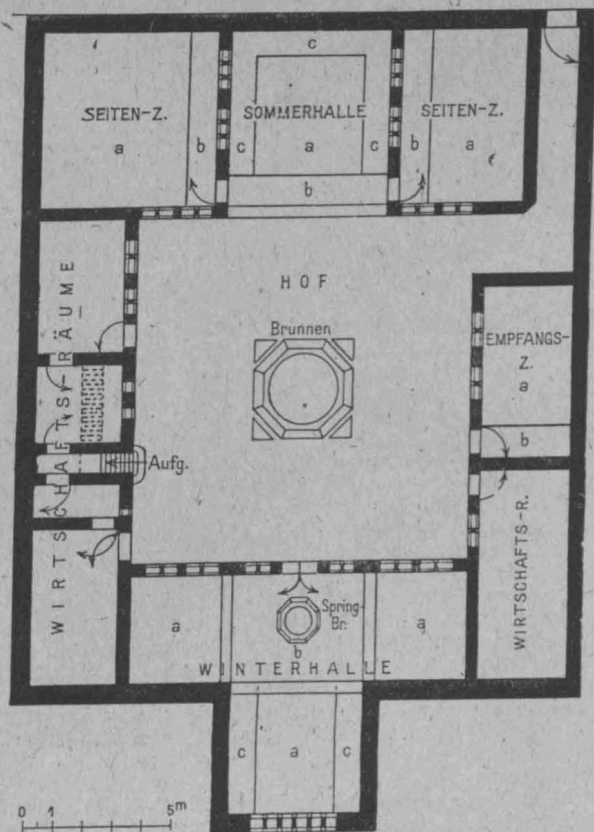
Als architektonisches Ganzes ist das Damaszener Haus von innen nach außen gebaut worden, als Anlage um einen Mittelpunkt — den Hof —, auf dem sich das Leben der Hausbewohner abspielt, auf den alle Türen, alle Fenster münden. Die anschließenden Räume sind daher stets als im Zusammenhang mit dem Hof stehend zu betrachten. Die Raumverhältnisse und ihre architektonisch-künstlerische Wirkung sind von innen heraus zu empfinden und zu werten. Niemals darf — wie übrigens bei allen städtischen Wohnhäusern des Orients — der architektonische Maßstab des Westens angelegt werden, wo das Haus als geschlossene Einheit, als gegliedertes künstlerisches Bauwerk schon nach außen ausgesprochene Züge zur Schau trägt.

Nach außen ist das Damaszener Haus eines unter vielen, einfach, verschlossen, höchstens durch mehr oder weniger dauerhafte Ausführung und sparsamste Verwendung von Ornamenten und Profilen vom Nachbarhaus unterschieden.

*) Anmerkung der Redaktion. Die diesem Beitrag beigegebenen Abbildungen entstammen mit Ausnahme des Grundrisses nicht dem hier geschilderten, sondern einem anderen Haus, geben aber das Typische der Ausstattung des Damaszener Hauses gut wieder. —

den. Es erhebt sich meist zweistöckig zu beiden Seiten der engen, winkligen Gassen — die Mauer des Erdgeschosses glatt, ohne Fenster, nur von der schmalen Tür unterbrochen — das Obergeschoß ganz oder mit großen Erkern — Roschan — weit ausladend und mit den vergitterten Fenstern die des Gegenüber fast berührend. Als einziger Schmuck des Äußeren finden sich reizvolle Muster der Fenstergitter und die mit architektonischen Ornamenten gezielte Türumrahmung — der die Türkrönung bildende Spitzbogen und der auf guter, alter, massiger Holzarbeit der Türe seltsam geformte eiserne Klopfer.

Straße

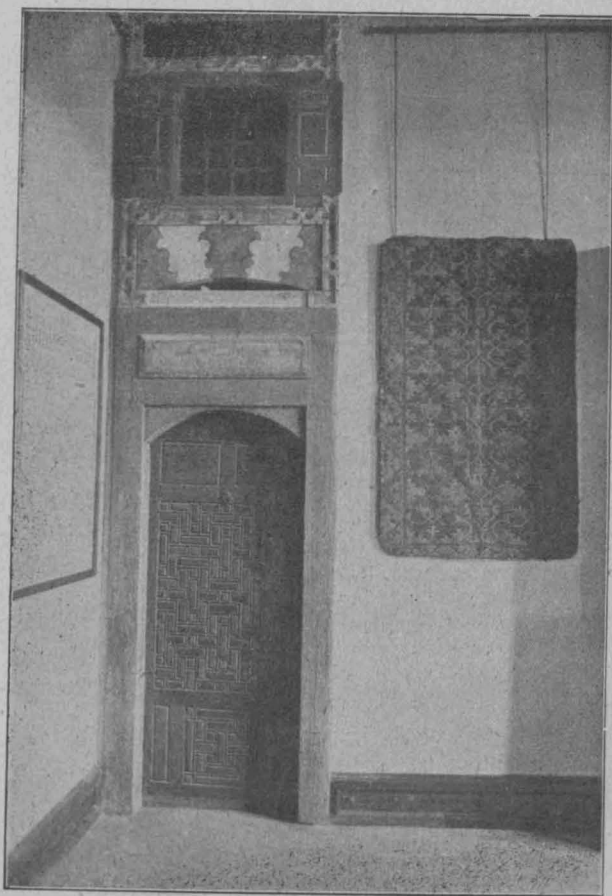


Doch ehe wir eintreten noch einige technische Einzelheiten: Auffällig ist bei allen arabischen Bauten — und das gilt besonders für die Bauten Syriens — das kleine Maß der Werksteine und der dadurch bedingte eigentümliche Fugenschnitt, der allen architektonischen Schöpfungen der Araber einen besonderen Charakter verleiht. Die Beförderungsmittel der Antike waren Walze, Flaschenzug und Gleitbahn, mit deren Hilfe kaum mehr „Bausteine“ zu nennende gewaltige Felsmassen bewegt und an Ort und Stelle gebracht wurden — siehe Baalbek. Der Araber wählt aus vielen Gründen als einfachstes Mittel zur Beförderung von Lasten das Kamel, und darum dürfen ein oder zwei Steine zusammen nicht das Gewicht einer Kamellast überschreiten. So ist für die Architektur des Arabers eine Gewichtseinheit mit bestimmend geworden! Aus der Verwendung von hellem Kalkstein und schwarzem Basalt — ursprünglich wohl zur Erhöhung der Festigkeit — hat sich frühzeitig die Verwertung der Gegensätze im zweifarbigen Flächenornament ergeben, als wagrecht über die ganze Fläche hinziehende Streifen und in der schwarz- oder rot-weißen Abwechselung der Bogensteine. Schon im frühen Mittelalter ist diese Art des Schmuckes von den übrigen Mittelmeer-

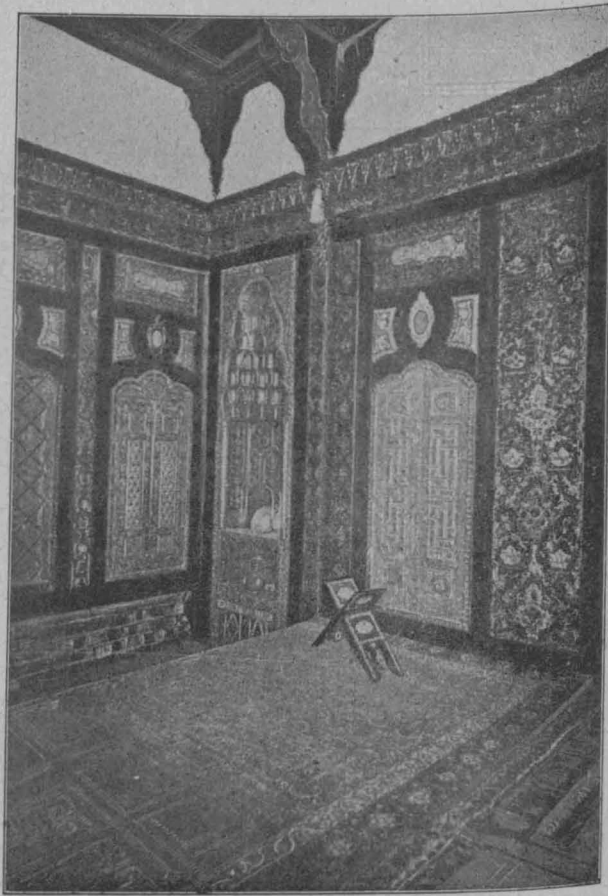
ziegel werden durch einen Lehm- und Kalkverputz vor den Einflüssen der Witterung geschützt. Zu den Decken sind gewöhnlich unbehaute Pappelbalken aus der Umgebung verwandt mit darüber gelegten schmalen Brettern. Das Holzwerk ist zum Schutz gegen Ungeziefer mit Oelanstrich versehen — einfarbig mit helleren Streifen, welche auch über die Balken in der Richtung der Bretter hinweg laufen. Die Decken der Empfangsräume sind oft sehr kunstvoll kassettiert. An Holzarten werden verwendet: Pappel, Nuß, Olive, Zeder und neuerdings auch alle europäischen und amerikanischen oder indischen Hölzer.

Das ausladende Dach ist aus gestampftem Lehm hergestellt und geschützt durch eine Schicht von Lehm und Stroh, über die ein sehr dauerhafter Verputz aus Lehm, Sand, Kalk und Kamelhaaren gelegt ist. Der Verputz der Wände im Inneren besteht aus einem Rohverputz mit darüber gelegter Gipschicht, der Kamelhaare beigegeben sind. Dieser Gipsverputz wird auch als Boden verwendet und ist äußerst dauerhaft.

Zum Inneren des Hauses gelangt man durch einen schmalen langen Gang, der ein- oder zweimal gewinkelt ist, um den Einblick in den Hof von der Straße aus



Eingang zum Zimmer aus Damaskus.



Teilansicht des Zimmers aus Damaskus.

Aus dem Kunstgewerbe-Museum in Düsseldorf.

Völkern übernommen worden; so z. B. in Italien bei den romanischen Bauten des 9. und 10. Jahrhunderts — ausgehend von dem damals blühenden Seehafen Pisa bis Lucca, Siena und die ganze ligurische Küste hinauf, wo heute noch der Genuese seine Häuser streifig in rot und weiß bemalt. Die Bemalung, insbesondere in der als „syrisch“ geltenden Abart rot und weiß, ist wohl erst späteren Ursprunges. In Kairo ist die Sitte erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts allgemein, als auf Befehl der Regierung zu Ehren der Ankunft Ibrahim Paschas aus Syrien die Häuser rot und weiß bemalt wurden.

Die Mauern selbst sind aus Bruchsteinen aufgeführt und oft von beträchtlicher Stärke. Die Wände des Erdgeschosses sind gegen die Straße wie im Inneren meist mit sorgfältig gefügten Steinplatten verkleidet. Flach gehaltenes, plastisches Ornament tritt an Kragsteinen, Kapitellen und Türstürzen auf — stets jedoch unaufdringlich und beherrscht. Die abschließenden Spitzbögen erscheinen selten auf der Unterseite verziert, dafür unterstreichen einfache Ornamentbänder oder Profile auf der Außenseite die Linienführung.

Das Obergeschoß ist meist aus leichtem Fachwerk, Holz und Lehmziegeln gebaut. Die ungebrannten Lehm-

zu verhindern. In diesem Gang befindet sich oftmals ein Stein — Mastaba — zum Absetzen von Lasten und als Ruhesitz für wartende Diener. Seit Verbreitung der europäischen Kleidung ist dort auch meist eine Kleiderablage angebracht.

Aus dem dunklen Gang tritt man überrascht, weil freundlich von Grün und plätscherndem Wasser begrüßt, in den weiten, lichten Hof — Dar = der freie Platz —. Im Mittelpunkt steht der geräumige Brunnen — El Bachara = das kleine Meer —, bei dem Wasserreichtum der Stadt immer mit fließendem Wasser gefüllt und von einer 70–80 cm hohen, oft geschmackvoll verzierten Mauer eingefast. Den Brunnenrand schmücken Blumentöpfe und Zierpflanzen. Schematisch angeordnet oder willkürlich verteilt stehen Bäume, Sträucher, Blumen und Schlinggewächse im Hof, dessen Boden mit Steinplatten in großen, einfachen Mustern belegt ist. Ein Reichtum an Blüten und Wohlgerüchen, Rosen und Myrten, üppige Fülle von Granatäpfeln, Zitronen und Wein empfangen den Eintretenden nach dem Staub und der Hitze der Straße. Ruhe, Abgeschlossenheit und träumendes Behagen sind die Wirkung dieser Höfe.

Auf einer Seite, meist im Schatten des gegen Norden



US JERUSALEM.*
 ANSICHT DER KUP-
 PELN DER KIRCHE
 * DES HEILIGEN *
 *** GRÄBES. ***
 ≡ DEUTSCHE ≡
 * BAUZEITUNG *
 53. JAHRGANG 1919.
 ***** NO. 30. *****

schauenden Gebäudeteiles, öffnet sich durch einen Bogen abgeschlossen eine geräumige, durch beide Stockwerke gehende Halle — Liwan, aus El Iwan = der Palast, der erhöhte Platz zum Sitzen —. Der rückwärtige Teil dieser Halle — der eigentliche Liwan (a) — hat ihr den Namen gegeben als pars pro toto. Er ist von 30 bis zu 60 cm über den Boden erhöht und läßt einen 1,5 bis 2 m breiten niedriger gelegenen Querstreifen am Eingang frei, (b) der — einganges in die Hauptachse des Hofes der Vorraum — Zaguan — geworden. Die Rückwand des Liwan ist meist ohne Fenster, nur durch Nischen mit Zierpflanzen belebt. Die beiden Seitenwände sind durch je eine, oftmals leicht und zierlich ausgebildete Fensterreihe durchbrochen, die einen Durchblick in die Seitenräume des Erdgeschosses gewähren und dieselben dadurch mit in die Raumwirkung des Liwan einbeziehen. Manchmal schaut



Das Damaszener Haus. Zimmer aus Damaskus im Kunstgewerbe-Museum in Düsseldorf.

Atabe — genannt wird. Dort wurden in den „guten, alten Zeiten“ die Schuhe abgestreift, ehe man den im Sommer mit einer Matte, im Winter mit Matte und Teppich bedeckten Liwan betrat. An den drei Wänden entlang zieht ein 70 bis 80 cm breiter, etwa 40 cm hoher Diwan (c) entlang mit Rückenissen, deren Länge der Diwanbreite gleich ist, sodaß sie zugleich als Armpolster dienen können. In Spanien ist aus dieser Sommerhalle durch Verlegen des Haus-

aus dem oberen Stockwerk eine zweite Reihe von Gitterfenstern in den Liwan herab, um den Frauen des Hauses die Möglichkeit zu geben, unbemerkt an der Unterhaltung teilzunehmen.

An die Sommerhalle schließen sich wie schon erwähnt, die vom Liwan aus und durch Fenster vom Hof her erhaltenen Seitenzimmer im Erdgeschoß — M'ar'ba eblü und M'ar'ba schenali, das rechte und das linke Zimmer.

Die Eingänge zu diesen Räumen liegen zu ebener Erde vor dem Liwan der Sommerhalle. Die Räume selber sind wieder in Liwan (a) und Atabe (b) geteilt, ihre Achsen stehen meist im rechten Winkel zur Achse der Sommerhalle. Die Deckenhöhe ist die des Erdgeschosses — 5 bis 6 m —; dadurch nähern sich diese Räume der reinen Würfelform. Je nach ihrer Bestimmung sind diese Zimmer mehr oder weniger reich ausgeschmückt. Immer sind sie kühle, schattige, zum Lesen und zu stiller Betrachtung einladende Raumschöpfungen.

Gegenüber dem Liwan, mit der Stirnseite gegen die Sonne nach Süden gewandt, liegt die Winterhalle, die „gute Stube“, der Pracht- und Staatsraum des Hauses — Kāā, das Zimmer mit dem Brunnen. Der Raum wirkt allein durch seine Gliederung festlich und prächtig: eine Längshalle mit Liwan, auf die rechts und links vom Eingang zwei offene Seitenräume — Tasar — jeder mit seinem Liwan münden. Das im Schnittpunkt der Längs- und der Querralle liegende Stück ist tiefer liegend als Atabe ausgebildet, in dessen Mitte ein reich geschmückter Springbrunnen — Festije — spielt. Der Boden der Atabe um die Festije ist mit kunstvollen Steinintarsien ausgelegt — verschiedenfarbiger Marmor in geometrischen Mustern herrscht vor. Die Hofwand ist durch eine zweiflügelige Tür und zierlich gegliederte Fensterreihen unterbrochen. Die Fenstermaße sind klein, die Fenster selbst oft durch Kelms und gemusterte Stoffe verhängt. Wie denn der ganze Raum mit gewählter Pracht geschmückt ist — mit Teppichen, Kissen, mit Diwan und mit Ruhebett — Ma k a d genannt —, an den Wänden sind Holzverkleidung, Nischen, Wandschränke, Bordbretter und die Decke ist in geometrischen Mustern reich kassettiert, die drei Spitzbögen bemalt oder eingelegt, die Kragsteine mit Stalaktiten-Ornament oder Pflanzenschmuck verziert. Auf diesen Raum vereinigt sich alle Sorgfalt, und oft ist anstatt des Holzwerkes marmorne Einlege-Arbeit angewandt. Von besserem Geschmack zeugen die alten bemalten Räume, die sich noch finden, und in denen die Farben Dunkelgrün, Blau, sparsames Rot und Gold vorherrschen. Ueber dem Springbrunnen, der ursprünglich zum Hände- und Geschirrwaschen bestimmt war, schwebt manchmal, auf drei offenen und einem geschlossenen Bogen ruhend, eine zierliche Kuppel, aus der eine Laterne in Metallarbeit — Memrak — herabhängt. Die Kāā dient zu festlichen Empfängen und ist auf einen reichen,

vornehm ruhigen Ton gestimmt. (Abbildung Seite 163.) Zuweilen findet sich, wiederum unmittelbar vom Hof aus zugänglich, ein weiteres Empfangszimmer, kleiner und weniger prunkvoll ausgestattet — Mandara — genannt. Es ist ebenfalls in Liwan und Atabe geteilt und dient neben dem Empfang von Besuchern und Geschäftsfreunden auch als Gastzimmer. Die Fenster sind manchmal vergittert oder aber dicht mit Grün berankt. „Mandara“ bedeutet jedoch nicht nur ein abgesondertes Zimmer im Erdgeschoß, oft findet man auch ein solches im Oberstock.

Zu ebener Erde befinden sich sonst nur noch Wirtschaftsräume und die Aufgänge zu den Zimmern und Frauengemächern im oberen Stockwerk. Enge, steile Treppen führen entweder im Hause selbst oder unter einem Schutzdach an der Hofseite hinauf. Je nach Bedarf ist den oberen Räumen eine gegen den Hof offene Galerie vorgelegt, manchmal ist auch ein Stück des Daches über dem Erdgeschoß als Terrasse ausgebildet, von wo aus das flache Dach des übrigen Hauses auf Leitern oder Treppe zugänglich ist. Besonders in der heißen Jahreszeit spielt sich nach Sonnenuntergang ein reges Leben auf den Dächern ab — Unterhaltung und Lachen fliegen zu den Nachbarn oder über die schwarz gährende Gasse zum Gegenüber hin und zurück. Gebet, Gesang und Lautenspiel wechseln in bunter Folge. Die Zimmer im oberen Stock dienen fast durchweg als Schlafzimmer oder Wohngemächer der Frauen. Sie sind mit der größten Einfachheit eingerichtet und meist von peinlicher Sauberkeit. Auf dem Estrich-Boden eine Matte, weiße Wände mit grün gemalten Wandschränken, eine anspruchslöse Holzdecke; luftig, kühl und gesund, das sind ihre Merkmale.

So ist das Damaszener Haus ein wohldurchdachtes Ganzes, den klimatischen Verhältnissen des Landes angepaßt, gesund, behaglich und voll künstlerischer Reize in der architektonischen Raumwirkung. Und mehr als das; es ist charakteristisch für Damaskus, weil es den Niederschlag der Bedürfnisse an Häuslichkeit seiner Bewohner darstellt und so einen Teil ihrer Seele spiegelt. Um Damaskus zu „verstehen“, muß man sich in die Äußerungen seiner Architektur hineindenken, und wer es versteht, wird wissen, was das Damaszener Haus als Rahmen des Erlebens, als „Stimmungshintergrund“ bedeutet. —

Damaskus im September 1918. Bruno Stiller.

Tote.

Oberbaurat Hermann Helmer †. In Wien ist am 2. April 1919 Oberbaurat Hermann Helmer gestorben und damit auch der andere der beiden zu der künstlerischen Weltfirma Fellner & Helmer vereinigten hervorragenden Architekten dahingegangen. Hermann Helmer war am 13. April 1849 in Harburg geboren, stand also nahe vor Abschluß seines 70. Lebensjahres. Mit dem um zwei Jahre älteren Ferdinand Fellner, geboren am 19. April 1847 in Wien, verband er sich 1873 zu gemeinsamer Ausübung der künstlerischen Tätigkeit, die ungewöhnlich reich und deren Schwerpunkt der Theaterbau war. In dieses Gebiet kamen die beiden Künstler durch Ferdinand Fellner, der als ein Schüler seines 1815 geborenen gleichnamigen Vaters, nach dessen 1871 erfolgten Tod in selbständiger Weise das Theater in Temesvár und das 1872 unter Laube eröffnete Stadttheater in Wien erbaut hatte, dessen Brandkatastrophe im Jahr 1881 bekanntlich eine Wendung in der organischen Anlage der Theater herbei führte. Zwischen 60 und 70 Theatergebäude nicht nur in Oesterreich-Ungarn und in den südöstlichen Ländern, sondern auch in Deutschland sind aus dieser Zusammenarbeit hervorgegangen. Wer wollte sie alle nennen, die so zahlreich waren, daß ein Zug handwerklicher Routine und geschäftsmäßiger Gleichförmigkeit an die Stelle einer stets fortentwickelten individuellen Gestaltung treten mußte? Wir haben aus Anlaß des Todes Fellners auf S. 139 u. 146 des Jahrg. 1916 der „Deutschen Bauzeitung“ die umfassende Tätigkeit der Firma auf dem Gebiet des Theaterbaues geschildert, mit dem sie ihren Ruf durch das Deutsche Volkstheater in Wien begründete. Eine der letzten Arbeiten Helmer's war der Umbau des Neuen Wiener Stadttheaters. Aber nicht das Theater allein bildete die Tätigkeit der beiden Architekten; zahlreiche andere Ausführungen, darunter die größten, gingen neben den Theatern einher. Es seien von ihnen genannt die Tonhalle in Zürich, zahlreiche Miet-, Geschäftshäuser und Villen in und um Wien, wie die Paläste Wessely in der Allee-Gasse, Seybel, Schoeller und Lanckoronsky, die Musikbildungsanstalt in Wien, Rathaus und Restaurationsäle in Liesing, Kunsthalle und Escompte-Bank in Agram, die Filialgebäude der Oesterreichisch-Ungarischen Bank in Lemberg, Bielitz, Arad, Olmütz, Mährisch-Ostau. Hierher gehören auch die Schlösser Zinkau in Böhmen und Schwarzenbach am Züricher See, ferner die Rothschild'sche Nervenheil-Anstalt am Rosenhügel bei Wien.

Helmer war Mitbegründer der „Zentralvereinigung der österreichischen Architekten“ und fand neben seiner ausgebreiteten fachlichen Tätigkeit noch Zeit, sich eingehend mit Standesfragen zu befassen. So ist wieder einer der großen Architekten der francisco-josefinischen Periode Oesterreichs dahin gegangen. —

Wettbewerbe.

Ein engerer Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Errichtung von gemeinnützigen Wohnhausbauten in Verbindung mit einer katholischen Kirche in Dortmund wird mit Frist zum 16. Juni 1919 unter den ortsansässigen Architekten durch die „Dortmunder Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft m. b. H.“ ausgeschrieben. Die Bauten sollen in Dortmund-Nord an der Münster-, der Gutheil- und der Burgholz-Straße errichtet werden. Es gelangen 4 Preise von 3000, 2500, 1500 und 1000 M. zur Verteilung; auf Vorschlag des Preisgerichtes kann der Ankauf zweier nicht preisgekrönter Entwürfe für je 500 M. stattfinden. Im Preisgericht befinden sich u. a. die Hrn. Stadtbaureiter Kullrich und Strobel, sowie der Wohnungsdirektor Dr. Strehlow in Dortmund, Brl. Schmohl in Essen-Ruhr, Stadtbrt. Schulz in Bielefeld, Reg.-Bmstr. Meyer in Dortmund und Architekt Dücking daselbst. Unter den Vertretern befinden sich die Hrn. Stadtbrt. Figge und der Architekt Ludwigs in Hagen. Unterlagen gegen 10 M., die zurück erstattet werden, von der „Dortmunder Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft“, Dortmund, Märkische Straße 16. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Hochbauten des Walchensee-Kraftwerkes in Bayern erläßt der Staatskommissar für dieses Werk für in Bayern ansässige Architekten mit Frist zum 15. Mai d. J. Es sollen 15 Entwürfe zu einem Preise von je 1000 M. angekauft werden. Unterlagen gegen 20 M., die zurück erstattet werden, bis 15. April durch die Oberste Baubehörde in München. —

Wettbewerb Stadthalle Erfurt. Ein neuer Termin für die Einreichung der Entwürfe ist auf 1. Juni 1919 festgesetzt worden. —

Inhalt: Das Damaszener Haus. — Tote. — Wettbewerbe. — Hierzu eine Beilage: Aus Jerusalem. Ansicht der Kuppeln der Kirche des Heiligen Grabes.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



Links Sakristei, rechts alte Stadtmauer, im Hintergrund die Kaufmännische Fortbildungs-Schule und die Handels-Schule.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. NO 31. BERLIN, DEN 16. APRIL 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen.

Von Dr.-Ing. Albert Hofmann. (Fortsetzung aus No. 29.) Hierzu die Abbildungen S. 167.



Leiche Gestühl wurde dunkel gebeizt. Der alte Chor erhielt eine dem Stilcharakter angemessene farbige Ausmalung. Den Hochaltar mit dem meisterhaft ausgeführten Altarbild zeigt die Bildbeilage zu No. 28; das Bild selbst stammt von der geschickten Hand des Kunstmalers Xaver Dietrich in München. Die farbigen Kunstverglasungen des neuen Chores wurden von dem Maler Ehrismann in Straßburg gefertigt, während Orgel und Hauptaltar aus den Straßburger Kunstwerkstätten von Mächling & Co. hervorgegangen sind. An den figürlichen Bildhauer-Arbeiten waren beteiligt Prof. Marzolff, sowie die Bildhauer Preiser, Schulz und Weber in Straßburg. Die Bauleitung lag in den Händen des bereits verstorbenen Architekten Mades in Straßburg.

Die Baukosten der Kirche beliefen sich auf 553 000 M., von welchen 110 000 M. auf die innere Einrichtung entfallen.

Angesichts der Abbildungen muß es mit größter Anerkennung ausgesprochen werden, daß es der Schöpfer dieser Baugruppe, der bisherige Stadtbaurat für

Hochbau in Straßburg, Hr. Fritz Beblo, der nun als Flüchtling in Karlsruhe weilt, mit feinem Gefühl für die Forderungen des genius loci verstanden hat, einmal, durch sorgsamste Schonung des alten Bestandes, soweit eine solche überhaupt in Betracht kommen konnte, den eigenartigen Reiz dieses in veränderter Form neu erschlossenen Bezirkes der alten Stadt zu erhalten, und zum Anderen, alte und neue Bauelemente in zwangloser, ungekünstelter Weise zu neuer Harmonie zu verschmelzen. Was er geschaffen, atmet guten deutschen Geist im besten Sinne des Wortes und schließt voraussichtlich eine Periode deutscher Kulturarbeit in deutschen Grenzlanden ab, in der neben dem Namen des Bürgermeisters Schwander der von Otto Back steht, der in seinem Buch: „Aus Straßburgs jüngster Vergangenheit“ geschildert hat, wie aus der kleinen französischen Provinzialstadt die blühende Metropole von ganz Südwestdeutschland geworden ist. Back gehörte zu der kleinen Gruppe von Persönlichkeiten, die groß im Geist und stark im Willen an der Wiedergeburt der Hauptstadt des Elsaß ungeachtet aller Mühen und Anfeindungen erfolgreich teilgenommen hatten. Ein Mitlebender und Mitstreber, der Pfarrer E. Hertzog in Straßburg, hat beim Tod des 83jährigen Back lebendige Worte des Dankes und der Anerkennung für das gefundene, was Back in langen Jahrzehnten in Straßburg in verschiedenen leitenden Stellungen geschaffen. „Es galt nicht nur zu bessern“, schrieb er, „sondern vor allem aufzubauen, denn wie die Stadt von den Trümmern der Beschießung übersät war, so lag auf den Gemütern noch ein schwer zu bannender Pessimismus. Back begann da-

mit, daß er gute materielle Daseinsbedingungen schuf. Umgeben von einem Stab tüchtiger Männer, leitete er die Stadterweiterung ein. Die so hochnötige Sanierung wurde durch die Anlage der Wasserleitung erreicht. Seiner kraftvollen Initiative ist die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, insbesondere die Einführung der Straßenbahn, zu verdanken. Das städtische Gemeinwesen in seinem heutigen Aufblühen und seinem glatt arbeitenden, wohlgeordneten Gang hat seine Grundlage erhalten durch den Mann, der es verstand, unter Schonung lieb gewordener väterlicher Sitten die Enge zu sprengen und die Geister zum Erstreben des Großen zu erziehen. Hertzog weist darauf hin, wie Back stets die systematische Weiterentwicklung des städtischen Gemeinwesens im Auge hatte, wie er unermüdlich und mit großem Sinn die Verwirklichung des in jeder elsässischen und deutschen Brust liegenden Wunsches verfolgte, „daß Straßburg wirklich die wunderschöne Stadt werde, von der die Alten gesungen und die Jungen geträumt hatten“. So schuf Otto Back in 27jähriger Tätigkeit, deren Glanz bis in unsere Zeit strahlt und von der französischen Herrschaft nicht verdunkelt werden kann, in restlosem Ausbau aus der kleinen französischen Departements-Hauptstadt eine mit den schönsten und modernsten Städten der Welt wetteifernde deutsche Metropole.

Und nun weht von dem alten, stolzen, ehrwürdigen Münster dieser Metropole, dem deutschen Werke des deutschen Meisters Erwin von Steinbach, die französische Trikolore als Symbol der Wiedervereinigung der Reichslande mit Frankreich. Ueber einer kerndeutschen Stadt und einem kerndeutschen Lande die welschen Farben! Und dennoch: „Ich bleibe bei Euch in den Werken meines Geistes; vollendet das Begonnene in die Wolken!“ läßt Goethe Erwin zu den Söhnen des Landes sagen. Wie ein Wachturm des Deutschtums reckt der Turm des Münsters seine Massen in die Lüfte: „Wie frisch leuchtet er im Morgenduftganz mir entgegen, wie froh konnt' ich ihm meine Arme entgegen strecken, schauen die großen harmonischen Massen, zu unzähligen kleinen Teilen belebt, wie in Werken der ewigen Natur, bis auf's geringste Zäserchen, Alles Gestalt, und All's Zweck zum Ganzen; wie das fest gegründete ungeheure Gebäude sich leicht in die Luft hebt, wie durchbrochen alles und doch für die Ewigkeit! Deinem Unterricht dank' ich's, Genius, daß mir's nicht mehr schwindelt an deinen Tiefen, daß in meine Seele ein Tropfen sich senkt der Wonneruhe des Geistes, der auf solch eine Schöpf-

ung herabschauen, und Gott gleich sprechen kann: Es ist gut!“ Nur ein deutscher Meister konnte einen deutschen Dichter mit seinem Werk zu einem solchen Hymnus begeistern. Denn „hat nicht der seinem Grab entsiegende Genius der Alten den deinen gefesselt, Wältscher? Krochst an den mächtigen Resten, Verhältnisse zu betteln, flickest aus den heiligen Trümmern die Lusthäuser zusammen, und hältst dich für Verwahrer der Kunstgeheimnisse, weil du auf Zoll und Linien von Riesengebäuden Rechenschaft geben kannst. Hättest du mehr gefühlt als gemessen, wäre der Geist der Massen über dich gekommen, die du anstautest, du hättest nicht so nur nachgeahmt, weil sie's thaten, und es schön ist; notwendig und wahr hättest du deine Pläne geschaffen, und lebendige Schönheit wäre bildend aus ihnen geflossen“. So weht die wälsche Trikolore auf deutschem Haus über deutschem Land bis weit zu den 555 deutschen Burgen und Schlössern, die das schöne Land einzierten und jetzt noch seine alte deutsche Kultur laut rühmen. Im Ober-Elsaß 253 Burgen und Schlösser, im Unter-Elsaß 302; Felix Wolff, der ehemalige Konservator der geschichtlichen Denkmäler im Elsaß, hat sie im „Elsässischen Burgen-Lexikon“ verzeichnet. Nicht eine französische Bezeichnung kommt unter ihnen vor, ja Namen wie Breuschwickersheim, Lützelstein, Niederathsamhausen, Oberschöffolsheim, Hohrappoltstein und Scharrachbergheim widerstreben geradezu der wälschen Zunge. Und die Trikolore weht auch über der „alma mater argentinensis“. Aber die Pariser Boulevard-Presse wird mit all ihrem Toben und Schreien den gewaltigen Einfluß dieser deutschen Pflegstätte für Wissenschaft und Forschung nicht zu bannen vermögen. In goldenen Buchstaben leuchtet vom Giebfeld des stolzen Hauptgebäudes das Wort: „Litteris et patriae“; es leuchtete auch vielen Söhnen des Elsaß, die sich dort Wissenschaft für's Leben, aber auch Achtung vor deutscher Geistesarbeit und deutscher Staatsgesinnung holten. Die alma mater übernahm die deutschen Geisteswissenschaften von den großen deutschen Geistern, die einst den Ruhm des Landes machten, von Gottfried von Straßburg, Gailor von Kaysersberg, Tauler, Sebastian Brant, Bucer, Murner und Fischart. Ein so mit alter und neuer deutscher Kultur gedüngter Boden kann seines Charakters nicht durch fremdes Wesen entkleidet werden. Er wird fortbestehen und von Dauer sein wie das Münster. Er wird dauern bis zum hoffentlich nicht fernen Tag der Vergeltung!

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

Zum Präsidenten der preußischen Akademie des Bauwesens in Berlin ist anstelle des bisherigen langjährigen Präsidenten, Ministerial-Direktors Dr.-Ing. h. c. Karl Hinkeldeyn, der seit 1. April 1919 von seinen sämtlichen Ämtern zurückgetreten ist, der Geheime Oberbaurat Dr.-Ing. h. c. Jos. Stübßen in Berlin-Grünwald gewählt worden. Die hohen Verdienste Hinkeldeyns um die Akademie, und zwar sowohl um ihre Leitung, bei der sich seine hervorragenden menschlichen Eigenschaften glänzend bewährt haben, wie auch um die Förderung der Baukunst und ihrer Wissenschaft, an denen der fachliche Idealismus des Zurückgetretenen einen so großen Anteil hatte, sind von uns zu wiederholten Malen gewürdigt worden. Es bleibt mit sein dauernder Ruhm, aus der Akademie des Bauwesens eine Körperschaft gemacht zu haben, die einen hohen Rang unter den ähnlichen künstlerischen und wissenschaftlichen Körperschaften Deutschlands einnimmt.

Dieses Ansehen zu erhalten und zu mehren, wird das erste Ziel des neuen Präsidenten Dr. Stübßen sein, der sein Amt unter allgemeinen Verhältnissen antritt, die den idealen Bestrebungen von Baukunst und Bauwissenschaft einen fruchtbaren Boden, vor allem auch zur Einpflanzung neuer Gedanken, bereitet haben. Wir dürfen ihm darin volles Vertrauen entgegen bringen. Er, der sein diplomatisches Geschick bei dem kürzlich erfolgten Zusammenschluß von „Architekten-Verein zu Berlin“ und „Vereinigung Berliner Architekten“ in so glücklicher Weise bekundet hat, dem Zeit seines Lebens der hohe Flug der baukünstlerischen Gedankenwelt ein ehrgeizig erstrebtes Ziel gewesen ist, er wird auch die Akademie des Bauwesens aus den Wirrnissen der Zeit zu neuem Glanz und erhöhtem Ansehen bringen. Die Ausfüllung der großen Lücken, die in der letzten Zeit und in den jüngsten Tagen in den Mitglieder-

stand der Akademie gerissen worden sind, wird ihm dabei ein wertvolles Mittel sein und wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Akademie bald auch in der Öffentlichkeit wieder die Rolle spielen wird, die den gelehrten künstlerischen Körperschaften Deutschlands durch ihre Bestimmung, die Trivialitäten des Tages zu verschleichen und das geistige Leben auf eine höhere Warte zu heben, zugewiesen ist.

Siedelungswesen in Preußen. Die Auflassung des staatlichen Siedlungslandes in Preußen an den Wohnungsverband soll spätestens bis zum 1. August 1919 erfolgen. Mit der Erschließung und Bebauung darf sogleich begonnen werden. Es sind in der Umgebung von Berlin nunmehr folgende Ländereien zu Siedelungen festgesetzt worden: im Gutsbezirk Heerstraße am Bahnhof Heerstraße 20 ha zur Bebauung mit Kleinhäusern für Mittelstand und Beamte, in der Jungfernheide 20 ha für Arbeiter und kleinen Mittelstand, in Jöhrenheide 20 ha, in Adlershof (Nordwest) 15 ha, in Niermannsthal 15 ha, in Tegeln 15 ha, in Köpenick am Bahnhof 15 ha, in Friedrichshagen am Hermsdorfer Fließ 10 ha, in Friedrichshagen am Bahnhof 5 ha und in Nowawes 5 ha. Der Preis für das 9^{te} rohen Landes schwankt zwischen 1,65 M. in Köpenick, 1 M. in Nowawes und 4,5 M. am Bahnhof Heerstraße. Mit Rücksicht auf die von den Groß-Berliner Verbänden übernommenen Verpflichtungen zahlt der Fiskus an den Wohnungsverband einen Zuschuß von 1 960 000 M.

Ueber die Zukunft der königlichen Gärten in Potsdam sagt eine Mitteilung aus dem preußischen Finanz-Ministerium, daß der Park von Sanssouci von der vorläufigen Verwaltung des ehemals königlichen Besitzes nicht angetastet worden sei und hoffentlich mit seinem Pflanzen- und Blumenschmuck auch weiter werde unangetastet erhalten bleiben können. Vielleicht läßt sich sogar ermöglichen, die Orchideen-Sammlung weiterhin zu pflegen. Um jedoch die

sehr großen finanziellen Lasten, die die Unterhaltung des Parkes mit sich bringt, einigermaßen zu erleichtern, mußten die Obst- und Gemüsezüchtereien nutzbar gemacht werden. Es ist natürlich sofort erwogen worden, ob man diese Gärtnereien nicht, wie in Versailles, in staatliche Regie nehmen oder der Stadt Potsdam zur kommunalen Verwaltung über-

schaffen. Vor allem handelt es sich bei den abzustoßenden Ländereien nur um etwa 6 einzelne, verstreut am Rande des Parkes gelegene Grundstücke, die zur Einzelbewirtschaftung wie geschaffen sind. Da der Staat die Kontrolle über die wirtschaftliche Ausnutzung und ästhetische Gestaltung der an den Park grenzenden Grundstücke in der Hand be-



Blick in das neue Langhaus der neuen Magdalenen-Kirche in Straßburg.
Bauliches, der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen.



Blick in den alten Chor der Magdalenen-Kirche in Straßburg.
Bauliches, der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen.

geben könne. Diese Pläne wurden jedoch fallen gelassen, denn abgesehen davon, daß in der Regel eine zentralisierte fiskalische oder kommunale Verwaltung auf diesem Gebiete unwirtschaftlicher arbeitet als eine Reihe von Einzelpersonen, wird durch abgabenfreie Großbetriebe für kleinere Existenzen fast immer eine erdrückende Konkurrenz ge-

halten muß, konnte nur die Verpachtung, nicht die Veräußerung in Frage kommen. Zwei Grundstücke, vor allem die wertvollen Weinhäuser am Drachenberg, stehen noch zur Verfügung der Landwirtschaftlichen Hochschule, welche für ihre Zwecke Versuchsländereien und Gewächshäuser benötigt. —

Die Vollendung des Mittelland-Kanales. Meine Mitteilungen auf S. 111 d. Bl. kann ich auf Grund mir von maßgebender Stelle gewordenen Auskunft dahin ergänzen, daß die bisherigen amtlichen Vorarbeiten ergeben haben, daß das Saalebecken auf einen Fassungsraum von 225 Mill. cbm Inhalt — statt 169 Mill. cbm — vergrößert werden kann und daß sich ein zweites etwa gleich großes Sammelbecken noch anfügen läßt. Hierdurch wird es erreicht werden, daß das Elbe-Niedrigwasser nie mehr unter Mittel-Niedrigwasser abfallen kann und außerdem noch um 15 cm. später sogar um 25 cm. erhöht wird, sodaß schon mit dem ersten Becken alle Elbschiffahrts-Schwierigkeiten dauernd gehoben sein werden. —

H. Engels.

Der Nachfolger Raschdorffs an der Technischen Hochschule Berlin. Seit dem Rücktritt und dem nicht lange darauf erfolgten Tod Julius Raschdorffs war dessen Lehrstuhl für Baukunst der Renaissance an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg unbesetzt. Die Lücke ist nunmehr durch Berufung des Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. h. c. Hermann Bestelmeyer, dem Vorsteher des ehemals Otzen'schen Meisterateliers für Architektur an der Akademie der Künste zu Berlin, ausgefüllt worden. Die Berufung ist in jeder Beziehung zu begrüßen. Durch sie wird der Lehrkörper für Baukunst an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg um ein Mitglied bereichert, das seine glückliche baukünstlerische Begabung in einer Reihe eindrucksvoller Monumentalbauten dargetan hat und in einem Alter steht (Bestelmeyer ist 1874 in Nürnberg geboren), in dem das künstlerische Schaffen noch dem Höhepunkt zuschreitet. —

Bautechnische Sonderkurse des „Vereins Deutscher Ingenieure“. Der „Verein deutscher Ingenieure“ veranstaltet eine Reihe zeitgemäßer bautechnischer Vorträge und Übungen, die gleich nach Ostern beginnen und Anfang Juli beendeten werden. In Aussicht genommen sind folgende Vortragsreihen: A. Übungen in Statik und Festigkeitslehre (20 Doppelstunden); B. Berechnung und Ausführung von Eisenbetonbauten (20 D.); C. Das Eisen im Hochbau (16 D.); D. Neuzeitliche Bauweisen (6 D.); E. Sparsame Bauweisen (8 D.); F. Eisen und Eisenbeton im Lichtbild (9 D.); G. Einführung in die Berechnung der vollwandigen statisch unbestimmten Systeme (20 D.).

Die Vorträge und Übungen sollen dazu dienen, den Teilnehmern ohne Unterbrechung der beruflichen Tätigkeit in elementarer Form diejenigen Kenntnisse der neuzeitlichen Bauweise zu vermitteln, die für die Bedürfnisse der Praxis von Wichtigkeit sind. Insbesondere soll auf solche Rücksicht genommen werden, die durch den Krieg lange Zeit verhindert waren, sich mit den technischen Neuerungen zu befassen. Die Vorträge sind aber auch für Architekten, Bauunternehmer, Beamte und andere Kreise bestimmt, die sich über die neueren Anschauungen auf dem Gebiet der modernen Bautechnik unterrichten wollen. Die Vorträge sollen durch anschließende Aussprachen, durch Vorführung von Lichtbildern und durch Ausstellung von Zeichnungen, Wandtafeln, Modellen usw. ergänzt werden. Nähere Mitteilungen im Ingenieurhaus, Berlin NW., Sommerstr. 4a. —

Literatur.

Künstlerische Kalender (Schluß aus No. 18). Hohenzollern-Burkender. Herausgegeben von Bodo Ebhardt in Berlin-Grünwald. 1913—1919. Burgverlag G. m. b. H. in Berlin-Grünwald. Preis 1913—1916 je 1,50 M.; 1917 und 1918 je 2 M.; 1919 3 M. —

Das fünfundzwanzigjährige Regierungs-Jubiläum Kaiser Wilhelms II. im Jahr 1913 hat Bodo Ebhardt veranlaßt, einen Hohenzollern-Burkender heraus zu geben, der bis zum laufenden Jahr ununterbrochen erschienen ist, für 1919 den veränderten Verhältnissen entsprechend jedoch den Titel „Deutscher Burkender“ trägt. Die Kalender sind das Bekenntnis einer künstlerischen Persönlichkeit, die mit ihrer Tätigkeit vorwiegend im Dienst der großen Zeiten der deutschen Vergangenheit steht. Vom Herausgeber eigenhändig mit anziehenden Darstellungen geschmückt, farbig sowohl wie in schöner Federzeichnung, sind sie im eigensten Sinn persönliche Werke. Heraldik und Burgenkunde sind die Reiche, aus denen sie ihren Schmuck holen, und neben schöner Schriftkunst sind es launige Züge und heitere Künstler-Einfälle, welche die Darstellung beleben. Bei dieser tritt von 1917 ab die Farbe etwas zurück; das ist nicht unbegründet angesichts der Schwierigkeiten, unter denen die Kunst des Druckers mit der zunehmenden Länge des Krieges zu leiden hatte. Die Jahrgänge 1913 bis 1916 enthalten die Wappen aller lebenden Hohenzollern, der Könige von Preußen und Kurfürsten von Brandenburg, mit Darstellungen der Burgen, die in der Geschichte der Hohenzollern eine Rolle gespielt haben, z. B. der Hohkönigsburg, der Augustenburg, des Schlosses in Oels, der

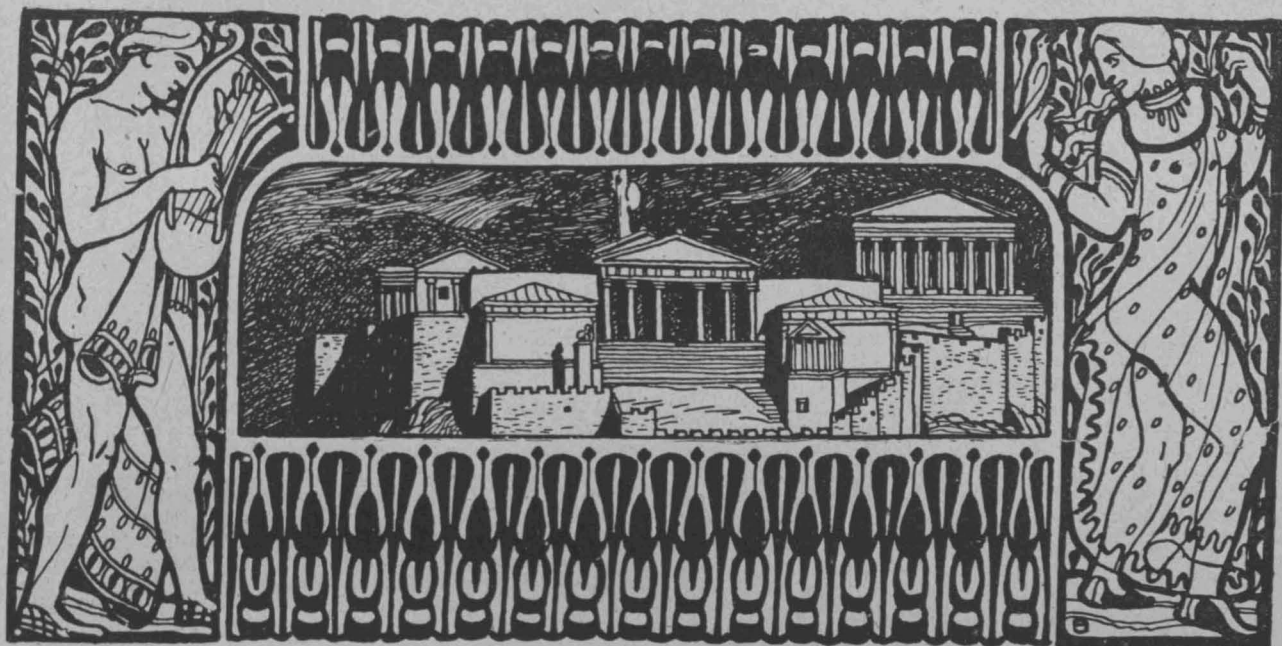
Burg Hohenzollern, des Schlosses in Roth am Sand, der Marienburg, der Ravensburg, des Schlosses in Stettin, der Burg von Nürnberg, der Burg in Tangermünde, der Plasenburg usw. Dem Herzogpaar von Braunschweig ist eine Darstellung der Schwanenburg bei Cleve, der Königin Sophie von Griechenland eine Darstellung der Akropolis von Athen gewidmet. Die Schlösser in und um Berlin fehlen nicht. Jahrgang 1917 enthält in Schwarzweiß-Darstellungen die ostpreussischen Ordensburgen, 1918 Bilder und Beschreibungen von Burgen aus dem Elsaß nebst den Wappen der Burggrafen von Nürnberg, 1919 Bilder und Beschreibungen von Burgen der Ansbach-Bayreuther Lande und Wappen der Markgrafen von Ansbach. So ist in den vorliegenden 7 Jahrgängen bereits ein reiches Material an heraldischen Motiven wie an Ansichten von Burgen und Schlössern aus deutschen Landen und von deutschen Grafen- und Fürstengeschlechtern vereinigt. Die Folge der Kalender wird fortgesetzt, wenn auch unsere Zeit sich von den Geschlechtern und den vergangenen Zeiten abwendet. Die Kulturwerte dieser 1000 Jahre Entwicklung behalten aber ihre Geltung. —

Literatur-Verzeichnis.

- Faulwasser, Julius, Architekt. Das Blockhaus und das Baumhaus im alten Hamburger Hafen mit 10 Abbildungen. Hamburg 36, 1918. Boysen & Maasch. Pr. 3 M.
- Kriegergräber in Württemberg. Ergebnisse der Bereisung der Württembergischen Kriegerfriedhöfe durch den Ausschuß für Kriegergräber und Kriegererehrungen (Unterausschuß des württembergischen Landesausschusses für Natur- und Heimatschutz). Stuttgart 1918. Geschäftsstelle Neckarstr. 20.
- Der Krupp'sche Kleinwohnungsbau. Mit 150 Bildertafeln und vielen Textabbildungen. Herausgegeben von der Gesellschaft für Heimkultur E. V. in Wiesbaden. Mit begleitendem Text der Bauberatungsstelle Dr.-Ing. Hermann Hecker in Düsseldorf. 5. Aufl. Wiesbaden 1917. Heimkultur-Verlagsgesellschaft m. b. H. Pr. 15 Teile je 1 M., vollständig geb. 16 M. + 50 Pf. Porto.
- Lachmund, A., kgl. Steuersek. Besitzsteuer (Vermögenszuwachssteuer). Praktischer Ratgeber zur Berechnung des steuerbaren Vermögens und Vermögenszuwachses nach den Bestimmungen des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1913, mit zahlreichen, zweckentsprechenden Beispielen. Breslau 1916. Selbstverlag. Pr. 2 M.
- Marcus, Josef, Geh. Justizrat, Amtsgerichtsrat a. D. Wie spare ich Gerichtskosten und Notargebühren? Nebst einer Zusammenstellung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Form der Rechtsgeschäfte, einer Textausgabe des Preuß. Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Notare in ihrer neuesten Fassung und einem ausführlichen Sachregister. Berlin C. 2 1918. Industrieverlag Spaeth & Linde. Pr. geb. 4 M.
- Meyerheim, Hugo. In zwei Stunden doppelte Buchführung. Anleitung die doppelte Buchführung durch Selbstunterricht in zwei Stunden zu erlernen mit gleichzeitiger Anweisung, wie die Vorteile der italienischen und amerikanischen Buchführung vereinigt, viele Schreibarbeit vermieden, die Bücher vor Rückständigkeit bewahrt und Fehler leicht entdeckt werden können. Berlin NO. 43. 1917. Handelspraktischer Verlag. Pr. 1 M.
- Sammlung wichtiger Polizeiverordnungen. Nr. 3. Berliner Straßen-Polizeiverordnung. Vom 25. Januar 1917. Polizeiliche Bekanntmachung zu den in der Straßen-Polizeiverordnung enthaltenen Vorschriften über Ankündigungsmittel. Vom 25. Jan. 1917. Polizeiliche Bekanntmachung über den Fußgänger-Verkehr. Vom 25. Jan. 1917. Mit ausführlichem Sachregister. Berlin O. 17. 1917. Max Galle, Verlag. Pr. 80 Pf.
- Das neue deutsche Postrecht, enthaltend die Postordnung für das Deutsche Reich vom 28. Juli 1917 und das Gesetz über das Postwesen vom 28. Oktober 1871, nebst der Postnovelle vom 20. Dez. 1899, erläutert durch die Rechtsprechung bis in die jüngste Zeit. Mit einem ausführlichen Sachregister und einem Tabellenanhang über das Postgebührenwesen. Von Dr. jur. R. H. Roeder, Berlin C. 2. 1917. Industrieverlag Spaeth & Linde. Pr. geb. 4 M.
- Postuvantschitz, Fritz, Dr. techn., Prof., Rektor. Ueber Studien-, Berufs- und Standesfragen der akad. Technikerschaft. Rede gehalten am 7. Dezember 1916 bei der Immatrikulation der Hörer der k. k. techn. Hochschule in Graz. Graz 1917. Leuschner & Lubsensky. Pr. 1 M.
- Die Preisermittlung im Maurer- und Zimmerer-Gewerbe und die allgemeinen und besonderen Bedingungen für die Ausführung und das Aufmaß von Erd-, Maurer- und Zimmerer-Arbeiten. Herausgegeben von der „Westdeutschen Bauhütte e. V. zu Essen“. Essen a. R. 1918. Pr. 1,50 M.
- Schlüter, H. Die höhere Mathematik als allgemeinverständliches Rechnungsmittel mit 30 Abbildungen und zahlreichen Beispielen. Berlin 1917. Hermann Meusser. Pr. 1,80 M., geb. 2,80 M.

Inhalt: Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Literatur. — Literatur-Verzeichnis. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. N^o 32. BERLIN, DEN 19. APRIL 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Josef Durm †.

(14. Februar 1837 — 3. April 1919.)

„Denn er war unser!
Wie bequem gesellig
Den hohen Mann der gute
Tag gezeigt,
Wie bald sein Ernst an-
schließend, wohlgefällig
Zur Wechselrede heiter sich
geneigt,
Bald raschgewandt, geist-
reich und sicherstellig
Der Lebensplane tiefen Sinn
erzeugt
Und fruchtbar sich in
Rat und Tatergossen:
Das haben wir erfah-
ren und genossen!“ —

Die Worte, die Goethe in verehrender und verklärender Erinnerung einst für Schüler gefunden hat, sie mögen auch dem kurzen Bericht voran stehen, mit dem ein dankbarer Schüler den Heimgang eines großen Meisters und Lehrers der Baukunst und der Bauwissenschaft begleitet.

Im 83. Lebensjahr ist Josef Durm aus dem Lebensgeschieden. Unerwartet, darf man sagen, denn bis wenige Wochen vor seinem Tod war er in aufrechter Rüstigkeit im Lehramt tätig, von dem er sich erst dann trennte, als der Tod plötzlich als Mahner baldigen Endes an ihn heran trat und ihn in einer der ersten Aprilnächte, als die Erde der Neugeburt entgegen ging, fällt. Ueber hundert Semester hat er, wie der Rektor der Friderician, Prof. Dr. Hans Hausrath, in seiner Gedächtnisrede ausführte, „mit unermüdlichem Eifer, in stets hoher geistiger Frische und mit größter Begeisterung sein Lehramt ausgeübt und als eifriger Forscher ein ungeheures



hatte sie doch auch ihm ein Stück vom Herzen gerissen, als sie ihm seinen hochbegabten Sohn Leopold, den Maler, nahm —, so war der auch im höchsten Alter unversiegt Wille zur Tat es, der ihn die seelischen Schmerzen überwinden und der aufbauenden Zukunft entgegen schreiten ließ. Am 8. Oktober 1918 schrieb er an mich, er tröste sich mit Fr. Rückert mit den Worten:

Material über die Bauwelt zusammengebracht.“ Was ihn zu dieser großen Arbeit trieb, das war der eiserne Wille zur Tat, der Jacob Burckhardt in Erinnerung an Michelangelo veranlaßte, ihn einen „terribile“ zu nennen. Als einen Liebling der Götter haben wir ihn bezeichnet und er war es. Ein hohes, rüstiges Alter hatten sie ihm beschieden; alle Gaben der Wissenschaft und Kunst, die einem Menschen zuteil werden können, hatten sie ihm beschert, Gesundheit und frohe Schaffenskraft bis in die Jahre des höchsten biblischen Alters. „Und doch“, schreibt Theodor Storm in einer seiner gemütvollen Novellen, „das Geschenk der Hygieia ist ein verhängnisvolles; wer zu tief aus ihrer Schale trinkt, der muß alle Augen brechen sehen, die ihm in süßer Jugendzeit gelacht. Aber auch dann noch zeigt sich die Gunst der milden jungfräulichen Göttin. Sie selbst, die das erfahren müssen, haben ihre heiteren Augensterne auf die Gegenwart gerichtet; die Gespenster der Zukunft haben keine Macht über sie.“ Wenn er auch schwer unter der unfrohen Gegenwart litt —

„Hoffe! Du erlebst es noch,
Daß der Frühling wiederkehrt.
Hoffen alle Bäume doch,
Die des Herbstes Sturm verheert.“

Und er fügte hinzu, er hoffe, was da können möge, es werde auch noch zu ertragen sein. Nur in schwülen Prüfungsstunden sprosse die Palme, die den Sieger krönt.

Was er in mehr als einem halben Jahrhundert für Fach und Kunst, für Schule und Wissenschaft gearbeitet hat, das ist von uns aus Anlaß seines achtzigsten Geburtstages gesagt und bei seiner Bestattung im Namen der Architektur-Abteilung der Fridericiana durch von Oechelhaeuser, sowie im Namen der philosophischen Fakultät und des archäologischen Institutes der Universität Heidelberg, deren Ehrendoktor der Verstorbene war, durch Friedrich von Duhn mit beredten Worten bekräftigt worden. Sprach dieser Redner Josef Durm doch das seltene und unvergängliche Verdienst zu, die Möglichkeit geschaffen zu haben, das, was die Archäologie gefunden hat, wirklich auszunützen und ins praktische Leben einzugliedern. Das konnte nur von einem Gelehrten von der vielseitigen Bildung, wie Durm sie besaß, geleistet werden; von einem Gelehrten, der wie Goethe zu Eckermann von sich sagen konnte: „... ich habe immer gefunden, daß es gut sei, etwas zu wissen“. In einem alten Volksbuch über Faust heißt es: „Er nahm Adlerflügel an sich und wollte alle Gründe im Himmel und auf Erden erforschen“. Das gilt auch für Josef Durm. Mit Adlerflügeln flog er den höchsten Problemen der Baukunst entgegen und suchte sie zu erforschen und zu meistern. Vor Schwierigkeiten, vor denen Andere versagt hätten, gewann sein Wille an Spannkraft und Stärke. Nicht unnäherlich in seiner Art war er als er seine fachliche Laufbahn begann dem jungen, 25jährigen Goethe, von dem es im Briefwechsel zwischen Gleim und Heinse heißt, er sei vom Wirbel bis zur Zehe Genie und Kraft und Stärke, ein Herz voll Gefühl, ein Geist voll Feuer mit Adlerflügeln.

Wir haben uns, als wir aus Anlaß seines achtzigsten Geburtstages sein Lebenswerk darstellten, darauf beschränken müssen, den Heimgegangenen als Künstler und Gelehrten zu schildern. Heute sei als Ergänzung die geistige Atmosphäre angedeutet, in der Durm lebte, nehmend und gebend, befruchtet und befruchtend, aus der seine Bedeutung für die gesamte Kulturwelt hervor geht. Hübsch, Eisenlohr und Fischer, später Hochstetter und Lang begleiten seinen Eintritt in das Fachleben; am Polytechnikum schließt er sich dem Corps „Bavaria“ an und übernimmt dessen Wahrspruch: „Amico pecus, hosti frontem!“, dem er Zeit seines Lebens treu blieb. Als die Sehnsucht ihn nach Italien trieb, wo er zwei Jahre in rastlosem Fleiß und in froher Arbeitsfreudigkeit zubrachte, da waren es Reinhardt aus Stuttgart, Laspeyres, von Förster aus Wien, Weisbach aus Dresden, Gnauth aus Nürnberg, Klose, Ludwig, Schweinfurt, Riedl, Weckesser, Böcklin, Lenbach und Feuerbach, die Bildhauer Lötsch und Steinhäuser, denen er sich in lebenslanger Freundschaft anschloß und, von den gleichen Idealen wie diese beseelt, mit ihnen ununterbrochenen geistigen Verkehr und Gedankenaustausch pflegte. In der Heimat fanden sich allwöchentlich in zwangloser Vereinigung im „Grünen Baum“, einem stillen, heute verschwundenen Gasthaus des alten Karlsruhe, eine Anzahl Gleichgesinnter zum Austausch von Erinnerungen und Erlebnissen, zur Belebung von Hoffnungen zusammen, zu denen gehörten die Landschaftler Wilhelm Klose und Aug. Hörter, der Kupferstecher Prof. L. Willmann, die Maler Gleichauf und Aug. Ungler und nicht zuletzt Viktor Scheffel, der im Leben so unglückliche, weithin als Sänger siegreichen Lebensmutes bekannte badische Dichter. Zu ihm zogen Durm und Klose an den Bodensee, um ihm in Radolfzell und auf der Mettnau ein durch die Kunst geadeltes Sängerkloster zu schaffen. Bisweilen auch wurden von Karlsruhe aus die Schwarzwald-Vorberge des lieblichen Pfingstales besucht, um in Berghausen, im „Scheffel-Stübchen“ des weit berühmten Gasthauses zum „Laub“, den geistigen Bund fortzusetzen und zu festigen. Als der stille „Grüne Baum“ einem großen, geräuschvollen Neubau weichen mußte, zog die Donnerstags-Gesellschaft in das „Krokodil“, wo sich zu ihr die Maler Carl Hoff, der Wiener Hans Canon, E. Kanoldt, E. Schurth, der Aquarellist H. Krabbes, der Bildhauer Heer, die Architekten Schick, Opfermann, Engelhorn und andere gesellten. Zahlreich und erlesen war auch die Gesellschaft, die Josef Durm unter dem Dach der „Alten

Münze“ um sich vereinigte, die der Sitz der Oberbaudirektion war. Der stolze, schöne Bau des alten Weinbrenner, ein noch wohl erhaltenes charakteristisches Wahrzeichen des markgräflichen Karlsruhe, sah damals viele und gewählte Gäste der besten Gesellschaft der badischen Residenz, denen die lebenswürdige Gattin Maria, die gefeierte Tochter des Malers Saal, als geistige Leiterin der gesellschaftlichen Abende vorstand.

Und welche Beziehungen wurden nicht von den zahlreichen, bis in das höchste Alter fortgesetzten Studienreisen und Erholungsfahrten mit nach Hause gebracht. In Griechenland waren es Schliemann, Dörpfeld, Kabbadias, Kave-rau, Bohn und Balanos, mit denen enge wissenschaftliche und persönliche Verbindung angeknüpft wurde. Als der Kampf um Troja entbrannt war, wurde er vom Deutschen Reich ausgesandt, im Verein mit dem Franzosen Perrot in dem Streit zwischen Schliemann und Bötticher über die trojanische Nekropole Schiedsrichter für die Parteien zu sein. Im Jahr 1895 wurde er mit Kekulé v. Stradonitz durch die griechische Regierung berufen, Maßnahmen für die Erhaltung des gefährdeten Parthenon auf der Akropolis von Athen zu treffen. Bei diesem Anlaß zum Ehrenmitglied des deutschen Archäologischen Institutes in Athen ernannt, brachte er neben erhöhtem Ansehen eine Reihe neuer persönlicher Beziehungen in die Heimat mit. Auf Fahrten nach Kleinasien, Syrien, Palästina, Aegypten und Tunis wurden die Beziehungen zum Bewahrer der ägyptischen und arabischen Altertümer Franz Pascha in Kairo enger geknüpft. Die wiederholten Besuche von Rom und die Arbeiten im dortigen Deutschen Archäologischen Institut brachten neue Beziehungen mit Benndorf und Hülsen; die Beschäftigung mit der Architektur der Renaissance Freundschaft mit Heinrich von Geymüller und Jacob Burckhardt. Für die Kunst der Antike hatte er schon früh in Friedrich von Duhn in Heidelberg einen begeisterten und begeisternden Mitstre-benden gefunden. So war die geistige Atmosphäre, in der Durm sich in unmittelbarer Aussprache oder in eifrigem Briefwechsel bewegte, die der höchsten Geistes-Aristokratie aller Länder der europäischen Kulturwelt. Denn zu den schon Genannten treten noch Niemann in Wien, Egger in Graz, Ricci in Rom, Charles Normand, Chipiez und Choisy in Paris. Unsere Darstellung wäre aber nicht vollständig, wenn wir nicht auch der reichen Beziehungen gedächten, die Durm durch seine Wahl als auswärtiges Mitglied der preußischen Akademie des Bauwesens in Berlin gewann. Mit ihrem ehemaligen Präsidenten Karl Hinkel-deyn stand er in regem schriftlichem Verkehr und mit einer Reihe der ausgezeichneten Mitglieder der Akademie hatte er schon bei früheren Anlässen wissenschaftlichen und persönlichen Verkehr gewonnen. So reiht sich denn von dem Domkapitular Schneider in Mainz und dem großen Gottfried Semper, mit denen Durm bekannt wurde, als er im Wettbewerb um das Rathaus in Mainz rang, für das beide zu Preisrichtern gewählt waren, bis zu den Schülern, die im Leben sich eine Stellung errungen haben und in treuer Gesinnung an ihrem Meister hängen. Glied an Glied zu einer langen Kette, in ihr die größten Fachmänner und Künstler aller Zeiten, mit denen der Verstorbene in Verbindung stand und in denen ein hoher Geist ununterbrochen fortlebt. Wir haben im Deutschen keine entsprechende Bezeichnung für das Wort „Grandseigneur“, wenn man nicht etwa das Wort „Großherr“ dafür gebrauchen will. Ein Großherr deutscher Kunst und Wissenschaft aber war Josef Durm; wer mit ihm zu tun hatte, „erkannte und fühlte auf-lebhafteste seine Existenz um eine Unendlichkeit erweitert“. Von ihm gilt, was Wieland am Neujahrstag 1776 vom Dichter des Faust sagte:

„So trat er unter uns, herrlich und hehr,
Ein echter Geisterkönig, daher!
Und niemand fragte: wer ist denn der?
Wir fühlten beim ersten Blick, 's war Er!
Wir fühlten's mit allen unsern Sinnen,
Durch alle unsre Adern rinnen.

So feines Gold, ganz innerer Gehalt,
Von fremden Schlacken so ganz gereinigt!
Der, ungedrückt von ihrer Last,
So mächtig alle Natur umfaßt,
So tief in jedes Wesen sich gräbt,
Und doch so innig im Ganzen lebt!“

Dr.-Ing. Albert Hofmann.

Die Vereinheitlichung des Verkehrswesens und die deutsche Reichsverfassung.



n der alten Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 ist im Artikel 4, der den Zuständigkeitskreis des Reiches in Bezug auf Beaufsichtigung und Gesetzgebung regelt, hinsichtlich des Verkehrswesens festgelegt, daß die genannten Befugnisse

des Reiches sich erstrecken auf:

8. Das Eisenbahnwesen und die Herstellung von Land- und Wasserstraßen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs;
9. auf den Flößerei- und Schifffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und den Zu-

stand der letzteren, sowie auf die Fluß- und sonstigen Wasserzölle.

Die Artikel 41—47 umschreiben die Befugnisse des Reiches hinsichtlich des Eisenbahnwesens dann noch näher. Sie beziehen sich zunächst auf den Ausbau des Eisenbahnnetzes. Im Interesse der Landesverteidigung und des gemeinsamen Verkehrs können danach Eisenbahnen kraft eines zu erlassenden besonderen Reichsgesetzes auf Rechnung des Reiches auch gegen den Willen der betreffenden Bundesstaaten gebaut werden. Anschlüsse neuer Eisenbahnlinien müssen geduldet werden, das Widerspruchsrecht gegen die Anlage von Konkurrenz- und Parallelbahnen wird ausgeschaltet. In Artikel 42 wird den Bundesregierungen die Verpflichtung auferlegt, die Eisenbahnen „im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz zu verwalten und zu diesem Behuf auch die neu herzustellenden Bahnen nach einheitlichen Normen anlegen und ausrüsten zu lassen“. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Schaffung übereinstimmender Betriebseinrichtungen, insbesondere gleicher Bahnpolizei-Reglements, die Einhaltung einheitlicher Fahrpläne, Einführung übereinstimmender Betriebsreglements, sowie möglichst gleichmäßiger, niedrig zu haltender Tarife gefordert. Die Erhaltung eines, die nötige Sicherheit gewährleistenden Zustandes der Bahnen und ihre dem Verkehrsbedürfnis entsprechende Ausrüstung mit Betriebsmitteln wird der Aufsicht des Reiches unterworfen.

Dem bayerischen Staat sind jedoch durch Vertrag vom 23. Nov. 1870 so weitgehende Sonderrechte zugebilligt worden, daß dem Reich diesem Bundesstaat gegenüber im Wesentlichen nur noch diejenigen Befugnisse geblieben sind, die auf den Rücksichten auf die Landesverteidigung beruhen. Das Recht, auf dem Weg der Gesetzgebung einheitliche Normen für die Konstruktion und Ausrüstung der Bahnen vorzuschreiben, ist für Bayern ebenfalls beschränkt auf für die Landesverteidigung wichtigen Bahnen.

Abgesehen vom bayerischen Gebiet schien der Weg zu einer durchgreifenden Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens somit durch die Verfassung gegeben. Die Hoffnung Bismarcks, daß aus der Initiative der Bundesstaaten heraus diesem Ziele zugestrebt werden würde, verwirklichte sich aber nicht. Es wurde dann im Jahr 1873 das Reichseisenbahnamt geschaffen als oberste Aufsichtsbehörde über das Eisenbahnwesen, aber auch diese Einrichtung hatte nicht den gewünschten Erfolg. Bei der Beratung der Eisenbahnvorlage im preuß. Abgeordnetenhaus mußte Bismarck am 26. April 1876 erklären:*) „das Reichseisenbahnamt ist eine begutachtende, beratende, bittende Behörde geworden, die sehr viel schreibt und tut, ohne daß ihr Jemand Folge leistet“. (Sein Urteil lautete auch 1878 nicht günstiger, wegen der „richterlichen und sonstigen Funktionen“, die das Amt zu erfüllen hat, möchte er es aber doch nicht missen. Seine Bedeutung ist dann später auch gewachsen, namentlich im Hinblick auf die Landesverteidigung.) Es fehlte eben an der gesetzlichen Handhabe, die erst durch ein Reichseisenbahn-Gesetz hätte geschaffen werden müssen, zu welchem Bismarck wiederholt die Anregung gab und auch Entwürfe ausarbeiten ließ. Am Widerspruch der Bundesstaaten, namentlich Sachsens und auch Preußens scheiterte aber das Zustandekommen eines solchen Gesetzes. Mit der schon erwähnten Eisenbahnvorlage versuchte dann Bismarck einen anderen Weg zu beschreiten, in dem er das preußische Staatsbahnnetz an das Reich verkaufen und damit, zusammen mit den schon in Verwaltung des Reiches stehenden Elsaß-Lothringenschen Bahnen einen erweiterten Grundstock für Reichseisenbahnen schaffen wollte, der seine Anziehungskraft und seinen Einfluß auf weitere Eisenbahn-Unternehmungen ausüben mußte. Bismarck schilderte in der oben angeführten Rede die unhaltbaren Zustände, die damals in Deutschland herrschten mit etwa 63 verschiedenen Eisenbahn-Verwaltungen mit für sich abgegrenzten Gebieten, davon allein 40 in Preußen. „Jede dieser territorialen Herrschaften ist nun mit den mittelalterlichen Rechten des Wegerechtes, des Zoll- und Geleitrechtes und Auflagen auf den Verkehr nach Willkür zu Gunsten ihres Privatsäckels vollständig ausgerüstet, ja selbst mit dem Fehderecht“. Die Vorlage wurde auch in beiden Häusern des preuß. Landtages, wenn auch zum Teil gegen lebhaften Widerspruch im Grunde angenommen, ihrer Durchführung stellten sich aber unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen, da die anderen Bundesstaaten ihre Zustimmung verweigerten. Sie wurde daher fallen gelassen.

*) Vergl. „Fürst Bismarcks gesammelte Reden“.

Vermischtes.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Von der Technischen Hochschule in München wurde auf einstimmigen Antrag der Architekten-Abteilung die Ehrendoktor-

19. April 1919.

Dafür ging nun Bismarck als preußischer Ministerpräsident an die Ordnung der Eisenbahnverhältnisse in Preußen heran. Im Jahr 1878 wurde das Eisenbahnwesen vom Handelsministerium abgetrennt und ein besonderes Eisenbahnministerium geschaffen, an dessen Spitze von Maybach trat, und 1879 setzt die Verstaatlichung des preußischen Privateisenbahnnetzes ein. Die anderen Bundesstaaten folgten, soweit sie nicht überhaupt schon vorangegangen waren oder schon von vornherein Staatsbahnen gebaut hatten, und anstelle der Vielheit der Eisenbahnverwaltungen traten nun einige wenige große Verwaltungen, die aber jetzt ihre Sonderinteressen mit um so größerem Nachdruck verfolgen konnten.

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen bedeutete jedoch auf alle Fälle einen wesentlichen Schritt vorwärts auf dem Weg der Vereinheitlichung. Aber auch sonst kam man durch Verordnungen des Bundesrates diesem Ziel näher. Es sei hier nur erinnert an den Erlaß der „Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen Deutschlands“, der „Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands“, der Signalordnung für die Eisenbahnen Deutschlands“, die „Normen für den Bau und die Ausrüstung der Eisenbahnen Deutschlands“, sowie die Bestimmungen über die Befähigung von Eisenbahn-Betriebsbeamten. Hinsichtlich des großen Durchgangsverkehrs haben auch die Bestimmungen des „Verkehrs deutscher Eisenbahnverwaltungen“ im Sinne der Vereinheitlichung gewirkt und im Fahrplan- und Tarifwesen, hinsichtlich der Ausnützung der Wagen und sonstigen Betriebsmittel haben immer weitergehende Vereinbarungen Fortschritte gebracht. Von dem Endziel, das die Verfassung stellte, der Verwaltung der deutschen Eisenbahnen als ein einheitliches Netz im Interesse des allgemeinen Verkehrs sind wir aber noch weit entfernt geblieben. Die Rücksichten auf das Sonderinteresse sind von den Bundesstaaten vielfach über das allgemeine Reichsinteresse gestellt worden und haben selbst zu Maßnahmen geführt, die zum Einheitsgedanken in schroffem Widerspruch standen. Es sei hier nur an Verkehrs-Umleitungen, Anschluß-Erschwerungen und Ähnliches erinnert.

Bezüglich der Wasserstraßen gibt Artikel 54 die näheren Vorschläge, die sich aber nur auf die Regelung der Schifffahrt, der Schiffsvermessung und dergl., sowie auf die in Seehäfen und auf natürlichen oder künstlichen Wasserstraßen zulässigen Abgaben beziehen. Während auf allen natürlichen Wasserstraßen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden dürfen, sieht das Schiffsahrtsabgaben-Gesetz vom Jahr 1911 eine allgemeine Einführung von Befahrungsabgaben auch auf den verbesserten natürlichen Strömen vor. Die sich daraus ergebenden Einnahmen sollten für weitere neue Aufgaben Verwendung finden und den an ihrer Durchführung beteiligten Bundesstaaten für diesen Zweck in entsprechender Höhe zufließen. Im Uebrigen sollte auch nach diesem Gesetz — das als der freien Entwicklung des Verkehrs abträglich, zunächst scharf bekämpft worden ist, während jetzt wohl die Mehrheit auf dem Standpunkt stehen dürfte, daß nur auf diesem Weg überhaupt die großen Zukunftsaufgaben verwirklicht werden können, entsprechend der bisherigen Gepflogenheit der Ausbau der Schiffsahrtsstraßen und Häfen Landessache bleiben. Die Herstellung des Kaiser Wilhelm-Kanales ist die einzige, namentlich durch die Interessen der Landesverteidigung begründete Ausnahme geblieben. Außerdem hat das Reich die Sicherung der Seeschifffahrt durch Ausbau des Seezeichendienstes und Prüfung der Schiffsführer in die Hand genommen. Hinsichtlich des Wasserstraßenbaues ist das erwähnte Abgabengesetz der erste Schritt zu einer weitergehenden Vereinheitlichung, aber in neuester Zeit erhebt sich immer lauter der Ruf nach Reichshilfe, sowohl für den Ausbau unserer großen Seehäfen wie unserer Binnenwasserstraßen, welche letztere entsprechend der verschiedenen Leistungsfähigkeit der einzelnen Bundesstaaten in sehr ungleichem Umfang und in sehr verschiedener Weise ausgebaut worden sind. Hier ist es gerade der dem Reichseinheitsgedanken so besonders widerstrebende bayerische Staat, der zuerst Reichshilfe angerufen und zunächst für die Planung der Rhein—Main—Donau-Wasserstraße ja auch erhalten hat. Der Weltkrieg hat uns dann klar vor Augen geführt, daß der Mangel einer einheitlichen Organisation unseres Binnenschiffsahrts-Verkehrs uns daran gehindert hat, aus den Wasserstraßen den Nutzen für den allgemeinen Verkehr zu ziehen, den sie selbst in ihrem heutigen Zustand hätten bieten können. —

(Schluß folgt.)

würde verliehen dem Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig, Geheimen Hofrat Hermann Pfeifer in Braunschweig, „dem hervorragenden Kenner der antiken und der Renaissance-

Baukunst, dem begeisterten und erfolgreichen Lehrer der Architektur, dem trefflichen durch Wort und Tat bewährten Baukünstler" und dem Professor am Eidgen. Polytechnikum in Zürich, Dr. phil. h. c. Alfred F. Bluntzschli, Architekt in Zürich, „dem vielseitigen und bahnbrechenden Baukünstler, dem Schöpfer zahlreicher Monumentalbauten, dem hochstehenden und gediegenen Lehrer der Baukunst“. —

Ausstellung einfachen Hausrates im Kunstgewerbe-Museum zu Berlin. Am 17. April 1919 wurde im Lichthof des Kunstgewerbe-Museums zu Berlin eine Ausstellung einfachen Hausrates eröffnet, die auf Anregung des Preussischen Kulturministeriums vom Deutschen Werkbund, Berliner Kunstgewerbe-Museum und von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veranstaltet wurde. Die Ausstellung soll bis Mitte Mai dauern und ist täglich von 10–3 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei. Die Ausstellung darf Interesse beanspruchen, da sie zeigt, wie mit einfachsten Mitteln einem bescheidenen Heim eine freundliche und wohlliche Wärme gegeben werden kann. —

Techniker als Bürgermeister. Die Stadt Rostock in Meckl. schreibt die Stelle eines Bürgermeisters aus. Sie fordert keine bestimmte Vorbildung. Technikern steht also die Bewerbung offen. Die Bewerbung muß bis zum 5. Mai erfolgt sein. Gehalt 15 000 M., nach 3 Jahren 18 000, nach weiteren 3 Jahren 20 000 M. —

Als Direktor der Landesgewerbe-Anstalt in Nürnberg ist bayerischen Blättern zufolge der Professor der Ingenieurwissenschaften an der Technischen Hochschule in München, Karl Hager, berufen worden. Es geht aus den Angaben der Presse nicht hervor, ob Hager der Berufung auch entsprochen hat. Wir haben über die Ausschreibung der Stelle und deren Verhältnisse S. 435, 1918 unserer Zeitung berichtet. Sollte die vorstehende Mitteilung zutreffend sein, so würde das eine Kursänderung in der Tätigkeit der Anstalt und ihren Zielen bedeuten. Denn der erste Direktor war v. Stegmann, ein Kunstgelehrter; der zweite v. Kramer, ein Maler und Architekt. Vielleicht hängt die Kursänderung zusammen mit Plänen, die hinsichtlich der Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der Kunstgewerbeschule bestehen, von welchen auch die Zukunft der reichen kunstgewerblichen und kunstgeschichtlichen Sammlungen der Landesgewerbe-Anstalt beeinflusst werden dürfte. An und für sich wäre eine solche Zusammenlegung der künstlerischen Betriebe nur zu begrüßen und auch für die zukünftige Wirksamkeit der Landesgewerbeanstalt wäre es von Vorteil, ihr Tätigkeitsgebiet nicht zu vielseitig gegliedert und klar umgrenzt zu sehen. —

Ueber die Verwendung des früheren königlichen Schlosses in Berlin wissen Berliner Tagesblätter zu berichten, daß nach Aussonderung des Privat-Eigentumes des Kaisers Wilhelm II. die gewaltige Baumasse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden wird. Die Räume mit künstlerischem und geschichtlichem Charakter sollen unberührt in ihrer Form erhalten werden. Große, saalartige Räume, deren architektonische Ausstattung sich nicht über einen gewissen Grad erhebt, der sie zu Kunstwerken an sich machen würde, sollen für Zwecke von Kunstaussstellungen eingerichtet werden. Alle schmucklosen Räume sollen Verwaltungszwecken dienstbar gemacht und zum Teil der Universität zur Erweiterung ihrer Institute überwiesen werden. Ein anderer Teil könnte für die Erweiterung der Museen, zur Einrichtung besonderer Sammlungs-Abteilungen, Verwendung finden. Damit wäre das Schloß einer Bestimmung zugeführt, die seinem vornehmen Charakter als Bauwerk wohl entsprechen würde. —

Eisenbahnbauten in Baden. Der Badischen Nationalversammlung ist ein 3. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1918/19 zugegangen, in dem die Eisenbahnbauten für die nächsten Jahre enthalten sind. Er enthält

u. a. Anforderungen in Höhe von 918 000 M. für Ergänzungen baulicher Anlagen in der Eisenbahnbetriebsverwaltung, von 500 000 M. als zweite Teilforderung für die Bahn Neckarsteinach-Schönau, von 900 000 M. für die Bahn Linkenheim-Rußheim (bei Karlsruhe), von 400 000 M. zweite Teilforderung für die Bahn Bretten-Kürnbach, von 750 000 M. für die Weiterführung der Bahn von Weißenbach bis zur Landesgrenze (Murgtalbahn), von einer halben Million für die Weiterführung der Renchtalbahn von Oppenau bis Griesbach und von 1 500 000 M. für die Bahn Titisee-St. Blasien (3. Teilforderung).

Für die Beseitigung schienengleicher Wegübergänge und für Verbesserung der Fernsprech- und Streckenblockanlagen werden 1 135 400 M. angefordert. Darunter befindet sich auch ein Betrag von 100 000 M. als 2. Teilforderung für die Verlegung der Odenwaldbahn beim Heidelberger Karlsruher. Weiter enthält der Nachtrag eine Anforderung von 4 685 550 M. für Um- und Neubauten von Stationen, eine Anforderung von 300 000 M. zur Erstellung eines Ueberholungsgleises Boxberg-Wölchingen und eine Anforderung von 1 615 000 M. für verschiedene Veränderungen.

Für die Beschaffung von Kraftwagen und die erste Einrichtung der staatlichen Kraftwagenlinien findet sich in dem neuesten Nachtrag eine vierte Teilforderung von 1 100 000 M. Ferner werden angefordert 500 500 M. für die Beseitigung eines schienenebenen Ueberganges im Bahnhof Weinheim.

Die Gesamtforderungen im 3. Nachtrag belaufen sich für die badischen Staatseisenbahnen auf 13 226 900 M. und einschl. dieser Summe und der Anforderungen für die Kraftwagenlinien und der eben gen. Verbesserungen im Bahnhof Weinheim auf 14 927 400 M. Diesen Ausgaben steht eine Einnahmesumme aus den Zuschüssen des Reiches, der Behörden und Gemeinden zu den baulichen Herstellungen in Höhe von 277 000 M. gegenüber. Die Mehrausgabe beziffert sich somit auf 14 550 400 M. —

Wettbewerbe.

In einem engeren Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Ehrenfriedhof der Israelitischen Religions-gemeinde zu Leipzig erhielt den Preis Hr. Architekt Wilhelm Haller in Leipzig. —

Ein engerer Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Heldenfriedhof in Weinheim an der Berg-Strasse ist von der Stadtverwaltung für Bewerber aus Weinheim ausgeschrieben worden. —

Chronik.

Eine Kleinwohnungs-Siedlung in Heidenheim in Württemberg ist durch die Gemeindebehörden beschlossen und hierzu eine Summe von 300 000 M. bewilligt worden. Hierzu treten noch die Beihilfen von Reich und Land, sowie der Verteuerungs-Zuschuß der Stadt. Der Entwurf stammt von dem Architekten Werner, die Bauleitung wird Stadtmstr. Beutler haben. —

Eine landwirtschaftliche Siedlung im Reichswald bei Nürnberg soll auf Betreiben des neu gegründeten „Vereins für landwirtschaftliche Siedlungen“ errichtet werden. Es sollen in diesem Jahr 500 Doppelhäuser mit 1000 Siedlerwohnungen, im nächsten Jahr ebenso viele Häuser erbaut werden. Zu jeder Siedlerwohnung werden 10 Tagwerk Grund für landwirtschaftliche Zwecke gehören. Den Grund und Boden wird der Staat zur Verfügung stellen. —

Die Umgestaltung der Karmeliter-Kirche in Frankfurt a. M. zu einem Ausstellungs-Gebäude ist durch den Rat für künstlerische Angelegenheiten angeregt worden: Die Kirche dient zurzeit zur Aufbewahrung der Theater-Requisiten, ist aber bereits von der Stadtverwaltung zum Teil als Museum für Gipsabgüsse in Aussicht genommen. —

Inhalt: Josef Durm †. — Die Vereinheitlichung des Verkehrswesens und die deutsche Reichsverfassung. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. — Richard Wolffenstein †. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Richard Wolffenstein †.

Am Abend des 13. April 1919 ist in Berlin im Alter von bald 73 Jahren, nur wenige Tage nach dem Hinscheiden seines mit ihm in lebenslänglicher erfolgreicher Arbeit verbundenen Weggenossen Wilhelm Cremer, der Architekt Geheimer Baurat Richard Wolffenstein nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen. Durch seinen Heimgang ist die deutsche Architektenschaft, im engeren Sinn der Kreis der Baukünstler Groß-Berlins, um ein ausgeprägtes, leuchtendes Charakterbild ärmer. So wie er bis in die letzten Tage ganz der Kunst lebte, die er im Herzen trug als eine innerliche Segenspenderin und Beglückerin gegenüber der Not der Zeit, so war er auch als Mann voll treuer Hingabe an alle, die in seinen Lebenskreis traten. Ein seltener Mensch ist mit ihm dahin gegangen. Sein Andenken wird als ein gesegnetes stets in uns fortleben! —



JERICHOW IN DER ALTMARK

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 33. BERLIN, DEN 23. APRIL 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Kleinhausbau und Baustoff-Knappheit.

Vorschlag zur Errichtung des Kleinhauses in zwei Bauabschnitten. Von Architekt Jos. Koneft in Hannover.

(Hierzu die Abbildungen S. 175.)

Für die Lösung einer der bedeutendsten und größten sozialen Aufgaben der Gegenwart — die Beseitigung der Wohnungsnot durch den Kleinhausbau — ist in Wort und Bild bereits eine gewaltige geistige Arbeit geleistet. Nicht gleichen Schritt hiermit hat die praktische Arbeit gehalten, denn selbst in Städten und Industriezentren, wo die Wohnungsnot sich katastrophal zu gestalten droht, ist von einer praktischen Ausführung so gut wie nichts zu merken.

Diese völlige Untätigkeit auf dem so brennenden Gebiet ist außer auf die allgemeine unsichere politische und wirtschaftliche Lage in erster Linie auf die ungeheure Baustoff-Knappheit, ja man kann fast sagen, Baustofflosigkeit, zurück zu führen. Auch der Herstellung und Beschaffung der in gewaltigen Mengen nötigen Rohbaustoffe sowie einzelner Bauefügeteile stehen ebenfalls große Schwierigkeiten gegenüber, sowohl infolge Mangels an erforderlichen Grundstoffen, als auch Fehlen der zu ihrer Verarbeitung nötigen Kohle.

Eine Verminderung dieser Schwierigkeiten streben die bereits zahlreichen mehr oder minder praktischen Vorschläge für sparsame Bauweisen an. Letztere versuchen sowohl durch neue Ausführungs-Methoden eine möglichst Ersparnis der bisher verwendeten Baustoffe zu erzielen, als auch ganz neue oder bisher wenig gebrauchte Stoffe zu verwenden.

Bei dem ungeheuren Bedarf an Wohngelegenheiten im ganzen deutschen Reich werden trotz aller Sparbauweisen die vorhandenen Baustoffe bei weitem nicht hinreichen, um das Wohnungsbedürfnis durch Massenherstellung des Kleinhauses auch nur annähernd befriedigen zu können. Es muß daher zu einer viel radikaleren Sparsamkeit in Bezug auf Verwendung der Baustoffe geschritten werden. Die einzige und größte Möglichkeit hierzu bietet die Ausführung des Kleinhauses in zwei Bauabschnitten.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß gegenwärtig etwa 50 % aller Wohnung-Suchenden oder Wohnungslosen aus jungen Haushalten bestehen, die während der Kriegszeit gegründet, oder jetzt, nach Beendigung des Krieges, gebildet werden sollen. Dieser Haushalt, der vorläufig die kleinste Zahl (2 Personen) darstellt, kommt auch in den ersten Jahren mit der bescheidensten Wohnung, bestehend aus Wohnküche und Schlafzimmer aus, ganz abgesehen davon, daß bei vielen jungen Haushalten die Möbelbeschaffung für weitere Zimmer zu den gegenwärtig hohen Preisen kaum in Frage kommt. Schon aus diesem Grund würde es eine Verschwendung von Geld und Baustoffen bedeuten, wenn man auch für diese kleinsten Haushalte gleich fertige Kleinhäuser mit 4—6 Räumen herstellen würde, die zum Teil leer und unbenutzt stehen würden. Mit dem Wachstum der Familie kann dann später die Vergrößerung des Hauses erfolgen und zwar unter günstigeren Bedingungen als in der gegenwärtigen Zeit.

Die Ersparnisse, die aus dieser Bau-Teilung erwachsen, sind in jeder Hinsicht ganz bedeutend. Nicht nur die Baustoffe als auch die zu ihrer Verarbeitung erforderliche Kohle sowie eine geringere Inanspruchnahme der Transportmittel kommen hier in Betracht, sondern auch eine erhebliche Ersparnis der durch den Staat und die Gemeinden zu leistenden Teuerungs-Zuschüsse. Alle diese Vorteile zusammen ermöglichen eine viel ausgedehntere und erfolgreichere Inangriffnahme von Wohnungsbauten. Genügt doch für den ersten Bauabschnitt eine bebaute Fläche von 28^{qm} oder rund 85^{cbm} umbauten Raumes. (Siehe Grundriß.) Dieses bedeutet, daß man vorläufig mit einem Drittel Kubikraum auskommt, wodurch eine Ersparnis von zwei Dritteln an Baustoffen, Kohlen, Transportmitteln, Arbeitskraft und Teuerungs-Zuschüssen erzielt wird. Mit diesen Ersparnissen lassen sich also zur gleichen Zeit zweimal soviel Wohngelegenheiten schaffen, als bei der Herstellung des fertigen Kleinhauses in einem Bauabschnitt. Dieser offensichtliche Vorteil sollte unbedingt ausgenutzt werden. Der Hauptwiderstand, der gegen diese Ausführungsart sich bilden könnte, sind wohl die „künstlerischen Bedenken“. Wir haben aber durch den Krieg so viele Ideale preisgegeben und so viele Vorurteile abgestreift, daß wir auch hier, wenn auch schmerzlich, über alle ästhetischen Bedenken, im Interesse des Volkswohles hinweg schreiten müssen. Durch diesen Vorschlag wird aber nicht mal eine ästhetische Todsünde begangen, sondern nur eine kleine Sünde, die schnell und leicht durch die Errichtung des zweiten Bauabschnittes Vergebung findet.

Der Nachteil, den alle mit einfachen Mitteln errichteten Notbauten (Baracken usw.) haben, daß sie in den meisten Fällen noch lange Jahre bestehen bleiben und einer Siedelung auch nicht gerade zur Zierde gereichen, fällt hier fort. Die Ausführung des zweiten Bauabschnittes wird bei den meisten Häusern schon in den nächsten Jahren, sobald es die Verhältnisse zulassen, geschehen. Der Trieb, ein fertiges Eigenheim zu erhalten, bietet wohl die beste Gewähr dafür, und nicht nur die Siedelungs-Gesellschaften und Bau-genossenschaften, sondern auch die einzelnen Bewohner werden bestrebt sein, ihr Werk vollendet zu sehen. Es liegt sogar ein gewisser künstlerischer Vorteil in dieser Ausführungsart, indem das spätere Bild der fertigen Siedelung ein besseres Gepräge erhalten kann, als die bei der jetzigen Teuerung aufs Allerbescheidenste errichteten fertigen Bauten, da die Ausführung des Hauptbauteiles in eine Zeit fällt, in der wieder normalere Verhältnisse eingetreten sind und dadurch auch wieder mehr Mittel für die äußere und innere Gestaltung zur Verfügung stehen.

Nun sei hier noch etwas über die Möglichkeit der Ausführung in zwei Bauabschnitten gesagt. Es handelt sich nicht um eine wagrechte Teilung des Baues, also der Herstellung des Erdgeschosses mit Abdeckung durch Notdach. Hierdurch würden die Bewohner gezwungen, bei der zweiten Bauausführung die Wohnung zu räumen, was für sie

große Kosten und auch Schwierigkeiten durch Beschaffung einer anderen Wohnung bereiten würde. Es kommt vielmehr nur eine senkrechte Teilung in Frage. Für diese Art gibt es wieder zwei Lösungen: entweder durch hinteren oder durch seitlichen Anbau. In diesem Anbau, in welchem später mit leichten Aenderungen die Nebenräume untergebracht werden, werden vorläufig die erforderliche Wohnküche und das Schlafzimmer eingerichtet. In beiden Fällen bleibt dieser Anbau während der Ausführung des zweiten Bauteiles unberührt. Der Wohnungsinhaber kann also ungestört wohnen bleiben und seinen inzwischen schon gut angelegten Garten weiter bestellen. Der Zugang würde dann während der zweiten Bauzeit vom Wirtschaftsweg durch den Garten erfolgen.

Zum Schluß sei nochmals der große Vorteil hervorgehoben, der für die zu Anfang erwähnten 50 % Kleinshaushalte, für die diese Bauteilung Anwendung finden kann,

daraus erwächst, wenn man mit der gleichen Menge Baustoffe und der gleichen Bausumme statt einer Familie drei Familien eine vorläufige Wohngelegenheit schaffen kann. Für die übrigen 50 % müssen selbstverständlich gleich fertige Kleinhäuser errichtet werden, denn eine vielköpfige Familie kann nicht in Stube und Küche untergebracht werden. Auch für die allerbescheidensten Kleinhäuser ist diese Ausführungsart wohl nicht recht angebracht, denn es würden die späteren Nebenräume zu aufwendig sein im Verhältnis zum Haus. Es kommt diese Bauteilung also in erster Linie für das mittlere Kleinhaus in Frage. Gerade ist aus den Schichten dieser Bewohner sich bildenden jungen Haushalte würden es dankbar begrüßen, wenn sie, wenn auch zunächst unter bescheidenen Umständen, ihr eigenes Heim auf freier Scholle gründen und gleich den ganzen Vorteil des eigenen Gartens zu ihrem und der Gesamtheit Nutzen wahrnehmen können. —

Kritische Bemerkungen zu der Bundesrats-Verordnung über Baukosten-Zuschüsse.

Von A. Stürzenacker in Karlsruhe.

Hnde des vergangenen Jahres ist die Bundesrats-Verordnung für die Gewährung von Baukosten-Zuschüssen aus Reichsmitteln erschienen, die deutsche Nationalversammlung hat als erste Rate 300 Mill. M. zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt, Staat und Gemeinden werden zusammen gleich hohe Zuschüsse geben müssen, damit die gute Absicht Wirklichkeit wird und Lebenskraft erhält. Ob und wie sich das Mittel als Anreiz zum Bauen bewährt, steht einstweilen dahin, auf alle Fälle konnte bis jetzt ein Besseres, das zum gleichen Ziel führt, nicht vorgeschlagen werden, wenn man von anderen Wegen der Behandlung, aber mit dem gleichen Endziel, absieht. Einer dieser ist in der höchst geistreichen Schrift des Mannheimer Oberbürgermeisters Kützer zum Ausdruck gekommen, der anstelle des einmaligen Zuschusses jährliche Mietzuschüsse treten lassen will, die zweifellos den Vorteil besserer Anpassungsfähigkeit an die Verhältnisse der einzelnen Jahre hätten, aber im Ganzen eben doch auch einen Geldzuschuß, allerdings verteilt auf eine Reihe von Jahren, darstellen. Groß ist einstweilen schon die Nachfrage nach Art, Höhe und Zeit der Zuschüsse, verhältnismäßig gering wird demgegenüber vorerst noch die Bautätigkeit sein, da sie ja nicht allein von diesem Geldfaktor abhängig ist. Das Chaos der Verhältnisse muß sich klären, zu Reich und Staat müssen die Baulustigen volles Vertrauen haben, daß sie auch in der Lage sind, gegebene Geldverpflichtungen einzulösen; die künftige Entwicklung der Industrie in der Stadt und auf dem Lande muß klarer erkennbar sein als heute, auch die Frage der Vergesellschaftung von Betrieben muß bis zu einem gewissen Grad beantwortet sein. Blühende Industrie in Großstädten hatte meist wenig erträgliche oder schlechte Wohnungsverhältnisse zur Folge, schlechte Industrie bessere, auch gute; die Baustoffnot muß behoben und die Transportverhältnisse müssen erträglicher werden.

Die Bundesrats-Verordnung schlägt zwei Wege vor, nach welchen die Baukosten-Zuschüsse errechnet und gegeben werden können, entweder

a) nach dem Unterschied zwischen dem tatsächlichen Herstellungspreis und dem Bauaufwand für einen Neubau gleicher Art und Beschaffenheit nach Eintritt dauernder Verhältnisse, oder

b) nach dem Unterschied zwischen dem tatsächlichen Herstellungspreis und dem dauernden Ertragswert, der sich durch Kapitalisierung der für gleichartige Wohnungen in der betreffenden Gemeinde voraussichtlich zu erzielenden Mieten ergibt.

Auf den ersten Blick ist man versucht, sowohl den einen wie den anderen Weg für gangbar zu halten und man wird im Allgemeinen auch voraussetzen berechtigt sein, daß beide Wege zu annähernd gleichen Zielen, Ergebnissen und Zahlen führen. Das ist indessen keineswegs der Fall, es ergeben sich, oder besser, können sich je nach Lage des Falles Geldunterschiede ergeben, die bei einem Siedelungs-Unternehmen, das heute etwa 1 300 000 M. kostet, nicht in die Tausende, sondern in die Hunderttausende gehen. Das war zweifellos nicht der Wille des Gesetzgebers, der Verlauf des Weges ist wohl für die beiden Fälle im Einzelnen nicht klar erkannt und die Wege, die, so lange noch die Hoffnung auf ein günstiges Kriegs-Ende bestand, wenigstens noch annähernd den gleichen Weglauf zeigten, sind durch das Kriegs-Ende, das mit seinen Folgen alle wirtschaftlichen Verhältnisse aus den festen Bahnen warf, in ihrem Verlauf und auch in ihrem Ende weit auseinander getrieben worden.

Ich will nicht mit langen Berechnungen aufhalten, nur

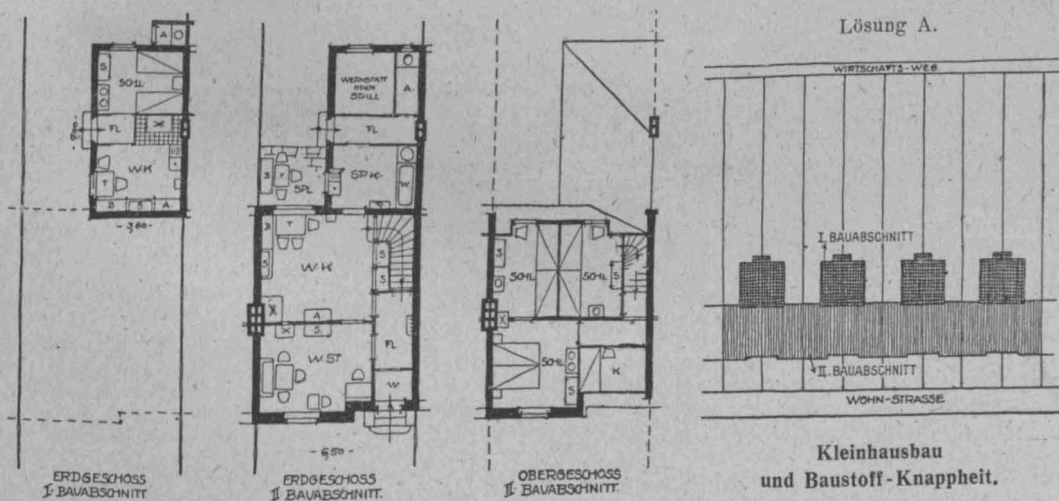
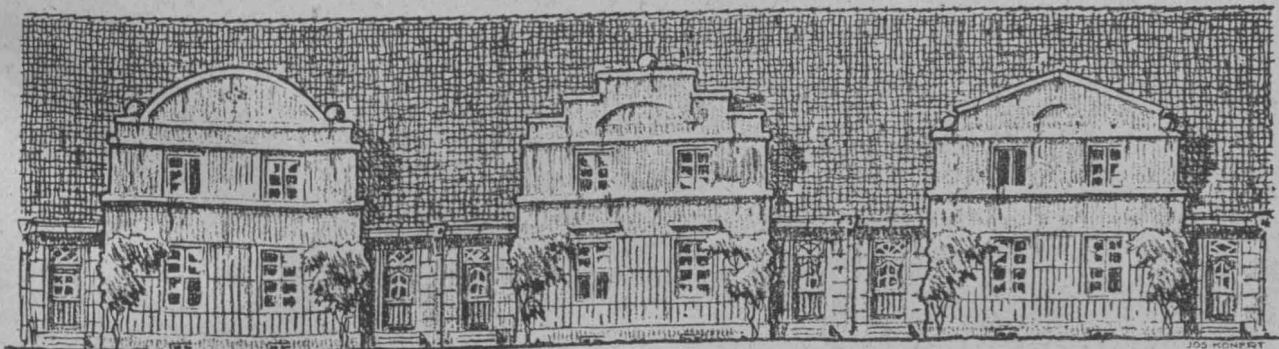
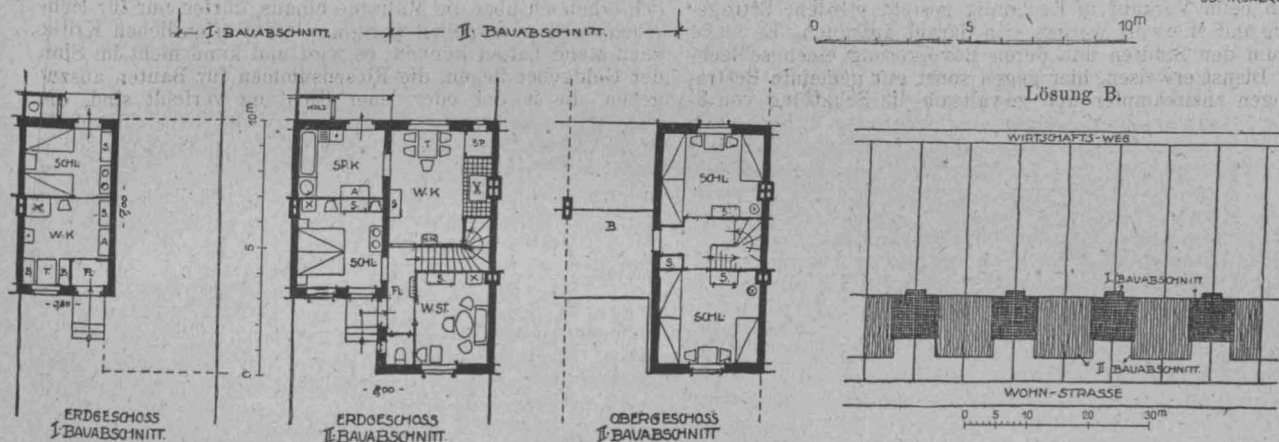
durch Zahlen beweisen. Stellen sich die Kosten eines größeren Siedelungs-Unternehmens heute auf 1 300 000 M., hätten sie im Frieden, 1914 500 000 M. ausgemacht, und nimmt man an, daß vielleicht nach 6 Jahren von heute ab gerechnet, wieder feste Verhältnisse auf dem Gebiet des Baustoffmarktes und der Lohnverhältnisse eingetreten sind, und daß dann die Kosten der Siedelung sich auf etwa 800 000 M., also auf 60 % mehr wie im Jahre 1914 stellen, so beträgt nach der Berechnungsgrundlage a) der Geldzuschuß von Reich, Staat und Gemeinden zusammen 500 000 Mark; er ist der Unterschied zwischen 1 300 000 und 800 000 Mark. Hält man sich indessen aus irgend einem Grunde, und die Wahl ist ja zunächst den Bundesstaaten, von diesen dann vielleicht den Gemeinden, vielleicht sogar dem Baulustigen selbst, überlassen, an die Berechnungsart b), so kommt man zu einem ganz anderen Ergebnis. Hätte das Unternehmen im Friedensjahr 1914 500 000 M. gekostet, so wäre die Gesamtrente oder das Gesamtmietertragnis unter Annahme von 6 % = 30 000 M. gewesen; die veränderten Verhältnisse berechnen, je nach Lage des Falles aber, heute zu einem Zuschlag von 10, 15 ausnahmsweise auch 20 %, die Gesamtrente oder das Gesamtmietertragnis darf darum heute 30 000 M. zuzüglich 15 %, also zusammen 34 500 Mark betragen. Die Verhältnisse der Gegenwart und der Blick in die Zukunft berechtigen und verpflichten weiter dazu, aus dem in das Haus gesteckten Kapital nicht mehr 6 %, sondern 7 ½ % zu ziehen; die kapitalisierte Rente oder, wie die Bundesrats-Verordnung sagt, der Ertragswert stellt sich somit auf 34 500 M. mal 13,3 = 458 850 M. oder rund 460 000 M.; der Bauzuschuß, den Reich, Staat und Gemeinde schenken, ist somit in diesem Fall gleich dem Unterschied zwischen 1 300 000 M. und 460 000 M., also 840 000 M., d. i. um rd. 340 000 M. höher als nach der Berechnungs-Grundlage a). Das läßt sich zweifellos vom Standpunkt des Bauherrn aus betrachtet hören; welche finanziellen, wirtschaftlichen und moralischen Folgen aber solche Ergebnisse für den einzelnen Geldgeber, auch Bauherrn, haben können, wenn, wie die Bundesrats-Verordnung das sagt, „die Zentralbehörde“ nicht in bestimmter Weise den einen oder den allein möglichen zweiten Weg vorschlägt, liegt auf der Hand.

Daraus ergibt sich: die beiden Berechnungsarten gingen schon zu einer Zeit, in der ein anderer Kriegsausgang erwartet wurde, in ihren Grundlagen auseinander, denn sie stellten verschiedenartige Dinge gegenüber und rechneten teilweise mit Faktoren, die weder damals noch heute ein Sachverständiger, sei es auch der beste, zu bewerten vermag; bei einem auch in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht günstigen Kriegs-Ende konnten die Ergebnisse der beiden Berechnungsarten allenfalls noch annähernd beisammen liegen; heute, wo das Kriegs-Ende die Verhältnisse von Grund aus verschoben hat, müssen aber die beiden Berechnungsarten zu Ergebnissen führen, die zahlenmäßig so weit auseinander liegen, daß die Berechtigung beider Berechnungsarten nebeneinander verneint werden muß; die Berechnungs-Grundlage a) muß in Zukunft völlig ausscheiden, sie muß schon deshalb ausscheiden, weil sie mit einer Uebersteuerung in der Zukunft in bestimmtem Maß rechnet, die zu beurteilen oder gar zahlenmäßig darzustellen auch der beste Kenner der Verhältnisse, auch der weitestblickende Mensch nicht in der Lage ist.

An verschiedenen amtlichen Stellen — die Bundesrats-Verordnung spricht nicht ausdrücklich davon — ist bisher erklärt worden, daß die Vergünstigung der Bauzuschüsse den Werkwohnungen, d. i. solchen, die von der Industrie oder den Werken für die eigenen Arbeiter gebaut werden, nicht zugute kommen soll, vermutlich darum, weil die Industrie zwar nicht durchweg, aber doch vielfach während des

Krieges goldene Tage hatte, auch weil die Erstellung solcher Wohnungen im eigensten Interesse des Werkes liege und die Bewohner solcher Häuser in ein Abhängigkeits-Verhältnis zum Werk treten, das der persönlichen Freiheit des Menschen zuwider ist. Auch darin hat das nichtgeahnte Ende des Krieges gründlichen Wandel geschaffen, weil die Industrie durch Lohnforderungen und Kriegsabgaben, auch

erringen und zu wahren wissen. Letzten Endes vergesse man noch Eines nicht: Wer leidet heute am meisten unter den unglücklichen und ungesunden Wohnungsverhältnissen? Doch zweifellos in der Mehrzahl Diejenigen, welche in großen Betrieben der Industrie arbeiten müssen und darum gezwungen sind, entweder auf dem Lande zu wohnen und schon mit Tagesgrauen aufzustehen, oder aber in der Groß



Kleinhausbau
und Baustoff-Knappheit.

stadt in kleinen ungesunden Wohnungen, in denen weder Eltern noch Kinder einen Genuß vom Leben, eine Freude am Grünen oder Sonnenlicht haben. Da ist es doch wirklich besser, gut gemeinte Bestrebungen, die von Werken ausgehen, zu unterstützen und die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse da anzufassen, wo es eben geht und wo die Bereitwilligkeit mitzuarbeiten vorhanden ist.

die weltwirtschaftliche Lage auf lange Jahre hinaus schwer belastet ist und weil sie heute stärker als je um ihr Dasein ringen muß; auch der Standpunkt der ursprünglichen Freiheit des Einzelnen und die Abhängigkeit des Bewohners oder der Familie von dem Machtwillen des Werkes und das Gefühl, als Unfreier mit diesem verbunden zu sein, hat unter den neuen Verhältnissen keine Geltung mehr, denn die Neuzeit wird ihre Freiheit auch auf diesem Gebiet zu

Der Endzweck ist doch, den Menschen menschenwürdige Wohnungen zu geben; tut dieses aber da oder dort das Werk nicht, so bleiben ungesunde Verhältnisse nach wie vor, denn die Sicherheit, daß in allen diesen Fällen ein Anderer, vielleicht die Gemeinde oder eine gemeinnützige Vereinigung, eingreift, ist nicht immer gegeben.

Nach einer neuerdings in der Nationalversammlung gegebenen Anregung eines Vertreters der Reichsregierung sol-

len die Baukosten-Zuschüsse ausschließlich oder doch, in milderer Form ausgedrückt, in der Regel nur Flachbauten zugute kommen. Das wäre zu bedauern; denn die Not, die brennende Wohnungsnot ist in den Städten, weniger aber auf dem flachen Land vorhanden und läßt sich nicht auf dem Weg des Flachbaues allein befriedigen. Gemeinnützige Bauvereinigungen, Baugenossenschaften, Mieter- und Bauvereine und die Gemeinden selbst haben zum Segen des Volkes seit Jahren ihre Tätigkeit inmitten und auch am Rande der Städte entwickelt, wo das Baugelände nach Lage und Preis für ihre Bestrebungen günstig lag, aber doch häufig so hoch im Preis stand, daß der Flachbau ausgeschlossen war. Das wird auch in der nächsten Zukunft nicht anders werden, daran wird auch die Vereinfachung des Entzignungs-Verfahrens Wesentliches kaum ändern können, noch können es die Bestrebungen, den Kleinhausbau nach Möglichkeit zu verbilligen, noch kann es die Reform des Erbbaurechtes. Der Boden steht eben mit einem bestimmten Geldwert seinem Besitzer zu Buch und muß mit diesem auch beim Verkauf in Rechnung gestellt werden; Ertragswert und Mietwert werden sich darauf aufbauen. Es hieße darum den Städten und deren Bevölkerung einen schlechten Dienst erweisen, hier gegen sonst gut gemeinte Bestrebungen anzukämpfen und gewaltsam die Schaffung von 3- oder 3½-geschossigen Häusern verhindern zu wollen; denn nichts Anderes bedeutet die Entziehung des Bauzuschusses an solcher Stelle, als ein ausdrückliches Bauverbot, da ja ein anderer Träger der Ueberteuerung für die nächsten Jahre überhaupt nicht in Betracht kommen kann. Was sollen unter diesen Umständen die unter dem 10. Februar 1919 auf Anregung des Beirates für Städtebau durch den preuß. Staatskommissar für das Wohnungswesen bekannt gegebenen baupolizeilichen Erleichterungen für „Mittelhäuser“ sagen, wenn die Häuser selbst tatsächlich nicht gebaut werden können, da ihnen in absehbarer Zeit eine der Höhe der Baukosten entsprechende Rente unter keinen Umständen gesichert ist? Auf der einen Seite also Förderung, auf der anderen Seite Hemmung. Darum hinweg mit dieser aus wohlgemeinten aber rein theoretischen Erwägungen heraus entstandenen Bestimmung, die in der großen Stadt unter allen Umständen wohnungshemmend wirken muß und Gewähren der Baukosten-Ueberteuerung auch den mehrgeschossigen Bauten, wenn diese nach Lage und Art der Ausführung das Wohnungselend der Großstadt in sachgemäßer und einwandfreier Weise mit zu bekämpfen bestimmt sind. Das Hauptziel muß, es sei immer wieder betont, Förderung einer gesunden Wohnungserzeugung sein, wenn irgend möglich selbstverständlich auf der Grundlage des Flachbaues, wo dieser Weg aber nicht gangbar ist,

auch in Form des mehrgeschossigen Hochbaues. Man gebe sich keinen Täuschungen über den Erfolg des Verbotes des mehrgeschossigen Hauses auf diesem Wege hin; es bedeutet dieser Weg nicht unter allen Umständen das automatische Abwandern von Bevölkerungsteilen aus der Großstadt, mit Sicherheit dagegen die Verschlimmerung der gesundheitlichen und sozialen Schäden daselbst und damit die Stärkung des Unwillens der Bevölkerung, die dann mit einer Zwangslage vorlieb nehmen muß und unter wenig günstigen Verhältnissen zusammengedrängt weiter dahin lebt.

Der Bundesrats-Verordnung wohnt neben der wirtschaftlich stärkenden Kraft auch die kulturell hebende inne, die vielleicht von den Meisten in ihr überhaupt nicht erkannt wird. Die Grundstimmung der Verordnung ist zweifellos die, daß nur solche Bauvorhaben an den großen Geldgeschenken teilnehmen sollen, welche ihrer auch voll würdig sind, und die darum die Sicherheit einer zeitgemäßen einwandfreien Ausführung verbürgen. Geldgeschenke, die, wie hier, nicht nur in die Millionen gehen, sondern vermutlich erheblich über die Milliarde hinaus, dürfen nur für Menschenwerke ausgegeben werden, die der öffentlichen Kritik auch stand halten können; es wird und kann nicht im Sinn der Geldgeber liegen, die Riesensummen für Bauten auszugeben, die in der oder jener Richtung verfehlt sind, die eine unzweckmäßige und unwirtschaftliche Grundriß-Anlage haben, die ein Aeußeres zeigen, das weder dem Zeitgeist noch der Forderung größtmöglicher Sparsamkeit entspricht, das entstellend, abstoßend oder unerzieherisch wirkt. Die Versuchung nach Ueppigkeit an der oder jener Stelle unter dem Kampfruf „Das Reich bezahlt es ja doch“ liegt nahe. Die Bundesrats-Verordnung spricht es nicht aus, aber es ist deren Geist, daß nur Würdiges bedacht werden soll; sie muß und darf auch unter diesem Gesichtspunkt weitherzig gehandhabt werden. Der Ruf „Schönheit kommt heute erst an letzter Stelle, wichtigere Dinge gehen voran“ kann heute nur von Dem kommen, der die Verhältnisse mehr als trostlos ansieht und der glaubt, daß schöne heitliche Regungen überhaupt nicht mehr zeitgemäß sind. Er übersieht aber, daß wir nicht nur für uns, sondern auch für die Zukunft handeln, und daß unsere Werke auch dem Urteil der Kommenden ausgesetzt sein werden, die sie nicht unter dem Gesichtspunkt des unglücklichen Endes des Krieges allein betrachten, sondern auch unter jenem des Zeit- und Schönheitsgeistes, der uns beseelte. Wenn Schönheitsgeist und Schönheitsdrang nicht völlig untergehen sollen, so würde eine spätere Zeit nicht verstehen, daß Reich, Staat und Gemeinden ungezählte Mittel auf der einen Seite ausgegeben haben, ohne auch dauernd gute Kulturwerte auf der anderen Seite zu fordern. —

Vermischtes.

Baukostenzuschüsse für Wohnungsbauten in Sachsen.

Das sächsische Ministerium des Inneren (Landeswohnungsamt) erläßt folgende Verordnung:

„Die Anträge auf Baukostenzuschüsse nehmen in letzter Zeit außerordentlich an Zahl zu. So erfreulich das an sich insofern ist, als darin die Vorzeichen für eine wiederbegin nende Bautätigkeit zu erblicken sind, so stellen doch diese Anträge bei der bedeutenden Höhe der gegenwärtigen Baukosten ganz außerordentliche Anforderungen an die Mittel des Staates. Da die Zuschüsse im Wesentlichen ohne Gegenleistung gewährt werden, so scheint es gerechtfertigt, dahin zu wirken, daß mit Hilfe dieser Aufwendungen auch nach Möglichkeit Verbesserungen im Wohnungswesen erzielt werden.“

Als solche Verbesserungen hat das Ministerium des Inneren — Landeswohnungsamt — die Auflockerung der Wohndichte, insbesondere durch Flachbau, die Bereitstellung genügenden Gartenlandes für jede Familienwohnung, einwandfreie Grundrißgestaltung und Aufnahme gesundheitlicher Fortschritte, wie Badeeinrichtungen, zu bezeichnen. Für die Bevorzugung des Flachbaues spricht überdies noch der außerordentliche Baustoffmangel, der zur sparsamen Bewirtschaftung der Baustoffe und zur Anwendung von Ersatzbauweisen (Zementhohlblockbau, Lehmstampfbau, Holzbau) nötigt, was nur bei Bauten mit wenig Geschossen zugänglich ist.

Das Ministerium des Inneren wird also bei Bewilligung von Baukostenzuschüssen künftig solche Gesuche in erster Linie berücksichtigen, die den erwähnten Verbesserungen Rechnung tragen. Für den Bau von vielgeschossigen Häusern mit einer großen Zahl von Wohnungen — Mietkasernen — wird dagegen nur unter besonderen Umständen noch auf Zuschüsse zu rechnen sein, vor allem etwa dann, wenn infolge Bereitstehens von Baustoffen auf besonders schnelle Fertigstellung des Bauwerkes gerechnet werden kann, ein Umstand, der auch in anderen Fällen zur bevorzugten Berücksichtigung der Zuschußgesuche beitragen wird.

Bei weiterem Ansteigen der Anträge würde sich das Ministerium des Inneren insbesondere auch genötigt sehen, solche Bewilligungen von Zuschüssen zu widerrufen, die nicht zu alsbaldigem wirklichen Beginn des Baues und flotter Vollendung führen, damit die verfügbaren Staatsmittel auch tatsächlich zu beschleunigter Behebung der Wohnungsnot Anwendung finden.“ —

Chronik.

Erweiterung des Goethe-Museums in Frankfurt am Main. Das nördlich vom Goethe-Haus am Hirschgraben in Frankfurt am Main gelegene Haus No. 25 soll an das Goethe-Museum angeschlossen werden und nach erfolgtem Umbau den Neuerwerbungen dienen, die der „Verein für das Goethe-Museum“ in Frankfurt zum Zwecke der Förderung der Goethe-Kultur und der inneren Sammlung im erweiterten Umfang machen will. In dieser Erweiterung soll das Museum Goethe und seiner Zeit dienen. —

Kleinwohnungen in Würzburg. Der Magistrat in Würzburg beschloß die Erbauung von 250 Kleinwohnungen mit einem Aufwand von rd. 2,4 Mill. M. —

Possehl-Stiftung in Lübeck. Der verstorbene Senator Possehl in Lübeck hat letztwillig zum Universalerben seines Riesenvermögens mit Ausnahme von 10 Mill. M., die für die Gattin, Familienangehörige und Mitarbeiter seiner Werke bestimmt sind, eine Possehl-Stiftung eingesetzt. Die Stiftung soll dazu beitragen, das alte Ansehen der Stadt Lübeck im deutschen Vaterlande zu festigen und zu erhöhen. Ferner soll sie dazu dienen, Handel, Schiffahrt, Industrie und Gewerbe Lübecks zu heben, ihnen tüchtige Kräfte zuzuführen und ihnen neue Bahnen zu eröffnen. Sie soll verwendet werden, das schöne Bild der Stadt zu erhalten und auszubreiten, die Volkswohlfahrt zu heben, insbesondere Sorge, Kummer und Not, die der Weltkrieg hervorgerufen hat, zu lindern und zu mildern, sie soll mithelfen, im deutschen Geiste alles Schöne und Gute in Lübeck zu fördern. —

Inhalt: Kleinhausbau und Baustoff-Knappheit. — Kritische Bemerkungen zu der Bundesrats-Verordnung über Baukosten-Zuschüsse. — Vermischtes. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 34. BERLIN, DEN 26. APRIL 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Sacchettis Pläne für die Umgestaltung der Umgebung des Madrider Schlosses.

Veröffentlicht von Regierungsbaumeister O. Jürgens in Altona in den „Mitteilungen aus Spanien“. Hierzu die Abbildung S. 179.

In der Geschichte des Barockstiles in Spanien bedeutete der Dynastie-Wechsel im Jahre 1700, in dem Phi-

lipp von Anjou aus dem Hause Bourbon den Thron bestieg, einen Wendepunkt. Aufgewachsen an dem leichtlebigen Hof Ludwigs XIV., seit 1714 vermählt mit Elisabeth von Parma aus dem Hause Farnese, fühlte sich der neue Herr nicht heimisch in den mehr auf entsagenden Ernst, auf Grandezza gestimmten Schlössern der bisherigen Herrscher des Landes. Die Erfolge und Anerkennung sowohl der italienischen wie französischen Kunst in allen Ländern ließen ihn auf die in Spanien noch herrschende Kunstrichtung, den Churriguerismus, als auf eine niedere, zum mindesten überlebte Kunstart herab blicken. Sein Streben galt daher dem Ziel, sein neues Land auf die Höhe seiner Heimat zu erheben, um so mit dem Hof von Versailles in Wettbewerb treten zu können. Neben der Gründung von Kunstakademien suchte er dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß er angesehene Künstler aus seiner Heimat nach Spanien berief und diese auch vor entsprechende Aufgaben stellte. Die Gelegenheit hierzu boten die Schloßbauten von La Granja, Riofrio, Aranjues und Madrid. Ardemans, Procaccini, Carlier, Boutelou, Juvara und Sacchetti sind die großen Gestirne, die dieser Epoche ihren Glanz verliehen. Uns interessiert hier nur das Madrider Schloß. Ihm kommt nicht nur als Residenzschloß der Landeshauptstadt, sondern auch wegen seiner beherrschenden Lage hoch über den Ufern des Manzanares und wegen des

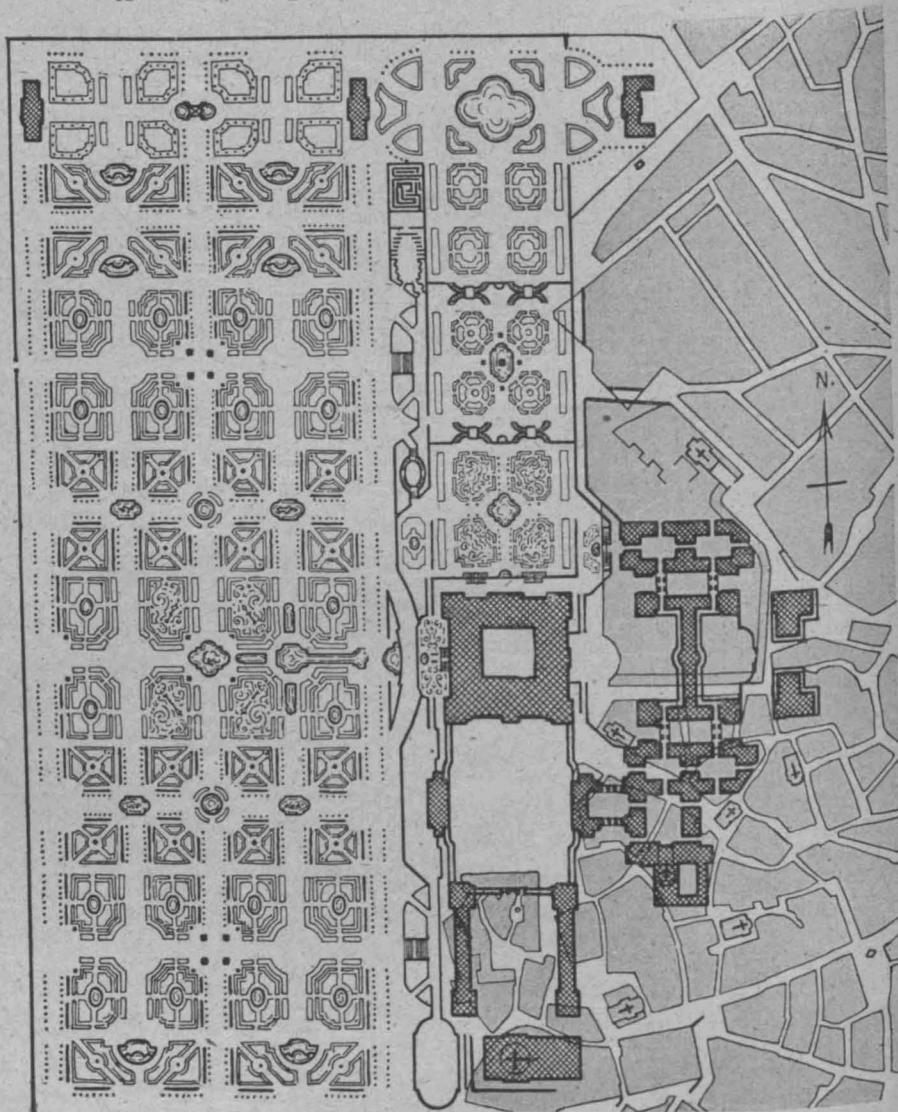


Das ehemalige Schloß in Madrid und seine Umgebung in der Mitte des 17. Jahrhunderts.
Ausschnitt aus dem Stadtplan des Pedro Texeira, gestochen 1656 in Antwerpen.

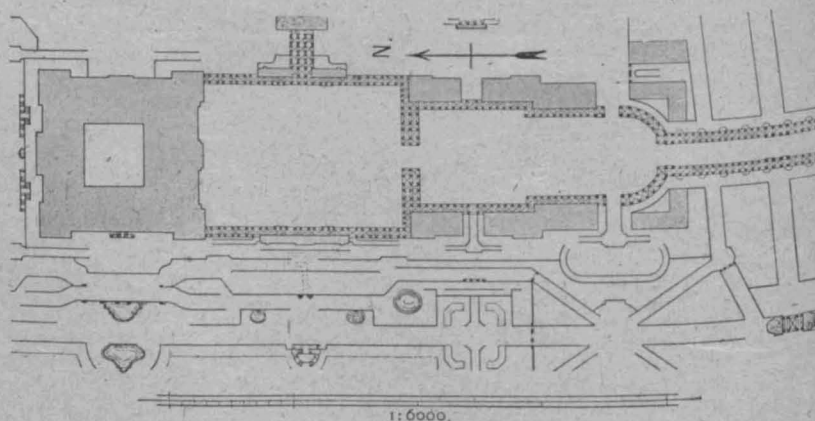
Umfanges der ganzen Anlage eine besondere Bedeutung bei. Der Bau, in dem Karl V., Philipp II. und ihre Nachfolger residiert hatten, war am 14. September 1734 (nicht zu Weihnachten 1734) ein Raub der Flammen geworden.

Der gefeierte Turiner Filippo Juvara wurde für den Neubau berufen. Sein Vorschlag, den neuen Palast am entgegengesetzten Ende der Stadt, auf der noch unbebauten Hochebene westlich der Puerta de San Bernardo zu errichten, wurde verworfen, obgleich es dort infolge der räumlichen Ungebundenheit möglich gewesen wäre, einen nur zweigeschossigen Bau nach Art des Palais Bourbon zu errichten. Der König entschied sich ungeachtet der größeren Kosten für die historische Stätte des alten Alcázer. Juvara war es aber nicht beschieden, sein Werk zu verwirklichen, da ihn im Jahr 1736, noch während er am Bauplan arbeitete, der Tod erteilte. Sterbend schlug er als den für die Vollendung des Holzmodells und die Ausführung der Fassade von San Ildefonso befähigsten Architekten seinen großen Schüler Giovanni Battista Sacchetti vor, der aber erst am 25. Febr. 1739, nach dem Tod des Juan Ramon, in Juvara's Stelle einrückte (er war also nicht Juvara's Mitarbeiter und unmittelbarer Nachfolger beim Schloßbau) und von da an den Madrider Schloßbau leitete. Sacchetti sah sich durch die Wahl des Bauplatzes genötigt, von der Horizontalgliederung abzugehen und die geforderten Räume in 6 und 7 Geschossen auf umfangreichen, teils über den Bergabhang hinaus gebauten Grundmauern über einander anzuordnen. „L'état c'est moi“ war die Devise des Bourbonen auf dem französischen Thron. Seinem Enkel scheint beim Bau des Madrider Schlosses der gleiche Gedanke vorgeschwebt zu haben, indem der Bauauftrag nicht nur das Schloß im eigentlichen Sinn, sondern auch Bauten für die obersten Behörden des Landes, sowie die in Madrid noch fehlende Kathedrale, also den ganzen Regierungsapparat des Reiches umfassen sollte. Es ist das Verdienst des Regierungsbaumeisters Oscar Jürgens in Altona, zum ersten Mal die in den Madrider Hofarchiven schlummernden Pläne für die Umgestaltung der Umgebung des Madrider Schlosses weiteren Kreisen zugänglich gemacht zu haben. Es sind das Arbeiten, die zu den größten Schöpfungen des Städtebaues gehören, die die Welt gesehen hat. Leider ist weder der erste Entwurf vom 31. Dezember 1738, der eine Art Akropolis auf der Stadtseite vorsah, die den Auftakt zu dem Herzen des ganzen Landes, dem Schloß des Königs bilden sollte, noch auch der wesentlich eingeschränkte

Entwurf vom 18. September 1757, der sich auf die Achsen-Entwicklung längs des Manzanares-Tales beschränkte, dafür aber die bis zu 30 m hohe Brücke über die Calle de Segovia mit umfaßte, zur Ausführung gekommen. Wir



1 : 7500
Giovanni Battista Sacchetti's Gesamt-Entwurf für die Umgebung des neuen Schlosses in Madrid vom 31. Dezember 1738. Nach der 1910 gefundenen Urzeichnung und unter Ergänzung nach gleichzeitigen Stadtplänen.



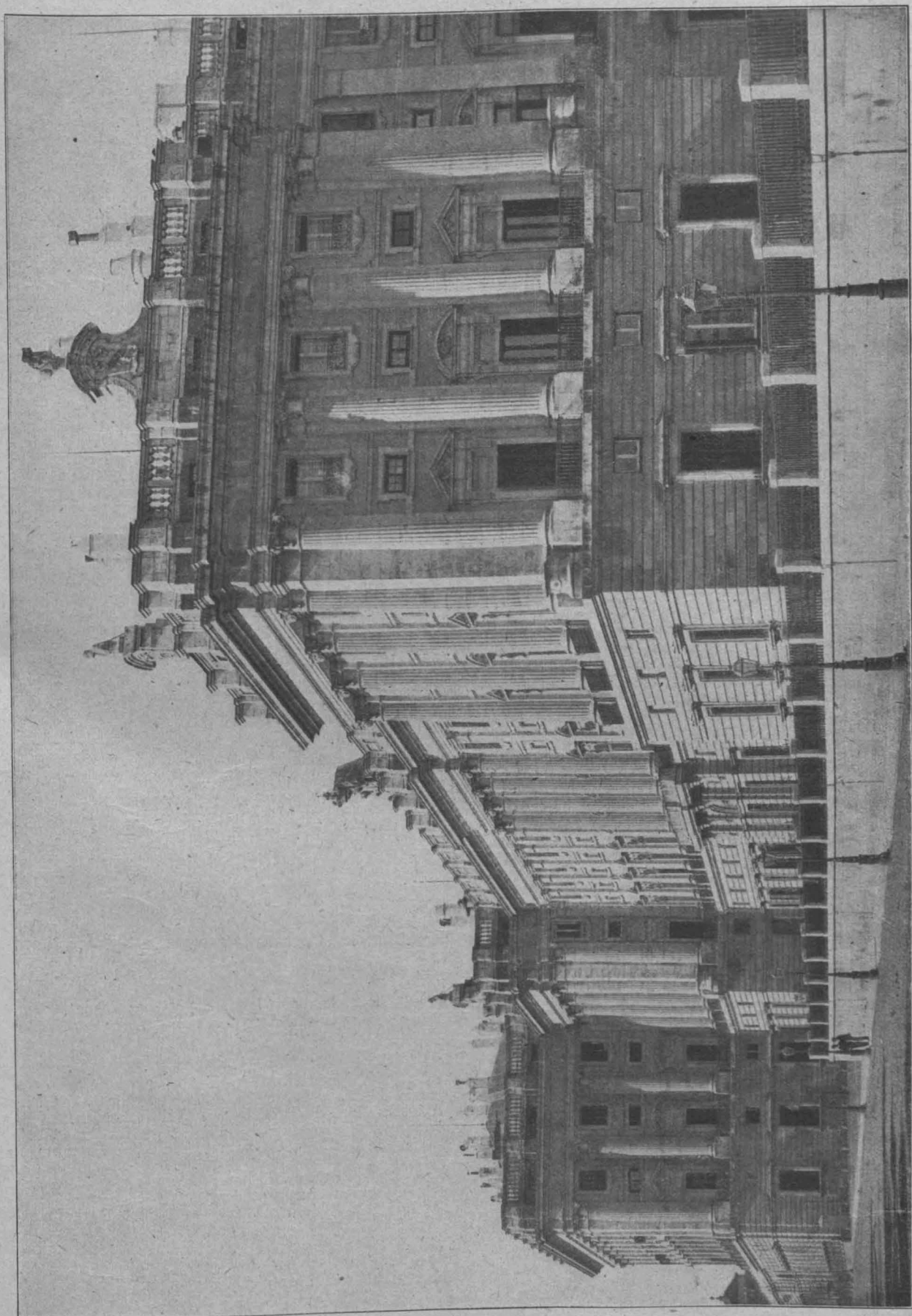
1 : 6000
Teilplan des Giovanni Battista Sacchetti für die Umgebung des neuen Schlosses zu Madrid vom 18. September 1757. Nach der Urzeichnung Sacchetti's.

lernen hier in Sacchetti einen jener großen Meister des Städtebaues kennen, in deren Werken sich das ausklingende Barock noch einmal zu einem rauschenden Finale erhob. Jürgens unterzieht nicht nur die hier mitgeteilten Pläne einer eingehenden kritischen Betrachtung.

tung, sondern schildert auch das Wollen und Vollbringen der Epoche in kurzen Worten. Als Verfasser der „Geschichte des Barock in Spanien“ möchte ich die Aufmerk-

samkeit weiterer Kreise auf diese für die Kunstforschung wichtige Arbeit hinlenken. —¹

Dr. Ing. Otto Schubert in Dresden.



Das königliche Schloß in Madrid. Architekten: Filippo Juvara, Giovanni Battista Sacchetti und Ventura Rodriguez Tizón. (1738—1764.) Ansicht an der Plaza de Oriente.

Vermischtes.

Die Vorstandsstellen für den Hochbau und den Tiefbau der Stadt München. Wir haben S. 151 kurz über die Ausschreibung der Vorstandsstellen für den Hochbau und den

Tiefbau der Stadt München nach der erfolgten Reorganisation des technischen Dienstes der Stadt berichtet. Fällt schon die öffentliche Ausschreibung der beiden Stellen in eine sturmbelegte und daher äußerst ungünstige Zeit, so-

daß es geboten gewesen wäre, die am 22. April 1919 abgelaufene Bewerbungsfrist bis mindestens zum 31. Mai zu verlängern, so mutete auch die Art der Ausschreibung so stark konservativ und bürokratisch an, daß sich wohl manche Bewerber haben zurückschrecken lassen, in eine Bewerbung einzutreten. Das und andere Gründe mögen den Magistrat bestimmt haben, von einzelnen Bestimmungen nachträglich abzusehen. So sollten auch, den Strömungen unserer Tage entsprechend, Bewerber zugelassen werden, welche die Staatsprüfung für Hoch- oder Tiefbau nicht abgelegt haben. Als Bedingungen sollten dafür gelten das Bestehen der Diplomprüfung der Architekten- oder Ingenieur-Abteilung einer technischen Hochschule und der Nachweis hervorragender administrativer und künstlerischer oder technischer Befähigung. Daß die Inhaber der Stellen stimmberechtigte Mitglieder des Magistrates nur in Gegenständen ihres Wirkungskreises sein sollen, ist eine Beschränkung, die heute auch nicht mehr zu halten ist. Sind etwa die juristischen Mitglieder des Magistrates mit ihrem Stimmrecht nur auf Rechtsfragen beschränkt? Ist diese ungleiche Behandlung wissenschaftlich gebildeter leitender städtischer Beamten heute noch irgendwie zu rechtfertigen? Die Beamten des Münchener Stadtbauamtes haben die Reorganisation an sich als Erlösung aus allmählich drückend gewordenen Zuständen begrüßt. Sie hatten die Absicht, zu den Vorschlägen der von Börschschens Denkschrift Stellung zu nehmen und Richtlinien aufzustellen, die dem Geist der Demokratie, der Oekonomie und der Zweckmäßigkeit der Organisation Ausdruck verleihen sollten. Diese Richtlinien waren augenscheinlich recht weitgehend gedacht, denn man hoffte durch sie bahnbrechend im Sinn der neuen Zeit und damit vorbildlich für die technischen Ämter Deutschlands wirken zu können. Ob es bei den Unruhen in München zur Aufstellung solcher Richtlinien gekommen ist, ist uns nicht bekannt; aber auch wenn es der Fall sein sollte, könnten die Ereignisse der letzten Tage sie noch in Manchem nicht unerheblich beeinflussen.

Jedenfalls haben die beiden Stellen trotz aller Unbilden, mit denen der Leiter des städtischen technischen Dienstes zu kämpfen hatte, gegen früher viel von ihrer Anziehungskraft verloren, denn die Leiter des städtischen Bauwesens werden in Zukunft eine sehr viel gebundener Stellung haben und werden eine Reihe von Unannehmlichkeiten auskosten müssen, die sich gegen früher aus der neuen Betriebsführung ergeben. Auch die Bestrebungen der Privat-Architekten z. B., an der Beratung und Lösung von städtischen Bauaufgaben beteiligt zu werden, werden nicht mehr dauernd von der Hand gewiesen werden können und die anziehenden Aufgaben an sich sehr beschränken, soweit sie nicht schon durch die Not der Zeit eine Einschränkung erfahren müssen. Die Neuaufgaben der Stadt werden in nächster Zeit aus nahe liegenden Gründen nicht sehr groß sein. Für geraume Zeit wird die Tätigkeit der Vorstände der beiden Ämter in der Hauptsache in der Erledigung von Verwaltungsgeschäften bestehen und selbst bei dieser Tätigkeit kann es in diesen gärenden Zeiten nicht ausbleiben, daß Gegensätze zur freien Künstlerschaft entstehen, zu denen sich Ansätze jetzt schon bemerkbar machen. Es entsteht daher die Frage, die nicht zu leicht genommen werden sollte, ob es zweckmäßig ist, die beiden Vorstandsstellen jetzt schon endgültig zu besetzen, oder sie so lange zwischenzeitlich verwalten zu lassen, bis eine Beruhigung und Klärung aller öffentlichen Verhältnisse eingetreten ist und der Aufgabenkreis wenigstens mit einiger Sicherheit erkannt werden kann. —

—H.—

Baumesse in Leipzig 1919. Auf der Baumesse, die vom 27. April bis 2. Mai 1919 im Meißhaus „Baumesse“, Markt 8 in Leipzig abgehalten wird, werden am 30. April in der Alten Handelsbörse unmittelbar am Markt nachmittags von 2½—6 Uhr sprechen: Landeswohnungs-Inspektor Dr. Rusch aus Dresden über „Der gegenwärtige Stand der Siedlungsfrage“; Stadtbauinspektor Dr. Wolf aus Dortmund über „Die Kleinwohnung auf wirtschaftlicher Grundlage“; Brt. Karl Barth in Rössen über „Die praktische Bauausführung der Wohnkolonie Rössen, Leuna-Werke bei Merseburg“; Wilh. K im bel in Berlin über „Lage und Aussichten der Möbelfabrikation nach Friedensschluß, unter besonderer Berücksichtigung des Kleinwohnungsbaues“. Auf die Vorträge folgt eine Aussprache über Baustoffe und Bauweisen. Die Vorträge sind bei freiem Zutritt öffentlich. —

Wettbewerbe.

Wettbewerbe der Stadt Dresden zur Bekämpfung der Notlage der Dresdener Architekten sind vom Rat für die Gebiete des Hochbaues und der Stadterweiterung beschlossen worden. Zur Beteiligung berechtigt sind selbständige, in Dresden ansässige Architekten, die Kriegsteilnehmer waren oder durch den Krieg in Not geraten sind.

Die Wettbewerbe erstrecken sich auf Entwürfe für das Gebäude des Zentralarbeitsnachweises und für Bebauungspläne über städtisches und angrenzendes Gelände in der Vorstadt Cotta an der Hebbel- und Steinbacher Straße, in Neustadt-Nordwest an der Friedhof- und Hansa-Straße und in der Vorstadt Trachau südlich des Schützenhofes. Für jeden Wettbewerb werden 5500 M. in sechs Preisen zur Verfügung gestellt. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Kassengebäudes mit Dienstwohnungen in Steinheim im Kreis Höxter erläßt der Magistrat mit Frist zum 15. Mai 1919 für alle in Rheinland, Westfalen, Lippe und Provinz Hannover ansässigen Architekten bei 3 Preisen von 500, 300 und 200 M. Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe für je 200 M. vorbehalten. Im 10gliedrigen Preisgericht befinden sich, so weit erkennbar, nur 2 Architekten und zwar die Hrn. Brt. Niemann in Paderborn und Kreisbaumeister Schöning in Höxter. Bei Eingang von 10 Plänen kommen die 1000 M. als Preise zur Verteilung; bei Eingang von weniger als 10 Plänen soll es dem Preisgericht frei stehen, die Summe von 1000 M. prozentual zu vermindern. Bausumme etwa 120 000 M. Es ist vorgesehen, doch freie Hand vorbehalten, den Träger des I. Preises mit der weiteren Planbearbeitung und Oberleitung der Ausführung zu betrauen. Unterlagen gegen 10 M., die zurück erstattet werden, durch den Magistrat.

Es scheint uns erwünscht, daß die Bedingungen dieses Wettbewerbes einer Durchsicht unterzogen werden. —

Ein Preisausschreiben für ein Werbe-Plakat der Freiwilligen-Division Lettow-Vorbeck wird vom Garde-Kavallerie-Schützen-Korps in Berlin für die Künstler Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs zum 1. Mai 1919 erlassen. 5 Preise von 2000, 1500 und dreimal 500 M. Ankäufe für je 250 M. Unter den Sachverständigen des Preisgerichtes Prof. Dr. h. c. Ludwig Dettmann, Geh. Reg.-Rat Dr. Peter Jessen, Prof. Bruno Paul, Prof. E. R. Weiss und Reg. Bmstr. a. D. Hans Meyer. —

Mißbräuche bei Wettbewerben. Es scheint, daß mit der zunehmenden Auflösung aller öffentlichen Ordnung auch die bisherigen Grundsätze im Wettbewerbswesen eine starke Beeinträchtigung erleiden sollen, denn nur so ist die folgende Zuschrift eines Teilnehmers am Wettbewerb der Stadt Rastenburg, Ostpreußen (Deutsche Bauzeitung, 1918, S. 476) an uns zu verstehen:

„Der Magistrat Rastenburg in Ostpreußen hatte im Dezember 1918 zur Erlangung von Entwürfen für ländlichen Anwesen für das Gelände des Stadtgutes Rasthöhe dortselbst einen Wettbewerb unter deutschen Architekten mit Einlieferungsfrist bis zum 1. März 1919 ausgeschrieben. Ich beteiligte mich an diesem Wettbewerb mit umfangreicher Arbeit. Die Einreichung der Entwürfe geschah unter Kennwort. Als Absender wählte ich auf der Paketadresse die Adresse eines Berliner Freundes. Mein Name war also nur durch Öffnen des Verfasser-Kuverts festzustellen. Am 10. April erhielt ich nun beiliegendes Schreiben. Meiner Ansicht nach muß das dortige Bauamt mein Verfasser-Kuvert geöffnet haben. Es liegt also der starke Verdacht vor, daß die Preisverteilung nicht nach den üblichen Grundsätzen in Wettbewerben erfolgt ist. Ich bitte den Vorfall in der „Deutschen Bauzeitung“ zu veröffentlichen. Unter solchen Umständen wird wohl Manchem die Lust zur weiteren Beteiligung an öffentlichen Wettbewerben genommen werden.“

Wir können, was den letzteren Satz anbelangt, dem Verfasser leider nicht Unrecht geben. Das erwähnte Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Der Magistrat. Rastenburg, den 9. April 1919.

Sehr geehrter Herr!

Das Preisgericht in dem Wettbewerb „Rasthöhe“ hat Ihnen leider einen Preis nicht zuerkennen können.

Eine Ausstellung aller eingegangenen Entwürfe findet im hiesigen Schützengarten vom 9. bis 17. April, mittags 12 Uhr, statt.

Nach Ablauf dieser Frist werden wir Ihnen den eingereichten Entwurf zurücksenden.

Für Ihre Beteiligung am Wettbewerb danken wir Ihnen verbindlichst.

Städtisches Bauamt.
Hamen.“

Eine Aufklärung über die hier gerügten Vorgänge ist dringend erwünscht. —

Inhalt: Sacchettis Pläne für die Umgestaltung der Umgebung des Madrider Schlosses. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

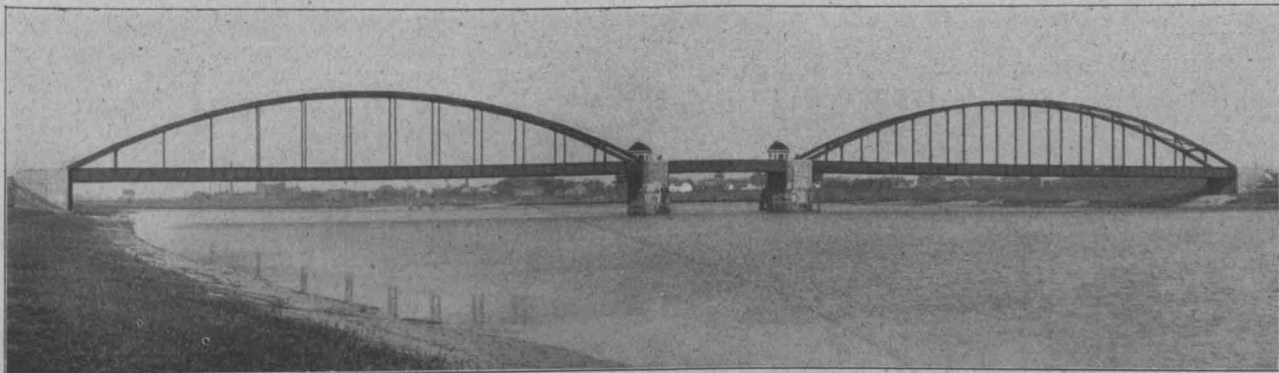


Abbildung 3. Gesamtansicht der fertigen Brücke im geschlossenen Zustand.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 35. BERLIN, DEN 30. APRIL 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Straßenbrücke über die Eider bei Friedrichstadt.

Von Baurat Fr. Voß und Dipl.-Ing. H. Schwyzer. Hierzu die Abbildungen S. 183.



Die in den Jahren 1915–16 unmittelbar oberhalb der Stadt Friedrichstadt erbaute Straßenbrücke über die Eider bildet neben der 2 km unterhalb gelegenen Ueberführung der schleswig-holsteinischen Marschbahn die einzige Ueberbrückung des rd. 100 km langen unteren Eiderlaufes zwischen Rendsburg und der Mündung in die Nordsee.

Für die Herstellung einer festen Straßenverbindung zwischen dem Norden und dem Süden des westlichen Teiles von Schleswig-Holstein lag ein großes allgemeines Interesse vor, da der Fährbetrieb, auf den der Verkehr früher allein angewiesen war, mit vielen Unannehmlichkeiten verbunden und im Winter bei Eisgang oft wochenlang unterbrochen war. Der Eiderlauf bis hinauf nach Rendsburg liegt im Gebiet der Ebbe und Flut und ist bei normalem Hochwasser für Schiffe bis zu 4 m Tiefgang befahrbar. An der Brückenbaustelle, vergl. den Lageplan Abbildung 1, beträgt die mittlere Wassertiefe 6 m, der Höhenunterschied zwischen mittlerem Niederwasser und mittlerem Hochwasser 2,5 m und die Breite des eigentlichen Stromschlauches 235 m. Hierzu tritt auf dem südlichen Ufer ein rd. 100 m breites Vorland, das nur bei starken Hochwassern überschwemmt wird.

Allgemeine Anordnung des Brückenbauwerkes.

Die Brücke, deren allgemeine Anordnung aus den Abb. 2a–e, S. 183 hervorgeht, überspannt den Strom mit 2 festen Ueberbauten von je 104 m l. W. und einer dazwischen liegenden beweglichen Brücke von 25 m Lichtweite. Als bewegliche Brücke wurde eine Klappbrücke gewählt, um im Interesse der Wasserführung mit möglichst schmalen Pfeilereinbauten auszukommen und im Interesse der Schifffahrt gegenüber einer Drehbrücke die Durchfahrtslänge zu vermindern. Unter den festen Brücken ist bei M.H.W. eine lichte Durchfahrts Höhe von 5,5 m vorhanden.

Während bei der Eisenbahnbrücke an die eigentliche Strombrücke an einem Ufer eine Reihe von Flutbrücken sich anschließen, wurde bei der Straßenbrücke auf dem Vorland ein Damm geschüttet. Hierdurch konnten ein symmetrisches Brückenbild (Abb. 3, u. 4 in No. 36) und außerdem eine nicht unbedeutende Kostenersparnis erzielt werden. Auch vom wasserbautechnischen Standpunkt aus war die Anschüttung eines Dammes unbedenklich, da der maßgebende Stromquerschnitt bei der Straßenbrücke durch die Pfeilereinbauten viel weniger eingengt wird als bei der Eisenbahnbrücke. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Wassergeschwindig-

keiten im Stromschlauch und auf dem Vorland beträgt die Leistungsfähigkeit des Vorlandes hinsichtlich des Wasserabflusses bei H.H.W. nur etwa 3% von der des Stromquerschnittes.

Für die Hauptträger der festen Brücken wurden Stabbogen mit vollwandigen Versteifungsträgern, für die Hauptträger der Klappbrücke Blechträger von gleicher Höhe wie die Versteifungsträger gewählt. Durch das in gleicher Breite über den Strom sich hinziehende Blechträgerband erhält der ganze Brückenzug einen einheitlichen Charakter. Da mit Rücksicht auf die größere Seitensteifigkeit der weitgespannten festen Ueberbauten Fahrbahn und Fußwege innerhalb der Hauptträger angeordnet wurden, und da die Blechträger-Oberkante in Geländerhöhe liegt, so sind die an den Entwurf neuerer Straßenbrücken i. d. R. gestellten Forderungen des freien Querverkehrs auf der Brücke und des freien Ausblickes auf den Strom in weitgehendem Maß erfüllt.

Die Brückenbahn besitzt eine lichte Breite von 7 m, wovon 5 m auf die Fahrbahn, 1,5 m auf den westlichen Fußweg und 0,5 m auf den östlichen Kutschsteg entfallen. Die Breite der Fahrbahn wurde um 50 cm größer gewählt als die befestigte Breite der anschließenden Zufahrtstraßen, damit später ohne Schwierigkeit eine Straßen- oder Kleinbahn über die Brücke geführt werden kann.

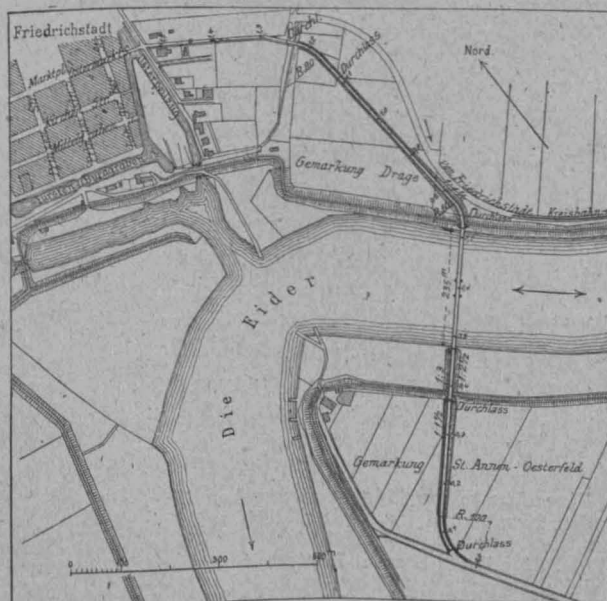


Abbildung 1. Lageplan der neuen Eider-Brücke.

44 kg/qmm Festigkeit sowohl in der Herstellung als auch in der Bearbeitung nur ganz geringe Mehrkosten verursacht (etwa 3 %), während infolge seiner um 20 % größeren Festigkeit auch die zulässigen Beanspruchungen entsprechend erhöht werden dürfen, ist seine Verwendung für Brücken mittlerer Spannweite im Interesse der Wirtschaftlichkeit zu empfehlen.

Gründungen.

Strompfeiler. Die beiden Strompfeiler (Abbildung 2) sind mit Rücksicht auf etwaige Auskolkungen auf Ordinate — 14, d. h. 8 m tiefer als die jetzige Flußsohle, gegründet. Sie wurden mittels Preßluft auf diese Tiefe abgesenkt. Hierzu wurden eiserne Senkkästen von 105 qm Grundfläche und 9 m Höhe mit äußerer und innerer Blechhaut verwandt (Abbildung 5a—c), von denen jeder Kasten 49 t, d. h. 470 kg/qm wog. Die Seitenwände der Kästen erhielten mit Rücksicht auf ein leichteres Absenken einen Anzug von 1 : 25.

Der Arbeitsvorgang bei der Luftdruck-Gründung der Pfeiler, der von dem üblichen zum Teil abweicht, war der folgende: Die Senkkästen wurden auf einer Werft bei Hamburg fertig zusammen gebaut und schwimmend nach der Baustelle geschafft. Hierzu mußten die Blechwände bis auf eine Höhe von 4 m über der Schneide wasserdicht verstemmt und die Zwickel seitlich vom Arbeitsraum zur Erzielung genügender Standsicherheit ausbetoniert werden. Das Absenken der Kästen auf die Flußsohle wurde durch Einbringen von Beton in den Raum oberhalb der Arbeitskammer bewirkt. Hierbei wurde jeder Senkkasten durch 2 Reihen von Pfahlbündeln, die zugleich die Laufbahn für einen leichten Baukran trugen, seitlich geführt. Von einer Aufhängung des Senkkastens mittels Spindeln und der Herstellung eines schweren Traggerüsts konnte abgesehen werden, da die 9 m hohen seitlichen Blechwände den Zutritt von Wasser und damit ein Versacken verhinderten. Erst

nachdem der Senkkasten durch das Gewicht des eingebrachten Betons 1 bis 2 m tief in den weichen Schlick der Flußsohle eingedrungen war, wurde der Arbeitsraum unter Preßluft gesetzt, worauf das weitere Absenken in der üblichen Weise, durch Ausheben des Bodens im Arbeitsraum und gleichzeitiges Aufmauern über Wasser erfolgte. Die durchfahrenen Bodenschichten bestanden Anfangs aus sandigen Klei, später aus scharfem feinem Sand; irgend welche Hindernisse wurden nicht angetroffen. Ein Bild von der Absenkung zeigt Abbildung 6 in No. 36.

Das angewandte Absenkungs-Verfahren zeichnet sich durch große Einfachheit und Betriebssicherheit aus. Hätte man die Senkkästen, wie es bei Stromfeilern sonst üblich ist, an Spindeln aufgehängt, so wären große Schwankungen in der Belastung der Spindeln infolge von Ebbe und Flut und damit die Gefahr eines Bruches nicht zu vermeiden gewesen. Auch wirtschaftlich war das gewählte Verfahren dem üblichen überlegen, da die durch die hohen Blechwände bedingten Mehrkosten der eisernen Senkkästen von rd. 50 % durch die Ersparnis an Gerüstholz und Aufhänge-Vorrichtungen und

Gerüstholz und Aufhänge-Vorrichtungen, sowie durch den Zeitgewinn beim Betonieren und Absenken reichlich aufgewogen wurden. —

(Fortsetzung folgt.)

Zeitschriften über Siedelungs- und Kleinwohnungswesen.
Vorsitzender des Ausstellungs-Ausschusses ist Prof. Dr.-Ing.
Gehler in Dresden. —

Eine Ausstellung für Bau- und Kleinsiedlungswesen in Breslau wird für die Zeit vom 15.—31. Aug. 1919 durch die Breslauer Messe-Gesellschaft auf dem Gelände veranstaltet, das sich um die Jahrhunderthallen - Schankwirtschaft mit ihrem über 10 000 qm großen Wasserbecken lagert. Zur Ver-

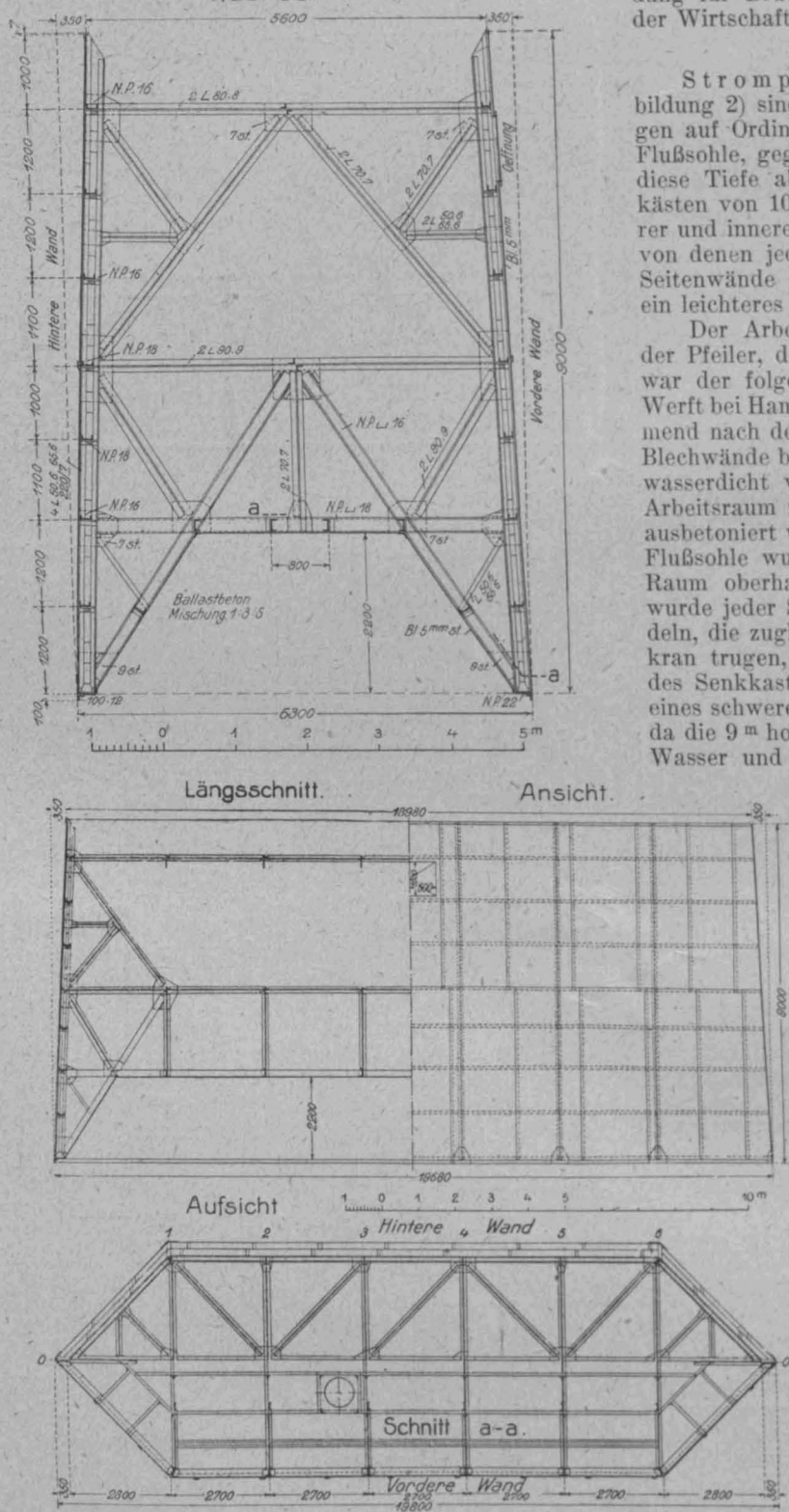


Abbildung 5 a-c. Ausbildung der Eisenkissons für die Strompfeiler-Gründung.

das auch bei den neuen Hochbrücken über den Kaiser Wilhelm-Kanal zur Verwendung kam. Da dieses Material gegenüber dem üblichen Flußeisen von 37 bis

Vermischtes.

Eine Ausstellung für Wohnungsbau in Dresden findet in den Monaten Mai und Juni 1919 auf dem Gelände des Versuchs- und Materialprüfungsamtes der Technischen Hochschule, Helmholtz-Straße 7, statt und umfaßt Pläne und Modelle, Normen von Einzelbauteilen (Fenster, Türen, Beschläge, Dachrinnen, Abfallrohre, Beleuchtungskörper, Öfen), Baustoffe und Ersatzbaustoffe, sowie Literatur und

Zeitschriften über Siedelungs- und Kleinwohnungswesen.
Vorsitzender des Ausstellungs-Ausschusses ist Prof. Dr.-Ing.
Gehler in Dresden. —

Eine Ausstellung für Bau- und Kleinsiedlungswesen in Breslau wird für die Zeit vom 15.—31. Aug. 1919 durch die Breslauer Messe-Gesellschaft auf dem Gelände veranstaltet, das sich um die Jahrhunderthallen - Schankwirtschaft mit ihrem über 10 000 qm großen Wasserbecken lagert. Zur Ver-

Straßenbrücke über die Eider bei Friedrichstadt.

Schnitt a-a.

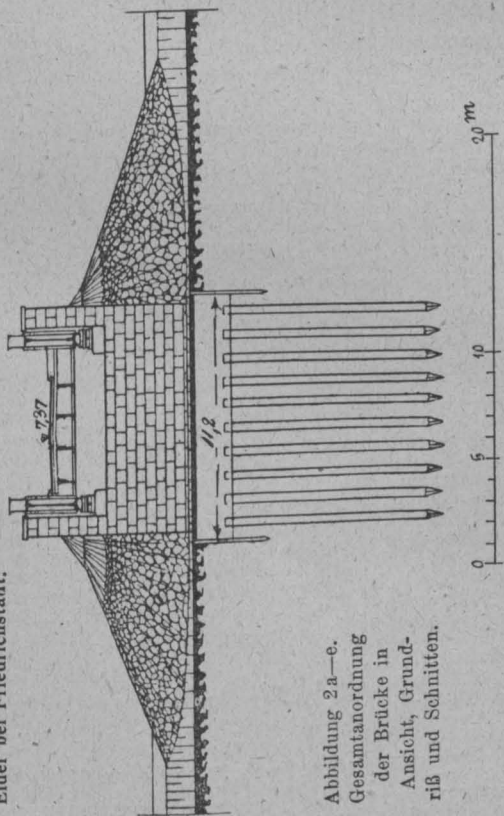
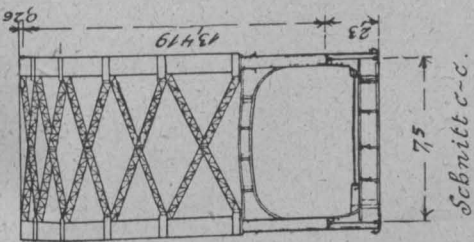
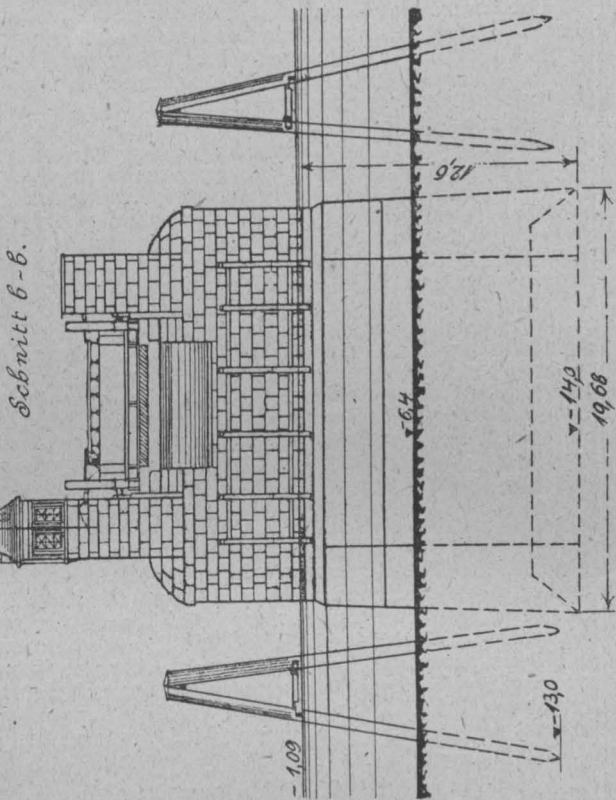


Abbildung 2a-e. Gesamtanordnung der Brücke in Ansicht, Grundriß und Schnitten.

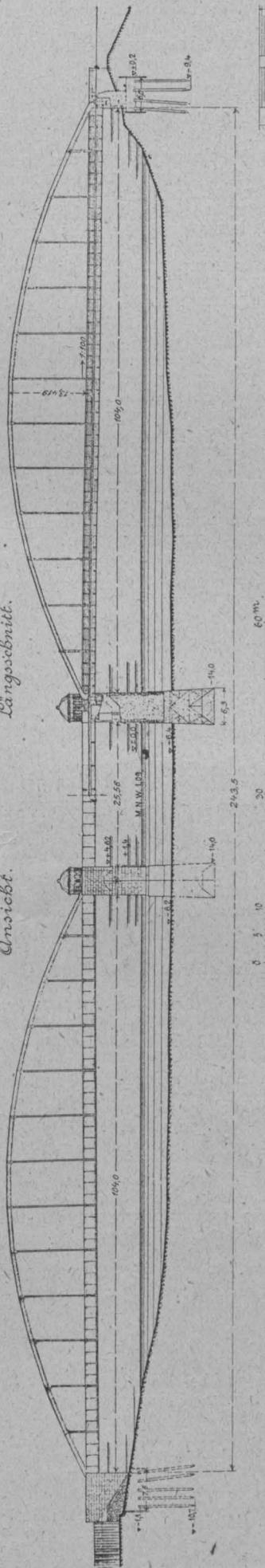


8 M.M.M.-109



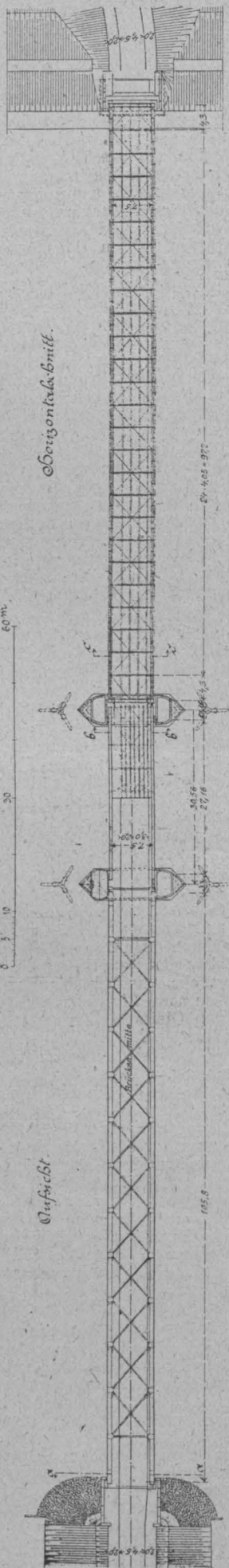
Ansicht.

Längsschnitt.



Querschnitt.

Seigenschnitt.



fügung stehen das große Ausstellungsgebäude mit etwa 60 Sälen und Zimmern und einem Flächen-Inhalt von 4000 qm, die Jahrhunderthalle mit 10 000 qm und das anschließende freie Ausstellungsgelände in einer Ausdehnung von 40 000 qm. In 8 Gruppen sollen vorgeführt werden: 1. Baustoffe, 2. Baukonstruktionen, 3. Bauten und Siedelungen, 4. Bekleidung, 5. Volksgesundheit (Gartenanlagen), 6. Straßen- und Wegebau, 7. Baugeräte und Baumaschinen und 8. Bauwissenschaft. —

Die neu geschaffene Stelle eines Direktors der kunstgewerblichen Sammlungen in Bremen ist zur Bewerbung ausgeschrieben und kommt nach Lage der Dinge vor allem auch für Architekten in Betracht. Es handelt sich um die Verwaltung und Nutzbarmachung der im Gewerbe-Museum unterbrachten Sammlungen, sowie um Förderung des Vortrags- und des Ausstellungswesens. Das Gehalt beträgt 6000 Mk. und steigt bis zu 10 000 Mk. Bewerbungen bis 20. Mai d. J. an die Unterrichts-Kanzlei im Lindenhof, Domhof 20 in Bremen. —

Zur Wertschätzung der Techniker wird uns aus Berlin-Tegel ein bemerkenswerter Beitrag übermittelt. Tegel hat eine neue Besoldungsordnung für die Beamten und ständig Angestellten seiner Gemeinde mit Gültigkeit ab 1. April 1919 eingeführt. Während der erste Obersekretär, der Rendant und der Stabsbeamte das Höchstgehalt schon in 12 Jahren, die übrigen Beamtengruppen in 16 Jahren erreichen, braucht der Tiefbau-Ingenieur hierzu 20 Jahre. Was die Gehaltsverhältnisse von 3400—5400 M. anbelangt, so befindet er sich in einer Gehaltsgruppe mit Assistenten, Sekretären, Oberwachmeister, Straßenmeister, Hafenmeister, Friedhofsverwalter und Botenmeister, eine Gruppe, der übrigens auch der Betriebsleiter des Gas-, Wasser- und Kanalisationswerkes angehört. Das sind doch Zustände, die dringend der Abhilfe bedürfen. —

Bahnbauten in Württemberg. Nachtrags-Forderungen, die der Württembergischen Landesversammlung zugegangen sind, beanspruchen für außerordentliche Bedürfnisse der Verwaltung der Verkehrsanstalten 60 Mill. M. An Bauarbeiten kommen darunter die folgenden in Betracht:

Nebenbahnen: Spaichingen-Nusplingen, rd. 26 km, Bretten-Kürnbach, württ. Strecke rd. 10,5 km, Biberach-Utenweiler, rd. 21 km, als Teilstrecke der Linie Biberach-Munderkingen, Schönaicher First-Schönaich-Waldenbuch, rund 10 km oder Schönaicher First-Schönaich, rd. 3 km und Unter- aichen-Waldenbuch, rd. 12 km lang, im Zusammenhang mit der Nebenbahn Vaihingen a. d. F.-Leinfelden-Echterdingen, Schömburg-Rottweil, rd. 16 km, Künzelsau-Forchtenberg, rd. 12 km, Vaihingen a. d. F.-Unter- aichen, rd. 4,5 km, Unterböbingen-Heubach, rd. 4,5 km, Göppingen-Boll, rd. 13 km, Dornstetten-Pfalzgrafenweiler, rd. 11 km, Klosterreichenbach-Landesgrenze, rd. 11 km. Weiter sind in Aussicht genommen am Hauptbahnhof Stuttgart und den damit zusammenhängenden Bauten: Vollendung des ersten Bauteiles, am Umbau des Hauptbahnhofes und des Nordbahnhofes Stuttgart einschließlich des Empfangsgebäudes, der Stellwerkbuden usw., Rangierbahnhof Kornwestheim, Vollendung des ersten Gleissystemes und Erdarbeiten usw. für das zweite Gleissystem, viergleisiger Ausbau der Strecke Zuffenhausen-Ludwigsburg, Verbindungsbahn Kornwestheim-Kornal, Umbau des Bahnhofes Cannstatt, einschließlich des neuen Empfangsgebäudes und Vorortgleise auf der Strecke Cannstatt-Untertürkheim, einschließlich des Anteiles der Eisenbahnverwaltung an der Neckarverlegung, Fertigstellung der Rampen für die Neckarbrücke bei Obertürkheim und Umbauten auf dem Güterbahnhof Obertürkheim, viergleisiger Ausbau Obertürkheim-EBlingen. Sonstige Erweiterungen und Verbesserungen an den im Betrieb befindlichen Bahnen betreffen die Erweiterung des Bahnhofes Münster a. N., Stuttgart West, Königsbrunn, Fellbach, Blaubeuren, Sindelfingen, Pforzheim, Spaichingen. Weiter sind eine Reihe zweiter Gleise sowie Wohngebäude geplant. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb Bebauungsplan Crimmitschau. Die Stadt Crimmitschau in Sachsen beabsichtigt, die östlich endende König Friedrich August-Straße über die Pleiße hinweg in westlicher Richtung durch wenig bebauten Gelände bis zu der nordsüdlich verlaufenden Thieme-Straße, einem starken Verkehrsweg der Stadt, der auf das Denkmal Wilhelms I. auf einer Halbinsel am Zusammenfluß der Oberen Silber-Straße und der Herren-Gasse zuläuft, zu verlängern. An der hier gebildeten Platzanlage steht der „Rote Turm“, ein charakteristisches altes Bauwerk, das man im Straßenbild nicht missen möchte und das daher auch erhalten werden soll, dem auf der entgegengesetzten Seite das stattliche Gebäude der Filiale Crimmitschau des Chemnitzer Bankvereins entspricht. Ein Teil dieses Gebäudes ist entsprechend der Stellung des „Roten Turmes“ in den Platz vorgezogen

und hierdurch erhält die Thieme-Straße bei ihrer Einmündung in die Platzbildung eine charakteristische Umrahmung. Ein Durchbruch des Turmes ist zulässig, eine Freilegung jedoch mit Recht nicht. Durch diese die Ausmündung begleitenden Bauten erhält das nördliche Stück der Thieme-Straße, in das die verlängerte König Friedrich August-Straße einmünden soll, ihre Bedeutung. Der ganze Plantail hat beachtenswerte städtebauliche Eigenschaften. Auf dem zu durchbrechenden Gelände werden auf der östlichen Seite der Thieme-Straße durch Errichtung eines Bankgebäudes und eines Geschäfts- und Wohnhauses die Fluchten an dieser Straße und auch zumteil der Verlauf der geplanten neuen Straße bestimmt. Auch für die Einmündung der neuen Straße in die König Friedrich August-Straße sind Bestimmungen getroffen, sodaß der Verlauf der Straße im Allgemeinen festgelegt ist. Für die Bebauung der Straße kann freie oder geschlossene Bauweise angenommen werden; die Gebäude sind als Wohn- und Geschäftshäuser zu planen. Am östlichen Ende der neuen Straße und zwar auf ihrer Nordseite ist das Stadtbad zu entwerfen. Es soll enthalten 20 Wannenbäder, 14 Brausebadezellen, eine Medizinal-Abteilung und eine Schwimmhalle. Die Pläne sind mit Gegenstand des Wettbewerbes, der somit den Bewerbern eine dankbare Aufgabe bietet. Verlangt werden für die Straßen-Anlage ein Lageplan 1:500, ein Grundriß der an den „Roten Turm“ anschließenden Gebäude 1:200, ein Aufriß zu diesen Gebäuden, 2 Skizzen von Häuserreihen 1:200 und 2 Schaubilder. Die Zeichnungen für das Stadtbad sind 1:200 verlangt. Für die Preisverteilung können der I. und II. Preis zusammen gelegt und in zwei gleichen Hälften verteilt werden. 5 Ankäufe für je 500 M. Eine Verpflichtung zur Weiter-Bearbeitung eines Entwurfes oder zur Heranziehung eines der Preisträger vermag der Stadtrat nicht zu übernehmen. Trotzdem empfehlen wir die Teilnahme an dem gut vorbereiteten und eine anregende Aufgabe stellenden Wettbewerb. —

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Hochbauten des neuen Friedhofes in Nordhausen, an der Ring-Straße, Hochbauten, die umfassen ein Krematorium, ein Verwaltungs- und ein Wirtschaftsgebäude, liefern 10 Arbeiten ein. Den I. Preis von 800 M. errang der Entwurf „Abendsonne“ des Hrn. Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Rappaport; der II. Preis wurde nicht verteilt, dafür aber zwei III. Preise von je 500 M. Diese fielen an die Hrn. Architekten B. Schlag in Bischofferode, sowie Dipl.-Ing. Nerlich in Friedrichshagen. Ein Entwurf des Hrn. Architekten Schmidt in Nordhausen erhielt eine lobende Anerkennung. Das Preisgericht bestand aus den Hrn. Prof. Dr. Vetterlein in Darmstadt, Stadtbaurat Geissler und Baurat Aronson in Nordhausen. —

Chronik.

Durchbruch der Pyrenäen. Die Bestrebungen einer kürzeren Verbindung von Südf Frankreich und Spanien durch die Pyrenäen, die schon bald nach dem spanischen Erbfolgekrieg einsetzten, sind erst in unseren Tagen von einem praktischen Erfolg begleitet gewesen. Bisher war der Landweg nach Spanien nur an den beiden Meeresküsten über Jrun oder Port-Bou möglich; das Massiv der Pyrenäen erwies sich trotz aller Fortschritte als ein unüberwindliches Hindernis zur Eröffnung eines direkten Zugangsweges. Dieser ist nunmehr erreicht durch den in diesen Tagen gelungenen Durchbruch der Pyrenäen in der Richtung Puigcerda südlich von Andorra, nach Ax bei Tarascon, im Departement Ariège. Der Durchstich liegt südlich von Toulouse; die Bahn geht bereits bis Ax. Auf dem Wege nach Barcelona über Manresa sind jedoch noch eine Reihe von Hindernissen zu überwinden, die aber keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. Mit der Durchbrechung der Pyrenäen durch den Tunnel von Puymorens wird der Schienenweg Paris-Barcelona über Toulouse von 21 auf 16 Stunden verkürzt. —

Bekämpfung der Wohnungsnot in Groß-Berlin. Der vom Ausschuß des Wohnungsverbandes Groß-Berlin in seiner letzten Sitzung festgestellte Haushaltsplan für 1919 sieht Berliner Tagesblätter zufolge für die Gewährung von Baukostenzuschüssen insgesamt 23 Mill. M. vor. Da vom Staat die gleiche und vom Reich die doppelte Summe gewährt wird, so stehen zunächst insgesamt 92 Mill. M. zur Unterstützung des Baues von Notwohnungen und Neubauten von Wohnhäusern in Groß-Berlin zur Verfügung. Von den bereitgestellten 92 Mill. M. Baukostenzuschüssen sind bereits für die Beschaffung von 6000 bis 7000 Notwohnungen und von 250 Wohnungen in barackenmäßiger Bauweise 12 Mill. M. zur Verwendung gelangt. Ferner sind vom Wohnungsverband für die Errichtung von Neubauten, und zwar für 2100 Wohnungen im Hoch- und Flachbau 28 Mill. M. bewilligt worden, so daß von den 92 Mill. M. bereits über 40 Mill. M. Verfügung getroffen worden ist. —

Inhalt: Straßenbrücke über die Eider bei Friedrichstadt. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. — Wirtschaftliche Beilage. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.

WIRTSCHAFTLICHE ***** BEILAGE. *****

Rechtsfragen.

(Entscheidungen des preußischen Ober-Verwaltungsgerichtes.)

Anliegerbeiträge zur Straßenherstellung. Als der Eigentümer eines in Berlin-Lichterfelde gelegenen Grundstückes zu den Ausbaurkosten der Straße „Unter den Eichen“ mit einem Beitrag herangezogen wurde, erhob er hiergegen nach vergeblichem Einspruch Klage, mit der er völlige Freistellung von dem Beitrag forderte. Der Kreisausschuß ermäßigte diesen nur um einen geringfügigen Satz. In gleicher Weise entschied der Bezirksausschuß. Auf die Revision des Klägers hat der IV. Senat des preußischen Ob.-Verwaltungsgerichtes durch Urteil vom 15. Februar 1917 (das in seinem Wortlaut erst Ende 1918 bekannt geworden ist) die Entscheidung des Bezirksausschusses aufgehoben und die Sache an diesen zurück verwiesen. Dabei hat der Senat für die künftige Entscheidung im Wesentlichen folgende Fingerzeige gegeben. Wenn der Bezirksausschuß wiederum zu der Feststellung gelangen sollte, daß die Straße „Unter den Eichen“ beim Inkrafttreten der ersten die Anliegerbeitragspflicht regelnden Ortssatzungen von 1880, die auf Grund des § 15 des Baufluchtengesetzes vom 2. Juli 1875 ergangen ist, keine vorhandene Straße gewesen ist, sich also als eine „neue“ Straße darstellt, so wird die Berechtigung der Gemeinde zur Erhebung von Anliegerbeiträgen für den späteren Ausbau der Straße grundsätzlich anzuerkennen sein. Bei dieser Sachlage kommt zunächst in Betracht, daß der Beginn der Anlegung einer Straße in der Regel in der Festsetzung von Fluchtlinien gefunden werden kann. Ob die Regel hier Platz greift, ist vielleicht zweifelhaft, weil in der vom Gemeindesyndikus verfaßten Denkschrift von 1906 zum Entwurf einer neuen Ortssatzung über die Anlegung von Straßen und Plätzen in Lichterfelde die Auffassung vertreten ist, daß bei der Uebernahme von Kreis-, Provinzial- und Privatstraßen die Anlegung als Gemeindestraße von dem Zeitpunkt der Uebernahme an beginne, und daß die vor dieser Zeit errichteten Gebäude von der Anliegerbeitragspflicht befreit bleiben. Es wird also zu erforschen sein, ob hier schon in der Festsetzung der Fluchtlinie der Wille der Gemeindebehörden zum Beginn der Straßenanlegung zu erblicken ist oder nicht. Sollte letzteres zutreffen, so muß noch festgestellt werden, wann mit der Anlegung der Straße begonnen und wann das streitige Haus erbaut worden ist. Der Kläger hat bereits in der ersten Instanz behauptet, daß mit der Bauausführung vor dem 1. Okt. 1911 begonnen worden sei. Diese Behauptung wird in der Revisionschrift dahin ergänzt, daß die Errichtung des Gebäudes in den Monaten vorher stattgefunden habe. Das erscheint nicht unwahrscheinlich, da nach den Bauakten bereits zwei Tage



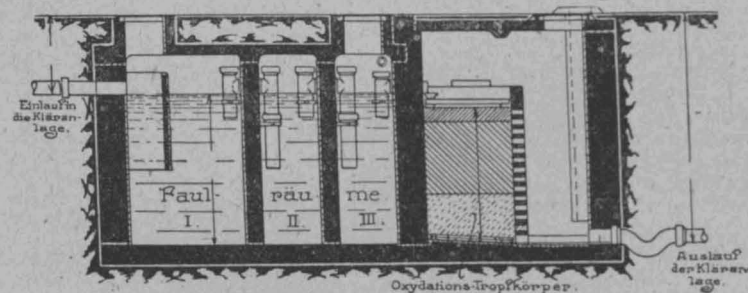
nach der am 10. Okt. 1911 erfolgten „offiziellen“ Anzeige des Baubeginnes die Rohbauabnahme beantragt worden ist. Am 24. Nov. 1911 waren anscheinend bereits die Putzarbeiten in Angriff genommen worden. Nach der Bauzeichnung handelt es sich um ein größeres Gebäude, zu dessen Rohbauausführung unter gewöhnlichen Verhältnissen ein Zeitraum von mehreren Monaten erforderlich ist. Es ist demnach anzunehmen, daß mit der Bauausführung begonnen worden ist, bevor mit der Bauerlaubnis vom 24. Sept. 1911 dem Bauenden die Zeichnung wieder zugegangen war, aus deren Eintragungen hinsichtlich der Fluchtlinien er unter Umständen entnehmen konnte, daß die Gemeinde die Absicht hegte, eine „neue“ Straße anzulegen. Ist mit dem Bau, wenn auch ohne baupolizeiliche Genehmigung, tat-

sächlich begonnen worden, bevor dem Bauenden das Vorhaben der Straßenanlegung bekannt gegeben war, so kann für ihn eine Verpflichtung zur Entrichtung von Anliegerbeiträgen aus diesem Bau nicht hergeleitet werden, weil es rechtlich so anzusehen ist, als wenn er vor dem Beginn der Straßenanlegung gebaut hat. Sollte aber mit Errichtung des Gebäudes unter der Herrschaft der Ortssatzungen von 1880 nach Beginn der Straßenanlegung zu rechnen sein, so kommt es darauf an, ob das Gebäude, wie der Kläger behauptet, keinen Ausgang nach der Straße „Unter den Eichen“ hat, da diese Ortssatzung für solche Gebäude die Anliegerbeitragspflicht nicht begründet. Ob diese Pflicht besteht, dafür ist grundsätzlich die Ortssatzung maßgebend, unter deren Herrschaft das Gebäude errichtet ist. (IV. C. 83. 16.) — L. K.

Die neue Kläranlage System „OMS“ für den Bahnhof Jülich.

Die Fürsorge der Staatsregierungen zielt aus ästhetischen und hygienischen Rücksichten schon längst darauf hin, die Flußläufe frei von unreinen und gesundheitsschädlichen Stoffen zu halten und veranlaßt die Gemeinden sowie die großen in Frage kommenden Einzelbetriebe, ihre Abwässer vor der Einführung in die Flüsse einer mechanischen und wenn erforderlich, auch einer biologischen Reinigung zu unterziehen.

Die neue Anlage für den Bahnhof Jülich sieht die Reinigung der Abwässer mittels biologischer Klä-



rung nach dem „OMS“-Verfahren der „Deutschen Abwasser-Reinigungs-Ges. m. b. H., Städtereinigung“ in Wiesbaden, vor. Die Kläranlage ist hier im Längsschnitt dargestellt. Sie wurde für eine Abwassermenge von 15 cbm im Tag berechnet. Die mechanische Reinigung der Abwässer erfolgt in einer größeren und in zwei kleineren nachgeschalteten Vorklärgruben, welche mit Tauchröhren versehen sind. Die Aufenthaltszeit und Durchflußgeschwindigkeit wurden entsprechend langjährigen Erfahrungen gewählt. Außer der mechanischen Reinigung erfolgt auch gleichzeitig eine chemische Reinigung unter der Bezeichnung „Hydrolyse“, wel-

che in der Hauptsache in einer Verflüssigung und Vergärung der organischen Bestandteile besteht. Da der Schlamm gut ausfällt, ist die Reinigung der Gruben nur alle paar Jahre einmal notwendig.

Zweck der biologischen Nachreinigung sind die Nitrifikation der gelösten organischen Stickstoff-Verbindungen zu salpetriger Säure und Salpetersäure und die Zurückhaltung und Umwandlung etwa aus dem letzten Faulraum abgeschwemmter feinsten Stoffe. Die biologische Nachreinigung erfolgt in einem Oxydations-Tropfkörper, dessen Filtermaterial und Verteilungs-Einrichtung ebenfalls auf Grund langjähriger Erfahrungen ausgewählt und ausgeführt worden ist.

Nachdem mittels einer Verteilungs-Einrichtung das mechanisch vorgeklärte Wasser auf der Filteroberfläche gut verteilt wurde, durchrieselt es den aus porösem, widerstandsfähigem Material aufgebauten Körper. Durch den frei aufgebauten Tropfkörper und eine Ventilations-Einrichtung findet eine ständige Luftbewegung statt, sodaß während der Nacht, wenn wenig oder gar kein Abwasser zufließt, eine vollkommene Regeneration des Materials stattfindet. Eine Abnahme der Reinigungs-Fähigkeit ist daher nicht zu erwarten. Eine Auswechselung oder ein Auswaschen des Materials werden erst nach langjährigem Betrieb erforderlich. Das dem Tropfkörper entströmende Wasser ist faulnisfrei und kann ohne gesundheitliche Bedenken nunmehr abgeleitet werden.

Können die gereinigten Abwässer unmittelbar einem größeren Vorfluter übergeben werden, so genügt meist eine rein mechanische Klärung. In diesem Fall tritt aber an Stelle des Faulverfahrens das Frischwasser-Klärverfahren System „OMS“. Dieses Verfahren ist bereits in der „Deutschen Bauzeitung“ 1916, Beilage 1 ausführlich besprochen worden. —

Dir. O. Mohr.

Technische Mitteilungen.

Ueber Riesentransformatoren für Elektrizitätswerke berichten die Mitteilungen der AEG. vom Oktober 1918. Bis vor dem Krieg waren die größten, in der Hochspannungsfabrik der Allg. Elektrizitätsges. ausgeführten Transformatoren nur für Leistungen bis 14 000 KVA. gebaut; während des Krieges folgte eine Ausführung für 22 000 KVA. und jetzt hat die AEG. zwei Riesentransformatoren für das Goldenbergwerk der Rhein. Elektrizitätswerke fertig gestellt für 60 000 KVA., die Strom von 110 000 Volt in solchen von 6250 Volt und 25 000 Volt umformen und in dem betr. Werk mit 2 Turbinen für 50 000 KW. elektrisch gekuppelt sind. Der Transformator hat ein Ges.-Gewicht von 66 t des mit 8 km Aluminiumdrahtes bewickelten Eisenkernes, 15 t des ihn umhüllenden Eisenkastens und 35 t für das Öl. Die Isolation besteht aus Geax-Material. Der Ges.-Verlust bei der Umformung stellt sich auf 500 KW., also ist der Wirkungsgrad 99,07 %. Zur Kühlung des Transformators wird das Öl durch eine Pumpe von 2250 l/Min. Leistung dauernd in Umlauf gehalten, wobei es eine in einem Wasserbecken gelagerte Kühlturbine durchläuft. —

Umwandlung der Dachpappen- und Teerprodukten-Fabrik F. Schacht in Braunschweig in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die in weitesten Kreisen bekannte Firma F. Schacht, Chemische Fabrik in Braunschweig, welche als Spezialität Desinfektionsmittel, Rostschutzlacke, Farben, Firnisse, Maschinen- und andere technische Kitten, Isolier-Materialien, Imprägnieröle, Konservierungsmittel für Holz, Papp- und Metalle, technische Öle und Fette und andere Spezialfabrikate von Bedeutung für Industrie und Baugewerbe, auch Dach- und Isolierpappen erzeugt, und die bereits auf ein über 60-jähriges Bestehen zurückblickt, ist an eine Gesellschaft mit beschränk-

ter Haftung übergegangen und wird in bisheriger Weise unter der Firma F. Schacht G. m. b. H., Chemische, Teerprodukten- und Dachpappenfabrik weiter geführt. Der bisherige Inhaber Bernhard Foehring hat sich nach über 25-jähriger Leitung des Unternehmens von seiner Tätigkeit zurück gezogen, stellt aber als Mitgesellschafter und Vorsitzender des Aufsichtsrates seine Erfahrungen weiter der Gesellschaft zur Verfügung. Die Geschäftsführung liegt in den Händen der Direktoren Dr. Curt Koettwitz, bisheriger Chefchemiker aus der chemischen Großindustrie und dem langjährigen Mitarbeiter und Prokuristen der Firma F. Schacht, Kaufmann Wilhelm Rothenstein. Dem ebenfalls langjährigen Buchhalter der Firma Otto Hampe ist Prokura erteilt worden. Die Umwandlung sichert ein weiteres Fortschreiten der neuen Firma auf allen Gebieten mit erhöhten Mitteln und hofft den Fortschritt auch in der Güte der Fabrikate zum Ausdruck bringen. —

Förderung des Kleinwohnungsbaues durch die preussischen Hypothekenbanken. Nach Verhandlungen der preussischen Hypothekenbanken mit der preussischen Regierung erklärten sich die ersteren dem „Berl. Börsenkurier“ zufolge grundsätzlich bereit, auf Kleinwohnungs-Anlagen die zweite Hypothek gegen Bürgschaft der Gemeinde oder des Staates (wozu das Bürgschafts-Versicherungs-Gesetz vom 10. April 1918 schon die Voraussetzung schuf) zu gewähren. Die Hypothekenbanken wollen auf diese Bürgschaften hin Kommunalobligationen ausgeben, indem sie § 5 Absatz 2 des Hypothekendarlehen-Gesetzes auch auf Vollgarantien des Staates als der größten „inländischen Körperschaft öffentlichen Rechtes“ anwendbar betrachten. Die Kommunalobligationen würden ihre Deckung in diesen staatlichen oder kommunalen Bürgschaften und in den zweiten Hypotheken haben. Da die Kommunalobligationen auch in Preußen als mündelsicher

gelten und in ruhigen Zeiten sogar einen höheren Kursstand als Pfandbriefe hatten, soll ihr Zinsfuß nicht höher gegriffen werden als derjenige etwa der Pfandbriefe, denen erste Hypotheken zugrunde liegen. Infolgedessen werden die Zinsbedingungen der zweifällig gewährleisteten Kleinwohnungs-Hypotheken nicht höher sein als die der Vorhypotheken. In welcher Weise, die Ausführung im Einzelnen stattfinden soll, darüber herrscht noch keine Klarheit. Zunächst dürfte die Verhandlungsfähigkeit der Regierung abzuwarten sein, desgleichen die Bereitstellung von Baustoffen und die praktische öffentliche Einleitung der Kleinwohnungsbauten überhaupt. Möglicherweise werden sich die preußischen Banken ähnlich wie die bayerischen ganz oder teilweise zusammen tun, um die Abschlüsse mit der Regierung gemeinsam zu tätigen und um die Gesamtsumme untereinander aufzuteilen. Viele Institute sind geldflüssig genug, um ohne sofortige Vermehrung ihrer Kommunalobligationen die ersten Bedürfnisse der Kleinwohnungs-Fürsorge aus ihren Beständen zu decken. —

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Versetzt sind: der Bt. Ernst in Metz als Vorst. des Mil.-Bauamtes nach Düsseldorf, die Reg.-Bmstr. Stegmann in Stettin, desgl. nach Küstrin und Bohne in St. Avid als Vorst. des Neubauamtes für die Fliegerstation nach Jüterbog. — Die Reg.-Bmstr. der Postbauverw. Haake in Berlin nach Dortmund, Seckt in Friedenau nach Pankow, Dr.-Ing. Stübinger in Tempelhof nach Charlottenburg und Tietze in Dortmund nach Köln.

Der Ing. Bredow ist zum Dir. im Reichspostministerium ernannt. Die Bt. Koppers in Düsseldorf und Boettcher, Vorst. des Mil.-Bauamtes in Königsberg, treten in den Ruhestand.

Der Mar.-Bt. Wilh. Schreiter in Kiel und der Reg.-Bmstr. Herm. Dörffer in Straßburg i. E. sind gestorben.

Baden. Versetzt sind: Der Masch.-Insp. Eugen Keller in Karlsruhe zur Werkst.-Insp. Schwetzingen, die Bauinsp. Artur Lenz in Karlsruhe zur Bahnbauinsp. Basel, Kächer in Karlsruhe desgl. nach Freiburg 2 und Hauenschield in Offenburg zum Bahnunterhaltungsbureau der Gen.-Dir. nach Karlsruhe; — der Ob.-Bauinsp. Karl Spieß in Achern als Vorst. zur Rheinbauinsp. Karlsruhe; die Bauinsp. Berthold in Karlsruhe zur W- und Straßen-Bauinsp. Offenburg und Hopp in Lörrach nach Basel; der Masch.-Insp. Kuen in Villingen zur Werkst.-Insp. Offenburg.

Bayern. Der Wirkl. Geh. Ob.-Bt. v. Mellinger, vortr. Rat und Sekt.-Vorst. im Min. für militär. Angelegenheiten ist in den Ruhestand getreten.

Ernannt sind zu Bauamtsass.: die Reg.-Bmstr. Gust. Bischoff in München beim Str.- und Flußbauamt Schweinfurt und Laar desgl. in Bayreuth.

Der Ob.-Reg.-Rat Freytag ist zum Min.-Rat bei der Obersten Baubehörde im Staatsmin. des Inn. befördert.

Der Bauamtsass. Deninger in Würzburg (Aichaffenburg) ist an das Str.- und Flußbauamt Augsburg versetzt.

Der Bauamtsass. Heint. Seidl in Rosenheim ist an die Sektion für Wildbachverbauungen berufen.

Dem Ob.-Bauinsp. Wißnet in München ist die erbetene Entlassung aus dem Staatsdienst bewilligt. Der Ob.-Bt. Fr. Berling in München tritt auf sein Ansuchen in den Ruhestand.

Bremen. Der Staatsbmt. Staudt ist zum Staatsbtr., der Reg.-Bmstr. a. D. Kain zum Staatsbmt. beim Stadterweiterungsamt und der Reg.-Bmstr. Adam Becker, desgl. beim Baupolizeiamt ernannt.

Hessen. Der Stadtbtr. Franz Knipping in Bochum ist zum ord. Prof. für das Ingenieurfach an der Techn. Hochschule in Darmstadt ernannt.

Den Bauss. Grünwald in Alsfeld und Pabst in Mainz ist der Tit. und Rang eines Bauinsp. verliehen.

Oldenburg. Der Reg.-Bmstr. Wohlschläger ist ohne Aenderung seines Tit. zum Betr.-Insp. ernannt.

Preußen. Dem Wirkl. Geheimen Rat Dr.-Ing. Hinkeldeyn, Min.- und Ob.-Baudir. im Min. der öff. Arb. und dem Wirkl. Geh. Ob.-Bt. Dr. Thür, Dr.-Ing., vortr. Rat im selben Min., ist die nachges. Entlassung aus dem Staatsdienst erteilt.

Der Bt. Guth in Berlin und der Reg.-Bmstr. Fritz Drescher in Köslin sind zu Reg.- und Btrn. ernannt. Der Stadtbmstr. Kierey in Ahlen in Westf. ist zum Stadtbtr. gewählt.

Versetzt sind: der Geh. Bt. Haubach in Oppeln nach Erfurt; — die Bt. Schlochau in Gumbinnen nach Schleswig, Karl Müller in Recklinghausen nach Koesfeld und Krenker in Trier als Vorst. des Hochbauamtes nach Saarbrücken; — die Reg.-Bmstr. Wohlfarter in Frankfurt a. O. als Vorst. des Hochbauamtes nach Duisburg, Mahlberg in Stettin nach Aachen, Gemecke in Stettin nach Helminghausen (Wasserstr.-Dir. in Hannover), Dr.-Ing. Nonn in Düsseldorf als Vorst. des Hochbauamtes nach Frankfurt a. O., Thurm in Berlin nach Aurich, amtes nach Tarnowitz nach Hanau, Möring in Plön an die Decker in Schleswig, Reichelt in Berlin als Vorst. des Hochbauamtes I nach Magdeburg, Stybalkowski in Berlin, desgl. nach Naumburg a. S., Kassbaum in Saarbrücken, desgl. nach Wittstock, Bez. Potsdam, Bruger in Liegnitz an das Ob.-Präs. in Hannover, Nicolas in Berlin als Vorst. des Hochbauamtes I nach Stralsund, Andreas in Schöneberg nach Altona a. E., Franz in Burg nach Stettin, Meyer in Kempen nach Stralsund und Musmann in Dorsten nach Datteln. — Die Reg.-Bmstr. Brückmann in Osnabrück zur Eisenb.-Dir. nach Münster i. W., Kleist in Halle als Vorst. der Eisenb.-Baubt. nach Dessau, Mann in Senftenberg, desgl. nach Halle a. S., Metz in Cottbus,

desgl. nach Senftenberg und Ernst Koester in Sulingen nach Borgholzhausen.

Der Reg.-Bmstr. a. D. Osk. W. Hickfang ist zum a. o. Prof. an der Techn. Hochschule in Hannover ernannt.

Die Reg.-Bfhr. Ferd. Lange (Eisenb.- u. Straßenbfch.) und Alb. Rückriem (Eisenbfch.) haben die Staatsprüfung bestanden.

Der Geh. Bt. Wegener in Breslau, der Reg.-Bmstr. Ising in Sebalbsbrück und der Reg.- u. Bt. Dubislav in Münster i. W. sind in den Ruhestand getreten.

Der Reg.- u. Geh. Bt. Lamy in Düsseldorf, der Bt. Krumboltz in Magdeburg, die Geh. Bt. Konrad Förster in Berlin und Johs. Schwarze bei der Reg. in Bromberg, der Geh. Bt. Dr.-Ing. Steuernagel, Stadtbtr. in Köln a. Rh. und der Geh. Reg.-Rat Huppertz, früher Prof. an der Landwirtsch. Akademie in Bonn-Poppelsdorf sind gestorben.

Der Bt. Herrmann in Münster i. W. ist zum Reg.- u. Bt. ernannt und ist ihm die meliorationstechn. Stelle für die Prov. Westfalen übertragen. Dem Reg.-Bmstr. Hans Haas beim Meliorat.-Bauamt I in Düsseldorf ist eine planm. Stelle verliehen.

Versetzt sind: die Bt. Rellensmann in Wiesbaden an die Reg. in Gumbinnen und Lübke in Sorau desgl. nach Oppeln; die Reg.-Bmstr. Werner in Celle nach Emden, Arntzen in Dortmund nach Münster i. W., Hillebrand in Verden an das Ob.-Präs. in Hannover, — Schabik in Hanau nach Siegburg, Hauch in Berent nach Danzig, Gerlach in Berlin nach Königsberg i. Pr., Dr. Nawrowski in Briesen nach Hannover und Kausche in Celle nach Allenstein, Tzschirntsch in Hanau nach Merseburg und Wilhelm in Stettin nach Greifenhagen; — die Reg.-Bmstr. Stieglitz in Cassel als Vorst. des Masch.-Bauamtes nach Minden i. W. (Wasserstr.-Dir. in Hannover) und Bruno Müller in Diez als Vorst. des Hochbauamtes nach Sorau (Reg. in Frankfurt a. O.); — der Bt. Niemeier in Dillenburg als Vorst. an das Meliorat.-Bauamt II in Magdeburg, — die Reg.-Bmstr. Wölle in Czarnikau, desgl. nach Münster i. W., Klaus in Magdeburg, desgl. nach Stade, Schmude in Stade, desgl. nach Dillenburg und Matz in Oppeln an das Meliorat.-Bauamt II nach Königsberg i. Pr.; — der Reg.- u. Bt. Hoebel in Konstantinopel an die Kanalbauinsp. in Essen; — der Bt. Leo Rudolph in Dramburg als Vorst. des Hochbauamtes nach Lauenburg i. P.; — die Reg.-Bmstr. Baertz in Herne nach Wesel (Kanalbauinsp. in Essen) und Kachel in Lauenburg als Vorst. des Hochbauamtes nach Briesen, Lambert in Ratibor nach Berlin, Stalterfoht in Nakel nach Stade, Staubach in Cleve nach Hameln, Schellberg in Essen nach Hamborn, Rühl in Volkmarsen nach Marburg und Rosenberg in Neukölln nach Frankfurt a. O., — Blanck in Hannover als Vorst. der neu erricht. Eisenb.-Baubt. nach Salzwedel, Schieb (M.) in Breslau zur Eisenb.-Dir. nach Halle a. S. und Paul Wagner in Dortmund zum Eisenb.-Zentralamt nach Berlin; — die Reg.- u. Bt. Wallbaum in Hannover als Mitgl. der Eisenb.-Dir. nach Berlin und Aug. Wilh. Weber in Ostrowo als Vorst. eines Werkst.-Amtes bei der Eisenb.-Hauptwerkst. I nach Schneidemühl; die Reg.-Bmstr. Zachow in Kiel zum Eisenb.-Betr.-Amt nach Harburg und Walbaum (M.) in Schneidemühl als Vorst. des Eisenb.-Masch.-Amtes nach Ostrowo.

Dem Reg.-Bmstr. Grün ist die Vorst.-Stelle des Hochbauamtes in Wiesbaden übertragen. — Der Reg.-Bmstr. Salfeld in Magdeburg ist zum Vorst. des erricht. Neubauamtes für die Saale-Talsperre (Elbstrom-Bauverw.) bestellt.

Planmäßige Stellen sind verliehen: den Reg.-Bmstrn. Brosig als Vorst. des Eisenb.-Betr.-Amtes in Wölgrowitz, — Kuhn in Danzig und Dubois in Coblenz als Reg.-Bmstr.

Versetzt sind die Reg.-Bmstr.: Reck in Gnesen nach Schneidemühl und Rosseck (M.) in Berlin nach Magdeburg.

Zur Beschäftigung überwiesen sind die Reg.-Bmstr.: Roseck der Reg. in Stettin und Herm. Schultze desgl. in Frankfurt a. O., Thorwest der Verw. der Märk. Wasserstraßen in Potsdam und Schade der Reg. in Schleswig, Sellien (M.) der Reg. in Königsberg i. Pr. und Wollframms bei der Eisenb.-Dir. in Berlin; — Tucholski der Reg. in Merseburg, Meißner, desgl. in Bromberg, und Rütgerodt dem Ob.-Präs. in Hannover (Weser-Elbe-Kanal), — Erich Schulze in Berlin (M.) dem Min. der öff. Arb. bei den Eisenb.-Abt.

Die Reg.-Bfhr. Udo Wißwede und Wilh. Ritter (Hochbfch.), Kurt Fröhling (W.- u. Straßenbfch.), Johs. Göderitz, Friedr. Zölffel und Friedr. Mercklin (Hochbfch.), Arnold Meier (Eisenb.- u. Straßenbfch.) haben die Staatsprüfung bestanden.

Der Wirkl. Geh. Ob.-Bt. Schwering, früher Präs. der Eisenb.-Dir. Saarbrücken, die Geh. Bt. Frz. v. Pelser-Berensberg, früher in Köln und Heint. Hering in Wiesbaden, der Bt. Karl Kaufmann in Schmalkalden und der Reg.-Bmstr. Karl Lipkow in Hannover sind gestorben.

Brief- und Fragekasten.

Anmerkung der Redaktion. Die Anfragen für unseren Brief- und Fragekasten häufen sich in der letzten Zeit in einer solchen Weise, daß die Beantwortung derselben bei dem bescheidenen Raum, den wir diesen nur zur Verfügung stellen können, sich gegen unseren Willen vielfach verzögert. Wir sehen uns daher zu der Bemerkung genötigt, daß wir nur noch die Anfragen von allgemeinem Interesse berücksichtigen können, welchen der Nachweis des Bezuges unseres Blattes und Porto beigefügt sind. Wenig Aussicht auf Beantwortung haben außerdem die Anfragen, deren Erledigung auf dem Wege der Anzeige möglich ist. Grundsätzlich sollte der Briefkasten nur dann in Anspruch genommen werden, wenn andere Wege versagen. Keinesfalls sind wir in der Lage, längere Gutachten abzugeben, umfangreiche Schriftstücke zu studieren, mit den Absendern von Anfragen in einen Schriftwechsel zu treten oder die Gründe für Nichtbeantwortung anzugeben. Es liegt ferner im Interesse der Absender, bei Rückfragen stets die ursprüngliche Frage zu wiederholen. —

Hrn. A. N. in Loschwitz. (Entschädigung wegen Feuchtigkeit und Vorkehrung gegen letztere). Nach der angeführten Vertragsbedingung kann der Verkäufer rechtlich nicht zu irgend einem Schadenersatz verpflichtet werden. Aber auch sachlich sind dafür keine Anhaltspunkte gegeben. Ihre Schlüsse werden im Allgemeinen richtig sein und es dürfte sich empfehlen, die Tapeten, soweit tunlich zu entfernen und die Wände mit Kalkfarbe, nicht mit Leimfarbe, zu streichen, damit eine Poren-Ventilation stattfinden kann und das Ausdünsten der Mauerfeuchtigkeit nicht gehindert wird. Der Modergeruch kommt von der Sporenbildung her. Die stärkste Feuchtigkeitsbildung ist an der Südwestseite, also der Wetterseite des Hauses. Hier ist anzunehmen, daß die Feuchtigkeit durch die nur 1 Stein starke Mauer von außen getrieben wird. Die Feuchtigkeit ist daher von außen abzuhalten, entweder durch Verschindelung, Verschieferung oder durch einen 4 maligen Oelfarbenanstrich auf die trockene Mauer. Der Anstrich ist also in einer längeren Trockenperiode aufzubringen. Nach diesen Vorkehrungen ist der Bestand des Hauses gesichert und es dürfte sich die in Aussicht genommenen Wiederherstellungen wohl lohnen. —

Hrn. Bauführ. M. J. in Liegnitz. (Kauf bricht nicht Miete). Sie sind also nicht berechtigt, das Mietverhältnis zu kündigen. Ist dasselbe auf eine Reihe von Jahren abgeschlossen, so haben Sie auch kein Recht, in dieser Zeit eine Mieterhöhung vorzunehmen. Ist die Mietdauer abgelaufen, so kann eine Mietsteigerung innerhalb der ortsüblichen Grenzen bei Einhaltung der Kündigungsfrist stattfinden. —

Hrn. Arch. R. Str. in Bremen. (Zerstörung eines eingemauerten Wasserabflußrohres). Das Abflußrohr eines Waschtisches, das hinter Wandplatten in einer Schwemmsteinwand eingemauert gewesen ist, wurde nach 5–6 Jahren stark zerstört. Es ist, wie die übersandte Probe des Blei Rohres zeigt, an der Unterseite stellenweise ganz durchgefressen. Sie suchen die Ursache der Zerstörung in einer Säure oder ähnlich scharfer Flüssigkeit und fragen um unsere Ansicht. Eine positive Ansicht auszusprechen, ist natürlich nur bei genauer Berücksichtigung aller örtlichen Verhältnisse möglich, die uns nicht bekannt sind. Die von Ihnen vermutete Ursache kann bei unsachgemäßer Benutzung des Verschlusses natürlich zutreffen; falls das Rohr in Zementmörtel eingebettet ist und durch die poröse Wand Feuchtigkeit zugetreten ist, kann aber auch der Zementmörtel, der unter diesen Umständen Blei bekanntlich angreift, wohl die Ursache sein. —

Hrn. Arch. B. in Glogau, sowie Hrn. F. M. und A. Die Bezeichnung „Bauanwalt“ ist keine amtliche unter bestimmten Vorbedingungen zu erwerbende. Sie ist aus dem Wunsch heraus entstanden, im Gegensatz zu dem Architekten oder Ingenieur, der auch als Unternehmer auftritt, denjenigen zu kennzeichnen, der lediglich als der Vertrauensmann des Bauherrn nach bestem Wissen und Gewissen dessen Sache führt, ihn in einer Weise berät, die den Interessen des Bauherrn in bester Weise entspricht. Wer das technische oder baukünstlerische Wissen und Können besitzt, um das zu tun, und die moralische Festigkeit, um nach diesen Grundsätzen zu handeln, der darf auch die Bezeichnung Bauanwalt führen, die übrigens bisher noch keine allzu große Verbreitung gefunden haben dürfte. Wir halten sie auch für keine besonders glückliche. Sie ist offenbar dem „Rechtsanwalt“ nachgebildet. Der Architekt hat aber nicht nur die Geschäfte des Bauherrn als dessen bevollmächtigter Vertreter zu führen, sondern er hat vor allem einen zweckentsprechenden, baukünstlerische Anforderungen erfüllenden Entwurf aufzustellen und dessen sachgemäße Durchführung zu überwachen. Das alles kommt aber in der Bezeichnung „Bauanwalt“ nicht zum Ausdruck. —

Hrn. Stadtmstr. K. in Hohenelbe. (Farbenharmonie). Sie finden Angaben über architektonische Farbenharmonie in Georg Hirth, „Das deutsche Zimmer“, sowie andeutungsweise auch in Goethe's Farbenlehre. Vielleicht dürften Sie Einiges auch in Ernst Wilh. Brücke, Physiologie der Farben (1887) finden. Vor allem aber wären Gottfried Sempers „Stil“ und „Kleine Schriften“ zu beachten. —

Hrn. W. & F. in München. (Honoraransprüche bei Wiederbenutzung von Entwurfsunterlagen). Ein Bauherr hat nach mehreren Jahren während des Krieges an einem vor dem Krieg nach Ihren Plänen, Konstruktionszeichnungen und statischen Berechnungen unter Ihrer Leitung ausgeführten Fabrikbau einen Erweiterungsbau unter Benutzung Ihrer Unterlagen, aber ohne Sie wieder zuzuziehen, ausgeführt. Sie fragen an, welche Gebühr Sie dafür berechnen dürfen, ob Sie die neue Baukostensumme mit Kriegspreisen zugrunde legen und noch Teuerungszuschlag berechnen dürfen.

Die Gebühr gibt über diese Frage keine eindeutige Auskunft, sie gibt nur an, § 1, Abs. 4, daß der Bauherr nur zur einmaligen Benutzung des Entwurfes berechtigt, eine neue Ausführung aber wieder gebührenpflichtig ist. Strittig bleibt dabei die Höhe der neuen Gebühr. Unseres Erachtens darf sie, da der Ingenieur keine neue Arbeitsleistung aufzuweisen hat, nicht höher ausfallen, als die Gebühr, die sich bei gleichzeitiger Ausführung von Hauptbau und Erweiterungsbau ergeben haben würde. Die Kosten des Erweiterungsbauwerkes würden also noch den alten Preisen zuzuzählen und von dieser Gesamtsumme würde das Gesamthonorar zu berechnen sein. Nach Abzug des schon bezahlten Honorars verbleibt das Honorar für die Wiederbenutzung, es fragt sich nur, ob es in voller Höhe berechnet werden kann. Das wäre eine Frage vorheriger Vereinbarung gewesen. Ob dann noch ein Teuerungszuschlag von 20 % gerechtfertigt erscheint, ist eine Frage, die zweifelhaft erscheint.

Wir erbitten die Ansicht unseres Leserkreises über die ganze Frage. —

Hrn. F. J. in Berlin. (Honorarfragen.) Ueber alle diese Fragen gibt Ihnen die „Gebührenordnung für Arbeiten der Archi-

tekten und Ingenieure“ Aufschluß, die Sie von unserem Verlag beziehen können. Sie ist aufgestellt vom „Verband deutscher Arch.- und Ing.-Vereine“, auch anerkannt vom „Bund deutscher Architekten“ und hat während des Krieges einige Zusätze betr. Teuerungszulagen erhalten. Da die Höhe der Gebühren nach der veranschlagten Baukostensumme sich abstuft, so vermögen wir Ihnen auf Ihre allgemein gestellte Anfrage keine weitere Auskunft zu geben. Ob für Sie diese für „Architekten“ im eigentlichen Sinne bestimmte Gebührenordnung oder diejenige der Baugewerksmeister zutrifft, vermögen wir ebenfalls mangels näherer Angaben nicht zu sagen. Letztere ist vom Innungsverband deutscher Baugewerksmeister aufgestellt. (Vergl. unseren „Deutschen Baukalendar“.) —

Hrn. Arch. B. in Lichtenstein-C. (Architekturbetrieb kein Gewerbe). Wenn Sie ein Architekturbüro einrichten und nur Entwürfe bearbeiten und dabei die Oberleitung Ihrer Bauten übernehmen, so üben Sie einen sogen. „freien“ Beruf aus, kein Gewerbe. Sie brauchen Ihren Betrieb also auch nicht anzumelden. Wenn Sie Techniker beschäftigen und Bauten leiten, so muß allerdings Ihr technisches Personal bei der Berufsgenossenschaft angemeldet und gegen Unfall versichert werden. Was Sie in diesem Zusammenhang mit dem „sogen. Künstlerparagrafen“ meinen, verstehen wir nicht. Uns ist dieser Begriff nur geläufig im Zusammenhang mit der Ablegung der Prüfung als Einjährig-Freiwilliger. Das kommt unter den heutigen Verhältnissen ja nicht mehr in Betracht. Ueber die von Ihnen für die Steuereinschätzung anzunehmende Einkommenshöhe vermögen wir Ihnen keinen Rat zu geben, da wir Ihre Verdienstmöglichkeit doch noch weniger einschätzen können, als Sie selbst. Sie werden unter den jetzigen Umständen aber kaum fehlgreifen, wenn Sie sich recht tief einschätzen, denn die Aussichten für den freien Architekten sind sehr trübe. —

Tiefbaugeschäft C. in Schwerin i. M. (Sonderfirma für Dichtungsarbeiten). Wenn Sie als Tiefbau- und Betonbau-Firma nach einer Sonderfirma für Dichtungsarbeiten verlangen, so muß es sich wohl um besonders schwierige Arbeiten handeln, da die Herstellung eines wasserdichten Putzes selbst bei Wasserandrang zwar eine Aufgabe besonderer Sorgfalt ist, aber doch kaum außergewöhnliche Schwierigkeiten bietet. Wir nennen Ihnen daher: August Wolfsholz, Preßembau A.-G., Berlin W. 9, der namentlich schwierige Tunnelabdichtungen usw. ausgeführt hat, und Hans Biehn & Co., Berlin W. 9. Letztere Firma hat unseres Wissens einen großen Teil der Abdichtungen der im Grundwasser liegenden Tunnelstrecken der Berliner U-Bahn ausgeführt. —

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Zur Anfrage 2 in No. 23 betr. Steinholz-Fußböden. Den Steinholz-Fußböden wird der Krieg allgemein schlecht bekommen sein. Das ständige Oelen derselben hat unterbleiben müssen und außerdem sind sie durch genagelte Kriegsstiefel hart mitgenommen. Ich habe außerdem bemerken können, daß verschiedene gehärteter Steinholz-Belag sich auch verschiedentlich gut gehalten hat. Ein rot gefärbter Belag hat sich durchweg schlechter bewährt, als ein solcher in Naturfarbe ohne Zusatz. Außerdem will es mir scheinen, als ob gerade Steinholz-Fußböden bei ihrer Herstellung größte Gewissenhaftigkeit beanspruchen; bereits kleine Ungenauigkeiten im Mischungsverhältnis scheinen die Haltbarkeit sehr zu beeinflussen.

Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Steinholz-Fabriken eine brauchbare und auch in jetziger Zeit ausführbare Behandlungsweise angeben könnten, da sich sonst schwerlich mehr Liebhaber für ihre Erzeugnisse finden dürften. —

Zu Anfrage 1 in W. B. zu No. 27: Berkefeld-Filter sind meines Wissens nur zur Klärung von trübem oder verunreinigtem Wasser geeignet. An Enteisungs-Vorrichtungen für kleinere Trinkwasser-Anlagen, Hausbedarf und dergl. hat es lange Zeit gefehlt. Ich empfehle zu diesem Zweck den Malacapit-Enteisener der Firma Malacapit-G. m. b. H., Berlin W. 9, Link-Str. 38, der nicht teuer ist (ein Stück etwa 200 M.) und wenig Wartung erfordert. Vielleicht besuchen Sie einmal die Versuchsstelle der Firma in Friedenau, Senta-Straße 6, um sich zu unterrichten. —

B. in H.
Die Berkefeld-Filter haben sich seit vielen Jahren neben der Reinigung verschmutzten Wassers zum Enteisen eisenhaltigen Wassers auf das Beste bewährt. Durch Filtern mit Berkefeld-Filtern wird das Wasser so vollkommen gereinigt, daß selbst die feinen und feinsten gesundheitsschädlichen Bakterien entfernt werden. Die mit filtriertem, vorher stark eisenhaltigem Wasser behandelte Wäsche wird blütenweiß.

Zu beziehen sind die Filter von der „Berkefeld-Filter-Gesellschaft, Celle in Hannover“. —

Zu Anfrage 2: Steinholzfußboden auf vorhandener Diehlung hat sich in zahlreichen Fällen ganz gut bewährt; vorausgesetzt ist aber dabei, daß Balkenlage und Unterboden durchaus fest sind. Anderenfalls geht der beste Steinholzboden zugrunde, der in einer Waschküche im Obergeschoß doch vor allen Dingen fugenlos bleiben muß, wenn erheblicher Schaden durch Spülwasser vermieden werden soll. Der Holzfußboden selbst ist nicht mehr wasserdicht zu machen. Das richtige wird das Einbringen einer massiven Decke anstatt der Balkenlage in diesem Raum sein. Versuchen Sie es einmal mit „Stalitt“, ehe Sie eine größere Umänderung vornehmen. —

B. in H.
Aufbringen von Massivböden auf bestehendem Holzboden ist wegen Abstickung des Holzes und der damit verbundenen Einbruchgefahr nicht möglich. Schläge Aufbringung einer Isolierschicht, wie beim Klebedach, also Uebereinanderkleben mehrerer Papierschichten mittels Asphaltpapier und oberer Pappschicht vor. Die Ränder der starken Teerpappe sind 15 cm gegen die Wände aufzubiegen. —

Knoll in Hohenelbe.